

DER LANDTAG NRW



25 JAHRE AM RHEIN

DER LANDTAG NRW



25 JAHRE AM RHEIN

Impressum

Herausgeberin:
Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Text und Redaktion:
Dr. Wolfgang Gärtner,
Anita Drensek,
Dr. Hans Zinnkann

Fotos: Bildarchiv des Landtags NRW,
Bernd Schälte, Hauptstaatsarchiv NRW

Layout: de Haar grafikdesign, www.dehaar.de

Druck: Rautenberg Media & Print, Troisdorf

Kontakt:
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 884-0
www.landtag.nrw.de
email@landtag.nrw.de

VORWORT



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Am 2. Oktober 1988 wurde das nordrhein-westfälische Landtagsgebäude am Rhein feierlich eingeweiht. Mit dem Datum sollte bewusst an den demokratischen Neubeginn nach den Jahren des NS-Terrors angeknüpft werden: Am 2. Oktober 1946 trafen die Abgeordneten des durch die britische Regierung neu gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen

erstmals zusammen – damals im

Düsseldorfer Opernhaus, einem der wenigen Gebäude, die eine solche Versammlung in der zerstörten Stadt aufnehmen konnten.

Die Einweihung des neuen Gebäudes erinnerte an diese Anfänge, begründete aber auch einen neuen Abschnitt für die parlamentarische Demokratie in Nordrhein-Westfalen: Nach den Jahren in den Henkel-Werken und ab März 1949 im wieder aufgebauten Ständehaus nun 1988 deutlich sichtbar in dem modernen nordrhein-westfälischen Parlamentsgebäude am Rhein in Düsseldorf. Es ist ein architektonisches Glanzstück, das dem Architekten Prof. Fritz Eller und seinen Partnern gelungen ist. Mit dem Gebäude ist das verwirklicht, was das Architektenteam anstrebte: Der Sinn des Parlaments und das Wesen unserer Demokratie finden darin ihren Ausdruck.

Durch seine originelle Gestalt und Gestaltung ist das Haus des Landtags Nordrhein-Westfalen ein Symbol für die parlamentarische Demokratie: Transparenz, Offenheit, Respekt für die Bürgerinnen und Bürger – ein Haus für die 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Das nordrhein-westfälische Parlamentsgebäude zeichnet sich durch runde sowie durch konvexe und konkave Formen aus – einfache Formen, die jedoch in ihrem Zusammenspiel und -wirken auch die häufig vorhandene Kompliziertheit der politischen Meinungs- und Entscheidungsprozesse anschaulich machen. Es gibt eine zweifellos poetischere Beschreibung: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bescheinigte dem nordrhein-westfälischen Landtagsgebäude einst, es sehe aus, wie eine sich öffnende Blüte.

Öffentlichkeit als wesentliches Element von Parlament und Demokratie ist in der Anlage des Gebäudes stark akzentuiert. Eingebettet in den Bürgerpark Bilk besitzt es einen Eingangsbereich, der die Besucherinnen und Besucher gleichsam „umarmt“ und ihnen signalisiert, dass sie willkommen sind. Auch der Eingang selbst ist ein Zeichen des Respekts vor der Bevölkerung. Denn es gibt nur diesen einen Eingang in das NRW-Parlament, durch den sowohl die Bürgerinnen und Bürger als Souverän als auch die von ihnen gewählten politischen Repräsentanten das Gebäude betreten.

In der großen Empfangshalle treffen sich dann alle: Besucher, Abgeordnete und Regierende. Diese Bürgerhalle breitet sich nach beiden Seiten weit aus und trägt den darüber liegenden Plenarsaal. Auch damit wird deutlich, dass die Abgeordneten ihr Mandat im Auftrag der Bevölkerung wahrnehmen. Mit anderen Worten: Die Bürgerinnen und Bürger tragen die Abgeordneten. Hinzu kommt: Der Landtag ist quasi durchsichtig – die großen Glasfassaden machen das parlamentarische Geschehen transparent.

Das Landtagsgebäude am Rheinufer bietet die Chance, eine breite Öffentlichkeit über die parlamentarische Arbeit zu informieren. Die Abgeordneten des Landtags begreifen es auch als ihre Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger in größtmöglichem Maß an ihrer Arbeit teilhaben zu lassen und ihnen Einblicke in Parlamentsarbeit zu geben. Das ungeborene Interesse am Landtagsgebäude belegt, dass dies gelingt. Zehntausende machen sich Jahr für Jahr selbst einen Eindruck von dem Haus ihrer Volksvertretung und der parlamentarischen Arbeit, die hier geleistet wird. Das Haus erleichtert und fördert den unmittelbaren Kontakt zwischen der Bevölkerung und den Abgeordneten als den gewählten Repräsentanten.

DURCH SEINE ORIGINELLE GESTALT UND GESTALTUNG WESFALEN EIN SYMBOL FÜR DIE PARLAMETARISCHE DE DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER – EIN HAUS FÜR DIE 18

Einblick in die Arbeit der nordrhein-westfälischen Abgeordneten liefert auch die Chronik, die in dieser Publikation das Vierteljahrhundert von 1988 bis heute umfasst. Sie skizziert politische und parlamentarische Ereignisse in diesen 25 Jahren im Zeitablauf. Zur besseren Einordnung benennt sie parallel zu den nordrhein-westfälischen Landtagsereignissen auch nationales und internationales Geschehen. Und es ist viel geschehen in diesen 25 Jahren. Die Chronik erinnert an Etliches, das längst schon dem Vergessen anheimgefallen ist oder bereits tief im Gedächtnis verschüttet war und von aktuelleren Ereignissen überlagert wurde.

Sechs Mal immerhin haben Nordrhein-Westfalens Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit gehabt, mit ihren Stimmen die Zusammensetzung ihrer Volksvertretung zu bestimmen. Und sie haben mit ihren Stimmen dafür gesorgt, dass sich die politische Landschaft verändert hat. So hat es in diesen 25 Jahren völlig unterschiedliche politische Konstellationen gegeben: von den absoluten Mehrheiten der SPD über die rot-GRÜNE Koalition bis hin zu deren Ablösung durch CDU und FDP; danach die turbulenten 20 Monate der Minderheitsregierung aus SPD und GRÜNEN, die dramatische Auflösung des Landtags am 14. März 2012 sowie die Wahl des Landtags binnen 60 Tagen am 13. Mai 2012 mit dem Ergebnis einer deutlichen Mehrheit für SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Drei Fraktionen – SPD, CDU und FDP – zogen 1988 vom Ständehaus in den neuen Landtag am Rhein. Mit der Wahl 1990 kamen die GRÜNEN hinzu und haben sich seitdem im NRW-Parlament etabliert. Nach der Wahl 2010 eroberte auch die LINKE Sitze im Landtag NRW. Erstmals seit 1954 gab es wieder fünf Fraktionen im NRW-Parlament. Damals verfügten noch die KPD und das Zentrum über Landtagsmandate. Fünf Fraktionen sind es auch im gegenwärtigen 16. Landtag Nordrhein-Westfalen. Die LINKE allerdings wurde abgelöst durch die Fraktion DIE PIRATEN. Der Einzug dieser noch sehr jungen Partei in den Landtag sowie die gravierenden Veränderungen der Parteienlandschaft in den vergangenen Jahrzehnten beweisen einmal mehr,

welches Gewicht den Stimmen der Wählerinnen und Wähler zukommt. Es kommt in der Tat auf ihre Stimmen an. Und das trifft auch auf die Bundespolitik zu. Es gibt einen engen Zusammenhang, eine oft feststellbare Wechselwirkung zwischen nordrhein-westfälischer Landespolitik und der Bundespolitik. Über ein Fünftel der gesamten bundesrepublikanischen Wählerschaft stammt aus NRW. Wahlen in NRW haben fast immer auch bundespolitische Bedeutung und entfalten bundespolitische Wirkung. Besonders augenfällig war das bei der Landtagswahl 2005 mit dem für die SPD desaströsen Ergebnis, das ihr nach 39 Jahren die Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen kostete. Noch am Wahlabend dieses 22. Mai 2005 traten der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und der damalige Vorsitzende der Bundes-SPD Franz Müntefering vor die Kameras und kündigten Neuwahlen für den Deutschen Bundestag an – ausgelöst durch die Entscheidung der nordrhein-westfälischen Wählerinnen und Wähler.

Vier verschiedene Ministerpräsidenten und eine Ministerpräsidentin haben die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen im Landtag am Rhein gewählt: Johannes Rau, Wolfgang Clement, Peer Steinbrück, Jürgen Rüttgers und Hannelore Kraft. Drei Landtagspräsidenten und drei Landtagspräsidentinnen haben seither das Verfassungsorgan Landtag Nordrhein-Westfalen repräsentiert: Karl-Josef Denzer, Ingeborg Friebe, Ulrich Schmidt, Regina van Dinter, Eckhard Uhlenberg und Carina Gödecke. Sie haben intensive Auseinandersetzungen, harte Kontroversen erlebt – über Bildungspolitik, über Energiepolitik, über Finanzpolitik. Höhepunkte der parlamentarischen Debatten sind regelmäßig die Aussprachen über die Regierungserklärung zu Beginn einer Wahlperiode sowie die 3. Lesung eines Landeshaushalts, die stets mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Richtung der Landespolitik verbunden sind. Es wird oft hart gerungen um Entscheidungen, oft mit dem Säbel statt mit dem Florett gefochten. Es wird häufig zugespitzt argumentiert, oft mit einer Prise Polemik – etwas Pfeffer schadet den Debatten nicht, schließ-

IST DAS HAUS DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN DEMOKRATIE: TRANSPARENZ, OFFENHEIT, RESPEKT FÜR MILLIONEN MENSCHEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN.

lich sollen für die Öffentlichkeit die unterschiedlichen Interessen und Standpunkte deutlich sichtbar werden. Wirklich über die Stränge geschlagen wird selten, und wenn dies der Fall sein sollte, greift die amtierende Präsidentin oder der amtierende Präsident ein und ruft die Betroffenen zur Ordnung. Das Aufeinanderprallen gegensätzlicher Meinungen bleibt der Öffentlichkeit nachhaltiger in Erinnerung als gemeinsame Positionen. Die Gemeinsamkeit der Demokraten aber ist keine Floskel. Die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen haben in der Vergangenheit stets einmütig Rassismus, Intoleranz und Rechtsradikalismus verurteilt und sich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ausgesprochen. Es gibt zudem auch immer wieder eindrucksvolle Beispiele für Konsens und für Kompromisse. Beispiele aus der jüngeren Geschichte des Landtags NRW sind die Integrationsoffensive, der Schulkonsens oder die Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden.

Die Chronik konzentriert sich auf die Debatten und Entscheidungen im Landtags-Plenum. Dabei aber muss in diesem Zusammenhang eines deutlich ausgesprochen werden: Die Arbeit der Abgeordneten spielt sich beileibe nicht nur im Plenarsaal ab, auch wenn Medien und Öffentlichkeit auf das Geschehen im Plenarsaal fokussiert sind. Dort aber ist im Gegenteil nur der geringste zeitliche Anteil der politischen Arbeit zu registrieren. Die Vertreterinnen und Vertreter der nordrhein-westfälischen Bevölkerung müssen Sitzfleisch haben: In den Fraktionen, in deren Arbeitskreisen, in den Fachausschüssen des Parlaments und schließlich im Plenum werden die Positionen erarbeitet, vertreten und entschieden. Ein guter Teil der politischen Arbeit aber spielt sich außerhalb des Parlaments ab. Dort vertreten die Abgeordneten ihre Positionen und die Positionen ihrer Partei. Die Vertreterinnen und Vertreter der nordrhein-westfälischen Bevölkerung legen deshalb auch Unmengen von Kilometern zurück, weil sie in Vereinen, bei Verbänden und Organisationen, in Versammlungen, bei allen möglichen Veranstaltungen und Festen von der Öffentlichkeit in Anspruch genommen werden. Abgeordneter zu sein, ist eine ausgesprochen zeitintensive Tätigkeit. Dieser Hinweis soll bitte nicht als Klage missverstanden werden, aber doch ein oft falsches Bild von der Arbeit der Abgeordneten etwas zurechtrücken.

Das nordrhein-westfälische Landtagsgebäude selbst ist auch nach 25 Jahren ein zeitgemäßes Symbol für die parlamentarische Demokratie. Aber auch im und am Gebäude selbst sind die Jahre nicht spurlos vorüber gegangen. Ein Gebäude muss gepflegt, gewartet, modernisiert werden. So wurde beispielsweise die Bürgerhalle durch die Café-Bar noch einladender und freundlicher. Durch einen in das bestehende Gebäude integrierten Anbau sind weitere 80 Büros entstanden. Der Plenarsaal musste saniert werden, um ihn behindertengerecht zu gestalten und mit einer modernen Klimatisierung auszustatten. Der Landtag NRW hat einen Raum der Stille erhalten, nutzbar für Andachten der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften, aber auch für all diejenigen, die sich aus der oft hektischen Betriebsamkeit des Parlaments für einen Moment der Ruhe zurückziehen möchten.

Medienlandschaft und Technik haben sich radikal verändert in den vergangenen 25 Jahren. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben seit Mitte und Ende der 1980er-Jahre Konkurrenz durch kommerzielle Sender erhalten. 1988 spielte das Internet im Landtag NRW noch keine Rolle; bis in die Mitte der 1990er-Jahre herrschten BTX und die elektrische Schreibmaschine vor. Verglichen mit den heutigen Verhältnissen, in denen die elektronische Verarbeitung von Informationen nicht mehr wegzudenken ist, zeugt auch dieser Hinweis von den einschneidenden Veränderungen in der parlamentarischen Arbeit.

Diese Publikation möchte komprimiert auf die Geschehnisse im Landtag Nordrhein-Westfalen in der Zeit von 1988 bis 2013 aufmerksam machen. 25 Jahre Landtag am Rhein liefern den Anlass dazu.



Carina Gödecke
Präsidentin des Landtags NRW



INHALT

25 Jahre Landtag am Rhein – Daten und Fakten	6
Chronik 1988 bis 2013	10
Das Landtagsgebäude im Wandel von 25 Jahren Parlamentsbetrieb ...	134



25 JAHRE LANDTAG AM RHEIN – DATEN UND FAKTEN

AM 7. SEPTEMBER 1988 HIELT DER LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN SEINE PLENARSITZUNG IM NEUEN LANDTAGSGEBÄUDE AM RHEIN AB. ES WAR DIES DIE 83. PLENARSITZUNG DES LANDTAGS IN DER 10. WAHLPERIODE.

Am 7. September 1988 hielt der Landtag Nordrhein-Westfalen erstmals eine Plenarsitzung im neuen Landtagsgebäude am Rhein ab und nahm damit den kreisrunden Plenarsaal in Betrieb. Es war dies die 83. Plenarsitzung des Landtags in der 10. Wahlperiode. 137 Sitzungen sollten es bis zur Landtagswahl am 13. Mai 1990 noch werden. Zu diesen 75 Plenarsitzungen, die das Landesparlament zwischen September 1988 und März 1990 abgehalten hat, folgten bis zur Sommerpause 2013 noch weitere 700, so dass der Landtag bisher 775 Plenarsitzungen im Landtag am Rhein abgehalten hat. Vor dem Umzug war das Parlament zu 955 Plenarsitzungen zusammengekommen, davon eine – die konstituierende – im Düsseldorfer Opernhaus, fünf sogenannte Vollsitzungen (über zwei oder drei Tage, das entspräche nach unserer Zählung neun Sitzungen) in den Henkel-Werken in Düsseldorf-Holthausen; die weiteren Sitzungen fanden dann von März 1947 bis Juni 1988 im wieder aufgebauten Ständehaus statt.

Die höchste Zahl an Plenarsitzungen im neuen Landtag, aber auch insgesamt, hatte es in der 11. Wahlperiode (1990 bis 1995) gegeben: 161 Sitzungen, was mit der parteipolitischen Konstellation in dieser Wahlperiode zusammenhängen dürfte. Erstmals seit den frühen 50er-Jahren gehörten nämlich dem Landtag vier Fraktionen an (die GRÜNEN waren hinzugekommen) und gegen eine mit absoluter Mehrheit regierende SPD traten im Parlament drei konkurrierende Oppositionsfraktionen (CDU, FDP, GRÜNE) an.

Die kürzeste Plenarsitzung war die 10. Sitzung in der aktuellen Wahlperiode (23. Oktober 2012), in der ohne Aussprache ein Befristungsgesetz verabschiedet wurde. Die Sitzung, die um 13:34 Uhr eröffnet wurde, dauerte vier Minuten. Vereinzelt war es aber auch vorgekommen, dass eine Plenarsitzung nicht mehr vor Mitternacht beendet werden konnte

(Sitzungsbeginn ist in der Regel 10:00 Uhr), so zum Beispiel am 27. Februar 2013, als die Sitzung um 00:02 Uhr geschlossen wurde und das auch nur, weil der Innenminister eine Rede zu Protokoll gegeben hatte.

Wenn man in die Geschichte des NRW-Landesparlaments zurückschaut, haben insgesamt acht unterschiedliche Fraktionen dem Landtag angehört. Nur CDU und SPD waren in allen 16 Wahlperioden vertreten. Die FDP gehörte dem Landtag immerhin vierzehnmal an (in der 9. und 12. Wahlperiode wurde die 5%-Sperrklausel verfehlt). Im Jahre 1990 kamen die GRÜNEN (später: Bündnis 90/Die GRÜNEN) hinzu; sie sind seither ständig dabei. In der 15. Wahlperiode zog die LINKE für knapp zwei Jahre ins Landesparlament ein, seit 2012 sind nun die PIRATEN die bislang achte Fraktion. In der Frühzeit des Landtags stellten zudem die KPD (1946 bis 1954) und die Zentrumspartei (bis 1958) eine Landtagsfraktion.

In der Zeit vom September 1988 bis heute haben dem Landtag 769 Abgeordnete angehört, 342 Sozialdemokraten, 275 Christdemokraten, 64 GRÜNE, 51 Liberale, 11 Linke und 20 Piraten. Fünf Abgeordnete waren zum Zeitpunkt ihres Ausscheidens fraktionslos, hatten aber zuvor einer Fraktion angehört; ein Abgeordneter hatte während einer Wahlperiode seine Fraktion verlassen, kehrte aber in der darauf folgenden Wahlperiode als Mitglied einer anderen Fraktion zurück.¹

Das Durchschnittsalter dieser Abgeordneten lag zumeist unter 50 Jahren, gelegentlich knapp darüber.² In der 10. Wahlperiode (1985/90) waren es 46,9 Jahre; SPD und CDU lagen mit 48,9 bzw. 48,7 Jahren nahe beieinander, die FDP war mit 43,2 Jahren deutlich jünger.

¹ Die Addition der einzelnen Zahlen der Fraktionen führt daher nicht exakt zur Gesamtzahl.
² Stichtag ist jeweils der Tag der konstituierenden Sitzung des Landtags zu Beginn der Wahlperiode.

DRHEIN-WESTFALEN ERSTMALS EINE PLENARSITZUNG UND NAHM DAMIT DEN KREISRUNDEN PLENARSITZUNG DES LANDTAGS IN DER 10. WAHLPERIODE.

Mit dem Einzug der GRÜNEN 1990 sank der Altersdurchschnitt noch einmal geringfügig auf nunmehr 46,4 Jahre. Während die „Altfraktionen“ älter geworden waren (SPD 50,8, CDU 50,3, FDP 47,9), erreichte die GRÜNEN-Fraktion einen Schnitt von 36,6 Jahren.

Fünf Jahre später waren die Liberalen nicht mehr dabei, die restlichen drei Fraktionen waren wiederum älter geworden. Bei einem Gesamtdurchschnitt von 50,1 Jahren waren die Sozialdemokraten 51, die Christdemokraten 50 Jahre alt; die GRÜNEN waren auf nunmehr 44,6 gestiegen.

Der 13. Landtag (2000/2005) erreichte ebenfalls das Durchschnittsalter von 50,1 Jahren. SPD und CDU waren mit 51,6 bzw. 51,1 Jahren erneut „gealtert“, die GRÜNEN wiesen wieder 44,6, die wieder präsente FDP 43,8 Jahre auf.

In der 14. Wahlperiode war das Parlament nochmals deutlich jünger geworden: 47,7 Jahre betrug der Schnitt. Die SPD erreichte mit 48,9 Jahren ihre Marke von 1985, die Unionsabgeordneten waren im Durchschnitt erneut älter geworden (52,1), die FDP kam auf 41,8 Jahre, die GRÜNEN auf 47,8.

Im Jahr 2010 war nach der Wahl das Parlament durchschnittlich 48,1 Jahre alt. Die sozialdemokratischen Parlamentarier brachten es auf 49,8, die Christdemokraten gar auf den bisherigen Rekordwert von 52,5 Jahren. Die FDP erreichte ein durchschnittliches Alter von 46,2, die GRÜNEN von 44,3 und die neue Linksfraktion von 47,5 Jahren.

Das aktuelle Landesparlament ist – wie schon in 2005 – durchschnittlich 47,7 Jahre alt. Die SPD überschreitet wieder die 50-%-Marke (50,9), die CDU weist 51,7 Jahre auf. Die GRÜNEN erreichen mit 48,2 Jahren ihren bisherigen Höchstwert und die FDP kommt auf 45,1. Die Piratenfraktion ist mit 42,8 Jahren die jüngste.

Interessant ist auch die Entwicklung des Anteils weiblicher Abgeordneter. In der 10. Wahlperiode³ gehörten 25 Frauen dem 227-köpfigen Landesparlament an, was einem Anteil von 11 % entspricht. Die Verteilung unter den drei Fraktionen war durchaus unterschiedlich: SPD 7,2 %, CDU 14,8 %, FDP 21,4 %.

Im Jahr 1990 hatte sich zu Beginn der 11. Wahlperiode der Frauenanteil nahezu verdoppelt, was u. a. damit zusammenhängt, dass erstmals die GRÜNEN dem Landtag angehörten, die sich die Geschlechterparität zum Grundsatz gemacht haben: Der Frauenanteil im nunmehr 237köpfigen Landtag betrug insgesamt 21,2 %, verteilt auf SPD 17,4 %, CDU 22,5 %, FDP 21,4 %, GRÜNE 50 %.

Fünf Jahre später, der Landtag zählte 221 Abgeordnete, war der Frauenanteil auf 29,4 % gewachsen, verteilt auf 29,6 % bei der SPD, 23,6 % bei der CDU und 50 % bei den GRÜNEN (die FDP war dieses Mal nicht vertreten).

Im Jahr 2000 (13. Wahlperiode) waren dann 31,2 % der 231 Abgeordneten Frauen, 37,2 % bei der SPD, 21,6 % bei der CDU, 25 % bei der FDP und 53 % bei den GRÜNEN.

³ Die Zahlen beziehen sich jeweils auf den Beginn der Legislaturperiode.

DIE ZAHL DER IN DIESEM VIERTELJAHRHUNDERT DEN SACHEN (GESETZENTWÜRFE, ANTRÄGE, ANFRAGEN GIGANTISCHE 46.639 ERREICHT. DIE SPITZE BILDETE

Der Spitzenwert von über 30 % wurde bei den nachfolgenden Wahlen nicht mehr erreicht. Von den 187 Abgeordneten der 14. Wahlperiode waren 2005 noch 52 Frauen, was einem Anteil von 27,8 % entspricht (SPD 41,9 – ihr bisheriger Spitzenwert, CDU 13,5 %, FDP 15,4 %, GRÜNE 50 %).

Der 15. Landtag zählte bei 181 Abgeordneten 49 Frauen (27,1 %), verteilt auf 28,4 % (SPD), 13,4 % (CDU), 15,4 % (FDP), 56,5 % (GRÜNE) und 54,5 % (Linke).

Aktuell beträgt der Anteil der weiblichen Abgeordneten 29,5 % (was bei 237 Abgeordneten 70 Frauen bedeutet). Exakt ein Drittel (33,3 %) beträgt der Frauenanteil bei der SPD, 22,4 % bei der CDU, 18,2 % bei der FDP, 51,7 % bei den GRÜNEN und 15 % bei den Piraten.

In diesen Jahren wurde das Landesparlament von drei Landtagspräsidenten und drei Landtagspräsidentinnen geführt: Karl-Josef Denzer (1985 bis 1990), Ingeborg Friebe (1990 bis 1995), Ulrich Schmidt (1995 bis 2005), Regina van Dinther (2005 bis 2010), Eckhard Uhlenberg (2010 bis 2012) und Carina Gödecke (seit 2012). Die Zahl der Landtagsvizepräsidenten/-präsidentinnen variierte immer wieder: 1985/90 waren es drei, 1990/95 nur zwei, ebenfalls 1995/2000, 2000/2005 wiederum drei, ebenso in der 14. Wahlperiode. In der 15. und in der 16. Wahlperiode waren alle Fraktionen im Präsidium vertreten, das daher vier Vizepräsidenten zählte bzw. zählt. Dienstältester Vizepräsident war Hans-Ulrich Klose (CDU), der dieses Amt von 1982 bis 2000 innehatte.

Die Bank des Regierungschefs/der Regierungschefin haben seit 1988 Johannes Rau (SPD) bis 1998, Wolfgang Clement (SPD) bis 2002, Peer Steinbrück (SPD) bis 2005, Jürgen Rüttgers (CDU) bis 2010 und seither Hannelore Kraft (SPD) eingenommen.

Johannes Rau hatte bis 1995 mit absoluter SPD-Mehrheit regiert, bis 1998 dann in einer Koalition mit den GRÜNEN, die seine Nachfolger Clement und Steinbrück fortsetzten. Rüttgers regierte dann für fünf Jahre mit einer CDU/FDP-Koalition, ehe Hannelore Kraft für knapp zwei Jahre eine rot/GRÜNE Minderheitsregierung führte, die seit 2012 dann wieder eine eigene Mehrheit innehat.

Die gedruckten Plenarprotokolle über die 775 Sitzungen in diesen 25 Jahren umfassen 79.066 Seiten, den Spitzenwert erreichte die 11. Wahlperiode mit über 20.000 Seiten.

Die Ausschüsse des Landtags haben in der Zeit vom September 1988 bis Sommer 2013 insgesamt 6.380 Mal getagt.⁴ In den vollen Wahlperioden (11. bis 14. Wahlperiode) mit ihren fünf Jahren lag die Sitzungszahl relativ konstant (zwischen 1.253 und 1.318 Sitzungen).

Besonderes Aufsehen erreichen immer wieder die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. In der 10. Wahlperiode (1985/90) gab es deren drei, wobei der erste seine Arbeiten unmittelbar vor dem Umzug in den neuen Landtag zum Abschluss gebracht hatte, der zweite in beiden Landtagsgebäuden tagte und der dritte erst nach dem Umzug eingesetzt wurde. Auch in der folgenden Wahlperiode zwischen 1990 und 1995 tagten drei Untersuchungsausschüsse, in den folgenden fünf Jahren so-

⁴ Ohne Petitionsausschuss, Arbeitsgruppen, Unterausschüsse, Untersuchungsausschüsse und Enquetekommissionen; gemeinsame Sitzungen mehrerer Ausschüsse werden mehrfach gewertet.

ABGEORDNETEN VORLIEGENDEN PARLAMENTSDRUCKSACHEN (GESETZENTWÜRFE, ANTRÄGE, ANFRAGEN U. Ä.) HAT BIS ZU DEN SOMMERFERIEN 2013 DIE 14. WAHLPERIODE MIT 12.846 DRUCKSACHEN.

gar vier. In der 13. Wahlperiode (2000/05) wurde lediglich ein Untersuchungsausschuss gebildet, in der 14. Wahlperiode gab es zwei. In den beiden Jahren der Minderheitsregierung (2010/12) ebenfalls zwei, die aber wegen der Auflösung des Landtags ihre Arbeit nicht abschließen konnten. In der aktuellen Wahlperiode sind zwischenzeitlich zwei Untersuchungsausschüsse eingesetzt worden, so dass sich eine Gesamtzahl von 16 Untersuchungsausschüssen im Landtag am Rhein ergibt.

Die Zahl der in diesem Vierteljahrhundert den Abgeordneten vorliegenden Parlamentsdrucksachen (Gesetzentwürfe, Anträge, Anfragen u. ä.) hat bis zu den Sommerferien 2013 gigantische 46.639 erreicht. Die Spitze bildete die 14. Wahlperiode mit 12.846 Drucksachen.

821 Gesetze hat der Landtag in den 25 Jahren verabschiedet; die 14. Wahlperiode (2005 bis 2010) war dabei die „produktivste“, was damit zusammenhängen dürfte, dass durch den Regierungswechsel von Rot/Grün zu Schwarz/Gelb die neue Regierungsmehrheit in vielen gesetzgeberischen Bereichen umsteuern wollte.

Intensiv hat der Landtag von seinem Fragerecht Gebrauch gemacht. 14.781 Kleine Anfragen stellten die (zumeist oppositionellen) Abgeordneten in der Zeit vom 1. September 1988 bis zum 15. Juli 2013.⁵ Der Anteil der CDU-Abgeordneten betrug dabei knapp 37 % (5.452). 3.366 Anfragen stellten die Abgeordneten der SPD (knapp 33 %). 2.861 Mal stellten GRÜNE Abgeordnete Kleine Anfragen (ca. 19 %). 2.554 Kleine Anfragen entstammten den Federn von FDP-Abgeordneten (ca. 17 %). Die Linksfraktion kam in knapp zwei Jahren Parlamentszugehörigkeit auf 237 Kleine Anfragen, die PIRATEN seit Juni 2012 auf 287.

168 Mal wurde von dem Instrument der Großen Anfrage Gebrauch gemacht. SPD und CDU liegen mit 48 bzw. 47 Großen Anfragen nahezu gleichauf, gefolgt von den GRÜNEN mit 36 und der FDP mit 24. Die Linke wurde hier mit 5, die PIRATEN mit 3 Großen Anfragen aktiv. SPD und GRÜNE stellten 4, CDU und FDP 1 gemeinsame Große Anfrage.⁶ Am aktivsten waren hierbei die Fraktionen in der 11. und 14. Wahlperiode (41 bzw. 44).

In den Fragestunden des Landtags wurden 1.673 Mündliche Anfragen (einschl. der dringlichen Mündlichen Anfragen) an die Landesregierung gerichtet. Hier liegen die Abgeordneten der GRÜNEN vorn (657), gefolgt von denen der CDU (585), die sozialdemokratischen Abgeordneten kommen auf 233, die liberalen auf 180, die linken auf 5 und die Piraten auf bisher 4; 2 Mündliche Anfragen stammen von einem fraktionslosen Abgeordneten. Mit großem Abstand die meisten Mündlichen Anfragen wurden in der 11. Wahlperiode gestellt (679).⁷

Der Landtag Nordrhein-Westfalen verstand sich von Anfang an als „Haus der Bürger“ und damit – trotz aller notwendigen Sicherheitsmaßnahmen – als offenes Haus. Wenn man davon ausgeht, dass im Schnitt jährlich ca. 65.000 Menschen den Landtag besuchen (Sonderveranstaltungen wie Tage der offenen Tür, bei denen die Besucherzahl ungleich höher ist, ausgenommen), kommt man in 25 Jahren auf 1.625.000 Menschen, die – zumeist in Gruppen – durch den Besucherdienst betreut worden sind.

⁵ Bei den Zahlen ist zu berücksichtigen, dass nicht selten mehrere Abgeordnete einer Fraktion, gelegentlich sogar Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen gemeinsam Kleine Anfragen stellen.

⁶ Hier gilt dasselbe wie Anm. 5.

⁷ Wie Anm. 3.

10. Wahlperiode 1985 bis 1990

Nach dem Wiedereinzug der FDP (6,0 %) gehören dem Landtag wieder drei Fraktionen an. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate wächst der Landtag auf 227 Abgeordnete an.

Die SPD erreicht mit 52,1 % ihr absolut bestes Ergebnis bei einer NRW-Landtagswahl und kann erneut alleine regieren. Johannes Rau bildet sein drittes Kabinett. Friedhelm Farthmann, der langjährige Arbeits- und Sozialminister, scheidet aus der Landesregierung aus und übernimmt den Vorsitz der 125-köpfigen SPD-Fraktion, die nur noch aus direkt gewählten Abgeordneten besteht. Hingegen ist die CDU mit 36,5 % (88 Mandate) so schwach wie nie zuvor. Spitzenkandidat Bernhard Worms bleibt Fraktionsvorsitzender. Achim Rohde wird Vorsitzender der 14-köpfigen FDP-Fraktion.

Neuer Landtagspräsident wird der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD Karl-Josef Denzer. Ihm zur Seite stehen Hans-Ulrich Klose (CDU) als Erster Vizepräsident, Ingeborg Friebe (SPD) als Zweite Vizepräsidentin und Horst-Ludwig Riemer (FDP) als Dritter Vizepräsident.



In der Sommerpause werden die Umzugskartons gepackt.

1988

8. Juni

Der Landtag verabschiedet das neue Landesabfallgesetz. In diesem wird das bundesrechtlich vorgegebene gestaffelte Rangverhältnis von Abfallvermeidung und Abfallverwertung zu Abfallablagerung landesrechtlich konkretisiert und modernisiert.

10. Juni

Die 82. Landtagssitzung in der 10. Wahlperiode (insgesamt die 955. Landtagssitzung seit 1946) ist die letzte, die im Ständehaus abgehalten wird. Landtagspräsident Denzer: „In diesem Haus sind für die Bundesrepublik und ihre kurze Geschichte bedeutende Frauen und Männer tätig gewesen, aber auch bedeutende politische Entscheidungen vorgeprägt worden, die heute noch Lebensweise und -art dieser Bundesrepublik bestimmen.“

Juli bis September

Der Landtagsneubau im Berger Hafen am Rhein sieht seiner Fertigstellung entgegen. Der Umzug der Abgeordneten, der Fraktionen und der Landtagsverwaltung ist eine gigantische logistische Herausforderung. Bereits während der Sommerferien beziehen die Bibliothek (ca. 50.000 Bücher) und das Archiv (ca. 1.800 Regalmeter Dokumente) ihre neuen Räumlichkeiten, danach folgen die Geschäftsstellen der Fraktionen, die Abgeordneten und die übrige Landtagsverwaltung.

1988



Plenarsaal im Ständehaus

7. September

An diesem Tag findet die erste Plenarsitzung des Landtags im neuen Gebäude am Rhein statt. Präsident Denzer knüpft an seine Ausführungen vom 10. Juni an und äußert die Hoffnung, „dass wir etwas von dem Geist, der die Arbeit im alten Landtag bestimmt hat, in dieses Gebäude mitgenommen haben“.

8. September

Der illegale Einsatz von Hormonen und Tierarzneimitteln im sogenannten Kälbermastskandal führt zu heftigen Diskussionen im Landtag über Funktion und Möglichkeiten des Verbraucherschutzes.



Festakt anlässlich der Eröffnung des neuen Landtagsgebäudes, erste Reihe v.l.: Bundestagspräsident Jenninger, Landtagspräsident Denzer, Lord Plumb of Coleshill, Präsident des Europäischen Parlaments, Ministerpräsident Rau sowie der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Klink

2. Oktober

Die feierliche Eröffnung des neuen Landtags findet am 2. Oktober statt, auf den Tag genau 42 Jahre nach der Konstituierung des Ersten Ernannten Landtags im Düsseldorfer Opernhaus. Festredner sind nach dem Landtagspräsidenten Karl-Josef Denzer der Präsident des

Europäischen Parlaments, Sir Henry Plumb (Lord Plumb of Coleshill), Bundestagspräsident Philipp Jenninger, Dieter Klink, der Präsident der Bremischen Bürgerschaft (als Vertreter der Landtagspräsidentenkonferenz) sowie Ministerpräsident Johannes Rau.

1988: Was sonst noch geschah

Mai

Die Sowjetunion beginnt mit dem Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan.

31. Mai

Björn Engholm wird zum Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein gewählt.

Sommer

Michail Gorbatschow treibt in der UdSSR die Perestroika voran: Konzept zur „Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen“ durch

- Überwindung der Entfremdung des Menschen vom Eigentum
- Demokratisierung der Produktion
- Reform der Planung und der Verwaltung, Kooperation etc.

- Einführung von Ware-Geld-Beziehung,
- Dezentralisation der Wirtschaft,
- soziale Gerechtigkeit.

In Polen sorgt eine erneute Streikwelle für Unruhe.

Die ungarische Regierung leitet umfangreiche Reformen ein.

16. bis 18. August

Geiselnahme in Gladbeck – Am Morgen des 16. August 1988 überfallen Dieter Degowski und Hans-Jürgen Rösner eine Bank in Gladbeck. Bei ihrer Flucht nehmen sie mehrmals Geiseln und flüchten mit ihnen zwei Tage lang durch Deutschland und die Niederlande. Dabei kommen zwei Geiseln und ein Polizist ums Leben. Die Geiselnahme endet am 18. August in einer Polizeiaktion auf der Autobahn A3.

20. August

Der Erste Golfkrieg (Iran-Irak-Krieg) endet mit einem Waffenstillstand.

28. August

Bei einer Flugschau auf dem US-Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Ramstein kommt es bei einer Kunstflugvorführung zu einer Kollision und anschließendem Absturz einer Maschine. 70 Menschen kommen ums Leben.

3. Oktober

Der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauss stirbt in Regensburg. Am 19. Oktober wird Max Streibl zu seinem Nachfolger gewählt.

1988



Ministerpräsident Rau bei der Regierungserklärung

10. November/7. Dezember

Auf der Grundlage von zwei Regierungserklärungen diskutiert der Landtag über die Situation der Steinkohle. Alle Fraktionen bekennen sich zu einer gemeinsamen Kohlepolitik zum „Jahrhundertvertrag“ und zur Kohleverstromung. Unterschiedliche Auffassungen zur Verantwortlichkeit der Bundesregierung und zur Zukunft der Kernenergie verhindern allerdings eine gemeinsame Resolution.

9. November

Auf der Basis von Anträgen aller drei Fraktionen diskutiert der Landtag die Rolle der Länder im Bund und in Europa. Die von einem Grundkonsens geprägte Debatte führt zur Einsetzung einer Kommission „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auch in einem vereinten Europa“. Vorsitzender der neunköpfigen Kommission aus drei „Elder Statesmen“ und sechs Wissenschaftlern wird Landtagspräsident a.D. John van Nes Ziegler. Die sogenannte „Van-Nes-Ziegler-Kommission“ legt ihren Bericht im Jahre 1990 vor.

14. Dezember

Nach intensiven Diskussionen im Hauptausschuss und im Landtagsplenum setzt der Landtag auf Antrag von CDU und FDP einen Untersuchungsausschuss zum Gladbecker Geiseldrama ein; sein Auftrag: „Der Untersuchungsausschuss erhält den Auftrag, 1. den Ablauf des ‚Gladbecker Geiseldramas‘, die damit zusammenhängenden Vorgänge, die Entscheidungsabläufe innerhalb der Landesregierung

während und nach der Gladbecker Geiselnahme sowie die täterbezogene Vorgeschichte aufzuklären; 2. die Aufarbeitung des ‚Gladbecker Geiseldramas‘ einschließlich der Unterrichtung des Parlaments und der Öffentlichkeit durch die Landesregierung, insbesondere durch den Innenminister Dr. Schnoor, zu untersuchen; 3. dem Landtag einen Bericht über die Ergebnisse seiner Untersuchungen vorzulegen.“



Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum Gladbecker Geiseldrama

1989: Was sonst noch geschah

Die Auflösung der DDR

Die Reformunwilligkeit der DDR-Führung und die Proteste gegen die offenkundigen Ergebnisfälschungen der Kommunalwahlen im Mai stärken die Bürgerrechtsbewegung. Hinzu kommt die einsetzende Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn, das am 2. Mai 1989 seine Grenze zu Österreich öffnet und ab dem 11. September 1989 auch DDR-Bürgern offiziell die Ausreise nach Österreich erlaubt. Ab Herbst kommt es zu den regelmäßigen Montagsdemonstrationen. Auch der Rücktritt Honeckers am 18. Oktober und seine Ersetzung durch Egon Krenz halten den Machtverfall der Staatspartei SED nicht auf. Schon die Ankündigung bevorstehender Reismöglichkeiten der DDR-Bürger in den west-

lichen Teil Deutschlands führte zum Ansturm auf die Berliner Mauer und zu deren Öffnung in der Nacht des 9. November 1989.

Die neue Regierung unter Hans Modrow wird von den oppositionellen Kräften am Runden Tisch kontrolliert. Bei den fortgesetzten Montagsdemonstrationen wechselt die Parole von „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk!“

Revolutionäre Veränderungen in den ehemaligen „Ostblockstaaten“:

In Polen wird nach den ersten freien Parlamentswahlen am 4. und 18. Juni 1989 Tadeusz

Masowiecki zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten seit 1945 gewählt.

In Bulgarien wird am 10. November 1989 Ministerpräsident Todor Schiwkow zum Rücktritt gezwungen, der Anfang vom Ende der kommunistischen Herrschaft.

Am 25. Dezember 1989 wird in Rumänien Staatspräsident Nicolae Ceausescu zum Tode verurteilt und noch am selben Tag erschossen.

In der Tschechoslowakischen Republik wird der oppositionelle Schriftsteller Václav Havel am 29. Dezember 1989 Staatspräsident.

1989

26. Januar

Der Landtag ändert das **Gesetz über Sonn- und Feiertage** dahingehend, dass Arbeiten, die der Erholung im Rahmen der Freizeitgestaltung dienen, künftig erlaubt sind. Zugleich werden die Beschränkungen an stillen Feiertagen ausdrücklich auf Spielhallen und Freizeitparks ausgedehnt.

27. Januar

Am Schluss einer Debatte über die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der SPD zur Fortentwicklung des Luftverkehrs in NRW („Luftfahrt 2000“) fordern die Fraktionen in einer gemeinsamen Entschließung die Landesregierung zum weiteren Ausbau des Luftverkehrs auf.

22. Februar

Die im Jahre 1987 eingesetzte „Kommission Montanregionen“ (nach ihrem Vorsitzenden Prof. Dr. Paul Mikat auch „Mikat-Kommission“ genannt) legt ihren Abschlussbericht vor. Der Bericht umfasst 1.250 Seiten und wird in den Folgemonaten vom Landtagsplenum und den betroffenen Fachausschüssen intensiv beraten. Im Kern des Berichts geht es um Fragen des Strukturwandels.

22. Februar

Im Rahmen einer Änderung des Landeswassergesetzes werden die Auflagen für die Wasserwirtschaft in Bezug auf Wasserschutzgebiete, Abwasser und wassergefährdende Stoffe erhöht und die Wahrung ökologischer Belange bei der Gewässerunterhaltung und dem Gewässerausbau gestärkt.

24. Februar

In einer Aktuellen Stunde diskutiert der Landtag über Kohle- und Energiepolitik. Während die SPD-Fraktion die weitere Nutzung der Steinkohle und die Fortführung des „Jahrhundertvertrages“ zur Kohleverstromung in den Vordergrund stellt, fordern CDU und FDP ein Energiekonzept, das die weitere Nutzung der Kernenergie einschließt.

15. März

Grundsatzdebatte im Landtag zu den Chancen und Risiken der Gentechnik auf der Basis von Vorarbeiten der Anfang 1987 eingesetzten Kommission „Mensch und Technik“; diese legt am 27. November 1989 einen Abschlussbericht vor.

15. März

Der Landtag diskutiert den Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II, der sich mit der Geschäftstätigkeit der NEUE HEIMAT Nordrhein-Westfalen, der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes NRW und der Landesentwicklungsgesellschaft sowie der Aufsichtsführung der Landesregierung befasst. Die Sachverhalte werden von den Fraktionen unterschiedlich bewertet, der Bericht wird gleichwohl einstimmig zur Kenntnis genommen.

1989

26. April

In einer Aktuellen Stunde berät das Parlament Fragen um die EG-Rundfunkrichtlinie im Zusammenhang mit der Sicherung der Rundfunkhoheit der Länder.

Einstimmig wird das Landesarchivgesetz verabschiedet („Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen“).



Anhörung im Hauptausschuss zum Thema HDTV

31. Mai

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen zu den Fragenkomplexen „Marktwirtschaft im Wohnungsbau“ und „Wohnungsgemeinnützigkeit“; das Land NRW stellt im Rahmen des Wohnungsbauprogramms 1989 den Betrag von 1,9 Milliarden DM zur Verfügung. Zusammen mit den vom Bund bereitgestellten 500 Millionen DM können 24.450 Wohneinheiten gefördert werden.

7. Juni

Mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit ändert der Landtag den Artikel 5 Absatz 2 der Landesverfassung; dieser lautet nunmehr: „**Familien- und Erwerbsarbeit sind gleichwertig. Frauen und Männer sind entsprechend ihrer Entscheidung an Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt beteiligt.**“

13. Juni

Auf Antrag der SPD hatte der Landtag am 27. April beschlossen, den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Gladbecker Geiselnahme mit der Vorlage eines Zwischenberichts zu beauftragen. Diese wird unter dem Datum des 9. Juni vorgelegt und am 13. Juni im Plenum beraten. Der Zwischenbericht wurde im Untersuchungsausschuss von der SPD mit Mehrheit beschlossen. CDU und FDP legten zu einzelnen Punkten abweichende Voten vor.

23. August

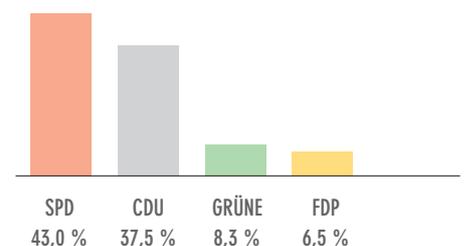
In einer einstimmig verabschiedeten Entschließung verdeutlicht der Landtag seine Haltung zur „Gemeinschaftscharta der Regionalisierung“ des Europäischen Parlaments und spricht sich für die Erhaltung föderaler Strukturen und Zuständigkeiten in einem vereinten Europa aus.

7. September

Als erstes parlamentarisches Gremium in der Bundesrepublik Deutschland befasst sich der Hauptausschuss des Landtags im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit den Zukunftsperspektiven des hochauflösenden Fernsehens (HDTV); er hört Sachverständige (Vertreter von industriellen und wissenschaftlichen Organisationen und Institutionen, Rundfunkanstalten usw.) zur Einführung einer weltweit einheitlichen HDTV-Norm an. Dabei geht es in der Folge auch um die Zukunft des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen.

1. Oktober

Ergebnisse der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen:



18. Oktober

Der Landtag verabschiedet das „Gesetz zur Förderung der beruflichen Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst“. CDU und FDP machen rechtliche Bedenken geltend.

Einstimmig beschlossen wird hingegen das „Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen“; die Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe sollen zum Bau neuer, preiswerter Mietwohnungen verwendet werden.

19. Oktober

In einer Regierungserklärung kündigt Ministerpräsident Rau Maßnahmen zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Osteuropa an und ruft dazu auf, den Weg der Reformen in der DDR zu fördern. Die Opposition begrüßt die Maßnahmen, erwartet aber konkreteren Aufschluss.

In derselben Sitzung fordert die CDU Gegenmaßnahmen der Landesregierung zu den Menschenrechtsverletzungen in der DDR und ruft zur Unterstützung der Reformbewegung auf. Dabei geht es auch um die seit 1987 eingestellten Landesmittel zur Finanzierung der Zentralstelle für die Erfassung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR in Salzgitter.



Debatte zur Frauenförderung: Parlamentarische Staatssekretärin Ridder-Melchers (SPD, l.), Abgeordnete Oel (CDU, m.), Abgeordnete Speth (SPD, r.)

15. November

Ministerpräsident Rau regt in einer Regierungserklärung sechs Tage nach dem Fall der Berliner Mauer die Einrichtung einer ständigen deutsch-deutschen Kommission zur Lösung übergreifender Probleme an.

1989

1989

16. November

Der Landtag novelliert das Meldegesetz und führt dabei ein Widerspruchsrecht der Bürger gegen die Weitergabe von Daten aus den Melderegistern an politische Parteien ein.

17. November

Debatten über sportpolitische Themen im Landtag: Im Mittelpunkt stehen die Dopingproblematik und die häufige Kollision des Sports mit dem Nachbarschaftsrecht. Sport soll auch weiterhin wohnungs- und siedlungsnah stattfinden können.

7. Dezember

2. Lesung des Haushaltsgesetzes 1990: Im Mittelpunkt der Aussprache um den Einzelplan des Ministerpräsidenten stehen die Entwicklungen in der DDR und die Deutschlandpolitik.

13. Dezember

Einstimmig billigt der Landtag den Satellitenfernseh-Staatsvertrag; damit wird ein drittes privates Satellitenfernsehprogramm möglich. Ebenfalls einstimmig verabschiedet der Landtag das Verfassungsgerichtshofgesetz.

14. Dezember

Auch die 3. Lesung des Haushalts 1990 wird durch die Deutschlandpolitik geprägt. Die Landesregierung teilt mit, dass 10 Millionen DM für die medizinische Versorgung in der DDR bereitgestellt werden.

In namentlicher Abstimmung verabschiedet der Landtag bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen eine Entschließung, die den 10-Punkte-Plan von Bundeskanzler Kohl zur Deutschlandpolitik unterstützt und zugleich die Westgrenze des polnischen Staates bestätigt.

1989: Was sonst noch geschah

24. März

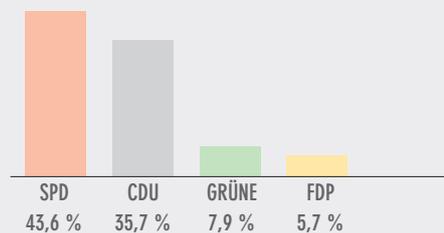
Der Öltanker Exxon Valdez läuft vor Alaska auf Grund und löst damit eine Ölpest und eine der größten Umweltkatastrophen der Seefahrt aus.

4. Juni

Die monatelangen Proteste der chinesischen Demokratiebewegung auf dem Platz des himmlischen Friedens werden von den Militärs gewaltsam beendet. Nach Schätzungen des Roten Kreuzes werden ca. 2.700 Menschen getötet.

18. Juni

Wahl zum Europäischen Parlament. Das NRW-Ergebnis:



8./9. Juli

Steffi Graf und Boris Becker gewinnen die Einzelitel beim Tennisturnier in Wimbledon.

1990

14. Februar

Unter der Überschrift „Bundesrepublik muss der DDR rasch helfen – soziale Gerechtigkeit“ gibt Ministerpräsident Rau eine Regierungserklärung ab. Die DDR müsse jetzt die Voraussetzungen für eine leistungsfähige, soziale und ökologische Marktwirtschaft schaffen. Gleichzeitig sei eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft voranzutreiben. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Bernhard Worms fordert, noch im Jahr 1990 müsse die D-Mark als Zahlungsmittel in der DDR gelten. SPD-Fraktionschef Prof. Dr. Friedhelm Farthmann hält Steuererhöhungen und Ergänzungsabgaben zur Bewältigung der finanziellen Lasten einer Vereinigung für unvermeidlich.



Wahlabend im Landtag: In der Mitte Landtagspräsident Denzer (SPD), links Dr. Linssen (CDU)

16. Februar

Der Landtag verabschiedet das zweite Rundfunkänderungsgesetz. Neben organisationsrechtlichen Anpassungen und Regelungen zur Filmförderung wird es künftig möglich sein, dass der WDR in Kabelanlagen, in denen offene Kanäle vorgesehen sind, Debatten des Landtags live überträgt.

14. März

Der Hauptausschuss verabschiedet die 9. Frequenzverordnung und ermöglicht dem WDR damit eine landesweite 5. Hörfunkkette. Die CDU-Opposition kündigt Verfassungsklage an, die letztlich erfolglos bleibt.

19. März

Die Kommission „Mensch und Technik“ beendet ihre Arbeit; sie soll in der kommenden 11. Wahlperiode ihre Arbeit als neuer Landtagausschuss wieder aufnehmen.

28. März

Aufgrund von Erfahrungen mit Verfahrensproblemen in den Untersuchungsausschüssen der 10. Wahlperiode wird das Untersuchungsausschussgesetz von 1984 angepasst. Das Änderungsgesetz wird einstimmig verabschiedet. Mit der Änderung soll die Erfüllung des verfassungsmäßigen Auftrags des parlamentarischen Untersuchungsausschusses als wirksames Kontrollorgan des Parlaments sichergestellt werden. Das Gesetz enthält nun auch eine Verfahrensordnung.

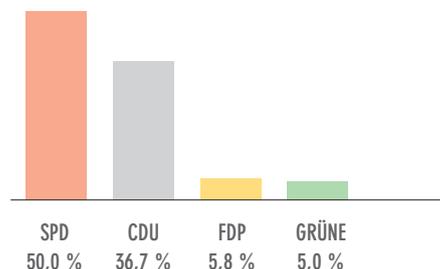
29. März

Der Landtag berät den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zum Gladbecker Geiseldrama. Die Bewertung durch die Fraktionen ist kontrovers.

Im Abschlussbericht des Petitionsausschusses über seine Arbeit in der 10. Wahlperiode wird mitgeteilt, dass in den fünf Jahren ca. 25.000 Petitionen eingegangen sind.

13. Mai

Bei der Wahl zum 11. Landtag erreicht die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Ministerpräsident Johannes Rau zum dritten Mal in Folge die absolute Mehrheit. CDU und FDP verlieren Prozentpunkte, die GRÜNEN ziehen erstmals in den Landtag ein:



Das Wahlergebnis beschert 38 Überhang- und Ausgleichsmandate, so dass insgesamt 239 Abgeordnete in den Landtag einziehen.

Die SPD konnte 122 Wahlkreise direkt gewinnen; die Fraktion hat nun 123 Mitglieder. Vorsitzender bleibt Prof. Dr. Friedhelm Farthmann. →



Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Prof. Dr. Friedhelm Farthmann im Gespräch mit Ministerpräsident Rau



Neuer Fraktionschef der CDU:
Dr. Helmut Linssen



Der alte und neue
Vorsitzender der FDP-Fraktion,
Dr. Achim Rohde

Die CDU-Fraktion umfasst 90 Abgeordnete. Ihr Spitzenkandidat Dr. Norbert Blüm tritt – wie zuvor für den Fall einer Wahlniederlage angekündigt – sein Landtagsmandat nicht an und bleibt Bundesminister im Kabinett Kohl. Fraktionsvorsitzender Dr. Bernhard Worms verzichtet auf seine Wiederwahl zugunsten des von Blüm vorgeschlagen Generalsekretärs der Landes-CDU Dr. Helmut Linssen.

Die FDP-Fraktion unter dem alten und neuen Vorsitzenden Dr. Achim Rohde zählt 14 Mitglieder, die erstmals vertretenen GRÜNEN 12 Abgeordnete. Dr. Bärbel Höhn wird Fraktionssprecherin, Dr. Michael Vesper Parlamentarischer Geschäftsführer.

31. Mai

Der 11. Landtag von Nordrhein-Westfalen zählt mit 239 Mitgliedern so viele Abgeordnete wie noch nie zuvor. In seiner konstituierenden Sitzung wählt das Parlament Ingeborg Friebe (SPD) zu seiner Präsidentin, die erste Frau, die in NRW dieses Amt innehat. Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) wird 1. Vizepräsident, Ulrich Schmidt (SPD) 2. Vizepräsident. Anträge der oppositionellen Fraktionen, die Zahl der Vizepräsidenten zu verringern (CDU) oder zu erhöhen (GRÜNE), finden keine Mehrheit.

In ihrer Antrittsrede macht die neue Präsidentin deutlich, dass für sie der Prozess der deutschen Einigung an erster Stelle steht.



Landtagspräsidentin
Ingeborg Friebe

6. Juni

Mit 124 Ja-Stimmen wird Johannes Rau zum vierten Mal zum Ministerpräsidenten des Landes NRW gewählt.



1990



Dr. Bärbel Höhn,
die Fraktionssprecherin
der GRÜNEN



Der Parlamentarische
Geschäftsführer der GRÜNEN,
Dr. Michael Vesper

1990: Was sonst noch geschah

18. März

Zum letzten Mal finden in der DDR Wahlen zur Volkskammer statt, die einzigen, die demokratischen Grundsätzen entsprachen. Sieger mit über 40 % ist das Wahlbündnis Allianz für Deutschland, bestehend aus der ehemaligen Blockpartei CDU, der neu gegründeten und der bayrischen CSU nahestehenden Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA). Die wiedergegründete und bis zum Wahltag als Favorit gewertete Sozialdemokratische Partei in der DDR (ursprünglich SDP, zum Zeitpunkt der Wahl als SPD abgekürzt) kommt unerwartet nur auf knapp 22 % der Stimmen.

12. April

Lothar de Maizière bildet nach langwierigen Verhandlungen eine Große Koalition aus der Allianz, der SPD und den Liberalen und wird von der Volkskammer mit 265 Stimmen bei 108 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Die Abgeordneten bestätigen danach en bloc auch die Regierung de Maizière.

8. Juli

Deutschland wird in Rom durch einen 1:0-Sieg über Argentinien zum dritten Mal Fußball-Weltmeister.

13. Juni

Johannes Rau stellt seine zwölf Ministerinnen und Minister vor, die anschließend durch die Landtagspräsidentin vereidigt werden. Völlig neu ist das Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann, das Ilse Ridder-Melchers übernimmt; bis dahin hatte sie diese Aufgaben als Parlamentarische Staatssekretärin wahrgenommen.

Am selben Tag konstituieren sich auch die 21 Landtagsausschüsse.

15. August

Drei Monate nach der Landtagswahl äußert sich Ministerpräsident Rau in seiner Regierungserklärung zu den Schwerpunkten der Regierungsarbeit in der 11. Wahlperiode. Die europäische und die deutsche Einigung sind für ihn die Herausforderungen mit besonderem Gewicht. Außerdem spricht er sich dafür aus, den Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen.

16. August

Mit 186 von 213 Stimmen spricht sich der Landtag in einem Entschließungsantrag dafür aus, dass Bonn Parlaments- und Regierungssitz bleiben muss.

13. September

Der Hauptausschuss verabschiedet – ohne Gegenstimmen – einen Nachtragshaushaltstitel, wonach sich das Parlament mit 900.000 DM am Aufbau des Parlamentarismus in den Ländern der ehemaligen DDR beteiligen will. Der Schwerpunkt der Hilfe wird dem Partnerland Brandenburg gelten.

20. September

Im Rahmen des einstimmig verabschiedeten Nachtragshaushalts 1990 werden zusätzliche Mittel für Beratungspersonal zum Aufbau der Verwaltung in der ehemaligen DDR eingesetzt. Weitere Mittel dienen dem Bau von Übergangwohnheimen für Aussiedler.



1990: Was sonst noch geschah

12. September

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag wird in Moskau unterzeichnet. Es handelt sich um einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR sowie Frankreich,

der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Er macht den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands frei.



20. September

Der Einigungsvertrag (Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die DDR-Staatsauflösung, ihren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Einheit) wird vom Bundestag und der Volkskammer angenommen. Der Vertrag war in den Monaten zuvor zwischen beiden deutschen Staaten ausgehandelt worden. Verhandlungsführer auf der Seite der Bundesrepublik war Wolfgang Schäuble, auf der Seite der Deutschen Demokratischen Republik Günther Krause. Der deutsch-deutsche Einigungsvertrag regelt den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990. Mit dem Wirksamwerden des Beitritts werden die Länder der DDR Länder der Bundesrepublik Deutschland.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das vereinte Deutschland als „gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinigten Europa“ anerkannt. Es unterzeichneten die Außenminister der vier Siegermächte des 2. Weltkrieges sowie der DDR und der Bundesrepublik.

4. Oktober

Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose spricht vor dem Landtag zum Tag der deutschen Vereinigung und beginnt seine Rede mit der Feststellung, seit dem 3. Oktober seien die getrennten Teile Deutschlands vereinigt. Vier Gesichtspunkte gäben Anlass, noch einmal über das, was sich zugetragen habe, nachzudenken. Er nennt den Respekt vor der Größe des historischen Geschehens, die Freude über die deutsche Einheit, die Dankbarkeit für das, was geschehen sei, sowie die Hoffnung auf die Zukunft. Klose war in den 50er-Jahren aus der DDR nach NRW geflohen.



Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose spricht zur deutschen Vereinigung

7. November

In einer Aktuellen Stunde verlangen die GRÜNEN die Stilllegung des Atomkraftwerks Würgassen. Landesregierung und SPD betonen dagegen, die Genehmigung zum Wiederanfahren des Reaktors sei nach Recht und Gesetz erteilt worden.

1990

1991

3. Oktober

Tag der Wiedervereinigung, und seither als Tag der deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag.

14. Oktober

Erstmals seit 1950 finden in den neuen Bundesländern Landtagswahlen statt. Die 1952 aufgelösten Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen waren wieder eingerichtet worden. In Brandenburg wird die SPD, in den vier anderen Ländern die CDU stärkste Partei.

2. Dezember

Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl: Helmut Kohl (CDU) wird als Bundeskanzler bestätigt. CDU/CSU erreichen 43,8 %, die SPD mit dem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine 33,5 %, die FDP 11 %. Die GRÜNEN scheitern im Westen überraschend an der 5%-Sperrklausel und erreichen keinen Fraktionsstatus (es gab einmalig zwei Wahlgebiete mit separat zu berechnender Sperrklausel), die PDS schafft 2,4 %.

8. November

In einer Aktuellen Stunde wird die Situation an den Hochschulen des Landes thematisiert. Angesichts der wachsenden Zahl von Studienanfängern bezeichnen die Oppositionsfraktionen die Lage als „dramatisch“, „bedrückend“ und „katastrophal“, Regierung und SPD räumen Probleme ein, bezweifeln aber, dass das „Katastrophengerede“ der Opposition den Beteiligten weiterhelfe.

1991

17. Januar

Mit einer Schweigeminute reagiert der Landtag auf den Ausbruch des Golfkrieges. In allen Ausschüssen erheben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen.

23. Januar

Eine Regierungserklärung „Aktuelle weltpolitische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen“ und die folgende Aussprache thematisieren den Golfkrieg, die Rolle der NATO und Deutschlands und die Problematik der Waffenlieferung in Krisengebiete.

24. Januar

Die Solidarleistungen für die neuen Bundesländer stehen im Mittelpunkt einer Regierungserklärung und Diskussion. Für die alten Bundesländer und die Kommunen werden erhebliche finanzielle Belastungen befürchtet.

14. März

Der Landtag verabschiedet einstimmig einen gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen zur „Stärkung des Föderalismus durch eine Zusammenarbeit der Landtage Brandenburg und Nordrhein-Westfalen“. Der Antrag definiert die Ziele der parlamentarischen Kooperation; die Koordinierung der parlamentarischen Zusammenarbeit übernimmt der Hauptausschuss. Zur Vorbereitung der Einzelheiten der praktischen Zusammenarbeit wird eine Kommission gebildet.

LANDTAG NORDRHEIN - WESTFALEN

11. Wahlperiode

Drucksache **11/1311**

06.03.1991

Antrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion der F.D.P. und
der Fraktion DIE GRÜNEN

Stärkung des Föderalismus durch eine Zusammenarbeit der Landtage Brandenburg und Nordrhein-Westfalen

Die Deutsche Einheit ist Chance und Herausforderung für den Föderalismus. Die großen Aufgaben in den neuen Ländern können nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam bewältigt werden. Die Handlungsfähigkeit der Länder muß auf parlamentarischer und administrativer Ebene bewahrt, entwickelt und gestärkt werden.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen und der Landtag Brandenburg erklären ihren Willen, partnerschaftlich im Geiste des Föderalismus zusammenzuarbeiten. Sie unterstützen die zwischen den Regierungen der Länder mit dem Regierungsabkommen über umfassende Zusammenarbeit vom 27. November 1990 gegründete Partnerschaft.

Die Landtage beider Länder begrüßen auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Kommunen.

Ziel der parlamentarischen Kooperation ist vor allem:

40 Jahre Landesjugendplan Nordrhein-Westfalen Ein Instrument für Jugendpolitik

Die Fraktionen der SPD, CDU und FDP haben bei der Debatte über den CDU-Landesjugendplan (LJG) 1991/92 die Jugendpolitik als zentralen Schwerpunkt der Landespolitik hervorgehoben. Die CDU-Fraktion hat dabei die Bedeutung der Jugendpolitik für die Entwicklung des Landes betont. Die SPD-Fraktion hat die Bedeutung der Jugendpolitik für die soziale Integration und die Beschäftigung von Jugendlichen hervorgehoben. Die FDP-Fraktion hat die Bedeutung der Jugendpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigung von Jugendlichen hervorgehoben.

Die Bedeutung der Jugendpolitik für die Entwicklung des Landes ist ein zentraler Punkt der Debatte. Die CDU-Fraktion hat die Bedeutung der Jugendpolitik für die soziale Integration und die Beschäftigung von Jugendlichen hervorgehoben. Die SPD-Fraktion hat die Bedeutung der Jugendpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigung von Jugendlichen hervorgehoben.

Die Bedeutung der Jugendpolitik für die Entwicklung des Landes ist ein zentraler Punkt der Debatte. Die CDU-Fraktion hat die Bedeutung der Jugendpolitik für die soziale Integration und die Beschäftigung von Jugendlichen hervorgehoben. Die SPD-Fraktion hat die Bedeutung der Jugendpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigung von Jugendlichen hervorgehoben.

Die Bedeutung der Jugendpolitik für die Entwicklung des Landes ist ein zentraler Punkt der Debatte. Die CDU-Fraktion hat die Bedeutung der Jugendpolitik für die soziale Integration und die Beschäftigung von Jugendlichen hervorgehoben. Die SPD-Fraktion hat die Bedeutung der Jugendpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigung von Jugendlichen hervorgehoben.



Wahlkreiswahlkampf 1988: Die Abgeordnete Heide Hinkel von SPD und Heide Buchholz von CDU im Wahlkreis Bielefeld. (Foto: Heide Buchholz)



Wahlkreiswahlkampf 1988: Die Abgeordnete Heide Hinkel von SPD und Heide Buchholz von CDU im Wahlkreis Bielefeld. (Foto: Heide Buchholz)

Landtag Intern vom 4.6.1991, S. 5

40 Jahre Landesjugendplan in Nordrhein-Westfalen

veranlassen die Fraktionen zu einer rückschauenden Aussprache über vier Jahrzehnte Jugendarbeit.

25. April

Einmal mehr steht die Steinkohle im Mittelpunkt der parlamentarischen Debatte im Landtag. Als Antwort auf den Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) gegen Kohlevorrangpolitik und Jahrhundertvertrag stellt Landeswirtschaftsminister Günther Einert (SPD) ein „Optimierungsmodell des deutschen Steinkohlebergbaus“ vor. In diesem Zusammenhang verweisen die Sprecher der Fraktionen auf die Kernaussagen der Mikat-Kommission zum Energiemix.

3. Mai

Vor dem Hintergrund einer Mitteilung von Umweltminister Matthiesen (SPD), dass von dem dioxinverseuchten Kupferschlack der ehemaligen Marsberger Kupferhütte keine akute Gefährdung ausgehe, debattieren die Fraktionen die Problematik industrieller Altlasten in NRW.

20./21. März

Die Folgen und Kosten der deutschen Einheit prägen die Diskussionen bei der 2. Lesung des Landshaushalts 1991. Im Mittelpunkt stehen die Probleme, die sich durch die Auflösung der DDR und die Gründung der fünf neuen Bundesländer ergeben haben.

24. April

Die Ermordung des Treuhand-Chefs Detlev Karsten Rohwedder überschattet die 3. Lesung des Haushalts 1991. Der Etat in Höhe von 71,3 Milliarden DM sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz werden verabschiedet.

1991: Was sonst noch geschah

27. Februar

Zweiter Golfkrieg: Nachdem ein bis zum 15. Januar 1991 befristetes UN-Ultimatum zum irakischen Rückzug ergebnislos verstrich, wird Kuwait im Verlauf des fünfwöchigen Zweiten Golfkriegs befreit. Nach einem politischen Streit um ein an der irakisch-kuwaitischen Grenze gelegenes Ölfeld waren am 2. August 1990 irakische Truppen in Kuwait einmarschiert.

12. Juni

Boris Jelzin wird zum Präsidenten Russlands gewählt.

25. Juni

Beginn des Zerfalls von Jugoslawien: Nach Volksabstimmungen proklamieren Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit. Die Folge sind kriegerische Auseinandersetzungen, die in Slowenien 10 Tage andauern, während sie sich in Kroatien bis 1995 hinziehen.

31. Juli

George Bush und Michail Gorbatschow unterzeichnen den START-Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen, ein Abrüstungsabkommen zwischen den USA und der Sowjetunion zur gemeinsamen allmählichen Reduzierung strategischer Trägersysteme für Nuklearwaffen.

23. September

Rassistisch motivierte Übergriffe in der sächsischen Stadt Hoyerswerda. Dabei werden ein Wohnheim für Vertragsarbeiter sowie ein Flüchtlingswohnheim angegriffen. Teilweise stehen bis zu 500 Personen vor den Heimen und beteiligten sich an den Angriffen. Die Ausschreitungen von Hoyerswerda bilden den Auftakt zu einer Serie ausländerfeindlicher Ausschreitungen zu Anfang der 90er-Jahre in Deutschland.

25. Dezember

Gorbatschow tritt als Präsident der Sowjetunion zurück, auf dem Kreml wird die russische Fahne aufgezogen. Am Folgetag beschließt der Oberste Sowjet die Auflösung der Sowjetunion.

4. Juni

Auf Antrag von 75 Abgeordneten der CDU-Fraktion tritt der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Hintergrund sind die Kassiberfunde bei den in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf einsitzenden RAF-Terroristinnen. Die CDU fordert, die in Köln zusammengelegten Terroristinnen voneinander zu trennen. Justizminister Krumsiek (SPD) erläutert im Rahmen einer Regierungserklärung die Haftsituation der Terroristinnen; die von der CDU-Fraktion geforderte Auseinanderlegung lehnt er ab; er handle dabei in Übereinstimmung mit den zuständigen Bundesministerien.

12. Juni

Auf Antrag der SPD steht einmal mehr das Thema Steinkohle auf der Tagesordnung: Ein durch die Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers drohender Bruch der Kohlevereinbarungen gefährde den sozialen Frieden. CDU und FDP fordern die Rückkehr zum Konsens zwischen Kohle und Kernenergie. Die GRÜNEN wiederum fordern die Zurückdrängung des Atomstroms als größtem Konkurrenten der Steinkohle, die allerdings langfristig auch zurückgefahren werden müsse.

13. Juni

Der Landtag verabschiedet das dritte Rundfunkänderungsgesetz. Hintergrund ist ein Verfassungsgerichtsurteil, nach dem die Frequenzuteilung durch Gesetz zu regeln ist. Nach Beratungen zwischen der Staatskanzlei, der Landesrundfunkanstalt und dem WDR ergab sich ein abgestimmter Vorschlag zum Einsatz leistungsstarker UKW-Hörfrequenzen in NRW – damit wurde die Grundlage für den lokalen Hörfunk geschaffen.

14. Juni

Die Notwendigkeit einer finanziellen Absicherung des Pflgerisikos und der Einführung der Pflegeversicherung wird von allen Fraktionen gesehen. Uneinigkeit herrscht aber in der Frage der Finanzierung des Arbeitgeberanteils.

26. bis 28. Juni

Erstmals findet im nordrhein-westfälischen Landtag ein Europa-Forum statt mit 200 Teilnehmern aus den verschiedensten Ländern, Regionen und autonomen Gemeinschaften. Die Liste reicht von den Azoren bis zu Wales. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe erklärt zu Beginn, ein Erfolg des Europa-Forums sei auch ein Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. „Wir wollen ein föderalistisches Europa und keine zentralistisch regierte Gemeinschaft ohne hinreichend demokratische Kontrolle.“



Prof. Farthmann (SPD)

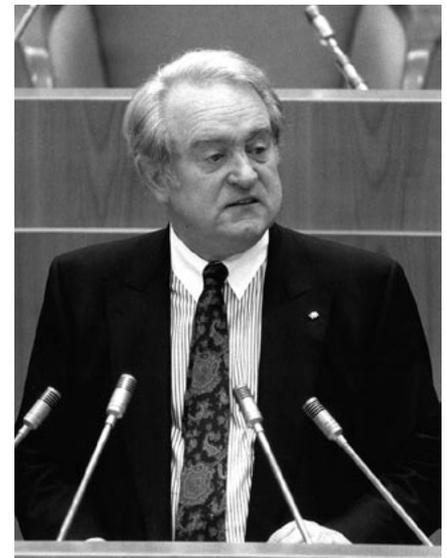


Dr. Linssen (CDU)



Appel (GRÜNE)

Sondersitzung des Landtags zu den RAF-Terroristinnen in der JVA Köln-Ossendorf



Ministerpräsident Rau als Redner auf dem Europa-Forum

1991

1991

4. Juli

Im Hauptausschuss teilt Vorsitzender Reinhard Grätz (SPD) mit, dass 22 ehemalige und jetzige Abgeordnete des Landtags vom Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR beobachtet worden sind.

11. Juli

In einer Regierungserklärung zu den Folgen der Entscheidung des Deutschen Bundestags für Berlin spricht sich Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) dafür aus, der Region Bonn und deren Menschen schnell eine klare Zukunftsperspektive zu geben. Auch aus den Reden der Sprecher der Fraktionen klingt das Bedauern über die Abstimmungsniederlage der Bonn-Befürworter im Bundestag heraus.

12. September

Bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes 1992, der Finanzplanung des Landes von 1991 bis 1995 sowie des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1992 wird auch die Regelung des interkommunalen Ausgleichs am Solidarbeitrag zur deutschen Einheit einbezogen.

13. September

Die sozialen, ökologischen und wasserhaushaltlichen Auswirkungen des beantragten Braunkohletagebaus Garzweiler II sind Gegenstand einer ganztägigen öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung.

19. September

Die Ergebnisse des „Kienbaum-Gutachtens“ zur Organisationsuntersuchung im Schulbereich führen zu einer heftigen Debatte zwischen Regierung und Opposition im Rahmen einer Aktuellen Stunde. Gegenstände des Gutachtens sind Personalbewirtschaftung, Organisation der Schulverwaltung und Schulaufsicht, Kommunalisierung der Stellen- und Personalbewirtschaftung, ADV-Unterstützung, Lehrbedarfsmittlung und Lehrbedarfsdeckung.

20. September

Zum Weltkindertag begrüßt Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (SPD) 270 Mädchen und Jungen aus allen Landesteilen als „Glückspilze“. Insgesamt hatten sich nämlich 1.700 junge und ganz junge Leute angemeldet. Einen Tag lang können die Kinder und Jugendlichen im Plenarsaal und in den Landtagsausschüssen Abgeordneten Fragen stellen und ihre eigenen Anliegen zur Sprache bringen. Musik, Theater und Tanz runden den Festtag ab.

Organisationsuntersuchung im Schulbereich

Gutachten der Kienbaum
Unternehmensberatung GmbH
im Auftrage des Kultusministeriums
des Landes Nordrhein-Westfalen

Hauptband mit Kurzfassung



Weltkindertag 1991: Aufführung einer Kindertheater-Gruppe

2. Oktober

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (SPD) eröffnet die Plenarsitzung mit einer kurzen Ansprache, in der sie daran erinnert, dass sich vor exakt 45 Jahren der Landtag Nordrhein-Westfalen im Düsseldorfer Opernhaus konstituiert hat. Die Abgeordneten der ersten Stunde seien von der britischen Besatzungsmacht ernannt, nicht von der Bevölkerung gewählt worden. Es sei dennoch nach zwölf Jahren Nazidiktatur ein demokratischer Neuanfang gewesen.

13. November

Zwischen dem Bund und den kohlefördernden Ländern ist die „Kohlevereinbarung“ als Kompromiss vereinbart worden. In einer Regierungserklärung vor dem Landtag bezeichnet Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) diesen als tragfähig. Er lässt jedoch keinen Zweifel daran, dass vom weiteren notwendigen Anpassungsprozess eine Reihe weiterer Schachtanlagen sowie viele Bergleute und deren Familien betroffen seien. Die CDU-Opposition fordert den Regierungschef und die SPD-Fraktion auf, ihr Verhältnis zur sicheren Kernenergie neu zu überdenken. Auch FDP und GRÜNE melden Kritik an.

24. September

Auf Antrag von 97 Abgeordneten von CDU, FDP und GRÜNEN findet eine Sondersitzung des Parlaments statt, die die Abbaupläne für den Tagebau Garzweiler II zum Gegenstand hat. In einer Regierungserklärung bei der Sondersitzung verdeutlicht Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD), die Landesregierung wolle einen erheblich verkleinerten Aufschluss des Braunkohlentagebaus Garzweiler II unter der Bedingung genehmigen, dass der Antragsteller Rheinbraun für eine deutliche Verringerung der Schadstoffe und Kohlendioxid-Emissionen Sorge. Die Vorwürfe der Opposition reichten von dem Vorhalt, die Landesregierung wolle die Entscheidung übers Knie brechen, bis zu dem Hinweis, die Menschen würden ein solches Projekt nicht mehr hinnehmen.

26. September

Wolfgang Clement (SPD), Minister für besondere Aufgaben und Chef der Staatskanzlei, teilt im Hauptausschuss mit, die Landesregierung plane eine Änderung des Landesrundfunkgesetzes mit dem Ziel, terrestrische Frequenzen für die Westschiene zu gewinnen. Den Zuschauern solle auch der terrestrische Empfang von SAT 1 ermöglicht werden.



Konstituierende Sitzung des Ernannten Landtags am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus

1992

1992

9. Januar

In 3. Lesung verabschiedet der Landtag gegen die Stimmen der Opposition das neue Landesabfallgesetz mit Schwerpunkten bei der Müllvermeidung und Abfallverwertung. Da seitens der Opposition während der 2. Lesung am 18.12.1991 eine 3. Lesung beantragt worden war, die Regierung aber ein schnellstmögliches Inkrafttreten wünschte, hatte die SPD-Fraktion für den 9. Januar eine Sondersitzung beantragt.

24. Januar

Der Landtag debattiert auf der Grundlage mehrerer Anträge ausgiebig die Forderung nach einer Stärkung des Föderalismus und der Länderparlamente im Rahmen einer Verfassungsreform. Trotz kontroverser Positionen der Fraktionen in Einzelfragen besteht Einigkeit in der Forderung nach der Bestellung einer Verfassungsreform-Kommission aus Mitgliedern der Landesparlamente.

13. Februar

Der Hauptausschuss des Landtags tagt in den Räumen der Landesrundfunkanstalt zum Schwerpunkt „lokaler Rundfunk“; es werden Sendelizenzen für 46 Verbreitungsgebiete vergeben.

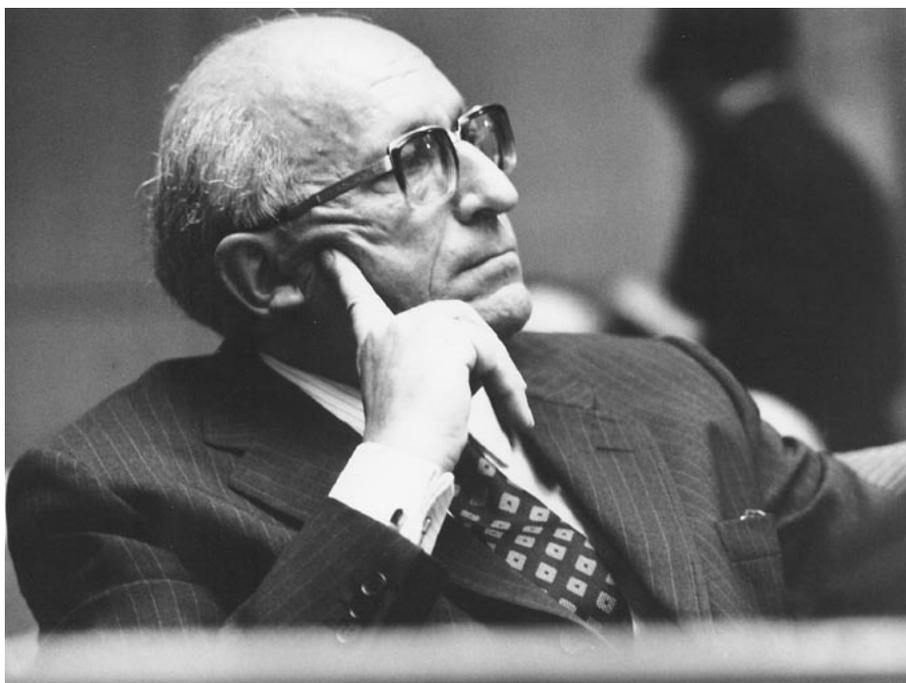
12. März

Nach langer schwerer Krankheit stirbt der langjährige Ministerpräsident (1966 bis 1978) Heinz Kühn wenige Wochen nach Vollendung des 80. Lebensjahres.

14. November

Die Fusion der „Stahlriesen“ Krupp und Hoesch beschäftigt auch das Landesparlament. Das Verhandlungsergebnis, das der Fusion zugrunde liegt, sei wichtig für die Zukunft einer hochqualifizierten und selbstbewussten Arbeitnehmerschaft, stellt Johannes Rau in seiner Regierungserklärung fest. Von der Opposition aus CDU und FDP wird die Forderung erhoben, der Staat solle sich aus unternehmerischen Entscheidungen heraushalten. Die GRÜNEN sprechen vom bisher spektakulärsten Coup in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik.

Heinz Kühn (SPD), Ministerpräsident 1966 bis 1978



24. März

Der Landtag setzt einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 41 Landesverfassung zum Projekt „Neue Mitte Oberhausen“ ein. Den Vorsitz übernimmt Bodo Hombach (SPD).

8. Mai

Der Landtag diskutiert die Förderung von Frauenhäusern. Es besteht Einigkeit, dass eine flächendeckende Versorgung angestrebt werden muss. Kontroversen gibt es in Bezug auf die erforderliche Mindest-Personalausstattung.

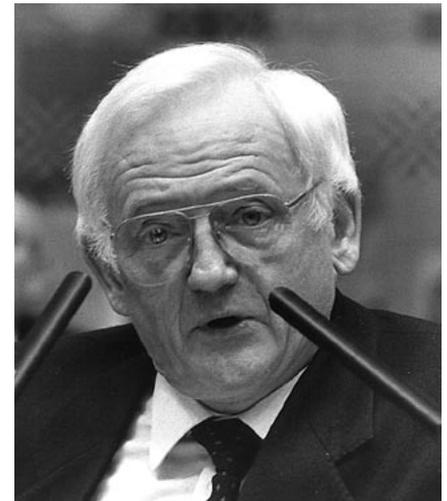
4. Juni

Unterschiedliche Positionen der Fraktionen treten zutage, als der Landtag Wege und Möglichkeiten der Asyl- und Zuwanderungspolitik diskutiert. Während die CDU eine Ergänzung

von Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes fordert in dem Sinne, dass Voraussetzungen, Inhalt und Schranken des Asylrechts durch Gesetze geregelt werden, spricht sich die SPD für Verfahrensbeschleunigungen aus. Die FDP unterstreicht den verfassungsrechtlich verankerten Anspruch auf politisches Asyl, die GRÜNEN regen eine europäische Asylkonvention an.

1. Juli

In einer Regierungserklärung zum Thema „Grundgesetz und Europa“ warnt Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) vor Europa-Müdigkeit. Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linsen befürchtet einen „Europa-Pessimismus“. Alle Fraktionen betonen gemeinsam die Notwendigkeit eines künftigen Europa der Regionen.



Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD)

10. September

Hermann Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, tritt zurück. Der Minister war unter Beschuss geraten, nachdem der SPIEGEL die Anfertigung eines zehnteiligen „Regiebuchs“ zum Komplex „Entwicklungs- und Forschungszentrum für Mikrotherapie“ (EFMT) zur Vorbereitung seiner Vernehmung als Zeuge im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss öffentlich gemacht hat.

1992: Was sonst noch geschah

5. Februar

Der ehemalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel wird neuer Ministerpräsident von Thüringen; sein Vorgänger Josef Duchac musste zurücktreten, als seine Verstrickungen in das SED-Regime bekannt wurden.

7. Februar

In der niederländischen Stadt Maastricht wird der Vertrag über die Europäische Union (EUV) vom Europäischen Rat unterzeichnet, der als Vertrag von Maastricht bekannt wird. Er stellt den bis dahin größten Schritt der europäischen Integration seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften (EG) dar.

31. März

Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg tritt von seinem Amt zurück. Der Grund: Panzerlieferungen aus Armeebeständen der NVA und der Bundeswehr an die Türkei.

3. Mai

Die Delegierten des Bündnis 90 beschließen auf ihrem ersten Parteitag am 3. Mai den Zusammenschluss mit den GRÜNEN; wenig später stimmt auch der Parteitag der GRÜNEN zu, die seither bundesweit als „Bündnis 90/Die GRÜNEN“ firmieren.

16. Mai

Der VfB Stuttgart wird Deutscher Fußballmeister.

17. Mai

Nach 18 Amtsjahren tritt Außenminister Hans-Dietrich Genscher zurück; als Nachfolger wird der bisherige Justizminister Klaus Kinkel ernannt.

26. Juni

Endspiel bei der Fußball-EM in Schweden. Dänemark gewinnt das Finale gegen Deutschland mit 2:0.

1992: Was sonst noch geschah

24. August

Rechtsextreme Jugendliche zünden unter dem Beifall von erwachsenen Sympathisanten in Rostock einen Wohnblock an, in dem größtenteils Vietnamesen leben.

30. August

Michael Schumacher gewinnt in Spa (Belgien) sein erstes Formel-1-Rennen.

8. Oktober

Im Alter von 78 Jahren verstirbt der ehemalige Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Willy Brandt.

3. November

Bill Clinton wird zum 42. Präsidenten der USA gewählt.

12. November

Im Landgericht Berlin beginnt der Prozess gegen den ehemaligen Staatschef der DDR, Erich Honecker, und fünf weitere hochrangige Funktionäre der DDR.

23. November

Bei einem Brandanschlag in Mölln (Schleswig-Holstein) kommen zwei türkische Frauen und ein zehnjähriges Mädchen ums Leben.

Dezember

Die erste SMS wird von einem Computer an ein Mobiltelefon gesendet.

Anlage 1

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN Drucksache 11/4924

11. Wahlperiode 18.01.1993

Neufassung gemäß Plenarbeschluss vom 27. Januar 1993

Antrag

der Fraktion der SPD

Strukturreform der Verwaltung in NRW
Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen

i. Der Landtag stellt fest:

Neue gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen in den 90er Jahren und die mit der deutschen Wiedervereinigung verbundenen zusätzlichen Lasten und die europäische Einigung erfordern eine Fortführung, aber auch Umorientierung bisheriger Aufgaben. Darüber hinaus wird auch der für 1995 zu erwartende Länderfinanzausgleich neue finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, die dazu zwingen, Inhalt und Umfang staatlicher Aufgabenerfüllung zu überprüfen und den veränderten Bedingungen anzupassen. Die gewachsene Bedeutung regionaler Zusammenarbeit und die zunehmende Regelungsdichte sind weitere Gesichtspunkte, die einschneidende Veränderungen zusätzlich unterstreichen.

ii. Der Landtag spricht sich für eine umfassende aufgabekritische und organisatorische Überprüfung der nordrhein-westfälischen Verwaltung auf allen Ebenen aus. Eine bürgernahe, effiziente und transparente Verwaltung ist Ziel der Reform. Zur Erreichung dieses Zieles sind entbehrliche Verwaltungsaufgaben abzubauen bzw. auf Dritte zu übertragen, Verfahrensregelungen und -abläufe zu vereinfachen, Zuständigkeiten zusammenzufassen, die Organisation der Verwaltung zu straffen und zu entlasten und dienstrechtliche Vorschriften zu flexibilisieren. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, entsprechende Reformkonzepte unter Einbeziehung der Organisationsuntersuchungen zu entwickeln, sie umzusetzen und darüber die entsprechenden Ausschüsse des Landtages zu informieren.

Datum des Originals: 18.01.1993/Ausgabezeit: 19.01.1993

Das Veröffentlichungsdatum des Landtag wird fortlaufend oder auch einzeln, gegen eine Gebühr, durch Anfordern des Landtags Drucksachen-Servicebüro, Postfach 10 11 25, Telefon 02 11 9 34-24 29, zu beziehen.

1993

14. Oktober

Bei der Debatte über eine Regierungserklärung zum Thema „Rechtsextremismus und Gewalt“ herrscht über alle Fraktionsgrenzen Einigkeit, dass mit demokratischen Mitteln ein entschiedener Kampf gegen den wachsenden Rechtsradikalismus geführt werden muss.

11. November

Nachdem er wegen einer schweren Nierenoperation mehr als drei Monate ausgefallen war, meldet sich Ministerpräsident Johannes Rau mit einer Regierungserklärung zurück. Das Thema: „Drei Jahre nach dem Mauerfall – Zur Lage des Landes und des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen“. Die Opposition begrüßt die Analyse, vermisst jedoch konkrete Handlungsanweisungen.

16. Dezember

Im Rahmen der 3. Lesung des Landeshaushalts 1993 formulieren die Landesregierung und die Fraktionen einmal mehr ihre Grundsatzeinstellungen zur Landespolitik. Wie schon im Oktober herrscht große Einmütigkeit gegen Rechtsradikalismus und Ausländerhass. Die rechtsradikalen Straftaten der letzten Monate hätten die Menschen wachgerüttelt.

27. Januar

Der Landtag beschließt die Einsetzung eines Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform zur Überprüfung des Verwaltungsaufbaus und des Verhältnisses zwischen Landesverwaltung und Kommunalverwaltung. Zunächst hatten hierzu unterschiedliche Anträge der Fraktionen vorgelegen; im Zuge der Beratungen konnten sich jedoch die Fraktionen – mit Ausnahme der GRÜNEN – auf einen gemeinsamen Beschlusstext verständigen.

Auf der Grundlage einer Regierungserklärung debattiert der Landtag über die Krisensituation der Stahlindustrie. Am Ende der Diskussion verständigen sich SPD und CDU auf eine gemeinsame Entschließung, die gegen die Stimmen von FDP und GRÜNEN angenommen wird; diese hatten eigene Anträge vorgelegt.

1993

29. Januar

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde erörtert der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion das Thema „Gewalt an Schulen darf nicht Schule machen“. CDU und FDP werfen dem Kultusminister vor, er verharmlose das Problem; der antwortet mit dem Hinweis, Gewalt gehe nicht von der Schule aus, sondern sie sei ein gesamtgesellschaftliches Phänomen.

10. Februar

Der Landtag diskutiert kontrovers über den Zusammenhang von Wohnungsbaupolitik und Obdachlosigkeit im Rahmen einer von SPD und CDU beantragten Aktuellen Stunde. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, mit welchen Maßnahmen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Lande am besten zu bekämpfen sind.

10. März

Die Sicherung des Montanstandortes Deutschland und die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf diesem Sektor ist Thema einer ausführlichen Aussprache, zu der alle Fraktionen Anträge vorgelegt haben. Kern der Auseinandersetzungen ist die Frage, wie weit die Einflussmöglichkeiten der Politik in die Wirtschaft reichen.

24. März

Zu einer lebhaften Kontroverse kommt es in der Aktuellen Stunde, in der der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion über die wachsende Kriminalität im Lande diskutiert.

Die CDU verweist auf den ständig steigenden Anteil von Ausländern an der Gesamtkriminalität, während insbesondere Regierung und SPD mehr Behutsamkeit und Differenzierung fordern. Die FDP verlangt Verbesserungen bei der Kriminalitätsbekämpfung, die GRÜNEN warnen vor Ausländerfeindlichkeit.



Kultusminister Schwier (SPD)



Abgeordnete Pazdziora-Merk (SPD)



Abgeordneter Reichel (FDP)



Abgeordneter Reul (CDU)

Aktuelle Stunde „Gewalt an Schulen“

1993

25. März

CDU und FDP bringen das Thema Schulzeitverkürzung auf die Tagesordnung. Heftige Diskussionen entzünden sich vor allem über die Frage, ob die Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre reduziert werden soll.

5. Mai

Die Verkehrsexperten der Fraktionen debattieren über die Bahnstrukturreform und die Regionalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Schienen-Personennahverkehrs. Es besteht Einigkeit, dass eine Regionalisierung nur unter der Bedingung erfolgen kann, dass die neuen Träger (Regionen, Städte und Kreise) einen dynamisierten Finanzausgleich erhalten.

27. Mai

Auf die anwachsende Bedeutung des ökologischen Landbaus machen SPD und GRÜNE bei der Aussprache über Förderungsmaßnahmen aufmerksam. Gleichzeitig wird in CDU- und FDP-Reihen die Warnung laut, den konventionellen Landbau nicht mit Schreckensbildern zu versehen.

28. Mai

Gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Landtag das Wahlrechtsänderungsgesetz. Künftig können demnach Gemeinderäte und Kreistage freiwillig verkleinert werden. Außerdem werden die Wahlumschläge bei der Urnenwahl abgeschafft. Abgelehnt werden Vorschläge der Opposition, bei Wahlen das sogenannte Kumulieren und Panaschieren einzuführen, wonach mehrere Stimmen auf einen Kandidaten „gehäufelt“ und quer zu Parteilisten gewählt werden kann. Die Urwahl des Bürgermeisters findet ebenfalls keine Zustimmung bei der Mehrheit.

Sprecher aller Fraktionen sind sich bei der Beratung des CDU-Antrages zur Neustrukturierung der Theaterlandschaft in Nordrhein-Westfalen einig, dass die Theater in den Kommunen in einer tiefen Krise stecken. Eine Expertenkommission soll nun Auswege aufzeigen.

23. Juni

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe eine Erklärung zu den Morden von Solingen ab. Übereinstimmend rufen die vier Fraktionen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN nach einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „Ausländer in Deutschland“ dazu auf, jede Form von Ausländerhass und rechtsextremer Gewalt entschieden zu bekämpfen. Die Meinungen gehen allerdings auseinander, was die Einführung einer doppelten Staatsangehörigkeit für lange in Deutschland lebende Ausländer betrifft.



Der Ältestenrat trifft sich mit den türkischen Generalkonsuln.

1993: Was sonst noch geschah

3. Januar

Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Jürgen Möllemann tritt zurück. Er hatte auf einem amtlichen Briefbogen ein von einem Verwandten vertriebenes Produkt (Einkaufschip) empfohlen.

Die Präsidenten Bush und Jelzin unterzeichnen in Moskau den START-II-Vertrag.

26. Februar

Sprengstoff-Anschlag auf das World Trade Center in New York.

27. März

Die RAF verübt einen Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt in Hessen; der Neubau wird schwer beschädigt.

25. Mai

In Den Haag wird das UN-Kriegsverbrechertribunal für Jugoslawien ins Leben gerufen.

29. Mai

Neonazis verüben einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen; fünf türkische Frauen und Mädchen kommen ums Leben.

27. Juni

Bei einem Einsatz der GSG 9 in Bad Kleinen bei Schwerin mit dem Ziel der Festnahme der RAF-Mitglieder Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld kommen ein Polizist und Wolfgang Grams ums Leben. Wenige Tage später (4. Juli) übernimmt Bundesinnenminister Rudolf Seiters die politische Verantwortung und tritt zurück.

1. Juli

In Deutschland werden die fünfstelligen Postleitzahlen eingeführt.

4. Juli

Deutschland wird in München erstmals Basketball-Europameister.

21. September

Verfassungskrise: Der russische Präsident Boris Jelzin löst das Parlament auf. Seine politischen Gegner besetzen daraufhin das Parlamentsgebäude. Nachdem die von Jelzin gesetzte Frist abgelaufen ist, räumt das Militär das Gebäude. Es gibt zahlreiche Tote.

12. Oktober

Wegen der herausragenden Bedeutung für die Geschichte des größten Bundeslandes und seines Parlaments sowie aus Gründen des Denkmalschutzes empfiehlt der Kulturausschuss einstimmig dem Landtag, sich

dafür einzusetzen, das ehemalige Ständehaus und Landtagsgebäude in Düsseldorf mit multifunktionaler Verwendung als Haus der Landesgeschichte zu nutzen.

15. September

Das Jura-Studium soll in NRW kürzer und schlanker sein. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und FDP gegen die Stimmen der CDU und GRÜNEN in 2. Lesung verabschiedet. Danach werden der Vorbereitungsdienst und die zweite juristische Staatsprüfung um etwa acht Monate gekürzt. Darüber hinaus fallen studienbegleitende Leistungskontrollen weg, die Anzahl der Leistungsnachweise wird verringert. Die CDU ist im Grundsatz einverstanden, kritisiert aber die unbefriedigende Situation an den Hochschulen. Die GRÜNEN fordern den Verzicht auf die Regelstudienzeit.



Das leerstehende Ständehaus

1993: Was sonst noch geschah

1. November

Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft.

5. Dezember

Die deutschen Tennis-Herren (Stich, Göllner) gewinnen in Düsseldorf das Davis-Cup-Finale gegen Australien.

12. Dezember

In Russland werden nach der Auflösung des Obersten Sowjet erstmals freie Wahlen zur Duma abgehalten. Gleichzeitig wird die Verfassung der Russischen Föderation in einer Volksabstimmung angenommen. Damit ist die Verfassungskrise zum Abschluss gekommen.

3. November

Auf Antrag der drei Oppositionsfraktionen findet eine Sondersitzung des Landtags statt. Sie gilt Fragen um die hohen Dioxinmissionen in der Dortmunder Westfalenhütte. Der Landesumweltminister gibt zunächst eine Regierungserklärung „Dioxinminderungsprogramm“ ab. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag kündigt die Opposition an, einen Untersuchungsausschuss zu fordern.

12. November

Bereits 500.000 Menschen haben seit 1988 den Landtag besucht. Präsidentin Friebe überreicht der 500.000sten Besucherin ein Buchgeschenk.



Olympia-Fackeln im Landtag

1994

11. November

Der Landtag setzt den von den Oppositionsfraktionen beantragten Untersuchungsausschuss ein. Dieser soll „alle Umstände der Handlungsweise des Umweltministers Matthiesen und aller Beteiligten im Zusammenhang mit der außergewöhnlichen Dioxinmission der Westfalenhütte und der Emissionen im Umfeld aufklären“. Ausschussvorsitzende wird Maria-Theresia Opladen (CDU).



Untersuchungsausschuss-Vorsitzende Opladen (CDU)

26. Januar

Die Olympische Flamme macht auf dem Weg von Griechenland zu den Winterspielen in Lillehammer (Norwegen) Station im Landtag Nordrhein-Westfalen.

2. Februar

Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks steht im Mittelpunkt einer Mediendebatte, bei der deutlich wird, dass die Politik den Rundfunkanstalten nur bei Reformen und deutlichem Sparkurs eine Gebührenerhöhung nach 1996 in Aussicht stellen will.

3. Februar

Den Subventionswettbewerb in Europa und in Deutschland beim Stahl kritisieren Sprecher aller Fraktionen in einer Aktuellen Stunde zum Stahlstandort NRW. Gefordert wird die Gleichbehandlung aller Krisenbranchen.



1994

20. April

Die CDU-Fraktion thematisiert in einem Antrag den Bürokratieabbau und die Beseitigung von Wachstumsbremsen in NRW. In der Debatte wird deutlich, dass allzu oft die europäische und nationale Gesetzgebung wachstumshemmend wirken. Über die Fraktionsgrenzen hinweg besteht Einigkeit, dass die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden müssen.

4. Mai

In einem gemeinsamen Antrag lassen alle vier Fraktionen keinen Zweifel aufkommen, dass sie für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger in einem Europa der Regionen sind. Es dürfe keine Aufweichung des Subsidiaritätsprinzips zulasten der föderalen Ebene geben. Stolz klingt auch durch, dass es Nordrhein-Westfalen gelungen sei, den Ausschuss der Regionen durchzusetzen.

16. März

Ehe der Justizminister des Landes über den Amoklauf im Euskirchener Amtsgericht berichtet, erheben sich die Abgeordneten des Landtags und gedenken der Opfer des Anschlags, bei dem durch die Wahnsinnstat eines einzelnen sieben Menschen getötet und weitere verletzt worden sind. Bei der Debatte sprechen sich die Fraktionen gegen mehr Kontrolle in den Gerichten des Landes aus, wolle man sie nicht zu Festungen ausbauen.

2. März

Der Landtag verabschiedet mit Mehrheit eine Novellierung des Sparkassengesetzes, durch die für die Sparkassen die Schuldnerberatung obligatorisch wird. Gestritten wird auch über die mögliche Fusion der beiden Sparkassenverbände (Rheinland, Westfalen) und die Rolle des Parlaments bei einer eventuellen Beteiligung der WestLB an anderen Landesbanken.

Eine hochschulpolitische Debatte setzt sich mit den Themen Hochschulwechsel und Studienabbruch auseinander. Die meisten Gründe für den Abbruch von Hochschulstudien sind Angst vor mangelnden Arbeitsmarkt- und Berufschancen, Mängel in der Betreuung durch die Dozentinnen und Dozenten sowie in der Präsentation des Lehrstoffes.

17. März

Gegen den – wenn auch unterschiedlich begründet geschlossenen Widerstand der drei Oppositionsfraktionen setzt die SPD-Mehrheit nach der Debatte über ihre Große Anfrage zur Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen ihre Entschließung für die Fortschreibung der einkommensabhängigen Förderung, Reform der steuerlichen Eigentumsförderung und gegen Kürzung der Bundesmittel durch.

Drucksaache 11/7093

04.05.1994

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

11. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der F.D.P. und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger in einem Europa der Regionen –
Kern: Aufweichung des Subsidiaritätsprinzips zu Lasten der föderalen Ebene!**

Der nordrhein-westfälische Landtag bekräftigt seine Auffassung, daß ein geistiges, ökonomisches, soziales und politisches Europa Voraussetzung für dauerhaften Frieden und Wohlstand in Europa ist. Dies erfordert insbesondere den föderalen Gedanken und die Regionalisierung zu fördern und zu stärken. Nur ein föderal gegliedertes Europa sichert die kulturelle Vielfalt, bürgernahe Entscheidungen und vermag den auf der regionalen Ebene vorhandenen Sachverstand in den europäischen Entscheidungsprozessen einzubringen. Die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips dient zugleich einer transparenten Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Handlungsebenen der Europäischen Union und erleichtert damit die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Der nordrhein-westfälische Landtag begrüßt daher ausdrücklich, daß nach der Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im Maastrichter Vertrag, die Kommission nunmehr einen ersten Bericht über die Anpassung der geltenden Vorschriften an das Subsidiaritätsprinzip vorgelegt hat. Der dort niedergelegte dynamische Subsidiaritätsbegriff birgt allerdings mangels konkreter Bestimmungen sowie Inhalt die Gefahr, als Rechtsgrundlage zukünftiger Zuständigkeitsverlagerungen der Europäischen Union mißbraucht zu werden. Eine derartige Auslegung widerspricht zudem auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993, in dem ausdrücklich festgesetzt ist, daß das Subsidiaritätsprinzip immer nur kompetenzbegrenzende Wirkung entfalten kann.

Der Landtag stellt daher nachdrücklich fest, daß auch ein dynamischer Subsidiaritätsbegriff vor allem als politische Verpflichtung zur Stärkung der Regionen und des föderalen Gedankens in Europa verstanden werden muß.

Der Landtag betont, daß in der Regel die regionale Ebene tätig wird, und nur dann, wenn die Notwendigkeit einer zentralen europäischen Regelung nachgewiesen ist, die europäische Ebene tätig werden soll.

Datum des Originals: 04.05.1994/Ausgegeben: 04.05.1994

Die Veröffentlichungen des Landtags sind kostenlos. Jede auch
Nicht-Angebörige, 4000 Düsseldorf, Postfach 10 15 11
Telefon 021 1/84 20, 24.20, 24.20.

6. Mai

In 3. Lesung wird das Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung verabschiedet. Bürgerinnen und Bürger werden ab 1999 ihre Bürgermeister und Oberbürgermeister und Landräte selbst wählen können. Das Gesetz sieht ferner vor, dass Städte mit mindestens 5.000 ausländischen Einwohnern einen Ausländerbeirat einrichten; Städte und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern müssen die Stelle einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten schaffen.

1. Juni

Sondersitzung des Landtags auf Antrag von CDU und FDP, die die Landesregierung auffordern, ihre vorläufige Richtlinie zur Anwendung des Betäubungsmittelgesetzes sofort außer Kraft zu setzen, da sie mit der geltenden Rechtslage nicht vereinbar sei. Die Regierung stellt klar, dass mit der Richtlinie keinesfalls die Freigabe von Drogen verbunden ist.

15. Juni

Eine Mehrheit von SPD und CDU verabschiedet in 2. Lesung den ersten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, mit dem der zunehmenden Gewaltpräsenz in den elektronischen Medien ein Riegel vorgeschoben werden soll.

20. September

Zur vierten Veranstaltung des Landtags „Kinder im Parlament“ kommen aus Anlass des Weltkindertages Mädchen und Jungen im Alter von zwölf bis 14 Jahren aus vielen Schulen des Landes im Landtag zusammen. „Sucht vermeiden statt zu leiden“ heißt das Thema. Die Aussprache zeigt, dass Sucht als Begriff durchaus im Bewusstsein der jungen Leute verankert ist.

2. November

In einer von den drei Oppositionsfractionen beantragten Sondersitzung setzt der Landtag in der zu Ende gehenden 11. Legislaturperiode den III. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein. Unter dem Vorsitz von Dr. Dieter Haak (SPD) soll der Ausschuss in den verbleibenden Monaten bis zur Landtagswahl 1995 Licht in die Vorgänge um den Konkurs des Steinhagener Sportbodenherstellers Balsam AG bringen und das Handeln von Landesregierung, Landesbehörden und Anstalten des Landes überprüfen.



Dr. Haak (SPD) leitet den Untersuchungsausschuss

10. November

Das Projekt Braunkohletagebau Garzweiler II bleibt auch nach einer Regierungserklärung im Landtag umstritten. Während Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) den Braunkohletagebau für die Energieversorgung Nordrhein-Westfalens als unverzichtbar bezeichnet, lehnen ihn die GRÜNEN kategorisch ab. CDU und FDP stoßen sich vor allem an der Rolle des RWE, das ein 20-Milliarden-Programm zur Modernisierung der rheinischen Braunkohlekraftwerke angekündigt hatte.

1994: Was sonst noch geschah

1. Januar

Aus der Deutschen Bundesbahn wird die Deutsche Bahn AG

12. Februar

Die 17. Olympischen Winterspiele werden in Lillehammer (Norwegen) eröffnet.

16. Februar

In Hamburg öffnet die erste Fixerstube Deutschlands.

6. April

Das Flugzeug mit dem ruandischen Staatspräsidenten Habyarimana und dem burundischen Staatspräsident Ntaryamira an Bord wird beim Landeanflug auf Kigali abgeschossen – dieses Ereignis gilt als der Auftakt zum Völkermord in Ruanda.

1994



Foto: Hartmut Rauhut, Fotolia.com



17. November

Hoher Besuch in NRW: Bundespräsident Dr. Roman Herzog stattet mit seiner Frau Christiane dem Land einen Antrittsbesuch ab. Er wird von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) empfangen, der zu dieser Zeit auch Präsident des Bundesrates und damit Vertreter des Bundespräsidenten ist. Nach der offiziellen Begrüßung durch Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe legt Roman Herzog in deren Amtsräumen ein klares Bekenntnis zum Föderalismus ab.

15. April

In Marrakesch (Marokko) wird die World Trade Organization (WTO) gegründet. Ihr Ziel ist der Abbau von Handelshemmnissen und die Liberalisierung des internationalen Handels. Die WTO ist darüber hinaus zuständig für die Streitschlichtung bei Handelskonflikten.

27. April

In Südafrika finden die ersten freien Wahlen statt. Mit über 60 % wird der ANC (African National Congress) stärkste Kraft; Nelson Mandela wird Präsident.

29. Mai

Erich Honecker stirbt in Chile.

12. Juni

In einem Referendum entscheidet sich Österreich für den Beitritt zur EU.

31. August

Die letzten russischen Truppen verlassen Deutschland.

11. September

Landtagswahl in Sachsen: Kurt Biedenkopf und die CDU verteidigen die absolute Mehrheit.

28. September

Die Passagierfähre „Estonia“ geht auf der Fahrt von Tallinn nach Stockholm unter. Bei dieser größten zivilen Schifffahrtskatastrophe nach 1945 verlieren 852 Menschen ihr Leben.

16. Oktober

Finnland entscheidet sich, der EU beizutreten.

Bei der Bundestagswahl verteidigt Helmut Kohl die Mehrheit aus CDU/CSU und FDP gegen seinen Herausforderer Rudolf Scharping (SPD).

13. November

Schweden entscheidet sich in einem Referendum zum EU-Beitritt.

Michael Schumacher wird erster deutscher Formel-1-Weltmeister.

28. November

Zum zweiten Mal sprechen sich die Norweger in einem Referendum gegen einen Beitritt zur EU aus.

1995

11. Januar

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung führt ein Hearing zum Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung durch. Experten äußern die Befürchtung, dass die Integration von behinderten und nicht behinderten Kindern fiskalischen Gesichtspunkten geopfert werden könnte.

25. Januar

In einer Gedenkveranstaltung gedenkt der Landtag der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz vor 50 Jahren. Der Massenmord an den Juden sei ein alle Dimensionen sprengendes Verbrechen, erklärte die Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe. Der Österreicher Hermann Langbein, einst selbst Häftling in dem Todeslager, richtet den dringenden Appell an das Parlament, mitzuhelfen, dass eine solche Katastrophe nie mehr möglich werden könne.

27. Januar

Im Rahmen der Beratung eines CDU-Antrags zum Schutz der Erdatmosphäre bringt die SPD-Fraktion einen Entschließungsantrag zur Energiepolitik ein, der nach heftiger Diskussion in namentlicher Abstimmung angenommen wird. Darin wird befürwortet, noch „in dieser Legislaturperiode“ eine Entscheidung für das Tagebauvorhaben Garzweiler II herbeizuführen. Der Landtag sei überzeugt, dass mit der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den beiden Unternehmen RWE Energie und Rheinbraun vom 21. Oktober 1994 bedeutende Weichenstellungen für den Klimaschutz vereinbart worden seien, heißt es in dem Antrag.

16. Februar

Unter dem Titel „ARD-Strukturreform unverzichtbar“ stellt die CDU einen Antrag zur Diskussion. Bei der medienpolitischen Debatte halten Union und FDP eine Reform für dringend geboten. SPD und GRÜNE hingegen legen ein klares Bekenntnis zum Bestand der ARD ab. Man brauche den Qualitätswettbewerb zwischen dem ARD- und dem ZDF-Programm.



Überflutete Kölner Altstadt

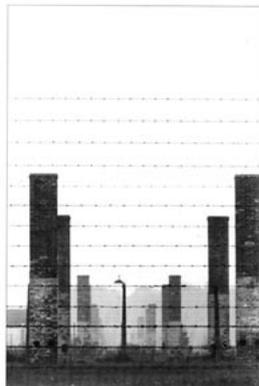
17. Februar

Zum zweiten Mal innerhalb von 13 Monaten ergeht am Rhein, vor allem in Köln, der Ruf „Land unter“. Versäumnisse beim Hochwasserschutz werden bei einer Debatte im Landtag aus Anlass der Flut konstatiert. Das Plenum ist sich indessen einig, dass den betroffenen Flussanliegern von staatlicher Seite schnell und unbürokratisch geholfen werden soll.

7. März

Internationaler Frauentag: 600 Frauen aus ganz Nordrhein-Westfalen folgen der Einladung der Landtagspräsidenten in das Landesparlament. Auf einer Aktionsbühne treten Folklore-Gruppen auf. An der Info-Börse stellen sich 20 Organisationen vor. Das Spektrum reicht von amnesty international bis zum Hausfrauenbund.

Eine Gedenkveranstaltung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 25. Januar 1995



Die Befreiung
des Konzentrationslagers
Auschwitz
vor 50 Jahren

29. März

Der Landtag verabschiedet das siebte Rundfunkänderungsgesetz, bei dem es im Kern um Fragen des Jugendschutzes geht. Bei der Diskussion wird zudem deutlich: Der private Rundfunk hat in Nordrhein-Westfalen inzwischen seinen festen Platz. Das lokale Radio ist bereits seit fünf Jahren in inzwischen 44 Verbreitungsgebieten auf Sendung. Begrüßt wird auch die Öffnung für das Campus-Radio.

In derselben Sitzung beschließt das Parlament in 2. Lesung das Wahlkreisgesetz. Damit wird die Einteilung der Wahlkreise für das Jahr 2000 festgeschrieben. Das Verhältnis von 3:1 zwischen Direkt- und Listenmandaten bleibt bestehen. Die CDU kommt mit ihrem Antrag, den Landtag auf 201 Mandate zu beschränken, nicht durch.

30. März

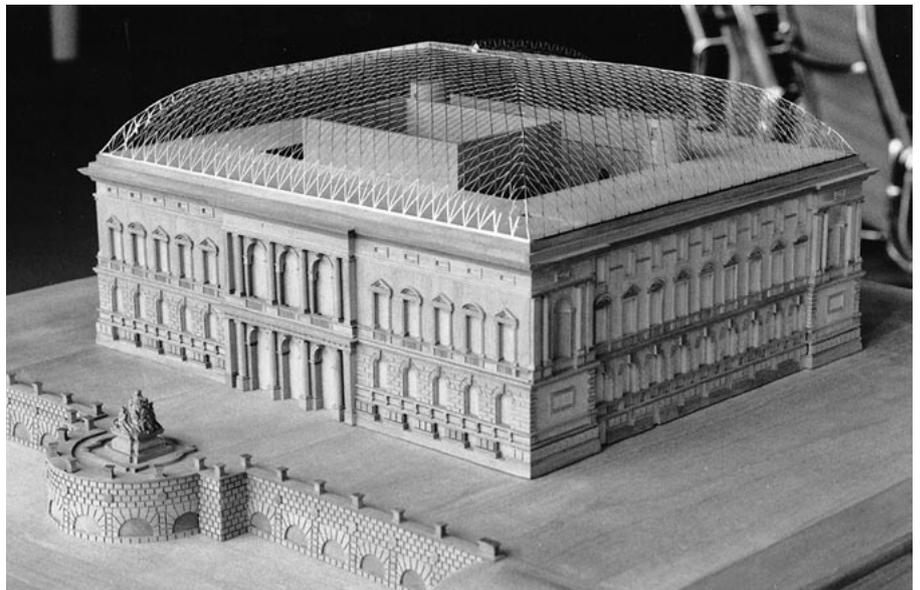
Erneut steht das Projekt „Garzweiler II“ auf der Tagesordnung. Mit großer Mehrheit stimmt der Landtag dem Braunkohletagebau zu. Die Fraktionen von SPD und CDU billigen in jeweils eigenen Anträgen den Aufschluss des mit 48 Quadratkilometern größten europäischen Abbaufeldes. Die GRÜNEN lehnen das Großprojekt geschlossen ab. Die FDP spricht sich mehrheitlich dagegen aus. Bei der Abstimmung geht man noch davon aus, dass der Abbau im Jahre 2006 beginnen soll.

31. März

Der alte Landtag in Düsseldorf, das sogenannte Ständehaus, soll künftig der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen als Dependance dienen. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion wird mit großer Mehrheit verabschiedet. Die CDU findet mit ihrem Anliegen, die Staatskanzlei in das ehemalige Parlamentsgebäude zu verlegen, keine Zustimmung.

25. April

Den Abschlussbericht des Petitionsausschusses tragen Vorsitzender Karl Knipschild (CDU) und sein Stellvertreter Hans Rohe (SPD) vor. Danach sind an den Petitionsausschuss in den fünf Jahren der 11. Wahlperiode rund 20.000 Eingaben eingegangen. Viele Petitionen betreffen den Bereich Bauen und Wohnen. Aber auch zahlreiche Eingaben asylsuchender Ausländer erreichten das Gremium.



Modell für der Umbau des Ständehauses zum Museum K21

14. Mai

Eine wichtige Rolle in der Wahlauseinandersetzung spielt als landespolitisches Thema die Entscheidung über den Tagebau Garzweiler II., der von den GRÜNEN vehement abgelehnt wird. Die CDU versucht, mit Schulpolitik, Wirtschaftsförderung und innerer Sicherheit zu punkten, die SPD thematisiert soziale Sicherheit und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Bei der Aufstellung ihres Spitzenkandidaten wählt die CDU erstmals das Instrument Urabstimmung. 59,6 % der Mitglieder votieren für Helmut Linssen; sein Gegenkandidat war Norbert Lammert.

Bei der Wahl zum 12. Landtag verliert die nordrhein-westfälische SPD nach 15 Jahren Alleinregierung ihre absolute Mehrheit. Die

Sozialdemokraten büßen 4 % ein und kommen nur noch auf 46 %. Die CDU verbessert ihr Ergebnis von 1990 um 1 % auf 37,7 %. Die FDP scheitert wie schon 1980 an der Fünf-%-Hürde und verpasst mit 4 % den Wiedereinzug in den Landtag. Die GRÜNEN hingegen legen in allen Wahlkreisen zu. Ihr Anteil steigt auf Landesebene von 5 auf 10 %.

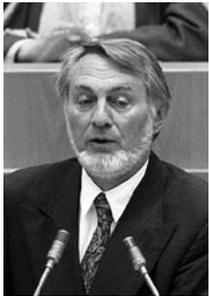
Der neue Landtag ist gegenüber seinem Vorgänger etwas kleiner und umfasst nur 221 (statt 239) Abgeordnete; dennoch bringt das Wahlergebnis 20 Überhang- und Ausgleichsmandate.

Die SPD-Fraktion stellt nun 108 Abgeordnete, die alle über ein Direktmandat verfügen; die Reserveliste kommt zunächst nicht zum Zuge, so dass der bisherige Fraktionsvorsit-

zende Friedhelm Fahrtmann kein Landtagsmandat erringt, da er seinen Wahlkreis in Neuss nicht wieder gewinnen kann (er rückt dann Ende des Jahres nach). Neuer Fraktionsvorsitzender wird der frühere Umweltminister Klaus Matthiesen.

Die 89-köpfige CDU-Fraktion zählt 43 direkt und 46 über Liste gewählte Mitglieder. Helmut Linssen bleibt Fraktionsvorsitzender.

Die GRÜNEN erringen 24 Listenmandate. Das Führungsduo Bärbel Höhn (Sprecherin) und Michael Vesper (Parlamentarischer Geschäftsführer) bleibt zunächst im Amt, nach dem Wechsel von Bärbel Höhn und Michael Vesper in die Landesregierung übernehmen Gisela Nacken und Roland Appel deren Funktionen.



Fraktionsvorsitzender
Klaus Matthiesen (SPD)



Fraktionsvorsitzender
Dr. Helmut Linssen (CDU)



Fraktionssprecherin
Gisela Nacken (GRÜNE)

Mai/Juni

Das Wahlergebnis vom 14. Mai lässt rein rechnerisch verschiedene Koalitionsoptionen zu, gewollt ist aber nur ein rot/GRÜNEs Bündnis. Die Koalitionsverhandlungen gestalten sich angesichts weit auseinanderliegender Positionen in vielen Bereichen außerordentlich schwierig. Es dauert sechs Wochen, bis die 199 Seiten starke Koalitionsvereinbarung auf dem Tisch liegt.

1995: Was sonst noch geschah

1. Januar

In Deutschland wird die Pflegeversicherung eingeführt.

Österreich, Schweden und Finnland treten der EU bei.

2. März

David Filo und Jerry Yang gründen das Internet-Unternehmen Yahoo!

19. April

Bombenanschlag in Oklahoma City: 168 Menschen kommen ums Leben.

25. April

Erster CASTOR-Transport nach Gorleben.

30. April

Greenpeace-Aktivisten besetzen die Ölbohr-Plattform Brent Spar.

7. Mai

Jacques Chirac wird zum französischen Staatspräsidenten gewählt.

11. Juli

Während des Bosnienkriegs werden in der Gegend von Srebrenica im Juli 1995 ungefähr

1995



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (SPD)



Die beiden Landtagsvizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) und Dr. Katrin Grüber (GRÜNE)

1. Juni

Bei seiner konstituierenden Sitzung zur 12. Legislaturperiode wählt der neue Landtag den bisherigen Vizepräsidenten Ulrich Schmidt (SPD) zum neuen Landtagspräsidenten. Schmidt erhält 207 Ja-Stimmen und damit 94 % Zustimmung. Er löst Ingeborg Friebe ab, die nach 20 Jahren Abgeordnetentätigkeit ihren Abschied vom Parlament nimmt. Zum 1. Vizepräsidenten wählt der Landtag den CDU-Abgeordneten Dr. Hans-Ulrich Klose, der dieses Amt bereits innehatte. 2. Vizepräsidentin wird die Abgeordnete Dr. Katrin Grüber (GRÜNE).

10./11. Juni

Unter dem Motto „Düsseldorf kehrt an den Rhein zurück“, feiert die Landeshauptstadt die Einweihung der Rheinufer-Promenade. Der Landtag beteiligt sich an diesem Juni-Wochenende mit „Tagen der offenen Tür“. Rund 15.000 Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land nutzen die Gelegenheit

zum Besuch des nordrhein-westfälischen Landtags. Am Eingang zum Parlament verteilt Landtagspräsident Ulrich Schmidt Autogramme. Ein Sonderheft „Landtag intern extra“ zum Tag der offenen Tür findet beim gutgelaunten Publikum reißenden Absatz.



Düsseldorfs Oberbürgermeisterin Marlies Smeets enthüllt das Schild „Parlamentsufer“.

8.000 Bosniaken von der serbischen Armee, der Polizei und serbischen Paramilitärs trotz Anwesenheit von Blauhelmsoldaten getötet (Massaker von Srebrenica). Das Massaker vom Juli 1995 gilt als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

10. August

Der Kruzifix-Beschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 16. Mai wird veröffentlicht. Das in der Bayerischen Volksschulordnung verlangte Anbringen eines Kreuzes im Klassenzimmer wird als Verstoß gegen die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit

bewertet. Der Urteilsspruch löst heftige politische Diskussionen aus.

4. November

Der israelische Ministerpräsident Rabin wird von einem jüdischen Fundamentalisten und Rechtsextremisten ermordet.

15./16. Dezember

Die Staats- und Regierungschefs der EU einigen sich auf den Euro als gemeinsame Währung, die am 1. Januar 1999 eingeführt wird.

6. Juli

Johannes Rau (SPD) wird erneut zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten gewählt. In geheimer Wahl stimmen 129 von 220 anwesenden Abgeordneten für den 64-jährigen Regierungschef, der zum fünften Mal sein Amt antritt. Auch Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen (CDU) kandidiert für das Ministerpräsidentenamt. Linssen erhält 89 Stimmen. Damit ist zumindest eine Stimme aus dem Regierungslager auf ihn entfallen.

6. Juli

Als erstes deutsches Parlament bildet der Landtag NRW einen Ausschuss für Migrationsangelegenheiten. Als Vorsitzender leitet der aus Palästina stammende Zahnarzt Hisham Hammad dieses Gremium.



Hisham Hammad (GRÜNE), Vorsitzender des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten



Landtagspräsident Ulrich Schmidt vereidigt die rot-grüne Landesregierung.

7. Juli

Der Landtag macht erstmals von der neu geschaffenen Möglichkeit Gebrauch, eine Enquete-Kommission einzusetzen. Alle drei Fraktionen stimmen zu. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion lautet das Thema „Zukunft der Erwerbsarbeit“. Die 13-köpfige Kommission konstituiert sich erst im April 1996 und wählt dann den inzwischen wieder in den Landtag nachgerückten Friedhelm Farthmann zu ihrem Vorsitzenden.

17. Juli

Johannes Rau stellt sein Kabinett vor: Er ernannt zwölf Minister, darunter mit Bärbel Höhn und Michael Vesper zwei GRÜNE. Michael Vesper wird zudem Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Diese müssen an der Fraktionsspitze der GRÜNEN ersetzt werden. Gisela Nacken und Roland Appel übernehmen die Funktion der Sprecherin bzw. des Sprechers. Das Kabinett wird nach der Sommerpause am 13. September vereidigt.



Die Enquete-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ tagt unter ihrem Vorsitzenden Prof. Farthmann (SPD).



36 Weltkindertag 1995 vor dem Landtag

13. September

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde fragt die antragstellende CDU „Braunkohlenplan Garzweiler II: Gilt die am 1.4.1995 im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichte Regierungsentscheidung?“ Ziel ist es, die unterschiedlichen Auffassungen der rot/GRÜNEN Koalitionspartner zu diesem Projekt öffentlich zu machen.

13. und 20. September

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten für die 12. Wahlperiode und Aussprache. Johannes Rau stellt die Regierungserklärung unter den Leitspruch „Aufbruch ins Jahr 2000: Wir setzen aus Erfahrung auf Erneuerung“. Die Ausführungen des Regierungschefs und der Koalitionvertreter treffen bei Oppositionsführer Helmut Linssen erwartungsgemäß auf heftige Kritik.

19. September

Rund 400 Kinder aus 64 Schulen des Landes begrüßt Landtagspräsident Ulrich Schmidt zur fünften Veranstaltung „Kinder im Parlament“. Aus Anlass des Weltkindertages steht das Treffen, das eine Kinderplenarsitzung einschließt, unter dem Leitwort „Wir lassen uns nicht verwalten — Wir wollen die Zukunft gestalten“.

12. Oktober

In einer Sondersitzung befasst sich der Hauptausschuss unter Leitung von Klaus Matthiesen (SPD) mit religiösen Symbolen in öffentlichen Einrichtungen. Anlass ist der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in seinem sogenannten Kreuzifixurteil. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) macht deutlich, dass im Land NRW keine Rechtsvorschrift Kreuze in Schulen und Gerichtssälen vorschreibe. Er spricht sich dafür aus, die Frage von Kreuzen in Schulen im Gespräch zwischen Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern vor Ort zu entscheiden.

16. November

Zum ersten Mal in der Geschichte des nordrhein-westfälischen Landtags tagt der Petitionsausschuss auswärts und dazu noch öffentlich. Der Ausschuss ist Gast bei der Bezirksregierung Arnsberg. Bei der öffentlichen Sitzung wird selbstverständlich der Datenschutz gewahrt. Der Petitionsausschuss hält ferner eine Sprechstunde ab, in der Bürgerinnen und Bürger Bitten äußern und ihre Sorgen vortragen können.

1995

1996

18. Januar

Der Hauptausschuss greift das Thema „ScIENTOLOGY Church“ auf. Alle Fraktionen sind sich einig, dass es sich bei dieser sogenannten Kirche um einen neuen politischen Organisationstypus handelt, der auf Dauer eine große Gefahr für die Demokratie in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen darstellt. Allerdings gehen die Meinungen darüber auseinander, ob der Verfassungsschutz des Landes zur Beobachtung eingeschaltet werden soll.

24. Januar

In 2. Lesung verabschiedet der Landtag das achte Rundfunkänderungsgesetz. Ziel des Gesetzes: Regelung der Kabelbelegung und Sicherung der Meinungsvielfalt. Dabei besteht Konsens, dass es auch nach der Neuregelung bei Engpässen in der Kabelbelegung bleiben werde. Die Telekom könnte dagegensteuern, indem sie das sogenannte Hyperband freigäbe. Als wichtig wird bezeichnet, dass die Landesregierung die Digitalisierung der Datennetze im Land vorantreibt.

25. Januar

Ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Härtefälle unter den rund 320.000 bosnischen Flüchtlingen in Deutschland fordern die GRÜNEN in einer Aktuellen Stunde. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) bekräftigt, die Rückführung der rund 75.000 bosnischen Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen werde ohne Zeitdruck und in Würde und Sicherheit erfolgen. Auch die CDU geht davon aus, dass die Rückführung nicht pauschal und auf einen Schlag erfolgen kann.

7. Februar

Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs ist Gegenstand einer Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik. Der Innenminister hatte hierzu ein Gutachten des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (IFO) in Auftrag gegeben. Landesregierung und SPD wollen das Gutachten noch im laufenden Jahr umsetzen. Die CDU spricht sich für einen längeren Beratungszeitraum aus. Eine der wesentlichen Empfehlungen des Gutachtens betrifft die Ermittlung des Finanzbedarfs der Gemeinden durch einen neuen Hauptansatz und einen Sockelbetrag für Gemeinden bis zu 25.000 Einwohnern.

7. März

Der Internationale Frauentag wird im Landtag vielseitig begangen. Eine Podiumsdiskussion, an der Politikerinnen und ausländische Mitbürgerinnen teilnehmen, erörtert Fragen der Diskriminierung und fordert politische Maßnahmen zu ihrer Überwindung. Das Rahmenprogramm für etwa 300 Gäste gestalten Musik- und Tanzgruppen. Auch ein Frauentheater ist dabei.

Regierungserklärung zum Großbrand auf dem Düsseldorfer Flughafen



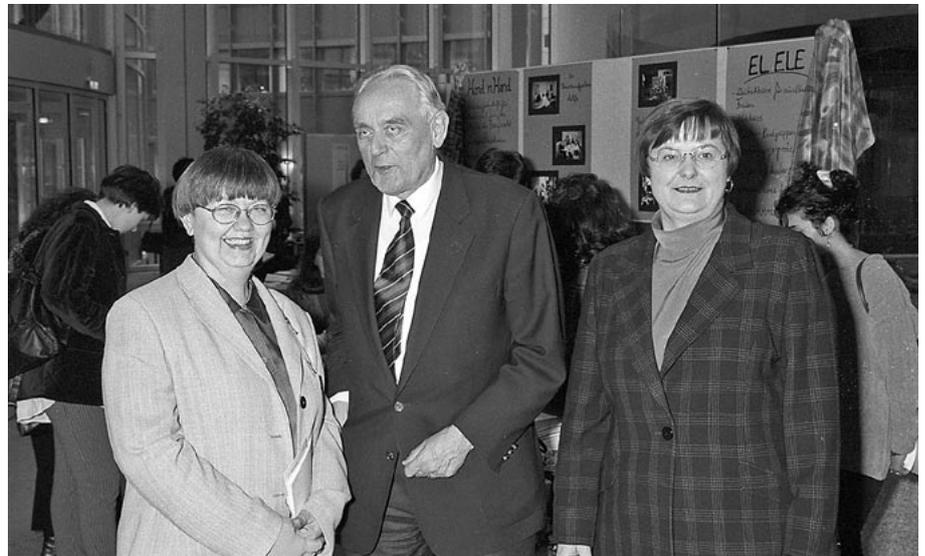
Ministerpräsident Rau (SPD)



Fraktionsvorsitzender Dr. Linssen (CDU)

20. März

In 3. Lesung verabschiedet der Landtag den Landeshaushalt 1996. SPD und GRÜNE geben mit ihrer Koalitionsmehrheit grünes Licht für das Haushaltsgesetz 1996 gegen die Stimmen der CDU. Die Aussprache wird noch einmal zu einer Generaldebatte, bei der die Union heftige Angriffe gegen die GRÜNEN richtet, während die SPD die Verabschiedung des Etats dahingehend wertet, dass die Koalition ihre erste wirkliche Bewährungsprobe bestanden habe.



Auftaktveranstaltung zum Internationalen Frauentag – Abgeordnete Giebelmann, Vizepräsident Dr. Klose und Gleichstellungsministerin Ridder-Melchers

1996



Fraktionsvorsitzender
Matthiesen (SPD)



Fraktionssprecherin
Nacken (GRÜNE)

24. April

Zu Beginn der Plenarsitzung gedenkt der Landtag in Trauer der 16 Todesopfer der Brandkatastrophe auf dem Düsseldorfer Flughafen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt erinnert daran, dass rund 60 weitere Menschen zum Teil schwer verletzt worden sind. Er spricht den Angehörigen und Opfern sein tiefes Mitgefühl aus. Ausdrücklich dankt der Präsident allen, die geholfen hatten. In einer Regierungserklärung zu dem katastrophalen Brandfall bestätigt Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), dass zum Zeitpunkt des Brandausbruchs im Zwischendeckenbereich Baustoffe gewesen seien, die nicht dem Brandschutzkonzept entsprochen hätten.

25. April

Die CDU setzt sich dafür ein, den kriminellen Missbrauch neuer Medien bei der Datenfernübertragung zu bekämpfen und damit vor allem Kinderpornographie zu verhindern. Bei einer plenaren Aussprache bezeichnet die Union diesen Tatbestand als „besonders abscheulichen Missbrauch“. Von der SPD wird darauf hingewiesen, dass es von der Struktur her sehr schwierig sei, diese Datennetze zu kontrollieren. Auch die GRÜNEN betonen, die CDU könne das nicht verhindern, schon gar nicht abschalten, dazu noch weltweit.

13. Juni

Die Zukunft des Ständehauses, in dem der Landtag viele Jahre getagt hat, erscheint wieder einmal ungewiss. Nachdem Staatskanzlei und Bauminister zuvor dem historischen Gebäude die Eignung als Dependance der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen attestiert hatten, macht Finanzminister Heinz Schleußer solche Planungen im Hauptausschuss von der Refinanzierung abhängig. Die CDU befürchtet bereits das Aus für den zweiten Standort der „Staatsgalerie“ des Landes.

19. Juni

In einer Regierungserklärung verteidigt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) die Verlängerung der Lehrerarbeitszeit und die Erhöhung der Pflichtstundenzahl. Die CDU nennt das Konzept der Ministerin zur Sicherung der Unterrichtsversorgung an nordrhein-westfälischen Schulen einen „Flickenteppich von Notmaßnahmen“. Die GRÜNEN machen ihre Zustimmung zu dem Arbeitszeitkompromiss von dessen zeitlicher Befristung abhängig.

1996: Was sonst noch geschah

6. Februar

189 Menschen, darunter 164 deutsche Touristen, sterben beim Absturz einer Boeing 757 einer türkischen Fluggesellschaft kurz nach dem Start in der Dominikanische Republik ins Meer.

27. März

Im Zuge der BSE-Tierseuche beschließt die EU ein Einfuhrverbot für britisches Rindfleisch.

11. April

Schweißarbeiten lösen eine Brandkatastrophe am Düsseldorfer Flughafen aus. 17 Menschen sterben, 88 werden verletzt.

30. Juni

Durch ein „Golden Goal“ von Oliver Bierhoff in der Verlängerung wird Deutschland im Endspiel gegen Tschechien in London Fußball-Europameister.

5. Juli

Das Schaf „Dolly“, das erste geklonte Säugetier, kommt zur Welt.

19. Juli

In Atlanta (USA) werden die 26. Olympischen Sommerspiele eröffnet.

20. Oktober

Nach einer Mordserie an sexuell missbrauchten Kindern und der Aufdeckung einer Kinderschänderbande um Marc Dutroux gehen 250.000 Belgier in Brüssel auf die Straße. Sie prangern das Versagen der Staatsorgane an.

5. November

Bill Clinton wird als Präsident der Vereinigten Staaten wiedergewählt.



31. August

Am letzten Augustwochenende besuchen rund 35.000 Bürgerinnen und Bürger aus allen Landesteilen und den Nachbarländern an zwei Tagen der offenen Tür den Landtag. Landtagspräsident Ulrich Schmidt stellt zwei Ausstellungen vor. Die eine ermöglicht unter dem Titel „Damals wir, Ruhrgebiet... 1946“ mit Fotos aus dem Essener Ruhrlandmuseum einen Blick auf die Zeit kurz nach dem Krieg. Eine zweite, „Gesundheitsland NRW“, weist als Gemeinschaftspräsentation auf die vielfältigen Kur- und Heilmöglichkeiten in Ostwestfalen-Lippe hin. Zu den Höhepunkten gehören Darbietungen indonesischer Tanzformationen im Beisein des indonesischen Botschafters.

20. September

Eine Überraschung kündigt Landtagspräsident Ulrich Schmidt den 250 Kindern und Jugendlichen aus 40 Schulen des Landes bei der Veranstaltung „Kinder im Parlament“ an: den Besuch des ehemaligen Staatspräsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow. Der russische Politiker und seine Frau Raissa sind sichtlich angetan von dem Empfang, den ihnen dann die jungen Leute bereiten.

23. September

Der Europa-, der Wirtschafts- und der Haushaltsausschuss des Landtages hören Sachverständige aus Politik und Wirtschaft, von Banken, Gewerkschaften, Verbraucherverbänden und Versicherungen zum Thema „Euro“ an. Fragen der Sicherheit einer neuen europäischen Währung stehen dabei im Vordergrund. Der Präsident der Landeszentralbank, der frühere Landeswirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen, warnt vor zu hohen Erwartungen und einem überhasteten Start.

50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen



Festakt in der
Düsseldorfer Tonhalle
am 2. Oktober 1996

2. Oktober

Die Düsseldorfer Tonhalle erlebt den Festakt „50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen“ mit hohen Gästen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt begrüßt den Bundespräsidenten Professor Dr. Roman Herzog und die Bundestagspräsidentin Professor Dr. Rita Süßmuth, den Präsidenten des Europaparlaments Dr. Klaus Hänsch und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau sowie, unter viel Beifall, den zweiten Sohn der britischen Königin, Prinz Andrew, Herzog von York. Bundespräsident Herzog nennt den deutschen Föderalismus einen der gängigsten verfassungspolitischen Exportartikel.



Asiatische Tanzgruppe beim Tag der Offenen Tür

13. November

In 2. Lesung verabschiedet der Landtag mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der CDU den dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Die SPD begrüßt, dass Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis über die Jahrtausendgrenze hinaus gesichert werden. Die CDU spricht sich für eine stärkere wirtschaftliche Strukturreform der ARD aus. Die GRÜNEN nennen die im Staatsvertrag enthaltene Gebührenerhöhung für ARD und ZDF lebenswichtig.

1997

16. Januar

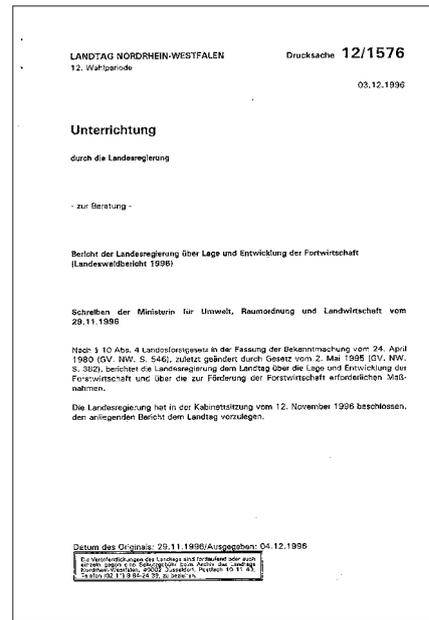
Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnet den Ausstellungsplaner für 1997 im Landtag mit einer Kunstaussstellung „Düsseldorf – Andere Orte“ – ein gemeinschaftliches Projekt von 17 Künstlerinnen und Künstlern aus fünf Kontinenten, die ihre Werke aus den Sparten Malerei, Bildhauerei, Fotografie, Video und Installation in der Wandelhalle des Parlaments zeigen.

21. Januar

Auf den Tag genau vor 50 Jahren gliederte sich das Land Lippe an das junge Land Nordrhein-Westfalen an. Die britische Militärregierung erließ am 21. Januar 1947 die Verordnung Nr. 77, die bestimmte, dass das Land Lippe seine Selbstständigkeit verlor und zum Teil des Landes NRW wurde. Zuvor hatten die Landesregierung und der Landespräsident des Landes Lippe die Modalitäten des Anschlusses in den sogenannten Lippischen Punktationen vereinbart.

23. Januar

Die Landesregierung bestätigt in einer Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, dass bei einem in Höxter verendeten Galloway-Rind BSE diagnostiziert worden sei. Damit ist die Viruserkrankung erstmals bei einem in Deutschland geborenen Rind festgestellt worden.



30. Januar

Die Waldflächen in Nordrhein-Westfalen haben zugenommen. Das stellt sich bei der Debatte über den Landeswaldbericht 1996 heraus, der eine Vergrößerung der Waldfläche um 3.000 Hektar ausweist. Die Situation der Forstwirtschaft mit über 110.000 Beschäftigten gilt indessen als schwierig.

31. Januar

In einer Aktuellen Stunde steht die Zukunftsbranche Medien zur Diskussion. Dabei wurde bekannt, dass Filme aus Nordrhein-Westfalen inzwischen schon den Weg nach Hollywood gefunden haben; die Medienindustrie an Rhein und Ruhr zählt bereits weit über 150.000 Beschäftigte.

18. Februar

„Mehr Demokratie wagen — Kommunalwahlrecht reformieren“ lautet das Thema einer Anhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik. Die Ausschussmitglieder lassen sich über die Auswirkungen von Wahlsystemen mit Häufeln und Splitten von Wählerstimmen (Kumulieren und Panaschieren) informieren.

5. März

Die Fraktionen von SPD und CDU sowie Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) sprechen sich im Plenum für eine um 400 Meter verlängerte An- und Abflugpiste auf dem Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Flughafen aus. Hinter dem Wunsch nach Ausbau des Flughafens auf ein Niveau interkontinentaler Anbindung steht u.a. die Befürchtung, Düsseldorf könne auf Dauer zu viele Passagiere an Amsterdam und Brüssel verlieren. Die GRÜNEN äußern sich hingegen strikt ablehnend gegenüber einer Expansion.

1997: Was sonst noch geschah

21. Januar

In Prag wird die deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und künftigen Entwicklungen unterzeichnet.

11. April

Großbritannien gibt seine Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China zurück. Hongkong erhält den Status einer Sonderverwaltungszone.

1. Mai

Der Kandidat der Labour-Partei Tony Blair siegt bei den Unterhauswahlen in Großbritannien und löst die seit 18 Jahren regierenden Konservativen ab.

31. August

Prinzessin Diana und ihr Lebenspartner Dodo Al-Fayed kommen bei einem Verkehrsunfall in Paris ums Leben.

5. September

Mutter Teresa stirbt in Indien.

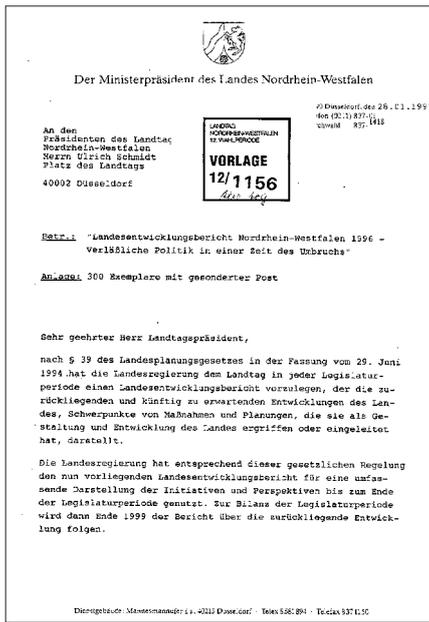
16. September

Larry Page und Sergey Brin registrieren die Internet-Domain „google.com“.

1. Dezember

Eröffnung der Weltklimakonferenz in Kyoto (Japan). Die Industrieländer verpflichten sich, ihre Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren.

1997



6. März

Aussprache über den 191 Seiten starken Landesentwicklungsbericht, in dem die zurückliegenden und künftig zu erwartenden Entwicklungen des Landes dargelegt werden. Zudem werden die geplanten Maßnahmen und Planungen im Einzelnen erläutert. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bezeichnet bei der Aussprache die Arbeitslosigkeit als das Hauptübel der Zeit.

13. März

Sondersitzung des Landtags zur Zukunft der Steinkohle auf Antrag von 77 SPD-Abgeordneten. In einer Regierungserklärung nimmt Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zu den Auswirkungen Bonner Finanzkürzungen auf die Zukunft der Steinkohle Stellung und nennt die Politik der Bundesregierung einen „Katastrophenkurs“. CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen hingegen bezeichnet die Vereinbarung über die künftige Finanzierung der Steinkohle als einen fairen Kompromiss.

1997

27. Juni

Mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit von SPD und GRÜNEN gegen die CDU-Opposition wird der Nachtragshaushalt 1997 in 3. Lesung beschlossen. Mit ihm macht das Landesparlament auch den Weg für die Privatisierung des Flughafens Düsseldorf frei.

3. September

Aktuelle Stunde zu illegalen Fleischimporten: Fraktionsübergreifend wird deutlich, dass hiergegen mit drastischen Strafen vorgegangen werden muss; Kontrollen sollen ausgeweitet und regionale Vermarktungsstrukturen gestärkt werden.

1. Oktober

Multimedia ist ein Schlüsselbegriff für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Bei der Debatte im Plenum über die Große Anfrage 2 der SPD zu den Herausforderungen von Multimedia wird darauf hingewiesen, dass bereits 170.000 Beschäftigte in der Medienwirtschaft arbeiten. Nordrhein-Westfalen entwickelt sich zum führenden Medienland in der Bundesrepublik.

7. Mai

Für eine schlankere Verwaltung und mehr Aufgabenkritik setzen sich Experten bei einer Anhörung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform zur Reform der Mittelebene der Verwaltung im Lande NRW ein. Die Experten sprechen sich mehrheitlich für den Erhalt der Bezirksregierungen und gegen eine neue Mittelinstanz aus. Auch ein einheitlicher Kernbereich Ruhrgebiet findet keine Zustimmung.



Anhörung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform zur Reform der mittleren Verwaltungsebene



Palästinenserpräsident Arafat im Landtag

25. Oktober

Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfängt den Präsidenten des Exekutivkomitees der PLO und PNA, Jassir Arafat, im Landtag. Schmidt weist darauf hin, Gegner des Friedensprozesses gebe es auf beiden Seiten. Jede Form von Terror aber vergrößere die Gefahr zunehmender Gewalt und kriegerischer Auseinandersetzung. Schmidt und Arafat geben ihrer Sorge um den ins Stocken geratenen Friedensprozess Ausdruck.

1998

20. Januar

Die Diskussion um den Braunkohlentagebau Garzweiler II zieht sich auch in das neue Jahr 1998 hinein. Die CDU hat eine Sondersitzung des Landtags beantragt. Sie will wissen, was die bisherigen Entscheidungen zu Garzweiler II wert seien. Ihrer Auffassung nach stünden 50.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen lässt keinen Zweifel daran, dass seine Fraktion immer eindeutig die Position vertreten habe, dass der Braunkohlentagebau Garzweiler II notwendig sei und kommen müsse. Die GRÜNEN halten Garzweiler II dagegen nach wie vor für überflüssig.

20. November

Die Frauen unter den nordrhein-westfälischen Abgeordneten begrüßen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, dass eine Bevorzugung von Frauen bei bestehender Unterrepräsentation und bei gleicher Qualifikation keine Benachteiligung des männlichen Bewerbers darstellt. In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde geben Sprecherinnen aller Fraktionen ihrer Genug-tuung Ausdruck.

22. Januar

Im Zuge der Beratungen zum neunten Rundfunkänderungsgesetz ist die wirtschaftliche Situation der lokalen Radiostationen Thema eine Expertenanhörung im Hauptausschuss. 39 der 46 lokalen Radiostationen im Land erwirtschaften Verluste. Bei der Anhörung bezeichnen die Betriebsgesellschaften daher den Willen der Landesregierung als sinnvoll, gesetzlich die Programmstunden des Lokalfunks zu reduzieren.

29. Oktober

Die CDU-Fraktion beantragt im Plenum ein sofortiges Moratorium für die Rechtschreibreform. Diese müsse ausgesetzt und durch einen vernünftigen Reformentwurf ersetzt werden, der dann in Form eines Staatsvertrages Rechts- und Handlungssicherheit schaffe. SPD und GRÜNE fordern dagegen, es dürfe keinen Stopp der Rechtschreibreform geben, die Neuregelung müsse im Gegenteil zügig umgesetzt werden. In direkter Abstimmung nimmt der Landtag einen entsprechenden Entschließungsantrag der Koalition an.



Brigitte Speth (SPD)



Regina van Dinther (CDU)



Marianne Hürten (GRÜNE)



Ministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD)

Aktuelle Stunde zur Frauenpolitik

5. Februar

Mit der Entscheidung der katholischen Bischofskonferenz zur Schwangerschaftskonfliktberatung setzt sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde auseinander. Sprecherinnen der Koalition von SPD und GRÜNEN verlangen von der katholischen Kirche, das Schwangersen- und Familienhilfegesetz zu akzeptieren, wenn sie weiter an der Beratung mitwirken wolle. Die CDU empfiehlt dagegen dem Land, nicht zu drohen, sondern Verhandlungen aufzunehmen und Kompromisse zu suchen.

18. März

Unter der Überschrift „Den EURO als Chance begreifen und NRW rechtzeitig auf die Umstellung vorbereiten!“ diskutiert der Landtag über die geplante einheitliche europäische Währung. Die Großindustrie treibe eigenständig ihre Vorbereitungen für die Einführung des Euro voran. Kleine und mittlere Unternehmen aber hinkten hinterher. Alle Fraktionen sind sich einig, dass der Euro komme und NRW als starke Region von der Europäischen Währungsunion profitieren werde.



Vater Rhein und seine Töchter“

26. März

Mit einem frühen Baubeginn soll der Verfall des Ständehauses gestoppt werden. Vor dem Hauptausschuss berichtet der Minister für Bauen und Wohnen, Dr. Michael Vesper (GRÜNE), mit einer ersten Baumaßnahme werde im Juli im Bereich des Denkmals „Vater Rhein und seine Töchter“ angefangen. Insgesamt stehen 96 Millionen D-Mark zur Verfügung. Bis zum Jahr 2001 will man alles bewältigt haben. Dann soll die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in dem Gebäude, in dem bis 1988 der Landtag tagte, einen zweiten Standort und das Land Repräsentationsräume erhalten.

27. Mai

Johannes Rau tritt vom Amt des Ministerpräsidenten zurück, das er seit 1978 innegehabt hat; im Folgejahr soll er Bundespräsident werden. Auf seiner 87. Sitzung wählt der Landtag aus seiner Mitte in geheimer Wahl den bisherigen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) zum neuen Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Von 220 abgegebenen Stimmen entfallen 124 auf Wolfgang Clement. Der Kandidat der CDU-Opposition, Dr. Helmut Linssen, erhält 87 Stimmen. Neun Abgeordnete enthalten sich.

19. März

Aktuelle Stunde zu einem bevorstehenden Transport von Castor-Behältern mit abgebrannten Brennstäben aus süddeutschen Kernkraftwerken ins westfälische Ahaus: Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) nennt dies einen „nicht zu verantwortenden Unsinn“. Regierung und Koalition stellen klar, dass aus Ahaus als Zwischenlager keinesfalls ein Endlager werden dürfe. Die CDU verweist dagegen darauf, Ahaus sei von der Landesregierung als Verpflichtung gegenüber den süddeutschen Ländern eingerichtet worden, die Milliarden zur Stützung der Steinkohle beigetragen hätten.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (SPD) vereidigt den soeben gewählten Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD)

1998

1998: Was sonst noch geschah

1. Januar

Der Solidaritätszuschlag wird von 7,7 % auf 5,5 % gesenkt.

2. Januar

In Hongkong bricht die Vogelgrippe H5N1 aus.

29. Januar

Kanada, Japan, Russland, die USA und die Mitgliedstaaten der europäischen Raumfahrtbehörde ESA schließen einen Vertrag über den Bau der internationalen Raumstation ISS.

18. April

Großbritannien und die IRA schließen ein Friedensabkommen.

20. April

Die RAF erklärt sich für aufgelöst.

2. Mai

Als erstem Aufsteiger in der Geschichte der Fußball-Bundesliga gelingt es dem 1. FC Kaiserslautern, Deutscher Fußballmeister zu werden.

7. Mai

In London wird die Fusion der Daimler-Benz AG mit der Chrysler Corporation bekannt gegeben.

1. Juni

Die Europäische Zentralbank wird als Rechtsnachfolgerin des Europäischen Währungsinstituts gegründet. Unter ihrem Präsidenten Wim Duisenberg soll sie die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion und die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung vorbereiten.

3. Juni

In Paris wird die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation ATTAC gegründet.

12. Juli

Durch einen 3:0 Sieg über Brasilien in Paris wird Frankreich erstmals Fußball-Weltmeister.

1. August

In den deutschsprachigen Ländern tritt die Rechtschreibreform in Kraft.

27. September

Die Bundestagswahlen führen zur Ablösung von Bundeskanzler Helmut Kohl nach 16 Regierungsjahren. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer rot-GRÜNEN Koalition.

29. Mai

Der Landtag setzt auf Antrag der CDU-Opposition einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein, der Defizite und Mängel, Kapazitäts- und Sicherheitsprobleme des Maßregelvollzugs untersuchen soll. Zum Vorsitzenden wird Edgar Moron (SPD) gewählt.



Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Edgar Moron (SPD, li.) und sein Stellvertreter Klaus Stallmann (CDU)

17. Juni

Ministerpräsident Wolfgang Clement stellt sein Kabinett im Landtag vor und verweist darauf, dass die Landesregierung nur noch aus acht statt bisher zwölf Ministerien bestehe. Die Zusammenführung von Innen- und Justizministerium wertet Clement als ein Signal zur Regierungs- und Verwaltungsreform. Mit der Zusammenführung von Schul- und Wissenschaftsministerium wiederum soll eine Neuorientierung des Faktors „Wissen/Bildung“ erreicht werden. Die Zusammenführung von Arbeit und Soziales mit Stadtentwicklung, Kultur und Sport dient nach Clements Angaben der Vernetzung von Arbeit, Kultur und Sport. Auch mit der Verbindung von Frauenpolitik mit Familie, Jugend und dem Bereich Gesundheit will er neue Akzente setzen. Spektakulär auch seine Ankündigung, die Staatskanzlei von der Villa Horion in das moderne „Stadttor-Gebäude“ verlegen zu wollen.



Das neue Domizil des Ministerpräsidenten

1998



Tag der offenen Tür 1998: Präsident Schmidt mit jungen Gästen

29. August

Tag der offenen Tür im Landtag: Rund 50.000 Bürgerinnen und Bürger informieren sich vor Ort über das Landesparlament. Der WDR sowie das Apollo-Theater als unmittelbare Nachbarn des Landesparlaments haben sich der offenen Tür angeschlossen und so ein attraktives Angebot geschaffen, von dem alle Seiten profitieren.

24. September

In einer Sondersitzung setzt der Landtag den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss II ein, der alle Vorgänge und Missstände in Bezug auf das Technologiezentrum Oberhausen HDO untersuchen soll. Ein ursprünglicher Antrag der CDU-Fraktion hatte einen erweiterten Untersuchungsauftrag vorgesehen, bei dem die gesamte Förderpraxis im Bereich Funk-, Film- und Medienwirtschaft hätte auf Defizite abgeklopft werden sollen. Dem will die Koalition nicht folgen. Den Vorsitz übernimmt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Laurenz Meyer.

3. November

SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen legt sein Amt als Fraktionsvorsitzender der SPD nieder und scheidet am Folgetag aus dem Landtag aus, um eine berufliche Position in der Wirtschaft zu übernehmen. Er verstirbt überraschend am 9. Dezember desselben Jahres. In einer Kampfabstimmung gegen Edgar Moron wählt die Fraktion Manfred Dammeyer zu ihrem neuen Vorsitzenden.

5. November

Der Landtag debattiert über den Teilbericht der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“. Vorsitzender Johannes Rimmel (GRÜNE) empfiehlt im Namen der Kommission der Landesregierung eine integrierte Gesamtverkehrsplanung mit konsensorientierten Rahmenentscheidungen.

16. Dezember

Nach einer Anhörung und ausführlicher parlamentarischer Beratung wird der dritte Änderungsentwurf zum Gesetz über die Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) mit den Stimmen der Koalition nach einer von der CDU-Fraktion beantragten 3. Lesung angenommen. Im Mittelpunkt stehen Regelungen zu den Betriebskostenzuschüssen, die Einführung von Gruppenpauschalen und flexiblere Öffnungszeiten.



Trauerfeier für den verstorbenen SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Matthiesen; am Rednerpult sein Nachfolger Manfred Dammeyer

1999

19. Januar

Gisela Nacken legt ihr Amt als Fraktionssprecherin der GRÜNEN nieder und scheidet aus dem Landtag aus; sie wird Beigeordnete in Aachen. Fraktionsgeschäftsführerin Sylvia Löhrmann übernimmt neben Roland Appel für den Rest der Legislaturperiode die Funktion der Fraktionssprecherin.



Laurenc Meyer übernimmt den CDU-Fraktionsvorsitz von Dr. Helmut Linssen.

28. Januar

In einer Regierungserklärung bietet die Landesregierung den Hochschulen des Landes einen Qualitätspakt an. Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) stellt mehr Eigenverantwortlichkeit und Planungssicherheit in Aussicht.

2. Februar

Nach fast neun Jahren an der Spitze der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion ist Oppositionsführer Helmut Linssen zurückgetreten. Linssen erläutert vor seiner Fraktion die Gründe für seinen Rücktritt als Oppositionsführer. Der 56-jährige Kaufmann vom Niederrhein zieht damit die Konsequenz aus seiner Niederlage gegen Jürgen Rüttgers, der am Wochenende mit einem Vorsprung von 10 % der Stimmen Linssen besiegt hatte und zum Nachfolger von Norbert Blüm als Chef des größten Landesverbandes der Union gewählt wurde. Am 23. Februar wird der CDU-Wirtschaftsexperte Laurenc Meyer zu seinem Nachfolger gewählt.

10. März

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bringt den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung im Landtag ein (erste Modernisierungsgesetz). Behrens zählt vier Reformfelder auf: Aufgabenkritik, Binnenmodernisierung der Behörden, Optimierung des Verwaltungsaufbaus sowie Unterstützung der Kommunen. Als besonders umstritten erweisen sich die Fragen um die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen.

24. März

In einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD debattiert das Parlament die Auswirkungen europäischer Politik auf das Land Nordrhein-Westfalen. Dabei werden Erwartungen an die Neuregelung des Strukturfonds als Teil der Agenda 2000 laut. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) stellt fest, die Agenda 2000 diene nicht zuletzt der Vorbereitung der Mitgliedschaft osteuropäischer Länder.

Nachdem der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen am 9. Februar 1999 entschieden hatte, dass die Zusammenlegung von Innen- und Justizressort in ein Ministerium verfassungswidrig ist, wird diese nun wieder rückgängig gemacht. Zum Justizminister wird (nach dem Intermezzo von einer Woche von Reinhard Rauball) Jochen Dieckmann ernannt. Der 51 Jahre alte Volljurist war zuvor Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Mit dem neuen Mann kommt ein ausgewiesener Verwaltungsexperte ins Kabinett.



Sylvia Löhrmann (l.) übernimmt von Gisela Nacken das Amt der GRÜNEN-Fraktionssprecherin.

5. Mai

Europa müsse mehr sein als eine Wirtschaftsgemeinschaft, in der allenfalls mehr oder weniger solidarische Finanztransfers organisiert würden. Diese Feststellung trifft der erste Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose, im Landtag zum 50. Europatag. Klose regt an, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik müsse viel stärker in den politischen Mittelpunkt rücken.

6. Mai

Für eine vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kosovo machen sich die GRÜNEN in einer von ihnen beantragten Aktuellen Stunde stark. Bei der Debatte wird deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Aufnahmebereitschaft über der anderer Staaten liege, indessen brauche man auf europäischer Ebene einen Verteilerschlüssel.

20. Mai

Im Hauptausschuss wird die Entscheidung bekannt gegeben: Die Vertretung des Landes beim Bund in Berlin zieht in einen Neubau ein. Ausführen wird ihn ein Düsseldorfer Architektenteam. Der Baubeginn ist für das Frühjahr 2000 veranschlagt. Am 1. September 2001 soll das Gebäude im Berliner Tiergarten bezugsfertig sein.



Die neue Landesvertretung NRW in Berlin

9. Juni

Der Landtag verabschiedet in 2. Lesung das erste Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung. Nach Regierungs- und Koalitionsvorstellungen sollen die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen erweitert, Genehmigungsverfahren beschleunigt und neue Modelle der Aufgabenwahrnehmung ermöglicht werden. Die Opposition sieht falsche Weichenstellungen.

1999: Was sonst noch geschah

1. Januar

Der Euro wird in elf Staaten der EU als Buchgeld eingeführt. Belgien ersetzt den belgischen Franc offiziell durch den Euro. Finnland wird Mitglied der Europäischen Währungsunion.

2. Januar

Osama bin Laden bekennt sich zu den Bombenattentaten auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam.

11. März

Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine legt nach einem Richtungsstreit alle seine Ämter nieder.

12. März

Polen, Tschechien und Ungarn treten der NATO bei.

24. März

Beginn des NATO-Lufteinsatzes über Jugoslawien unter Beteiligung von Tornado-Flugzeugen der Bundeswehr.

23. Mai

Johannes Rau wird zum Bundespräsidenten gewählt.

9. August

Boris Jelzin ernennt Wladimir Putin zum Ministerpräsidenten.

5. September

Bei den Landtagswahlen im Saarland erringt Peter Müller (CDU) die absolute Mehrheit und löst Reinhard Klimmt (SPD) als Ministerpräsident ab.

19. September

Bei den Landtagswahlen in Sachsen verteidigt die CDU unter Kurt Biedenkopf die absolute Mehrheit.

11. Dezember

Die Türkei stellt den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

31. Dezember

Boris Jelzin tritt vom Amt des russischen Staatspräsidenten zurück. Sein Nachfolger wird Ministerpräsident Putin.

1999

11. Juni

Am Ende der letzten Plenarsitzung vor den Parlamentsferien verabschiedet der Landtag den dienstältesten Landtagsabgeordneten und früheren Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, der zum Bundespräsidenten gewählt worden ist. Für das Parlament würdigt Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Verdienste Raus und seine Rolle als Landesvater. Er überreicht ihm eine in mehreren Bänden gebundene Zusammenstellung aller Reden, die dieser im Landtag gehalten hat.

14. Juni

Ein Urteilsspruch des Verfassungsgerichts vom 6. Juli 1999 zur 5-%-Sperrklausel bei Kommunalwahlen veranlasst zu einer Sondersitzung in den Sommerferien. Dazu müssen viele Abgeordnete aus ihren Urlaubsorten nach Düsseldorf zurückkommen. Der Landtag verabschiedet einstimmig das Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften und schafft damit die 5-%-Sperrklausel bei Kommunalwahlen ab. Nordrhein-Westfalen ist damit das achte Bundesland, das diesen Schritt vollzieht.

12. August

Der Landtag setzt den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss III ein. Er erhält den Auftrag, alle Vorgänge und Missstände in Bezug auf das Technologiezentrum HDO in Oberhausen seit dem 24. September 1998 zu untersuchen. Er setzt damit den Auftrag des Untersuchungsausschusses II fort.

19. August

Der Hauptausschuss führt eine Anhörung zu dem CDU-Antrag durch, ein zweites Programm

für den Lokalfunk im Land zu ermöglichen. Bei dem Hearing kommt die Frequenzversorgung zur Sprache, die von der Opposition, aber auch von den Lokalsendern als nachteilig für den Lokalfunk empfunden wird. Gleichzeitig machen Medienfachleute deutlich, dass es mit den Lokalfunkstationen zwischen Rhein und Weser wieder bergauf geht.

29. September

In 2. Lesung verabschiedet der Landtag einstimmig das Gesetz zur Modernisierung der Weiterbildung. Da zusätzliche Finanzmittel nicht verfügbar sind, mussten die Fraktionen nach neuen Wegen zur Sicherung der Weiterbildung suchen. Durch Umschichtung eines Teils der Fördermittel soll dafür gesorgt werden, dass das hauptamtliche Personal in den Einrichtungen der Weiterbildung auch zukünftig gesichert bleibt.

4. November

Mit den vom Ausschuss für Frauenpolitik empfohlenen Änderungen des Regierungsentwurfs verabschiedet das Parlament das Lan-



Landtagspräsident Schmidt verabschiedet den dienstältesten Landtagsabgeordneten Johannes Rau, der zum Bundespräsidenten gewählt worden ist.

desgleichstellungsgesetz in 2. Lesung. In artikelgetrennter Abstimmung lehnt die CDU den von der Koalition befürworteten Geltungsbereich über die Landesverwaltung hinaus und eine daraus folgende Änderung der Gemeindeordnung ab, stimmt aber den übrigen Vorschriften zu.

24. November

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschäftigt sich der Landtag in einer Sondersitzung mit den Auswirkungen der vom Bundestag in Berlin verabschiedeten Öko-Steuerreform auf die Braun- und Steinkohle und die damit verbundenen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Im Mittelpunkt steht dabei die Zukunft des Braunkohletagebaus Garzweiler II. Es gebe nach einem Brief des RWE keinerlei Planungssicherheit, meint die Opposition. SPD und Ministerpräsident halten dagegen, Garzweiler II werde kommen und das Kraftwerkserneuerungsprogramm im Umfang von 20 Milliarden DM fortgeführt. Die GRÜNE Umweltministerin meint, die Entscheidung solle dem Unternehmen überlassen bleiben.



Dreitägige Öffentliche Anhörung zum Modernisierungsgesetz

2000

12. Januar

Drei Tage lang steht ab 12. Januar in einer öffentlichen Anhörung der Ausschüsse für Verwaltungsreform und für Kommunalpolitik der Regierungsentwurf des zweiten Modernisierungsgesetzes NRW auf dem Prüfstand von Sachverständigen. Es ist das bisher größte Hearing in der Geschichte des Landtags. Kernthema des Gesetzentwurfes vom September des Vorjahres ist die Neuordnung der mittleren Verwaltungsebene.

27. Januar

Vor dem Parlament erinnert Landtagspräsident Ulrich Schmidt an den Tag vor 55 Jahren, als sowjetische Truppen die Überlebenden im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreiten. Die Abgeordneten hören die Ausführungen des Präsidenten stehend an.

Sieben ehemalige Vorsitzende des Petitionsausschusses sowie die im Amt befindliche Vorsitzende Bärbel Wischermann (CDU) begrüßt Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose bei einer Feierstunde zum 50-jährigen Bestehen des Petitionsausschusses im Landtag.

2000

10. Februar

Der Hauptausschuss des Landtags gibt seiner Empörung über das ab 1. März geplante TV-Spektakel „Big Brother“ im Sender RTL II Ausdruck. Es wird die Frage aufgeworfen, welche Maßstäbe im Fernsehen überhaupt noch akzeptabel seien.

24. Februar

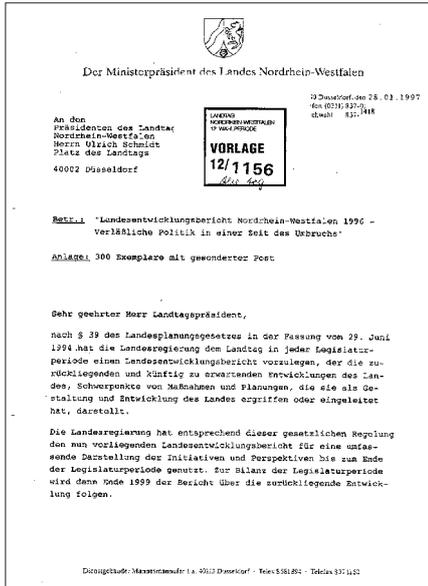
Während vonseiten der Koalition die Forderung erhoben wird, Menschen, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben, endlich zu ihrem Recht zu verhelfen, stellt die Opposition in einer Aktuellen Stunde zu „Eingetragenen Partnerschaften für Lesben und Schwule“ klar, dass für die CDU Deutschlands Ehe und Familie weiterhin Vorrang vor allen anderen Lebensgemeinschaften hätten.

20. Januar

Nordrhein-Westfalen hat sich zu Beginn des neuen Jahrtausends zum führenden Medienstandort in Deutschland entwickelt. Dies geht aus einem Bericht hervor, den die Landesregierung zur Situation der Film- und Fernsehwirtschaft im Land NRW im Hauptausschuss vorgetragen hat.



Zum 50-jährigen Bestehen des Petitionsausschusses treffen sich sieben ehemalige Ausschussvorsitzende. Sie werden von Landtagsvizepräsident Klose (2. v. r.) und der amtierenden Vorsitzenden Wischermann begrüßt.

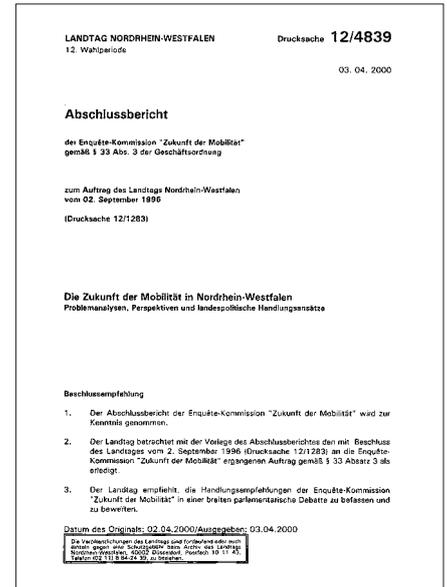


22. März

In zwei Bänden und auf knapp 1.000 Seiten fasst der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I, der Defiziten und Mängeln im Maßregelvollzug des Landes nachzugehen hatte, die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus seiner knapp zweijährigen Arbeit zusammen. Der Vorsitzende Edgar Moron (SPD) erläutert dem Plenum den Schlussbericht mit seinem einstimmig gebilligten Beschlussteil. Bei Bewertungen und Empfehlungen gibt es zwischen Koalition und Opposition unterschiedliche Voten.

13. April

Nach sieben Jahren Beratung setzt der Landtag einen Schlusspunkt. Mit den Stimmen der Koalition gegen die CDU-Fraktion bei drei Enthaltungen wird das zweite Artikelgesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung angenommen. Im Grunde hatte die Diskussion schon nach der kommunalen Neugliederung begonnen. Dreh- und Angelpunkt der gesamten Verwaltungsstrukturreformdebatte ist die Neuordnung der Verwaltung in der sogenannten mittleren Verwaltungsebene. Koalitionssprecher Hans Krings (SPD) betont, man habe sich für ein klares Modell der Trennung staatlicher und kommunaler Aufgaben in der mittleren Ebene entschieden. Die mehrmals diskutierte Auflösung der Landschaftsverbände ist damit vom Tisch.



14. April

Der Landtag debattiert über den Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“. Vorsitzender Johannes Rimmel (GRÜNE) betont, das Instrument der Enquetekommission habe sich bewährt. Sprecher von SPD und CDU bedauern ein 49-seitiges Sondervotum der GRÜNEN, worin sich zeige, dass bei den GRÜNEN an ideologischen Grundpositionen festgehalten werde.

12. April

Mit dem Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II „Technologiezentrum Oberhausen“ befasst sich der Landtag im Plenum. Dabei bewerten die Fraktionen die Fördermittelvergabe unterschiedlich. Laurenz Meyer (CDU), Vorsitzender des Ausschusses, berichtet von 55 Ausschusssitzungen in eineinhalb Jahren, von 70 Zeugen, der Besichtigung des Unternehmens HDO und des CentrO in Oberhausen. 2.100 Aktenordner von 31 Behörden, Unternehmen und Privatpersonen seien hinzugezogen worden. Der Landtag nimmt ferner den Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III betreffend Technologiezentrum Oberhausen (HDO II) entgegen. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Walter Greverer (SPD), berichtet, der Ausschuss habe zwei Prüfungsfelder zu bearbeiten gehabt, einmal die Fortführung des Schlussverwendungsnachweises, zum anderen den Verkauf der Geschäftsanteile an der Besitzgesellschaft HDT durch die Stadt Oberhausen.



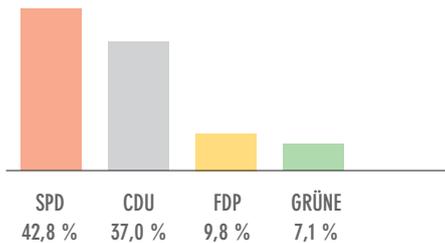
Johannes Rimmel (GRÜNE), Vorsitzender der Enquete-Kommission „Zukunft der Mobilität“

14. Mai

Bei der Wahl zum 13. Landtag tritt die SPD mit Ministerpräsident Clement als Spitzenkandidat an. Sein Konkurrent für die CDU ist Landesparteichef Jürgen Rüttgers, der aus der Bundes- in die Landespolitik wechselt. Die GRÜNEN vertrauen auf ihr Spitzenduo Bärbel Höhn und Michael Vesper, die FDP versucht mit dem aus der Bundespolitik bekannten Jürgen Möllemann als Spitzenkandidat die Rückkehr ins Landesparlament.

Schien die CDU-Opposition noch im Herbst 1999 im Aufwind mit guten Chancen, ihre landespolitische Position signifikant zu verbessern, so blies ihr seit dem Winter der Wind ins Gesicht. Der Grund: Die Parteispendenaffäre um Altkanzler Helmut Kohl. Die Umfrageergebnisse ließen die SPD hoffen, ihre Führungsposition behaupten zu können.

Am Wahlabend steht fest, dass die rot/grüne Koalition fortgeführt werden kann:

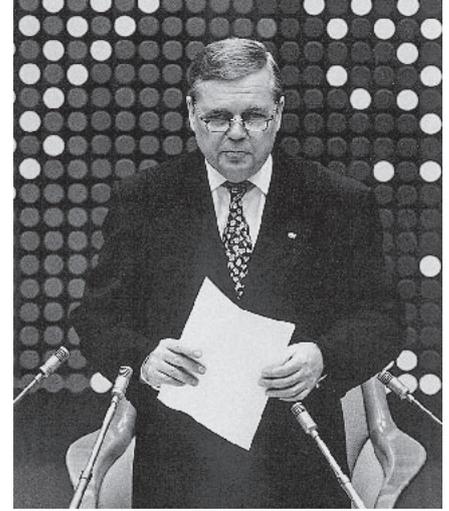


Dem nun wieder vier Fraktionen zählenden Landtag gehören 231 Abgeordnete an (30 Überhang- und Ausgleichsmandate). Die SPD bleibt stärkste Fraktion und stellt 102 Abgeordnete, sechs weniger als zuvor. Alle Abgeordneten erringen ein Direktmandat, so dass die Reserveliste unberücksichtigt bleibt. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Manfred Dammeyer gehört dem neuen Landtag zunächst nicht an (er rückt erst 2001 nach). Der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Edgar Moron, wird neuer Fraktionschef.

Die CDU-Fraktion ist mit 88 Sitzen wieder stärkste Oppositionsfraktion (sie büßt einen Sitz ein); die CDU hat 49 Direktmandate errungen. Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers übernimmt den Fraktionsvorsitz, den übergangweise Laurenz Meyer innehatte.

Die 24-köpfige FDP-Fraktion wählt Spitzenkandidat Jürgen Möllemann zu ihrem Chef.

Die GRÜNEN, die sieben Mandate einbüßen, stellen 17 Abgeordnete. Sylvia Löhrmann, seit 1998 Parlamentarische Geschäftsführerin und seit 1999 auch Sprecherin der Fraktion, übernimmt die alleinige Sprecherfunktion.



Ulrich Schmidt, der alte und neue Landtagspräsident

2. Juni

Der 13. Landtag tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Ulrich Schmidt wird wieder zum Landtagspräsidenten gewählt. In seiner Rede unterstreicht der alte und neue Präsident, der Landtag Nordrhein-Westfalen sei seit jeher geprägt durch eine qualitativ hochwertige Arbeit der Fraktionen. Es sei selbstverständlich, ihnen dafür in ausreichendem Umfang öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Bei der konstituierenden Sitzung verabschiedet sich auch der langjährige erste Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose, aus seinem Amt, das er 18 Jahre innehatte. Zu neuen Landtagsvizepräsidenten werden Laurenz Meyer (CDU), Jan Söffing (FDP) und Edith Müller (GRÜNE) gewählt.



SPD-Fraktionschef
Edgar Moron



Von der Bundes- in
die Landespolitik: der
CDU-Fraktionsvorsitzende
Dr. Jürgen Rüttgers



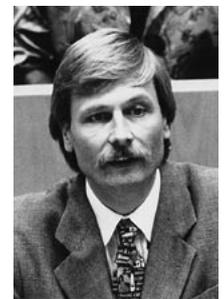
Hat die FDP wieder in
den Landtag geführt:
Fraktionsvorsitzender
Jürgen Möllemann



Weiter an der Spitze
der GRÜNEN-Fraktion:
Sylvia Löhrmann



Laurenz Meyer (CDU),
der 1. Vizepräsident



2. Vizepräsident
Jan Söffing (FDP)



Edith Müller (GRÜNE) ist 3. Vizepräsidentin

21. Juni

Wolfgang Clement (SPD) wird erneut zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt. In geheimer Wahl erhält er 119 von 230 abgegebenen Stimmen, mindestens eine Stimme kommt damit aus den Reihen der Opposition. 110 Abgeordnete stimmen mit Nein. Einer enthält sich. Clement ist der siebte Ministerpräsident von NRW. Seit Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen stellten die SPD vier und die CDU zwei Regierungschefs. Der erste an der Spitze, Rudolf Amelunxen, war parteilos.



27. Juni

Ministerpräsident Wolfgang Clement stellt im Plenum des Landtags sein neues Kabinett vor, das aus zehn Ministerinnen und Ministern besteht. Nach Artikel 53 der Landesverfassung müssen die Mitglieder der Landesregierung bei ihrem Amtsantritt vor dem Landtag einen Amtseid ablegen. Michael Vesper (GRÜNE) bleibt Stellvertretender Ministerpräsident.

30./31. August

In einem gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen greift der Landtag den Aufruf der Landesregierung zu einem Bündnis „Für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ auf. Landtagspräsident Ulrich Schmidt stellt fest, der so ermutigend breit begonnene Diskussionsprozess dürfe keine kurzatmige Aktion zur Beruhigung der Gemüter sein. „Darauf wartet und setzt der braune Sumpf.“

22. September

Zwölf Jahre nach dem Auszug des Landtags Nordrhein-Westfalen aus dem alten Ständehaus am Düsseldorfer Kaiserteich kehrt Landtagspräsident Ulrich Schmidt mit seinen Vorgängern im Amt, Karl-Josef Denzer und Ingeborg Friebe, sowie vielen ehemaligen und aktiven Abgeordneten zum Raschdorff-Bau zurück. Im Ständehaus wird Richtfest gefeiert. Dort soll einmal zeitgenössische Kunst eine Heimstatt finden und das Land sich repräsentieren können.

27. September

Im Beisein des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, konstituiert sich eine deutsch-israelische Parlamentariergruppe. Einen Tag darauf erfolgt die Konstituierung der deutsch-palästinensischen Parlamentariergruppe im Beisein von Mahmud Alaeddin, dem stellvertretenden Leiter der palästinensischen Generaldelegation. Am 29. September wird dann eine deutsch-polnische Parlamentariergruppe gegründet.



28. September

In zwei zusammengelegten Aktuellen Stunden beschäftigt sich der Landtag auf Anträge der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN hin mit der Ökosteuer. Die Union wertet die Ökosteuer als ungerecht, während sich die GRÜNEN dafür aussprechen, die ökologische Steuerreform konsequent fortzuführen.

29. September

Unter dem Titel „Modern. Stark. Vielfältig. Aus alten Stärken neue Chancen gewinnen. Die Politik der Landesregierung in der 12. Legislaturperiode“ legt die Landesregierung den Landesentwicklungsbericht nach § 39 Landesplanungsgesetz vor, der nach Einbringung und Beratung im Plenum in den Fachausschüssen detailliert beraten wird.

26. Oktober

Das Finanzministerium berichtet im Hauptausschuss, die Landesregierung wolle die angemieteten Gebäude in Düsseldorf Zug um Zug aufgeben und Ministerien und Dienststellen in eigenen Häusern unterbringen. U.a. werde das „Landeshaus“, in dem sich einst die Staatskanzlei befunden habe, zu diesem Zweck gerade renoviert. Zudem seien zwei neue Gebäude in der Planung, die in der Peripherie des heutigen Innenministeriums errichtet werden sollen.

9. November

In einer Erklärung zur Pogromnacht am 9. November 1938 vor dem Landtag bekräftigt Landtagspräsident Ulrich Schmidt, die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 gehöre zu den schlimmsten und beschämendsten Momenten der deutschen Geschichte. Der Präsident zieht dabei den Schluss, man müsse heute, 62 Jahre später, den Pogrom des 9. No-

vember 1938 in Verbindung bringen mit dem jüngsten Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge der jüdischen Gemeinde sowie weiteren Anschläge gegen jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten.

7. Dezember

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschließt der Landtag einstimmig die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur „Zukunft der Städte in NRW“. Die Kommission konstituiert sich im April 2001 unter dem Vorsitz von Axel Horstmann (SPD).

Ebenso wird einstimmig eine Enquete-Kommission zur „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ auf Antrag von SPD und GRÜNEN eingerichtet, die am 8. Mai 2001 unter dem Vorsitz der Abgeordneten Marianne Hürten (GRÜNE) ihre Arbeit aufnimmt.

2000: Was sonst noch geschah

18. Januar

Im Zuge der Parteispendenaffäre tritt Helmut Kohl auf Druck der CDU-Spitze als Ehrenvorsitzender der CDU zurück.

4. Februar

Nach einer langen Übernahmeschlacht wird die Mannesmann AG Teil der Vodafone Group; diese ist nun der weltweit größte Mobilfunk-Anbieter.

8. April

In Hamburg wird die erste deutsche Babyklappe eröffnet.

1. Mai

Horst Köhler wird Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF).

13. Mai

In Enschede (Niederlande) explodiert eine Feuerwerkskörper-Fabrik und zerstört zahlreiche umliegende Häuser.

1. Juni

In Hannover wird die Weltausstellung EXPO 2000 eröffnet.

2. Juli

In Rotterdam wird Frankreich Fußball-Europameister durch einen 2:1 Sieg nach Verlängerung gegen Italien.

17. Juli

Der Augenarzt Dr. Bashar al Assad wird als Nachfolger seiner Vaters Hafiz al Assad Staatspräsident in Syrien.

25. Juli

Beim Absturz eines Concorde-Flugzeugs kurz nach dem Start in Paris kommen 113 Insassen ums Leben.

15. September

Die 27. Olympischen Sommerspiele in Sydney (Australien) werden eröffnet.

7. November

Aus den Präsidentschaftswahlen in den USA geht George W. Bush als knapper Sieger hervor; sein Gegenkandidat war Al Gore, der vor-malige Vizepräsident von Bill Clinton.

2001

Januar

Nachdem die Geschäftsordnung des Landtags im vergangenen Jahr geändert wurde, tagen die Ausschüsse des Landtags nun grundsätzlich öffentlich.

24. Januar

Die BSE-Krise beschäftigt den Landtag. Politiker von Koalition und Opposition fordern einen aktiveren Verbraucherschutz, um das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen. Den Vorstoß von SPD und GRÜNEN, in der gesamten Lebensmittelproduktion umzusteuern, sehen Oppositionspolitiker mit Skepsis und warnen vor einem „Feldzug gegen die bäuerliche Landwirtschaft“.

8. Februar

Im Verkehrsausschuss sind sich alle Fraktionen und Minister Ernst Schwanhold (SPD) darüber einig, dass das Bahnnetz und der Betrieb von Schienenverkehr voneinander getrennt werden müssten. Ein FDP-Antrag dazu findet allerdings keine Mehrheit.

14. Februar

„Marode Schulbauten sanieren; Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen“ – unter dieser Überschrift diskutiert der Landtag auf Antrag der CDU-Opposition in einer Aktuellen Stunde. Abgeordnete der Opposition machen die Landesregierung dafür verantwortlich, diese verweist auf die Zuständigkeit der Kommunen.

Der Landtag überweist einen CDU-Antrag „Rundfunk im digitalen Zeitalter“ an den Medienausschuss. Ein Landesmediengesetz soll das Landesrundfunkgesetz ablösen, um den medialen Mischformen besser Rechnung zu tragen.

15. Februar

Auf Antrag der GRÜNEN diskutiert der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die nach einem Urteil des BVerfG erforderliche Reform des Länderfinanzausgleichs. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) betont, NRW müsse in Zukunft besser abschneiden als bisher.

21. März

Unter der Überschrift „Vorrang für Bildung – Stufenplan Verlässliche Schule 2001 bis 2005“ gibt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) eine Regierungserklärung ab. In einer hitzigen Debatte wirft die Opposition der Ministerin Versagen vor und fordert sie zum Rücktritt auf.

28. März

Nach vorausgegangenem Beschluss des Verkehrsausschusses setzt der Landtag einstimmig einen Unterausschuss „Metrorapid in NRW“ ein.

2001



Verkehrsminister Schwanhold (SPD) und der Vorsitzende des Unterausschusses Metrorapid, Abgeordneter Wirth (SPD), während der Metrorapid-Ausstellung im Landtag

2001

11. Juni

Der Verkehrsausschuss hört zum Thema „Eckpunkte der Luftverkehrspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen“ Experten an; Grundlagen sind ein Antrag der CDU und die „NRW-Luftverkehrskonzeption 2010“. Mediziner warnen eingangs vor Schäden an Körper und Seele durch Fluglärm.

20. Juni

Nach mehrstündiger verantwortungsbewusster Aussprache über „Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie“ nimmt der Landtag in namentlicher Abstimmung mehrheitlich den FDP-Antrag an, den von Ministerpräsident Clement befürworteten Import von Stammzellen aus Israel zu unterstützen. CDU und GRÜNE stimmen dagegen. Die Politik solle sich Zeit zum Nachdenken lassen.

22. Juni

20 ausländische Bürgerinnen und Bürger, die während des Zweiten Weltkriegs in NRW zu Zwangsarbeit gepresst oder in Konzentrationslagern verschleppt wurden, besuchen aus Anlass des 60. Jahrestages des Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion den Landtag. Landtagspräsident Ulrich Schmidt begrüßt die Gäste zu Beginn der Plenarsitzung: „Wir bitten für das, was Sie in unseren Städten erleben mussten, um Vergebung.“

Die vier Fraktionen legen einen gemeinsamen Entschließungsantrag „Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen“ vor. Damit setzt der Landtag ein bundesweit wirkendes Zeichen für die dauerhafte und erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten; NRW legt das erste umfassende Integrationskonzept vor.

In 3. Lesung beschließt das Parlament mit verfassungsändernder Mehrheit einstimmig, den Tierschutz in der Verfassung des Landes NRW zu verankern. Der neue Artikel 29a der Landesverfassung lautet künftig: „Die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände.“

6. September

Werden die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zukünftig Behördengänge von ihrem Heim-PC aus per Internet erledigen können? Der Innen- und der Medienausschuss hören unter der Leitung der Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) und Claudia Nell-Paul (SPD) Experten zum Thema „e-Government“ (Abwicklung von Verwaltungsakten mit elektronischen Hilfsmitteln) an. Der größte Beratungsbedarf ergibt sich rund um die Fragenkomplexe Datenschutz, Datensicherheit und Rechtsverbindlichkeit.

12. September

Der Landtag gedenkt der Opfer der terroristischen Anschläge in den USA vom 11. September und ihrer Angehörigen. Die Haushaltsberatungen werden um eine Woche verschoben.

20. September

Schatten über dem Lächeln: Der Weltkindertag war in diesem Jahr nicht so unbeschwert wie früher. Vor dem Hintergrund des Terrors vom 11. September stellen 600 junge Menschen im Landtag ihr Engagement gegen Gewalt und Hass vor. Unter den Gästen ist auch Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. Das angekündigte musikalische Programm wird vor dem Hintergrund der Terroranschläge in den USA abgesagt.

4. Oktober

SPD, GRÜNE und FDP lehnen nach langer Debatte den CDU-Antrag „Zukunft der Steinkohle verlangt Klarheit der Finanzierung“ ab. Darin fordert die Union verbindliche Finanzierungszusagen von Bund und Land. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) betont, NRW wolle eine Perspektive für die Steinkohle-Zukunft bis 2015.

5. Oktober

„Olympia nach NRW holen: Gemeinsam für Olympische Spiele an Rhein und Ruhr“ lautet der Titel eines gemeinsamen Antrags aller vier Fraktionen. Es geht darin um die Unterstützung der Bewerbung der Städte der Region Rhein-Ruhr für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele und der Paralympics im Jahre 2012.

24. Oktober

Insgesamt 23 Sachverständige äußern sich bei der gemeinsamen Anhörung der Ausschüsse für Kommunal-, Frauen- und Sozialpolitik zum CDU-Antrag „Ehrenamt stärken – Aktive Bürgergesellschaft aufbauen“. Die Experten liefern zahlreiche Anregungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bei ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1345

Antrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Vorlage im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten am 19.06.2001

Entschließung

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/416

Einheit in Vielfalt
Programme für eine erfolgreiche Politik der Integration

Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen

I. Erläuterung

Nordrhein-Westfalen hat in seiner Geschichte erhebliche Integrationsleistungen sowohl von Seiten der Zugewanderten als auch von Seiten der hiesigen Gesellschaft vollbracht. Durch sie leben heute 2,4 Millionen Menschen mit ausländischem Pass in Deutschland, davon rund 2 Millionen in Nordrhein-Westfalen. Das sind rund 11% der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Unter den 2 Millionen Menschen mit ausländischem Pass sind über 800.000 junge Männer und Frauen unter 25 Jahre, hierzu kommen knapp 600.000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind. Nordrhein-Westfalen hat in der Vergangenheit Zuwanderung erlebt und ist auch in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen.

Datum des Originals: 19.06.2001/Ausgaben: 10.06.2001

Der Verleiher trägt die Verantwortung für die Qualität der Druckausgabe.
Rechenzentrum: 50022 Solingen, Postfach 10 11 42, Telefon
021 23 11 19 0 bis 23 11 42, Telefax



29. Oktober

Empfang im Landtag anlässlich des 40-jährigen Bestehens des „Abkommens zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte“. Landtagspräsident Ulrich Schmidt begrüßt über 200 türkische und deutsche Ehrengäste: „Wir arbeiten aktiv daran, dass das Zusammenleben zwischen Türken und Deutschen noch besser funktioniert.“

16. November

Der Landtag stimmt einer gemeinsamen Entschließung („Luftverkehr in NRW braucht verlässliche Rahmenbedingungen“) aller vier Fraktionen zu, wonach die Startbahnen der Flughäfen Düsseldorf, Münster/Osnabrück und Paderborn ausgebaut werden sollen.

2001: Was sonst noch geschah

1. Januar

Griechenland tritt der Wirtschafts- und Währungsunion bei und wird damit der zwölfte Euro-Staat.

21. Januar

Jutta Kleinschmidt gewinnt als erste Frau die Rallye Dakar.

18. März

In Berlin wird die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di als Zusammenschluss von fünf Einzelgewerkschaften gegründet.

13. Mai

Bei den Parlamentswahlen in Italien siegt die Forza Italia des Unternehmers Silvio Berlusconi, der neuer Ministerpräsident wird.

16. Juni

Im Zusammenhang mit dem Berliner Bankenskandal wird der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Sein Nachfolger wird Klaus Wowereit (SPD).

28. Juni

Jugoslawien liefert Ex-Präsident Milosevic an den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag aus.

22. Juli

G8-Wirtschaftsgipfel in Genua (Italien). Bei den Großdemonstrationen greift die italienische Polizei äußerst hart durch.

11. September

Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington. Ca. 3000 Menschen kommen ums Leben.

21. September

Infolge einer Explosion in einer Chemieanlage in Toulouse werden zahlreiche Gebäude zerstört; es gibt 31 Tote und mehrere Tausend Verletzte.

2. Oktober

Die Allianz AG übernimmt die Dresdner Bank.

7. Oktober

US-Präsident George W. Bush ordnet Luftangriffe auf das von den Taliban beherrschte Afghanistan an. In der Folge können die Taliban entmachtet werden. Die Ergreifung oder Tötung von Osama Bin Laden gelingt nicht.

26. Oktober

Brandkatastrophe im St.-Gotthard-Tunnel in der Schweiz nach dem Zusammenstoß zweier LKWs: 11 Tote.

22. Dezember

In Kabul (Afghanistan) wird Hamid Karsai zum Chef der Übergangsregierung ernannt. Der Deutsche Bundestag stimmt der Entsendung deutscher Streitkräfte zu. Die Truppenentsendung nach Afghanistan bedeutet den ersten außereuropäischen Kampfeinsatz für Bundeswehrangehörige.

2002

23. Januar

„Nordrhein-Westfalen in Deutschland und Europa – Transparenz schaffen, Handlungsfähigkeit erweitern, Länder stärken“ – so lautet das Thema einer Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD). Er verlangt mehr Kompetenzen für die Länder in der Europapolitik. Die Opposition fordert mehr Rechte für die Länderparlamente im Bundesrat.



Franz Meyers, Ministerpräsident von 1958 bis 1966



25. Januar

Einstimmig beschließt der Landtag, die Rechte von Kindern und Jugendlichen in die Landesverfassung aufzunehmen. Der neue Wortlaut des Artikels 6 sichert das Recht jedes Kindes auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft, auf gewaltfreie Erziehung und auf Schutz vor Vernachlässigung und Ausbeutung.

Der Landtag setzt eine Enquete-Kommission „Zukunft der Pflege in NRW“ ein. Am 16. April nimmt sie unter Vorsitz des Abgeordneten Jan Söffing (FDP) ihre Arbeit auf.

18. Februar

Staatsakt für den am 21. Januar verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes NRW, Franz Meyers, in der Deutschen Oper am Rhein. Landtagspräsident Ulrich Schmidt erinnert an den Politiker, den seine Fröhlichkeit und Offenheit, sein Optimismus und seine Fähigkeit, auf Menschen aller Bevölkerungsschichten zugehen zu können, beliebt und populär werden ließen.

2002

22. Februar

Spitzen von Rundfunk und Fernsehen zu Gast im Medienausschuss: Fritz Pleitgen, Chef der ARD, WDR-Rundfunkratsvorsitzender Reinhard Grätz, ZDF-Intendant Prof. Dieter Stolte und Ernst Elitz, Intendant des DeutschlandRadios, erörtern mit dem Ausschuss die Finanzausstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf der Grundlage des sogenannten KEF-Berichts. Es ist das erste Mal, dass ein parlamentarisches Gremium über diese Fragen berät, die bisher in der Kompetenz der Landesregierungen lagen.

1. März

Der Landtag debattiert vier Stunden lang über eine Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) pro Metrorapid. SPD und GRÜNE befürworten das Projekt, wenn Bundesmittel bereitgestellt würden und das Land keine Risiken zu übernehmen habe. Die CDU-Opposition plädiert für einen „Eurorapid“ zwischen Rhein-Ruhr und Randstad/Niederlande. Die FDP fordert lapidar die Realisierung des Metrorapid-Projektes.

In Dritter Lesung beschließt das Parlament einstimmig eine Verfassungsänderung, durch die die Hürden für Volksbegehren gesenkt werden. Zusätzlich wird das Instrument der Volksinitiative neu eingeführt.

Mit großer Mehrheit verabschiedet der Landtag das neue Landeswahlgesetz; nur die FDP macht nicht mit. Durch die Gesetzesänderung wird die Abgeordnetenzahl des nordrhein-westfälischen Landtages von 201 auf 181 verringert, von denen 128 Abgeordnete direkt und 53 über die Reservelisten gewählt werden.

20. März

Die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion zur Situation der Muslime in NRW ist Diskussionsgegenstand im Landtag. Die Regierungsfractionen fordern eine bessere Akzeptanz des Islam, um den Muslimen die Integration zu erleichtern. Die CDU-Opposition stellt dringenden Handlungsbedarf beim islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen fest.

18. April

„Maßnahmen zur Bewältigung der steigenden Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst“: Der Haushalts- und Finanzausschuss hört Experten zum Problem steigender Pensionslasten für das Land NRW. Die Sprecher warnen eindringlich vor einer krisenhaften Zuspitzung.

22. April

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU „Zukunft des Güterkraftverkehrs in Nordrhein-Westfalen“ führt zu einer Öffentlichen Anhörung im Verkehrsausschuss. Sachverständige des mittelständischen Trans-



Die Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks war Erörterungsgegenstand im Medienausschuss; Spitzen der Medien waren zu Gast.

portgewerbes tragen ihre Sorgen vor der Einführung einer LKW-Maut vor. Schon jetzt habe das deutsche Transportgewerbe unter hohen Steuern und Arbeitskosten zu leiden.

Juni

Nach der deutsch-israelischen, deutsch-palästinensischen und der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe gibt es nun auch eine deutsch-baltische Parlamentariergruppe im Landtag, Vorsitz Landtagsvizepräsident Jan Söffing (FDP).

Als erstes Landesparlament ruft der Landtag NRW zudem eine deutsch-türkische Parlamentariergruppe ins Leben, Den Vorsitz übernimmt Wolfgang Röken (SPD). Außer Zusammenarbeit soll die Integration der 820.000 im Land lebenden Menschen türkischer Abstammung vorangetrieben werden.

26. Juni

Gegen die Stimmen der FDP wird das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Im Wesentlichen geht es in diesem Gesetz darum, die von der EU-Kommission geforderte Abschaffung des Haftungssystems für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute umzusetzen.

5. September

Die Initiative der CDU-Fraktion „Gesetz zur Änderung der Landesverfassung – Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern“ führt zu einer öffentlichen Anhörung des Haupt- und des Kommunalausschusses. Darin befürworten Experten im Prinzip das CDU-Ziel, das „Konnexitätsprinzip“ in die Landesverfassung aufzunehmen, mit dem sichergestellt werden soll, dass das Land Aufgaben an Städte und Gemeinden nur übertragen darf, wenn zugleich die Kostenverteilung geregelt wird. Schlussendlich werden 2004 mehrere Initiativen zusammengeführt und die Landesverfassung einstimmig geändert.

8. Oktober

Kein Tag wie jeder andere im Landtag Nordrhein-Westfalen: Bundeskanzler Gerhard Schröder kommt ins Düsseldorfer Parlamentsgebäude, um der SPD-Fraktion seine Beweggründe zu schildern, wieso Ministerpräsident Wolfgang Clement das neue Superministerium für Arbeit und Wirtschaft in Berlin übernehmen soll. Eine Stunde später steht fest, dass als Nachfolger von Clement Finanzminister Peer Steinbrück nominiert wird. Am 2. November soll auf einem außerplanmäßigen Landesparteitag der SPD über die Ministerpräsidentennachfolge abgestimmt werden.



Bundeskanzler Gerhard Schröder und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement – der künftige Bundeswirtschaftsminister

2002: Was sonst noch geschah

1. Januar

Der Euro wird in zwölf Staaten der Europäischen Union sowie in Andorra, Monaco, Montenegro, San Marino und dem Vatikan als gemeinsame Währung eingeführt. Das Euro-Bargeld ist seitdem gesetzliches Zahlungsmittel.

8. April

Die Kirch Media Group stellt den Insolvenzantrag; damit wird das Ende des Medienimperiums von Leo Kirch eingeläutet.

26. April

Beim Amoklauf eines Ex-Schülers im Gutenberg-Gymnasium in Erfurt werden 16 Menschen mit einer Handfeuerwaffe erschossen. Der Täter begeht Selbstmord.

5. Mai

Jacques Chirac wird erneut zum französischen Präsidenten gewählt.

16. Juli

Die nordirische Untergrundorganisation IRA entschuldigt sich für die zivilen Opfer ihrer Aktionen.

22. September

Bei der Bundestagswahl kann sich Rot/Grün unter Kanzler Gerhard Schröder knapp behaupten. Die PDS scheidet an der 5%-Sperrklausel, kann aber in Berlin zwei Direktmandate erringen.

23. Oktober

Geiselnahme durch tschetschenische Terroristen während einer Aufführung des Musicals „Nord-Ost“ im Dubrowka-Theater in Moskau. Etwa 120 der ca. 800 Geiseln sterben bei der Befreiung durch russische Sicherheitskräfte.

6. November

Als neuen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen wählt der Landtag den bisherigen Finanzminister Peer Steinbrück mit 120 Ja- und 107 Nein-Stimmen.

Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück





Das Kabinett Steinbrück stellt sich vor.

20. November

Ministerpräsident Steinbrück stellt sein Kabinett vor, das vor dem Landtagsplenium vereidigt wird. Anschließend gibt er seine Regierungserklärung ab, der sich die Aussprache im Landtag anschließt. Steinbrück nennt als große Herausforderungen die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Wirtschaftspolitik, die ökologische Modernisierung, die Bildung sowie die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

13. Dezember

Anträge von SPD und FDP führen zu einer Aktuellen Stunde über die Zukunft des Steinkohlebergbaus. Hintergrund ist das Zerbrechen der „Kohlefraktion“ aus SPD und CDU im NRW-Landtag, nachdem die CDU sich für eine Halbierung der Kohleförderung bis zum Jahr 2010 ausgesprochen hat.



2003

22. Januar

Die Mehrheit des Landtags beschließt die Abschaffung der Reiterstaffeln der nordrhein-westfälischen Polizei.

Gegen die Stimmen der Opposition werden „Studienkonten“ ab dem Sommersemester 2004 eingeführt. Studierende, die ihr Erststudium nicht innerhalb der anderthalbfachen Regelstudienzeit beenden, müssen ab dann Gebühren zahlen. Während der Debatte kommt es zu heftigen Protesten von Studierenden vor dem Landtag.

5. Februar

Für die landesweite Einführung eines Krebsregisters appellieren die Experten in einer Anhörung zum CDU-Antrag „Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW“ im Gesundheitsausschuss. Das sei, verbunden mit einer Meldepflicht, ein empfehlenswerter Weg zu aussagekräftigen Ergebnissen.

6. Februar

Die hohe Staatsverschuldung ist Anlass eines Expertengesprächs im Haushalts- und Finanzausschuss. Es geht dabei um eine nachhaltige Finanzpolitik, um künftige Generationen nicht über die Maßen zu belasten. Dabei appellieren die Experten, den Stabilitätspakt ernst zu nehmen und wenn nötig den Haushaltsausgleich in die Gesetze zu schreiben.



Mitglieder der Reiterstaffeln auf dem Weg in den Landtag



Studenten demonstrieren gegen die Einführung der „Studienkonten“.

2003

9. April

„Zukunft des öffentlichen Dienstes – Öffentlicher Dienst der Zukunft“: Die Reform des öffentlichen Dienstes ist Gegenstand einer Regierungserklärung. Das Thema wird als so dringend eingeschätzt, dass bereits Anfang Juli das Kabinett einen detaillierten Fahrplan für die weitere Umsetzung verabschieden will.

8. Mai

Alle vier im Landtag vertretenen Fraktionen einigen sich im Hauptausschuss auf einen gemeinsamen Antrag zum jüdischen Leben in Deutschland. Der Entschließungsantrag „Jüdisches Leben in NRW – Mehr Wissen voneinander schafft mehr Vertrauen“ betont die enge Verbundenheit Deutschlands mit dem jüdischen Leben.

4. Juni

Gegen das Votum der Opposition stimmen die Koalitionsfraktionen in 3. Lesung dem neuen Bestattungsgesetz zu. Das Gesetz sieht würdige Begräbnisstätten für Früh- oder Totgeburten, Friedhöfe nach dem Konzept der Friedwälder sowie Krematorien in privater Trägerschaft vor. Auch dürfen Kommunen künftig Ausnahmen von dem sonst üblichen Sargzwang machen.

5. Juni

Die Nachricht kommt während der Plenarsitzung, die daraufhin unterbrochen wird: Der fraktionslose Abgeordnete Jürgen Möllemann, ehemals Vorsitzender der FDP-Fraktion (bis 20. Oktober 2002), kommt bei einem Fallschirmabsprung ums Leben. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung kommt später zu dem Ergebnis, dass Fremdverschulden als Todesursache ausgeschlossen werden kann. Es konnte aber nicht abschließend geklärt werden, ob es sich um einen Unfall oder um Suizid gehandelt hatte. Bereits im Oktober 2002 hatte die FDP-Fraktion Dr. Ingo Wolf zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

3. Juli

Auf Antrag der CDU richtet der Landtag einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein. Der Aufgabenkatalog: die Prüfung der Landesgesellschaften „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung“, „Projekt Ruhr GmbH“, „BEW GmbH“ auf Mängel und Missstände. Nachgehen soll der Ausschuss auch der Frage, ob die Vergabe von Aufträgen im Zusammenhang mit dem Umzug der Staatskanzlei in das Düsseldorfer Stadttor recht- und ordnungsgemäß verlaufen ist.

6. Juli

SPD und GRÜNE erklären nach sechs Wochen ihren Koalitionskonflikt in Nordrhein-Westfalen offiziell für beigelegt. Auf zwei Sonderparteitagen in Bochum und Düsseldorf begrüßen die Delegierten beider Parteien mit großer Mehrheit das in sieben Krisensitzungen ausgehandelte „Düsseldorfer Signal“ als gute Basis für eine Fortsetzung der Koalition bis 2005.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
13. Wahlperiode

Drucksache **13/3886**

08.06.2003

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorgelegt in der Sitzung des Hauptausschusses am 8. Mai 2003

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU

Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen - Mehr Wissen voneinander schafft mehr Vertrauen
Drucksache 13/2881

und

zu dem Antrag
der Fraktion der FDP

In jüdischer und nichtjüdischer Verantwortungsgemeinschaft für ein weltoffenes und tolerantes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 13/2737

und

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen - Wissen und Vertrauen sind unverzichtbar
Drucksache 13/3801

Datum des Originals: 08.06.2003/Ausgaben: 08.06.2003

Das Veröffentlichungsrecht des Landtags wird eingetragend oder
sonst nicht gegen ein Schutzgesetz beim Amtsgericht
Düsseldorf (Landesregister des KÖRPER-Verfahren)
10 11 15, Telefon 0211 844 - 2426, 2428, 2429



Blumen auf dem Platz des verstorbenen
Jürgen Möllemann



Dr. Ingo Wolf, der neue Fraktionsvorsitzende der FDP

2003

2003: Was sonst noch geschah

10. Juli

Im Unterausschuss Metrorapid berichtet Minister Axel Horstmann über die Entscheidungsgründe, auf das Projekt „Metrorapid in NRW“ zugunsten einer Metro-Express-Bahn zwischen Dortmund und Köln zu verzichten. Das Projekt wird rückabgewickelt.

2. September

Aufgrund einer Klage der CDU entscheidet der Verfassungsgerichtshof: Die Landeshaushalte 2001 und 2002 waren verfassungswidrig. Die Verfassungswidrigkeit bezieht sich auf die in den Landeshaushaltungsgesetzen 2001 und 2002 erfolgte kreditfinanzierten Rücklagenbildung zwecks Einhaltung der verfassungsrechtlichen Kreditobergrenze.

1. Januar

Deutschland wird für zwei Jahre nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat.

Die Universitäten Duisburg und Essen fusionieren zur Universität Duisburg-Essen.

2. Februar

Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen siegt die CDU deutlich. Roland Koch regiert als Hessischer Ministerpräsident allein, in Niedersachsen löst Christian Wulff mit einer CDU/FDP-Koalition Sigmar Gabriel ab.

20. März

Beginn des Dritten Golfkriegs (Zweiter Irak-Krieg) durch die Invasion der Streitkräfte der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs mit militärischer und politischer Unterstützung verbündeter Staaten. Der Krieg beginnt mit der Bombardierung ausge-

wählter Ziele in Bagdad und endet am 1. Mai nach der Eroberung Bagdads und dem Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein.

16. Mai

16 Tote und mehr als 100 Verletzte in Casablanca (Marokko) bei islamistisch motivierten Anschlägen.

21. September

Bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag erlangt die CSU unter Ministerpräsident Stoiber einen historischen Sieg mit der Zweidrittel-Mehrheit der Mandate. Die SPD bleibt unter der 20-%-Grenze.

17. November

Arnold Schwarzenegger wird Gouverneur von Kalifornien.

20./21. September

DJ Ötzi ist ein Höhepunkt bei den beiden Tagen der offenen Tür im Landtag. 40.000 Besucher werden gezählt. Für sie wird ein dickes Programm auf die Beine gestellt. Der Landesmusikrat macht Musik, es wird Theater gespielt, bei einem Politquiz müssen Fragen beantwortet werden, es spielt ein Celloquartett, eine Breakdance-Gruppe verrenkt sich und die „Fischgesichter“ stimmen Songs zum Mitsingen an.



24. September

Während vor dem Landtag über 30.000 Landesbeamte demonstrieren, beraten im Landtag die Abgeordneten im Plenum über den Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN, den Beamten und Pensionären noch im laufenden Jahr das Weihnachtsgeld zu kürzen und 2004 das Urlaubsgeld vollständig abzuschaffen. Das Gesetz wird am 11. November verabschiedet.

2. Oktober

In einer Aktuellen Stunde debattiert der Landtag über die landespolitischen Konsequenzen des Kopftuch-Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Die Fraktionen beziehen unterschiedliche Positionen; die Landesregierung spricht sich dafür aus, das Tragen eines Kopftuches – etwa bei Lehrerinnen – in jedem Einzelfall zu prüfen.

21. November

„Chaotische Verhältnisse bei der Bahn AG in NRW – Die Bürgerinnen und Bürger brauchen pünktliche Züge!“ – Das „Herbstchaos“ im Nahverkehr der Deutschen Bahn beschäftigt den Landtag in einer Aktuellen Stunde. CDU und FDP sehen die Ursachen für die Missstände bei Bahn und Landesregierung, während die rot-GRÜNE Regierungskoalition die Debatte für ein Plädoyer nutzt, den Metroexpress als Lösung für die Bahnprobleme in NRW durchzusetzen.

11. Dezember

Die Zustimmung des Bundes vorausgesetzt, hat NRW bald seinen ersten Nationalpark. Der liegt in der Eifel und erstreckt sich über rund 11.000 Hektar auf einem Gebiet, das den belgischen Truppen bislang als Übungsstätte zur Verfügung stand.

Der Landtag verabschiedet mit der Koalitionsmehrheit das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen. Dieses soll mehr Selbstbestimmung garantieren, vor allem durch Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Für die Opposition geht das Gesetz grundsätzlich zwar in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus und stellt in Teilen falsche Weichen.

2004

28. Januar

Der Landtag verabschiedet das geänderte Wahlkreisgesetz. Es geht darin um die Neuabgrenzung der Landtagswahlkreise aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 1. März 2002, mit dem eine Verkleinerung des Landtags von 201 Sitzen (ohne Überhang- und Ausgleichsmandate) auf 181 Sitze beschlossen wurde.

In 3. Lesung verabschiedet der Landtag den Doppelhaushalt für die Jahre 2004 und 2005. Die Opposition bezeichnet den Haushalt als verfassungswidrig. Die Koalition wirft der Opposition vor, sie bleibe seriöse Alternativen schuldig.

5. Februar

Zum „Hochschulkonzept NRW 2010“ (Sicherung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des nordrhein-westfälischen Hochschulsystems) führt der Wissenschaftsausschuss ein Sachverständigengespräch mit Vertretern der Landesrektorenkonferenz sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen NRW durch. Gefordert werden Nachbesserungen am vorliegenden Konzept.

11. März

Landtagspräsident Ulrich Schmidt unterbricht eine europapolitische Debatte und gedenkt der Opfer der Bombenanschläge in Madrider Bahnhöfen.

24. März

Innenminister Fritz Behrens (SPD) unterrichtet den Landtag über die aktuelle Sicherheitslage und sich hieraus ergebende Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund der Anschläge am 11. März 2004 in Madrid und der Attentatsdrohungen gegenüber Bundespräsident Johannes Rau in Dschibuti.

5. Mai

Die Oberbürgermeister von Köln, Essen und Münster präsentieren im Kulturausschuss ihre Bewerbungskonzepte für den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010 und zeigen sich optimistisch, dass Europas Kulturhauptstadt 2010 in NRW liegen wird. Später sollte sich die Jury unter Federführung der Kultusministerkonferenz für Essen und damit für das Konzept „Ruhr 2010“ entscheiden.



Die Stadtspitzen von Köln, Münster und Essen, Fritz Schramma, Berthold Tillmann und Wolfgang Reiniger, mit der Vorsitzenden des Kulturausschusses Dr. Renate Düttmann-Braun

Antrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion der FDP
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In NRW Potentiale des e-Government verstärkt nutzen

Ausgangslage

Der fortschreitende Einsatz internet- oder email-gestützter Kommunikation bei Bürgern und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung birgt ein enormes Potential für die Nutzung der neuen Techniken und Dienste, welches den bisherigen Fortschritt seit Einführung der allgemeinen Datenverbreitung schon heute deutlich in den Schatten stellt.

Wie nur wenige andere Nationen ist die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie geeignet, Abläufe in Organisationen zu revolutionieren, in der Wirtschaft ist dieser Lerndruck bereits in vollem Gange. Auch die öffentliche Verwaltung darf sich diesem Prozess nicht verschließen. Eine sowohl technisch als auch in den Verwaltungsprozessen modern ausgestattete, dienstleistungsorientierte öffentliche Verwaltung gehört zu den Rahmenbedingungen für regionalen, föderalen und wirtschaftlichen Erfolg e-Government ist geeignet, wesentlich zu einer bedarfsorientierten, schnell handhabenden und nutzerzentrierten Verwaltung für Nordrhein-Westfalen beizutragen.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland dabei nach verschiedenen Studien noch im Mittelfeld, gilt aber als besser positionierter im Bereich des e-Government. Noch aber wird Deutschland ein geringes Angebot und eine geringe Nutzung von e-Government bescheinigt.

Der Begriff e-Government steht zunächst für die elektronische Abwicklung und Unterstützung von Information, Kommunikation und Transaktion im Bereich der öffentlichen Verwaltung via Internet. An 7 Tagen pro Woche, 24 Stunden lang können Bürgerinnen und Bürger die Service- und Dienstleistungen ihrer Verwaltung direkt in Anspruch nehmen. Beispiele sind: alltägliche Informationsabfragen, elektronische Antragstellungen, Sperrmaldatenanfragen, ein Relaisinformationsdienst, Meldeverfahrenskette, Baugenehmigungsverfahren u. a. Über diese eher technische Seite hinaus wird der Erfolg von e-Government aber auch da-

Datum des Originals: 06.07.2004/Ausgegeben: 06.07.2005

Die Veröffentlichung des Dokuments ist ausschließlich über das Internet möglich. Alle Anfragen sind bitte an: Landtag.NRW@landtag.nrw.de oder über das Internet: www.landtag.nrw.de

2004

16. Juni

In dritter Lesung billigt der Landtag die Verfassungsänderung zur Aufnahme des strikten Konnexitätsprinzips in die Landesverfassung. Danach muss das Land für Kosten aufkommen, die Städten und Gemeinden durch gesetzgeberische Maßnahmen oder durch Entscheidungen des Landes auferlegt werden.

30. Juni

In einer Regierungserklärung zur Energiepolitik räumt Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) der heimischen Kohle einen festen Platz im Energiemix der nächsten Jahrzehnte ein; gleichzeitig kündigt er den Ausbau erneuerbarer Energien an. Die CDU sieht in der Einschätzung der Landesregierung „Realitätsverweigerung“.

14. Juli

„In NRW Potentiale des e-Government verstärkt nutzen“ lautet der Titel eines gemeinsamen Antrags aller Fraktionen vom 6.7.2004, der in direkter Abstimmung einstimmig verabschiedet wird. Ziel ist die Erarbeitung einer umfassenden Gesamtstrategie zur Umsetzung von e-Government unter Beachtung bestehender Aktivitäten in den Verwaltungen.

15. Juli

Vor der Sommerpause behandelt der Landtag einen gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen zum menschenwürdigen Sterben und zur multiprofessionellen palliativen Versorgung Schwerstkranker. Alle Fraktionen sind sich in der strikten Ablehnung aktiver Sterbehilfe einig und verabschieden einstimmig den Antrag „Auch das Sterben ist ein Teil des Lebens: Für ein menschenwürdiges Sterben in einer humanen Gesellschaft“.

2004: Was sonst noch geschah

1. Januar

Der niederländische Außenminister Jaap de Hoop Scheffer wird NATO-Generalsekretär.

1. Februar

Die deutsche Handball-Nationalmannschaft mit Trainer Heiner Brand wird Europameister durch einen Sieg in Ljubljana über Gastgeber Slowenien.

6. Februar

Bundeskanzler Gerhard Schröder legt den SPD-Parteivorsitz nieder; Franz Müntefering wird sein Nachfolger.

29. Februar

Bei den Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft erreicht Ole von Beust (CDU) die absolute Mehrheit.

11. März

Zehn Bombenanschläge islamistischer Terroristen auf Züge in Madrid fordern 191 Tote und über 1.500 Verletzte.

1. April

Als erstes Landesparlament beschließt der baden-württembergische Landtag ein Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen an öffentlichen Schulen.

1. Mai

Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und der griechische Südteil Zyperns treten der EU bei, der damit 25 Länder angehören.

23. Mai

Horst Köhler, bislang Direktor des IWF, wird auf Vorschlag von CDU, CSU und FDP von der Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Er setzt sich damit gegen die von SPD und GRÜNEN nominierte Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan durch.

13. Juni

Bei der Landtagswahl in Thüringen verteidigt die CDU trotz Verlusten die absolute Mehrheit der Sitze; Dieter Althaus, der ein Jahr zuvor das Amt von Bernhard Vogel übernommen hatte, bleibt Ministerpräsident.

2. Juli

Mit großer Mehrheit beschließt der Bundestag die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) zum Januar 2005.

8. September

Landtagspräsident Ulrich Schmidt (SPD) informiert die Abgeordneten über Neuerungen in der Geschäftsordnung, die in einer Testphase ausprobiert werden sollen, die im September beginnend. Es gibt eine Kernzeit für wichtige landespolitische Themen, die Fraktionen können Eilanträge stellen und die Beantragungsfristen werden verkürzt, um die Arbeit des Parlaments transparenter und aktueller zu machen.

23. September

Einstimmig fordert der Landtag auf Antrag von SPD und GRÜNEN die Stromkonzerne auf, Zurückhaltung bei den angekündigten Strompreiserhöhungen zu üben. Die Landesregierung soll die Anträge auf Strompreiserhöhung kritisch unter die Lupe nehmen. Alle vier Fraktionen fordern „mehr Wettbewerb bei Strom und Gas“.



Queen Elizabeth II beim Eintrag ins Gästebuch

4. November

Die englische Königin Elizabeth II. und Prinz Philip besuchen den Landtag. In ihrer Rede sagt die Queen, sie habe bei ihrer Visite neues Vertrauen in die tiefe Freundschaft zwischen NRW und Großbritannien gefasst. Landtagspräsident Ulrich Schmidt unterstreicht die vielfältigen historischen und gegenwärtigen Verbindungen zwischen NRW und dem Vereinigten Königreich.



Die Queen verabschiedet sich vor dem Landtag.

2004: Was sonst noch geschah

29. Juli

Der DFB stellt Jürgen Klinsmann als neuen Fußball-Bundestrainer vor. Er ersetzt Rudi Völler, dessen Team bei der Europamannschaft bereits in der Vorrunde ausgeschieden war.

13. August

Die 28. Olympischen Sommerspiele werden in Athen eröffnet.

2. September

Brand in der zum Weltkulturerbe gehörenden Herzogin Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar: 50.000 Bücher verbrennen, weitere 62.000 werden durch Löschwasser stark beschädigt.

5. September

Bei der Landtagswahl im Saarland baut die CDU ihre absolute Mehrheit aus; Peter Müller bleibt Ministerpräsident.

19. September

Landtagswahlen in Brandenburg und in Sachsen: In Brandenburg bleibt die SPD trotz hoher Stimmeneinbußen stärkste Kraft, gefolgt von der PDS; die CDU erleidet starke Verluste. SPD und CDU setzen ihre Koalition unter Ministerpräsident Matthias Platzeck fort.

In Sachsen büßt die CDU fast 16 Prozentpunkte ein; Ministerpräsident Georg Milbradt bildet eine Koalitionsregierung mit der SPD, die inzwischen weniger als 10 % der Stimmen erhält.

2. November

Mit rund 51 % der Stimmen wird George W. Bush erneut zum US-Präsidenten gewählt.

26. Dezember

Ein Seebeben im Indischen Ozean führt zu verheerenden Tsunami-Flutwellen vor allem an den Küsten Thailands, Indiens und Indonesiens. Über 230.000 Menschen sterben, mehr als 100.000 werden verletzt. Schätzungsweise fünf Millionen Menschen werden obdachlos.

2005



9. Dezember

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) unterrichtet den Landtag über den Sachstand der Beratungen in der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Bis zuletzt umstritten sind die Zuständigkeiten bei Hochschulen, Umweltschutz und innerer Sicherheit.

2005

6. Januar

Bundespräsident Horst Köhler besucht den Landtag NRW und wird von Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfangen.

26. Januar

Der Landtag gedenkt der Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien. Landtagspräsident Ulrich Schmidt: „Die Katastrophe hat uns vor Augen geführt, wie unteilbar diese Welt ist.“

27. Januar

Landtagspräsident Ulrich Schmidt erinnert an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 60 Jahren. In dem gemeinsamen Antrag „Sich zur Vergangenheit bekennen – gemeinsam die Zukunft gestalten“ verweisen alle vier Fraktionen auf die besondere Verantwortung Deutschlands dem jüdischen Volk gegenüber und verurteilen rechtsextremistische Tendenzen.

10. November

Aktuelle Stunde auf Antrag der GRÜNEN zum Thema: „Dioxin im Tierfutter und in Pommes Frites“. Die EU müsse endlich verbindlich festlegen, was in Futtermittel hineingehöre und was nicht, verlangt Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) im Landtag.

11. November

General Motors in den USA droht mit der Schließung eines Opelwerks in Deutschland. In einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuelle Stunde debattiert der Landtag über die Zukunft des Opel-Werks in Bochum. Eine Schließung wird von allen Fraktionen einhellig abgelehnt.



Bundespräsident Horst Köhler besucht den Landtag.

2005

23. Februar

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die Weiterentwicklung des Studienkontenmodells zur gebührenfreien Finanzierung des Erststudiums. Seit 2004 erhält jeder Studierende, der sich an einer NRW-Hochschule einschreibt, ein Studienkonto, auf dem die ihm zustehende gebührenfreie Studienzeit festgehalten wird. Wird die Zeit überschritten, die dem 1,5-fachen der Regelstudienzeit entspricht, müssen pro Semester 650 Euro Studiengebühren gezahlt werden. Ab 2007 soll dieses System zu einem Studienkontensystem mit individueller Abbuchung weiterentwickelt werden, bei dem das Zeitkonto des Studierenden nur mit der tatsächlich verbrauchten Zeit für den Besuch von Vorlesungen oder Seminaren belastet wird.

24. Februar

Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN verabschiedet der Landtag gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP den zweiten Nachtragshaushalt 2004. CDU und FDP lasten Rot-Grün mit Ministerpräsident Peer Steinbrück die Verantwortung für einen Rekordschuldenstand und eine Rekordarbeitslosigkeit vor. Der Haushalt sei verfassungswidrig, so die CDU. Die FDP fordert eine „wachstumsorientierte und qualitative Konsolidierung des Landeshaushalts“.

16. März

Die Enquetekommission zur „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ legt dem Landtagsplenum den Abschlussbericht vor. Die Kommission, die unter dem Vorsitz von Angelika Gemkow (CDU) von Mai 2002 bis Dezember 2004 getagt hat, unterbreitet Handlungsempfehlungen, wie die Qualität der Pflege gesichert und verbessert werden kann. Sie formuliert die Rahmenbedingungen für eine vorausschauende Politik, unter denen eine menschenwürdige Pflege möglich ist.

17. März

Einstimmig verabschiedet das NRW-Parlament das neue Abgeordnetengesetz. Die Bezahlung der Abgeordneten wird damit auf komplett neue Grundlagen gestellt: Die steuerfreien Pauschalen werden gestrichen; auch für die Altersversorgung müssen die Abgeordneten jetzt selber aufkommen und monatlich 1.500 Euro in ein Versorgungswerk einzahlen. Als erstes deutsches Parlament stellt der Landtag die Abgeordneten mit den Bürgerinnen und Bürgern gleich; die monatlichen Bezüge von 9.500 Euro müssen komplett versteuert werden.

Das Gesetz regelt auch die Anzeige von Nebentätigkeiten von Abgeordneten neu. Jeder Parlamentarier muss nun dem Landtagspräsidenten gegenüber erklären, wo er arbeitet, wieviel er verdient und ob es mögliche Interessenkonflikte gibt.

17. März

Der Landtag diskutiert über Wege zu umweltfreundlicheren Fahrzeugen und alternativen Kraftstoffen in NRW. In ihrem Antrag weisen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN auf die Gefahren von Luftverunreinigungen durch den Autoverkehr hin. Sie fordern die verstärkte Aus- und Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit effektiven Partikelfiltern sowie die Produktion alternativer Kraftstoffe wie Biodiesel und Bioethanol.

4. April

Die Europäische Verfassung ist das Thema einer Veranstaltung im Plenarsaal des Landtags. Europapolitiker sehen ein starkes und solidarisches Europa unter dem Dach einer Verfassung als Meilenstein europäischer Integration.



20. April

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, der Mängel und Missstände bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, der Projekt Ruhr GmbH sowie der NRW Medien GmbH und die Rechtmäßigkeit von Auftragsvergaben an eine Agentur und eine Einzelperson untersucht hat, legt einen Zwischenbericht vor. Auslöser der parlamentarischen Ermittlungen waren kritische Prüfberichte des Landesrechnungshofs, in denen nachlässige Auftragsvergaben, Verschwendung, Missmanagement und Überschneidung von Aufgaben bei den Landesgesellschaften gerügt wurden. Über die Ergebnisse der Untersuchungen gehen die Meinungen von Koalition und Opposition weit auseinander. Nach Ansicht von SPD und GRÜNEN sind die Vorwürfe von CDU und FDP, in der rot-GRÜNEN Landesregierung mit Ministerpräsident Clement habe es Vetternwirtschaft gegeben, entkräftet worden. CDU und FDP hingegen sehen sich in ihren Vorwürfen bestätigt.

21. April

Zu Beginn der Plenarsitzung gratuliert Landtagspräsident Ulrich Schmidt dem ehemaligen Kardinal Joseph Ratzinger zur Wahl zum neuen Papst Benedikt XVI.

Anlässlich der 40-jährigen diplomatischen Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland fordern die vier Fraktionen des Landtags NRW die Landesregierung auf, die Bundesregierung bei der Unterstützung des israelisch-palästinensischen Friedensdialogs aktiv zu unterstützen. Die Landesregierung soll sich zudem für eine Intensivierung der Jugendbegegnungen und des Schüleraustauschs sowie für die Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich einsetzen und das erfolgreiche Programm zur Lehrerausbildung in Yad Vashem fortführen.

6. Mai

Ehemalige Zwangsarbeiter aus Russland und der Ukraine besuchen den Landtag.

20. Mai

Endspurt vor dem Wahlsonntag: Über 3.400 Menschen werden am Wahlabend im Landtagsgebäude sein. Fast 1.400 Vertreter der Medien haben sich akkreditiert. Hinter dieser Zahl verbergen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 31 Fernsehsendern, davon allein 15 ausländische TV-Anstalten. Außerdem sind sieben Hörfunksender, über 200 Printjournalisten sowie rund 60 Fotografen im Landtag.

Mit der Landtagswahl am 22. Mai 2005 endet die 39-jährige Regierungszeit der SPD in NRW. Mit Heinz Kühn, Johannes Rau, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück stellte die SPD in dieser Zeit vier Ministerpräsidenten, die mit der FDP (1970 bis 1980), allein

(1980 bis 1995) oder mit den GRÜNEN regierten (1995 bis 2005). Die Landtagswahl 2005 aber bringt deutliche Verluste für die SPD, hohe Gewinne für die CDU und einen so großen Vorsprung von Schwarz-Gelb vor Rot-Grün, dass die Ablösung der Koalition von SPD und GRÜNEN durch eine Regierung aus Union und Liberalen die logische Konsequenz war. Und einmal mehr zeigt die Wahl, wie groß das Gewicht von NRW auch bundespolitisch ist. Das für die SPD niederschmetternde Ergebnis veranlasst SPD-Chef Franz Müntefering und Kanzler Gerhard Schröder noch am Wahlabend, die Neuwahl des Bundestags noch im Jahr 2005 anzukündigen.

Wahlergebnis: Bei einer Wahlbeteiligung von 63 % erreicht die CDU 44,8 %, die SPD kommt auf 37,1 %, FDP und GRÜNE jeweils auf 6,2 %. Das bedeutet für die Sitzverteilung bei insgesamt 187 Abgeordneten: CDU 89 Sitze, SPD 74, FDP und GRÜNE jeweils 12 Sitze.



Die Bürgerhalle ist voll: Alle warten auf die erste Hochrechnung.

2005



Regina van Dinterh nach ihrer Wahl zur Präsidentin

8. Juni

Konstituierende Sitzung des 14. Landtags NRW. Die Abgeordneten wählen Regina van Dinterh (CDU) zur neuen Landtagspräsidentin. Die Diplom-Ingenieurin ist nach Ingeborg Friebe, die von 1990 bis 1995 das hohe politische Amt ausfüllte, die zweite Frau an der Spitze des NRW-Parlaments. Zu Vizepräsidenten wählt der Landtag Edgar Moron (SPD), Dr. Michael Vesper (GRÜNE) sowie Angela Freimuth (FDP).

22. Juni

Der Landtag wählt Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten. Rüttgers erhält von den 187 vollzählig

versammelten Abgeordneten 99 Stimmen. Es gibt eine Enthaltung und 87 Stimmen gegen ihn.



Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU)



Das neue Präsidium mit den Vizepräsidenten Edgar Moron (SPD), Michael Vesper (GRÜNE) und Angela Freimuth (FDP)

2005: Was sonst noch geschah

1. Januar

Der vierte Teil der Arbeitsmarktreform, Hartz IV, tritt in Kraft. Langzeitarbeitslose erhalten in Zukunft statt der Arbeitslosenhilfe das Arbeitslosengeld II, das in seinem Umfang dem Sozialhilfeniveau entspricht.

12. Januar

Das Europäische Parlament billigt mit großer Mehrheit den Vertrag zur EU-Verfassung.



Der neue Fraktionschef der CDU Helmut Stahl



Oppositionsführerin Hannelore Kraft (SPD)



Fraktionssprecherin Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Dr. Gerhard Papke, Fraktionsvorsitzender der FDP



6. Juli

Landtagspräsidentin Regina van Dinter veredigt das Kabinett Rüttgers.

13. Juli

Der Landtag NRW gedenkt der Opfer und Hinterbliebenen der Londoner Terroranschläge.

13. Juli

In seiner Regierungserklärung stellt Ministerpräsident Rüttgers die Ziele der CDU/FDP-Regierung vor. Die Wähler hätten ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes aufgeschlagen. Der Weg werde anstrengend und Opfer kosten. Die Proportionen, die aus dem Lot geraten seien, würden zurechtgerückt und das bedeute: Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen und Verlässlichkeit vor Beliebigkeit. Drei große Herausforderungen seien zu bewältigen, so Rüttgers: Eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik, eine neue Schul-, Hochschul- und Innovationspolitik und eine neue Politik für Kinder und Familien.

14. Juli

In der zeitweise sehr emotional geführten Aussprache über die Regierungserklärung wirft die neue Opposition aus SPD und GRÜNEN der neuen Koalition aus CDU und FDP vor, sie belüge die Wählerinnen und Wähler und lasse diese im Unklaren über ihre Pläne. Schwarz-Gelb kontert mit dem Hinweis, Rot-Grün versuche, die eigene Verantwortung für Haushaltsmisere, Unterrichtsausfall und Arbeitslosigkeit abzuschieben.

17. August

Ausgelassene Stimmung in der Bürgerhalle des Landtags. An zwei Tagen beteiligt sich der Landtag am Kulturprogramm des Weltjugendtages.

20. Januar

US-Präsident George W. Bush tritt seine zweite Amtszeit an.

22. Januar

Linke SPD-Abweichter und Gewerkschafter gründen in Göttingen die Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG).

1. Februar

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland hat im Januar erstmals die Grenze von 5 Millionen überschritten.

16. Februar

Das Klimaschutzabkommen von Kyoto tritt in Kraft. Ratifiziert von 128 Staaten verpflichtet es die Industrienationen, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2012 um mindestens 5 % im Vergleich zu 1990 zu verringern.

17. März

Rücktritt von Heide Simonis, nachdem sie in vier Wahlgängen bei der Wiederwahl zur schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin gescheitert war.

2. April

Papst Johannes Paul II. stirbt im Alter von 84 Jahren in Rom.

24. August

Die Vogelgrippe beschäftigt ab Ende August Landtag und Landesregierung. Es geht um die Vorsorge und den Schutz in NRW im Falle einer Vogelgrippe-Pandemie bei Menschen. Um die damit zusammenhängenden Fragen kümmern sich die politisch Verantwortlichen fast zwei Jahre lang.

28. September

Nach 100 Tagen im Amt legen die beiden Koalitionspartner CDU und FDP in einer Aktuellen Stunde die erste Zwischenbilanz der neuen Landesregierung vor. Während die Koalition trotz einiger „Holpersteine“ den Reformexpress Fahrt aufnehmen sieht, kritisiert die Opposition den „Fehlstart“ des Duos Rüttgers/Pinkwart und registriert allenthalben „Enttäuschung“, wenige der Ankündigungen seien umgesetzt.



9. November

Erheblichen Nachholbedarf für NRW attestiert die Pisa-Studie. Die CDU-Fraktion fordert einen Neustart in der Bildungspolitik.

30. November

Unappetitliches Thema im Landtag: Die kriminellen Machenschaften um verdorbenes Fleisch beschäftigen das NRW-Parlament.

14. Dezember

Konsequenzen aus den Stromausfällen im Münsterland debattiert der Landtag. Nachdem Ende November der Winter durch das nördliche NRW tobte, im Münsterland unter der Belastung durch Eis und Schnee Strommasten umknickten und in 25 Gemeinden um Coesfeld und Borken tagelang der Strom ausfiel, fragen die Abgeordneten den Energiekonzern RWE nach den Ursachen. Auch um Haftungsfragen und politische Konsequenzen geht es dabei.

2005: Was sonst noch geschah

16. April

In Schleswig-Holstein einigen sich CDU und SPD auf eine Große Koalition mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU).

19. April

Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger wird zum neuen Papst gewählt. Er nimmt den Namen Benedikt XVI. an.

10. Mai

Einweihung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas (Holocaust-Mahnmal) in Berlin.

29. Mai

Nachdem schon neun Staaten der EU-Verfassung zugestimmt haben, lehnen die Franzosen sie mit einer Mehrheit von 55 % ab.

1. Juni

Auch in den Niederlanden scheitert die EU-Verfassung bei einem Referendum.

7. Juni

Festakt zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr.

11. Juni

Die Finanzminister der sieben führenden Industrienationen und Russlands (G8) einigen sich in London auf einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt.

24. Juni

Der Teheraner Bürgermeister Mahmud Ahmadi-neshad gewinnt überraschend die Stichwahl für das iranische Präsidentenamt.

1. Juli

Bundeskanzler Schröder verliert im Bundestag wie beabsichtigt die Vertrauensfrage, um den Weg zu Neuwahlen zu öffnen.

7. Juli

Bei Terroranschlägen in der Londoner U-Bahn und einem Bus sterben über 50 Menschen. Etwa 700 Personen werden teilweise schwer verletzt. Die vier Selbstmordattentäter sind islamistische Briten pakistanischer Herkunft.

28. Juli

Die Irisch-Republichanische Armee (IRA) erklärt sich öffentlich zum Gewaltverzicht bereit und beendet damit nach 36 Jahren ihren bewaffneten Kampf.

1. August

14 von 16 Bundesländern führen die unstrittigen Teile der Rechtschreibreform in Schulen und Behörden verbindlich ein. Bayern und NRW halten an der Übergangsregelung fest.

12. August

Der frühere Staatssekretär Ludwig-Holger Pfahls wird vom Landgericht Augsburg wegen Vorteilsnahme und Steuerhinterziehung in der CDU-Parteispendenaffäre zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

2006

2006

15. Dezember

Der Landtag verabschiedet mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP den zweiten Nachtragshaushalt 2005. Der Gesamtumfang des Landeshaushalts beträgt damit 51 Milliarden Euro, die Nettoneuverschuldung steigt um 2,2 auf insgesamt 7,4 Milliarden Euro. Die Regierungskoalition bezeichnet das Zahlenwerk als „bittere Schlussbilanz von Rot-Grün“. Die Opposition dagegen kritisiert „soziale Ungerechtigkeit“ und die „verfassungswidrig hohe Neuverschuldung des Etats“.

18. Januar

Mit dem Ostwestfalen-Lippe-Abend eröffnet der Landtag NRW die Veranstaltungsreihe „Begegnungen im Landtag“ im Jahr seines 60-jährigen Bestehens. Spitzenleistungen aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur und Sport, Landschaft sowie Tourismus aus der Region werden in der Bürgerhalle und der Wandelhalle des Parlamentsgebäudes präsentiert. Es folgen im Lauf eines Jahres die weiteren Regionen von Nordrhein-Westfalen: Südwestfalen, Aachen-Eifel, Münsterland, Ruhrgebiet, Niederrhein und Köln-Bonn. Das Bergische Land präsentiert sich 2007.

20. Januar

Die Enquetekommission zu „den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen“ konstituiert sich. Den Vorsitz übernimmt Reiner Priggen (GRÜNE).

16. August

In Köln versammeln sich zum 20. Weltjugendtag der katholischen Kirche fast eine Million junge Menschen. Höhepunkt ist die Abschlussmesse mit Papst Benedikt XVI. auf dem Marienfeld.

29. August

Hurrikan „Katrina“ zieht eine Spur der Verwüstung über die US-Bundesstaaten Louisiana, Mississippi und Alabama. Besonders getroffen ist die Stadt New Orleans. 1.321 Menschen verlieren ihr Leben, eine Million wird obdachlos.

18. September

Bei der vorgezogenen Wahl zum Deutschen Bundestag erreichen CDU/CSU 35,2 % (= 226 Sitze), SPD 34,2 % (= 222 Sitze), FDP 9,8 % (= 61 Sitze), LINKE 8,7 % (= 54 Sitze) und GRÜNE 8,1 % (= 51 Sitze).

27. September

Die Soldatin Lynndie England, angeklagt wegen der Misshandlung irakischer Gefangener im Gefängnis von Abu Ghoreib, wird von einem US-Militärgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und unehrenhaft aus der Armee entlassen.

10. Oktober

In Bagdad beginnt der Prozess gegen Ex-Diktator Saddam Hussein.

22. Oktober

Um eine Ansteckung mit dem gefährlichen Virus H5N1 (Vogelgrippe) durch Zugvögel zu verhindern, wird in Deutschland eine Stallpflicht für Hühner, Gänse und Enten verfügt.

27. Oktober

Beginn einer Gewaltserie von Jugendlichen im Pariser Vorort Clichy. Die Straßenkämpfe greifen bis November auf mehrere französische Städte über. Auslöser ist der Tod zweier Jugendlicher, die sich vor einer Polizeikontrolle in ein Transformatorenhaus geflüchtet hatten und von Stromschlägen getötet wurden.

30. Oktober

Die wiederaufgebaute Dresdener Frauenkirche wird 60 Jahre nach ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg feierlich eingeweiht.

1. November

In der Bundesrepublik werden elektronische Reisepässe mit biometrischen Daten eingeführt.

22. November

Angela Merkel wird zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Sie führt eine „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD.

1. Dezember

Auf der Krim verenden mehr als 2.000 Vögel an der Vogelgrippe.



Gedenken an Johannes Rau

27. Januar

Der Landtag NRW trauert um den früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und späteren Bundespräsidenten Johannes Rau.

1. Februar

Mit der Zustimmung aller vier Fraktionen setzt der Landtag eine parlamentarische Arbeitsgruppe ein, die die Einführung islamischer Religion als reguläres Unterrichtsfach an nordrhein-westfälischen Schulen vorbereiten soll.

16. Februar

Überraschende Brisanz erhält die Aktuelle Stunde im Landtag NRW zum Thema Vogelgrippe. Mindestens zwei von mehreren toten Schwänen auf Rügen trugen das aggressive H5N1-Virus in ihrem Körper. Umweltminister Eckhard Uhlenberg spricht von einer „neuen Gefährdungslage für die heimischen Geflügelhaltungen“.

17. Februar

Mit einem Staatsakt ehren Landtag und Landesregierung den früheren Bundespräsidenten und nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau in der Tonhalle Düsseldorf.

15. März

Das Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen wird einstimmig verabschiedet.

2006: Was sonst noch geschah

2. Januar

Im bayerischen Bad Reichenhall stürzt nach heftigem Schneefall das Dach einer Eis- und Schwimmhalle ein. 15 Menschen sterben, 34 werden teilweise schwer verletzt. Die meisten Unfallopfer sind Kinder und Jugendliche.

12. Januar

Bei der islamischen Wallfahrt Hadsch kommen in Mena bei Mekka durch eine Massenpanik mehr als 350 Pilger zu Tode.

24. Januar

Das Unwort des Jahres 2005 ist „Entlassungsproduktivität“. Es bezeichnet eine gesteigerte Arbeits- und Produktionsleistung durch die Entlassung von Mitarbeitern, die vermeintlich „überflüssig“ sind.

25. Januar

Bei den palästinensischen Parlamentswahlen erzielt die radikal-islamische Hamas die absolute Mehrheit und löst die regierende Fatah von Präsident Mahmud Abbas ab.

1. Februar

Zwölf Karikaturen des Propheten Mohammed, die im September 2005 in einer dänischen Zeitung veröffentlicht wurden, führen in mehreren muslimischen Ländern zu starken antidänischen Demonstrationen und gewaltsamen Protesten. Das Bundeskabinett beschließt, das Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2020 von 65 auf 67 Jahre anzuheben.

14. Februar

Auf Rügen wird bei zwei toten Schwänen das Vogelgrippevirus H5N1 entdeckt. Bis Anfang März werden in sechs Bundesländern weitere Infektionen registriert. Strenge Sicherheitsmaßnahmen wie Stallpflicht sollen eine weitere Ausbreitung der auch für den Menschen gefährlichen Seuche verhindern.

11. März

Der ehemalige jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic stirbt in seiner Gefängniszelle in Den Haag an einem Herzinfarkt. Vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal war er wegen Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt.

16. März

Das „Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen“ wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN in 3. Lesung verabschiedet. Das Gesetz räumt den Universitäten und Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit ein, Studienbeiträge von höchstens 500 Euro pro Semester zu erheben.

24. März

Die Enquetekommission „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“ konstituiert sich. Vorsitzender wird Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD). Zu seinem Stellvertreter wird Jürgen Hollstein (CDU) gewählt.

5. April

Der Landtag wählt Wahlmitglieder und stellvertretende Wahlmitglieder des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen.



Gedenken an den verstorbenen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel

30. April

Der Landtag trauert um Paul Spiegel, den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland.

31. Mai

Muslimische Lehrerinnen dürfen in nordrhein-westfälischen Schulen künftig kein Kopftuch mehr tragen. Das hat der Landtag

17. Mai

Der Landeshaushalt 2006 mit einem Umfang von 48,27 Mrd. Euro ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN verabschiedet worden. Zuvor wird noch einmal leidenschaftlich über das erste Jahr der neuen Landesregierung gestritten. So bezeichnet die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft das erste Regierungsjahr von Schwarz-Gelb als ein verlorenes Jahr für Nordrhein-Westfalen. Verlierer einer unsozialen Sparpolitik seien Kinder, Jugend und Familien. Die SPD sage „Nein“ zu einer Politik ohne Herz und Verstand.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) wirft der Opposition vor, ein Zerrbild der Wirklichkeit zu zeichnen. „Wir wollen einen verfassungskonformen Haushalt bis 2010, das ist eine Riesenaufgabe.“ Aber alles andere sei unmoralisch der nächsten Generation gegenüber. „Sie stehen für höhere Schulden, wir stehen für weniger Schulden. Sie stehen für mehr Subventionen, wir stehen für mehr Innovationen“, schließt Rüttgers.

nach langwierigen Beratungsverfahren mit der Verabschiedung des ersten Teils der Schulgesetznovelle beschlossen.

Parlamentarischer Abend zur Fußball-WM 2006 „Zu Gast bei Freunden im Landtag NRW“ mit 700 Gästen. Nordrhein-Westfalen präsentiert sich als Land der WM-Stadien Dortmund, Gelsenkirchen und Köln, in denen insgesamt 16 Spiele ausgetragen werden, sowie als Gastgeber für die Teams von Italien, Spanien, Japan, Portugal, Serbien-Montenegro, Südkorea, Elfenbeinküste und Brasilien.

Gegen den heftigen Widerstand von SPD und GRÜNEN verabschieden CDU und FDP nach 3. Lesung das zweite Schulrechtsänderungsgesetz. Damit soll u.a. die Verbindlichkeit der Grundschulgutachten erhöht, der Fortbestand wohnortnaher Grundschulstandorte durch Grundschulverbände gesichert, der gymnasiale Bildungsgang reformiert, das Arbeits- und Sozialverhalten der Schülerinnen und Schüler in Zeugnissen dokumentiert, die Drittelparität in der Schulkonferenz sowie die Schulbezirke für Grundschulen und Berufsschulen abgeschafft werden.

2006

2006

26./27. August

Ein Volksfest im besten Sinne: Zum 60. Jubiläum von Land und Landtag strömen Jung und Alt zur Bürgermeile am Düsseldorfer Rheinufer. Zwei Tage lang öffnet der Landtag am Wochenende seine Türen für die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens. Rund 62.000 Bürger kommen und nehmen ihre Volksvertretung voller Interesse und Neugier unter die Lupe. Geboten werden den Besuchern des Landtags unter anderem Infostände rund um die Arbeit des Landtags, ein Bühnenprogramm, Filmvorführungen, Lesungen, Theatervorführungen, Andachten, Vorträge sowie Konzerte.

13. September

Die Umweltchemikalie PFT tritt in Teilen Nordrhein-Westfalens in erhöhter Konzentration im Trinkwasser auf. Der Landtag beschäftigt sich in mehreren Sitzungen mit dem Umweltskandal und fordert schnelle Aufklärung und Maßnahmen zur Eindämmung der Verunreinigung.

2. Oktober

60 Jahre ist es her, dass der Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Am 2. Oktober 1946 legten 211, von der britischen Besatzungsmacht ernannte Abgeordnete im Düsseldorfer Opernhaus den Grundstein für die demokratischen Strukturen des Landes.



Die Bühne in der Tonhalle

25. Oktober

Nach 2. Lesung verabschiedet der Landtag das Hochschulfreiheitsgesetz. Die fast 30 Universitäten und Fachhochschulen in NRW sollen demnach als Körperschaften des öffentlichen Rechts selbstständig werden und können Finanz-, Personal- und Organisati-

onsentscheidungen in Zukunft eigenständig treffen.

Der Abgeordnete Oliver Keymis, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, folgt Michael Vesper (GRÜNE) als Vizepräsident des Landtags NRW nach. Vesper wird Generaldirektor des DOSB.

Gemeinsamer Festakt 60 Jahre NRW von Landtag und Landesregierung in der Ton-



Wieder einmal ein Publikumsmagnet: Die Tage der offenen Tür



Die Landtagspräsidentin begrüßt ihren neuen Vizepräsidenten Oliver Keymis (GRÜNE).



Glückwünsche der Bundeskanzlerin Angela Merkel



Glückwünsche von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück



Gratulationsrede des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Düsseldorf, Jochen Erwin

halle, Düsseldorf. Gefei­ert wer­den 60 Jahre Demokratie, Freiheit und Zusammenhalt der Menschen in NRW. Eingeladen haben Landtagspräsidentin Regina van Dinter und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Unter den zahlreichen Gästen sind Bundeskanzlerin

Angela Merkel, der ehemalige nordrhein-westfälischen Ministerpräsident, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der Präsident des Bayerischen Landtags Alois Glück sowie der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf Joachim Erwin.

26. Oktober

Lebhafte Debatte über die Pläne der Landesregierung, die LEG-Wohnungen an einen Großinvestor zu verkaufen: Die Koalition weist die Sorge der Opposition als unbegründet zurück, die Mieterrechte blieben bei dem Verkauf auf der Strecke.

2006: Was sonst noch geschah

9. April

Bei den Parlamentswahlen in Italien erringt die Mitte-Links-Union von Oppositionsführer Romano Prodi in beiden Parlamentskammern die Mehrheit. Prodi löst Silvio Berlusconi als Ministerpräsident ab.

11. April

Die EU-Jury wählt Essen neben Pecs/Ungarn und Istanbul zur europäischen Kulturhauptstadt.

21. April

Tausende Anhänger jubeln der britischen Königin Elisabeth II. an ihrem 80. Geburtstag zu.

14. Mai

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck wird mit 95 % der Delegiertenstimmen zum neuen Vorsitzenden der SPD gewählt.

19. Mai

Nach mehr als drei Monaten endet der bislang längste Arbeitskampf im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft ver.di und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder einigen sich auf einen neuen Tarifvertrag für die rund 800.000 Beschäftigten mit Kompromissen zur Arbeitszeit und zu Sonderzuwendungen.

9. Juni

In München findet die Eröffnungsveranstaltung zur Fußballweltmeisterschaft statt. Weltmeister wird schließlich Italien.

7. Juli

Der Bundesrat stimmt mit den Stimmen von 14 Ländern für die Föderalismusreform. Schleswig-Holstein enthält sich, Mecklenburg-Vorpommern stimmt gegen die Grundgesetzänderung.

12. Juli

Israel greift den Süden Libanons an, nachdem zwei israelische Soldaten von der Hisbollah entführt wurden. Im Verlauf der erst am 14. August mit einem Waffenstillstand endenden Kämpfe sterben mehr als 1.200 Libanesen und mehr als 120 Israelis.

11. August

Günter Grass gesteht in seiner Autobiografie ein, in den letzten beiden Kriegsjahren Mitglied der Waffen-SS gewesen zu sein.

19. August

Aufdeckung eines Giftmüllskandals: In Abidjan/Elfenbeinküste wurden tausende Tonnen hochgiftigen Mülls einer niederländischen Firma auf verschiedenen Mülldeponien in den Armenvierteln gelagert. Zehn Menschen sterben, mehr als 10.000 erkranken.



John van Nes Ziegler

14. November

Mit Trauer haben die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen die Nachricht vom Tode des früheren Parlamentspräsidenten John van Nes Ziegler aufgenommen. Van Nes Ziegler ist im Alter von 85 Jahren gestorben.

16. November

Das Ladenöffnungsgesetz wird mit den Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen von SPD und GRÜNEN in 3. Lesung verabschiedet.

6. Dezember

Mit der grausamen Ermordung eines jungen Häftlings durch seine Zellengenossen in der JVA Siegburg befasst sich das Plenum des Landtags NRW. Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter unterrichtet die Abgeordneten über die Maßnahmen des Justizministeriums und kündigt die lückenlose Aufklärung des Verbrechens an. Die Opposition fordert den Rücktritt der Ministerin. Bereits im November hatte sich der Rechtsausschuss in außerordentlichen Sitzungen mit dem Tod des jungen Mannes beschäftigt.

In einer heftigen Aktuellen Stunde fordert die SPD-Fraktion einen bleibenden Sockelbergbau, während die Regierungsfaktionen CDU

und FDP wie auch die Fraktion DIE GRÜNEN mit Blick auf die hohen Subventionszahlungen für den Ausstieg aus dem heimischen Steinkohlenbergbau plädieren.

CDU und FDP verabschieden das „Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen“. Damit sollen obere und untere Landesbehörden und weitere Einrichtungen des Landes je nach Aufgabengebiet in die zuständigen Ministerien bzw. in die Mittelbehörden eingegliedert werden. So werden z.B. die Aufgaben des Landesinstituts für Schule in das Ministerium für Schule und Weiterbildung übernommen.

20. Dezember

Der Landtag verabschiedet mit den Stimmen der Regierungsfaktionen CDU und FDP einen Nachtragshaushalt für 2006. Die Neuverschuldung des Landes sinkt damit von 5,7 auf 4,2 Milliarden Euro.

2006: Was sonst noch geschah

23. August

In Österreich gelingt der 18-jährigen Natascha Kampusch nach acht Jahren Gefangenschaft die Flucht. Ihr Entführer begeht am gleichen Tag Selbstmord.

22. September

Auf der Transrapid-Teststrecke bei Lathen/Niedersachsen rammt ein Zug mit rund 170 Stundenkilometern einen Werkstattwagen. Bei dem schwersten Unfall in der Geschichte der Magnet-Schwebebahn sterben 23 Menschen, zehn werden verletzt.

7. Oktober

Die regierungskritische Journalistin Anna Politkowskaja wird in ihrem Moskauer Wohnhaus erschossen.

5. November

In Bagdad wird der ehemalige irakische Präsident Saddam Hussein zum Tod durch den Strang verurteilt. Hussein wird am 30. Dezember hingerichtet.

16. November

Der Bundesgerichtshof spricht den Marrokaner Mounir el-Motassadeq, der wegen der Anschläge vom 11. September 2001 angeklagt wurde, der Beihilfe zum Mord in 246 Fällen für schuldig.

20. November

In der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten stürmt ein 18-jähriger Schüler bewaffnet auf den Schulhof, verletzt mehrere Personen und tötet sich selbst.

21. November

Laut Welt-Aidsbericht hat die weltweite Ausbreitung der Immunschwächekrankheit mit 39,5 Millionen Infizierten einen neuen Höchststand erreicht.

23. November

Der russische Ex-Spion und Kreml-Kritiker Alexander Litwinenko stirbt in London unter bislang ungeklärten Umständen an einer Vergiftung durch Polonium.

14. Dezember

In New York wird der frühere südkoreanische Außenminister Ban Ki Moon als neuer Generalsekretär der Vereinten Nationen vereidigt. Der Diplomat tritt sein Amt am 1.1. 2007 an.

2007

2007

24. Januar

Der Landtag verabschiedet mit den Stimmen von CDU und FDP den Landeshaushalt für 2007. Das Haushaltsvolumen beträgt 49,6 Milliarden Euro. Angesichts des Schuldenberges von 130 Milliarden Euro erklären die Regierungsfractionen als ihr Ziel, möglichst rasch die Schulden abzubauen. Die Oppositionsfractionen von SPD und GRÜNEN lehnen den Etat dagegen als unsozial ab und fordern Umschichtungen.

25. Januar

Die Zahl antisemitischer Straftaten und Übergriffe in Nordrhein-Westfalen zeigt eine bedenklich ansteigende Tendenz.

25. Januar

Mit „Kyrill“ zieht einer der schlimmsten Orkane seit Jahrzehnten durch NRW und hinterlässt eine Spur der Verwüstung. Der Landtag muss eine verheerende Bilanz ziehen: Sechs Tote, 150 Verletzte, 25 Millionen umgeknickte Bäume – ein Milliarden Schaden. Abgeordnete aller Fraktionen danken den Helfern für ihren selbstlosen Einsatz und fordern schnelle und unbürokratische Hilfe für die Geschädigten.

31. Januar

Über Ursachen für Gewalt an Schulen diskutiert der Ausschuss für Schule und Weiterbildung mit dem Experten für Jugendschutzrecht und Jugendmedienschutz Sebastian Gutknecht. Der Amoklauf des 18-jährigen Täters von Emsdetten hat die Diskussion über das Verbot von Gewalt verherrlichenden Computerspielen – sogenannten Killerspielen – erneut entfacht.

8. Februar

Nordrhein-Westfalen wird Ende 2014 sozialverträglich aus der subventionierten Steinkohleförderung aussteigen. Der Bund folgt 2018. Das Ergebnis des sogenannten Kohlegipfels sowie die Zukunftsperspektiven für das Ruhrgebiet sind Thema einer Sondersitzung des Landtags. Während CDU, FDP und GRÜNE mit dem Kohlekompromiss das Ende einer Epoche und eine neue Zeit in der Wirtschafts- und Industriegeschichte Nordrhein-Westfalens sehen, hält die SPD weiter an einem Sozietenbergbau in NRW fest.



Umweltminister Uhlberg (CDU) in der „Aktuellen Stunde“ zum Orkan „Kyrill“



Für die GRÜNEN entgegnet Johannes Remmel.

28. März

Der Landtag beschließt die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Missstände und Mängel aufklären soll, die am 11. November 2007 zur Ermordung eines jungen Häftlings in der JVA Siegburg geführt haben.

29. März

Mit dem Anstieg rechtsextremer Gewalt setzt sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde auseinander. Alle vier Fraktionen äußern ihre Sorge über die Entwicklung des Rechtsextremismus in NRW und betonen, man werde entschieden gegen den Rechtsextremismus vorgehen.

1. April

Rauchverbot im Landtag NRW auf allen öffentlich zugänglichen Bereichen des Parlamentsgebäudes. Für eine Übergangszeit werden im Landtag drei Raucherkabinen aufgestellt.

19. April

Tag der RFID-Technologie im Landtag NRW. Experten demonstrieren mit Beispielen aus Verkehr und Logistik, Fälschung und Sicherheit, Pflege und Gesundheit sowie Handel und Konsum den praktischen Einsatz der Radiofrequenzidentifikation, Möglichkeiten und Risiken der RFID werden erörtert.

4. Mai

Landtagsdebatte über das Verfassungsgerichtsurteil zum Nachtragshaushalt 2005. Die Richter rügen, dass die damals neu gewählte schwarz-gelbe Landesregierung mit der Neuverschuldung die Summe der Investitionen nicht hätte um 1,43 Milliarden Euro überschreiten dürfen.

14. Juni

Mit dem Personaleinsatzmanagementgesetz sollen Stellen in der Landesverwaltung beschleunigt abgebaut und frei werdende Beschäftigte in andere Bereiche der Landesverwaltung vermittelt werden. CDU und FDP verabschieden das Gesetz gegen das Votum von SPD und GRÜNEN.

19. Juni

„Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“ – diesem Grundsatz folgend beschließt die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags und des Südtiroler Landtags, die vom 17. bis 19. Juni 2007 in Düsseldorf tagt, Aktionen, mit denen Jugendliche zu demokratischem Engagement ermutigt werden sollen. Landtagspräsidentin van Dinther kündigt einen Jugend-Landtag NRW an.

5. Juli

Trassenführung und Sicherheit der Kohlenmonoxidleitung der Bayer-Werke von Köln über Worringen nach Krefeld beschäftigen die Abgeordneten des Landtags NRW. Anliegerstädte klagen, Anwohner sind alarmiert über das Projekt, das Ende des Jahres in Betrieb gehen soll. Dabei kommt allerdings auch zur Sprache, dass der Landtag 2004 einstimmig das Kohlenmonoxid-Pipeline-Gesetz beschlossen und damit der Trassenführung zugestimmt hat.

28. August

600.000 Menschen besuchen bei strahlendem Sonnenschein den „Nordrhein-Westfalen-Tag 2007“ in Paderborn. Erstmals wurde der NRW-Geburtstag außerhalb der Landeshauptstadt Düsseldorf gefeiert – ein großer Erfolg.

PRÄSIDENTENKONFERENZ DÜSSELDORF 2007

Gemeinsame Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente des Deutschen Bundestags und des Südtiroler Landtags

17. bis 19. Juni 2007 in Nordrhein-Westfalen



LANDTAG
NRW



2007

6. September

Sondersitzung des Innenausschusses zu den „Duisburger Mafia-Morden“. Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) berichtet von weit über 500 Hinweisen, die bislang bei der Polizei eingegangen seien. Der Ermittlungsschwerpunkt stütze sich auf die Annahme, dass der sechsfache Mord von Duisburg in Zusammenhang mit einer Fehde zwischen zwei verfeindeten Familienclans aus der kalabrischen Region San Luca stehen dürfte.

19. September

Die öffentlichen Proteste gegen das von der Landesregierung geplante Kinderbildungsgesetz (KiBiz) machen die Oppositionsfraktionen von SPD und GRÜNEN zum Thema einer Aktuellen Stunde im Plenum.

Der Landtag verabschiedet mit den Stimmen von CDU und FDP und gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN das Bürokratieabbaugesetz II. Dieses hat Verwaltungsvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung z.B. durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zum Ziel.

20. September

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN verabschiedet der Landtag in 3. Lesung das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Dieses verlängert u.a. die Amtszeit der kommunalen Hauptverwaltungsbeamten auf sechs Jahre und entkoppelt damit die Wahlen von Stadt- bzw. Gemeinderäten und Bürgermeistern. Mit der Neuordnung entfällt außerdem die Stichentscheidung bei Bürgermeister- und Landratswahlen. Das Gesetz grenzt die Kompetenzen zwischen Rat und Bürgermeister ab, führt den Bürgerentscheid auf Beschluss des Rates bzw. des Kreistages ein, begrenzt die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. SPD und GRÜNE prophezeien den „Tod der Stadtwerke“, in den Kommunen werde es schlechtere Dienstleistungen geben. Die Regierungsfaktionen versichern, dass der Bereich der Daseinsvorsorge unangetastet bleibe.

Nach der Festnahme von drei islamischen Terrorverdächtigen im Sauerland unterrichtet Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) den Landtag über die allgemeine Sicherheitslage in NRW.

25. Oktober

Nach monatelangen Debatten ist der Weg frei für KiBiz. In 3. Lesung verabschiedet der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN sowie des fraktionslosen Abgeordneten Rüdiger Sagel das Gesetz. Dieses sieht u.a. vor: die Neuausrichtung der frühkindlichen Förderung, Sprachförderung als Regelaufgabe, die Zusammenarbeit mit der Grundschule zur Verbesserung des Übergangs vom Elementar- in den Primarbereich, Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, Ausbau des Betreuungsangebots für unter Dreijährige, Absicherung der integrativen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung, Verbesserung der Gesundheitsvorsorge, regelmäßige Fort- und Weiterbildung des Personals. Der Gesetzentwurf hatte innerhalb und außerhalb des Parlaments scharfe Debatten und Proteste ausgelöst. Die Opposition spricht von einer „Mogelpackung“, weil das Gesetz pädagogischen Ansprüchen nicht gerecht werde.

In namentlicher Abstimmung verabschiedet der Landtag das Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsrechts. Während die Opposition von SPD und GRÜNEN den Abbau von Mitbestimmung im öffentlichen Dienst kritisiert, verteidigen CDU und FDP das Gesetz. Dieses straffe die Entscheidungsprozesse und stärke die Personal- und Organisationshoheit des Dienstherrn.



Gerd Stüttgen (SPD)



Monika Düker (GRÜNE)



Horst Engel (FDP)



Peter Preuß (CDU)

Die Fachsprecher der Fraktionen

2007: Was sonst noch geschah

1. Januar

Rumänien und Bulgarien treten der EU bei, die damit 27 Mitgliedstaaten hat.

4. Februar

Die deutsche Handballnationalmannschaft gewinnt nach 1938 und 1978 zum dritten Mal den Weltmeisterschaftstitel.

20. Februar

Nach einem Beschluss der 27 europäischen Mitgliedstaaten soll der Ausstoß an Treibhausgasen in der EU bis 2020 um insgesamt 20 % unter das Niveau von 1990 gesenkt werden.

14. November

Ministerpräsident Rüttgers zieht eine Halbjahresbilanz seiner Regierungsarbeit. In der hitzigen Debatte urteilt die eine Seite, den Menschen gehe es besser. Die Regierung habe den falschen Weg eingeschlagen, sagt die andere.

16. November

Der Landtag verabschiedet mit den Stimmen von CDU und FDP das Jugendstrafvollzugsgesetz. Ein Jahr nach dem Mord in der JVA Siegburg soll das Gesetz eine bessere Erziehung und Förderung der jungen Häftlinge gewährleisten.

28. November

Neues Informationsangebot kommt an: Insgesamt haben von April bis November 2007 etwa 9.000 Menschen den Landtag sonntags besucht.

19. Dezember

Gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in NRW sprechen sich alle vier Fraktionen des Landtags aus. Mit Blick auf den bundesweiten Anstieg extremistischer Gewalt fordert der Landtag die Landesregierung auf, Maßnahmen zur Bekämpfung des Extremismus zu ergreifen bzw. auszubauen.

Der Landtag verabschiedet mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN sowie des fraktionslosen Abgeordneten Rüdiger Sagel das Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN gegen die Stimme des fraktionslosen Abgeordneten Sagel führt der Landtag durch die Änderung des Landeswahlgesetzes das Zweistimmensystem für die nächste Landtagswahl sowie das Divisorverfahren mit Standardrundung nach Sainte Lague/Schepers ein.

2007: Was sonst noch geschah

5. März

Die Welternährungsorganisation (FAO) stellt in Rom den neuen Fischereibericht vor: Insgesamt ein Viertel der Meeresfischbestände ist gefährdet.

9. März

Der Deutsche Bundestag beschließt das Gesetz zur stufenweisen Anhebung des Renteneintrittalters auf 67 Jahre.

25. März

Linkspartei und Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) beschließen auf ihren Parteitag eine Vereinigung.

2. April

Die Anzahl der Plätze für die Betreuung von Kleinkindern soll auf 750.000 erhöht werden. Bis 2013 soll es für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren einen Platz in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter geben.

16. April

Beim blutigsten Amoklauf in der Geschichte der USA erschießt ein Student 33 Studenten und Lehrkräfte der technischen Universität in Blacksburg/Virginia und nimmt sich anschließend selbst das Leben.

6. Mai

Nicolas Sarkozy setzt sich bei der Stichwahl für die Präsidentschaft Frankreichs gegen seine Konkurrentin Segolene Royal durch.

19. Mai

Bei einem Selbstmordanschlag im afghanischen Kundus werden drei Bundeswehrsoldaten getötet, fünf weitere zum Teil schwer verletzt.

6. Juni

Im Ostseebad Heiligendamm beginnt unter hohen Sicherheitsvorkehrungen der G8-Gipfel. Die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten und Russlands beraten über globale Klimaschutzstrategien und Hilfsmaßnahmen für Afrika zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose.

14. Juni

Die palästinensische Koalitionsregierung aus Fatah und Hamas zerbricht. Bewaffnete Kräfte der Hamas erobern den gesamten Gaza-Streifen.

4. Juli

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssen Bundestagsabgeordnete künftig ihre Nebeneinkünfte offenlegen.

22. Juli

Die islamisch-konservative Partei AKP von Ministerpräsident Tayyip Recep Erdogan gewinnt die absolute Mehrheit bei den türkischen Parlamentswahlen.

15. August

Drei deutsche Polizisten werden bei einem Anschlag durch Taliban in Kabul getötet.

In Duisburg werden sechs Italiener vor einem Restaurant mit Kopfschüssen getötet. Hintergrund ist vermutlich eine Fehde zwischen verfeindeten Mafia-Clans.

2007

20. Dezember

Der Landeshaushalt 2008 ist mit den Stimmen von CDU und FDP verabschiedet. Zuvor ging es in der Debatte um die großen Linien der Landespolitik. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft konnte in dem Haushalt keine solide und verlässliche Politik erkennen. In NRW sei mittlerweile Ernüchterung über die Regierung eingezogen. Die Regierung verfüge nur über „Rezepte von gestern“. Dem widersprach Helmut Stahl, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Rot-Grün habe einen Investitions-

stau verursacht und der jetzigen Regierung einen „Riesenschuldenberg“ hinterlassen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Gerhard Papke zog ebenfalls ein positives Fazit der CDU-FDP-Politik. Zum dritten Mal in Folge sei es gelungen, die Nettokreditaufnahme zu reduzieren, der „Verschuldungsirrsinn der Vorgängerregierung“ müsse beendet werden. Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bezeichnete den Haushalt als „ernüchternd, handwerklich miserabel, finanzpoli-

tisch enttäuschend und in seiner Wirkung unsozial und ökologisch fatal“. Die selbst ernannte „Koalition der Erneuerung“ sei zur „Koalition der Ernüchterung“ verkommen. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) betonte, den Menschen in NRW gehe es dank der Bemühungen der Landesregierung wieder besser. Die Neuverschuldung sinke auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren, die Zahl der Arbeitslosen habe das niedrigste Niveau seit sechs Jahren erreicht.

28. August

Neuer Gammelfleischskandal in Bayern: Seit Juni 2006 wurden von einem bayerischen Unternehmen umetikettierte Schlachtabfälle in Umlauf gebracht.

4. September

Im Sauerland werden drei mutmaßliche islamistische Terroristen festgenommen.

8. September

In einem oberpfälzischen Entenmastbetrieb werden wegen Verdachts auf Vogelgrippe 205.000 Tiere getötet. Es ist die bislang größte Keulungsaktion in Deutschland.

10. September

Der israelische Ministerpräsident Olmert und Palästinenserpräsident Abbas einigen sich über einen künftigen Palästinenserstaat. Die Absprache sieht einen „unbewaffneten palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967“ vor.

17. Oktober

Die Kultusminister der Länder einigen sich auf einheitliche Standards für das Abitur 2010/2011.

24. Oktober

In Weimar wird die Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek wiedereröffnet. 2004 war sie durch einen Brand schwer beschädigt worden. Zahlreiche kostbare Bücher gingen dabei für immer verloren.

9. November

Der Bundestag stimmt dem umstrittenen Gesetz zur Telefonüberwachung zu. Ärzte, Journalisten und Anwälte sind nur noch eingeschränkt gegen Abhörmaßnahmen geschützt.

14. November

Die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) beginnt mit dem längsten Streik ihrer Geschichte. Anfang Dezember verständigen sich die Deutsche Bahn AG und die GDL darauf, einen Tarifvertrag für Lokomotivführer auszuhandeln.

15. November

Aus dem vom Kinderhilfswerk vorgestellten „Kinderreport Deutschland 2007“ geht hervor, dass die Kinderarmut dramatisch angestiegen ist. 2,5 Millionen Jungen und Mädchen sind auf Sozialhilfe angewiesen.

24. November

In den Vororten von Paris kommt es zu Unruhen und Krawallen, nachdem zwei Jugendliche bei einem Verkehrsunfall, in den die Polizei verwickelt war, ums Leben gekommen sind.

13. Dezember

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten unterzeichnen in Lissabon den Reformvertrag für die EU-Verfassung. Der Vertrag muss von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden, um am 1. Januar 2009 vor den Europawahlen in Kraft treten zu können.

27. Dezember

Die pakistanische Oppositionsführerin und ehemalige Ministerpräsidentin Benazir Bhutto wird bei einer Wahlkampfveranstaltung tödlich verletzt. Der Attentäter sprengt sich anschließend in die Luft und reißt noch mindestens 20 weitere Menschen mit in den Tod.

2008

2008

16. Januar

Das NRW-Parlament reagiert empört auf die Schließungsankündigung von Nokia. Der finnische Mobilfunkhersteller erklärt, er werde zur Jahresmitte sein Werk in Bochum schließen und die Handyproduktion nach Rumänien verlagern.

18. Januar

Der Landtag richtet ein Eltern-Kind-Büro ein und unterstützt mit dem neuen Angebot für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Eltern-Kind-Büro

24. Januar

PFT in der Ruhr: Die GRÜNEN-Fraktion erhebt schwere Vorwürfe gegen Umweltminister Eckhard Uhlenberg. Der Minister führe das Parlament über das wahre Ausmaß der PFT-Belastung und die Verursacher in die Irre. Uhlenberg verteidigt sich, er habe umfassend und lückenlos über das Problem informiert.

13. Februar

Der Brand in Ludwigshafen, bei dem in einem von Türken bewohnten Mehrfamilienhaus neun Menschen – darunter fünf Kinder – ums Leben kamen, die Diskussionen in der Folge des Brandes sowie der EU-Beitritt der Türkei sind die zentralen Themen beim Besuch einer Delegation der türkischen Nationalversammlung im Landtag Nordrhein-Westfalen.



Landtagspräsidentin van Dinter empfängt den Ehrengast Köksal Toptan.

20. Februar

Über den Rettungsplan für die WestLB, die Verantwortung der Vorgängerregierung an der Krise der Landesbank und die Rolle der Bundesregierung debattieren die Fraktionen im Landtag. Unter der Überschrift „Altlasten beseitigen, Zukunft sichern – Neue Chancen für die WestLB“ informiert Finanzminister Helmut Linssen (CDU) das NRW-Parlament über den aktuellen Stand.

12. März

Umstrittenes Turbo-Abitur: SPD und GRÜNE befürchten, dass diese Reform zu einer massiven Unterrichtsbelastung in den Klassen 5 und 6 führen werde. CDU und FDP betonen dagegen, die Umsetzung der Schulzeitverkürzung sei im Konsens mit Lehrern und Eltern erfolgt.



15. Mai

Der Landtag billigt gegen die Stimmen von SPD und GRÜNE einen Nachtragshaushalt. Dabei geht es vor allem um eine Landesbürgschaft von 5 Milliarden Euro für die WestLB. Mit diesem „Risikoschild“ soll der angeschlagenen Bank ermöglicht werden, sich umzustrukturieren und ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln. Die Opposition kritisiert, die Regierung wälze damit ein unverantwortlich hohes Risiko auf die Steuerzahler ab.

Vor dem Hintergrund von Fällen, in denen Kinder in ihren Familien vernachlässigt werden, erörtern die Abgeordneten ein ganzes Bündel von staatlichen und kommunalen Maßnahmen, mit denen benachteiligte Kinder gefördert werden können.

15. Mai

Parlamentarischer Abend „RUHR 2010 Kulturhauptstadt Europas“

16. Mai

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I (PUA I), der zur Aufklärung der Missetände, die am 11. November 2006 zur Ermordung eines Häftlings in der Justizvollzugsanstalt Siegburg geführt haben, beendet seine Arbeit.

Ein gemeinsamer Beschluss der vier Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN empfiehlt die Einsetzung einer Enquete-Kommission, die sich mit dem Themenkomplex Prävention in einem umfassenderen Sinne beschäftigen soll, als es für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss möglich sei.

17. April

Parlamentarischer Abend „Türkei“ mit dem Präsidenten der Großen Nationalversammlung der Republik der Türkei Köksal Toptan als Ehrengast.

23. April

Die Enquetekommission „Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW“ stellt die Ergebnisse ihrer Arbeit vor. Der Abschlussbericht enthält zwei unterschiedliche Voten. CDU und FDP sehen keinen Anlass zu „Untergangsszenarien“ und warnen vor einem „totalen Ökostaat“. SPD und GRÜNE setzen auf Energieeinsparung und den Ersatz von Importenergie durch regenerative Lösungen.



Parlamentarischer Abend „RUHR 2010 Kulturhauptstadt Europas“



Festredner Prof. Moshe Zimmermann, Ministerpräsident Rüttgers, Landtagspräsidentin van Dinther, Avi Primor, ehem. israelischer Botschafter

4. Juni

Festveranstaltung „60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel“ mit Professor Moshe Zimmermann, Universität Jerusalem, als Festredner.

5. Juni

Von „Bestnoten“ und „Bildungsland Nr. 1“ ist die Rede, aber auch von einer Serie von „Pleiten, Pech und Pannen“ in einer „tristen Bildungswüste“: Regierungskoalition und Opposition liegen mit ihren Einschätzungen über die Bildungspolitik weit auseinander.

11. Juni

Einstimmig spricht sich der Ältestenrat des Landtags für den Ausbau des nordrhein-westfälischen Parlamentsgebäudes aus. Mit dem Ausbau sollen 70 Beschäftigte der Landtagsverwaltung, die bisher in Außenstellen arbeiten, in das Parlamentsgebäude integriert werden.

2008: Was sonst noch geschah

14. Februar

Die Finanzbehörden ermitteln gegen den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post Klaus Zumwinkel und weitere 1.000 Personen wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe. Auf Druck der Bundesregierung bietet Zumwinkel seinen Rücktritt an.

17. Februar

Die unter UN-Verwaltung stehende serbische Provinz Kosovo erklärt ihre Unabhängigkeit.

18. Februar

Der 81-jährige kubanische Staatschef Fidel Castro übergibt nach 50 Jahren an der Spitze Kubas die Macht an seinen Bruder Raul.

2. März

Die russischen Präsidentschaftswahlen gewinnt Dmitrij Medwedjew. Er gilt als Wunschkandidat des bisherigen Amtsinhabers Putin, der von der Duma als neuer Ministerpräsident bestätigt wird.

5. April

Vier hessische SPD-Abgeordnete verweigern ihre Zustimmung für eine von der SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti geführte rot-GRÜNE Minderheitsregierung unter Tolerierung durch die Linke.

14. April

Bei den Parlamentswahlen in Italien geht das Mitte-Rechts-Bündnis unter Silvio Berlusconi als Sieger hervor. Berlusconi wird damit zum dritten Mal Regierungschef.

24. April

Die Abgeordneten des Bundestags stimmen mit Mehrheit dem Vertrag von Lissabon zu. Durch den Vertrag sollen Entscheidungen innerhalb der EU effizienter und transparenter werden.

27. April

Im österreichischen Amstetten nimmt die Polizei den 73-jährigen Josef Fritzl fest. Er hatte seine Tochter Elisabeth 24 Jahre in einem unterirdischen Verlies gefangen gehalten, sie missbraucht und mit ihr 7 Kinder gezeugt.

6. Juni

Der Bundestag billigt den ersten Teil des im Dezember 2007 von der Bundesregierung verabschiedeten Klimapakets. Damit soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Deutschland bis 2020 auf mindestens 30 % erhöht werden.

12. Juni

Das Oberste Gericht in Washington erklärt die Militärtribunale im amerikanischen Gefangenenlager Guantanamo für verfassungswidrig. Die Häftlinge haben das Recht, ihre Gefangenschaft vor Zivilgerichten anzufechten.

2008



Die Baustelle für den Landtagsbau aus der Luft

24. Juni

Für eine stärkere politische Beteiligung junger Menschen in den Kommunen sprechen sich die Jugendlichen in der Plenarsitzung beim 1. Jugend-Landtag NRW aus. Mit den Stimmen aller Fraktionen verabschieden sie eine Beschlussempfehlung an den Landtag NRW, mit der sie die verpflichtende Einführung von Jugendparlamenten in den Kommunen fordern, „sofern die Jugendlichen einer Gemeinde den Wunsch danach äußern“. Die „Abgeordneten“ des Jugend-Landtags fordern außerdem, Jugendlichen ein Stimm- und Initiativrecht in den kommunalen Ausschüssen bei „jugendrelevanten“ Themen einzuräumen. An einem grundsätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbot an Schulen soll festgehalten werden.

28. August

NRW startet Einbürgerungskampagne. Minister Armin Laschet (CDU) stellt den ersten Integrationsbericht der Landesregierung vor. Unter der Überschrift „Zukunftsaufgabe Integration“ enthalte der Bericht erstmals umfassende Informationen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Opposition spricht von „Symbolpolitik“.

18. Juni

Der Verkauf von 93.000 Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) an den Immobilienfonds Whitehall entzweit den Landtag. Während CDU und FDP den Vertragsabschluss als großen Erfolg bezeichnen, sprechen SPD und GRÜNE von einer Katastrophe. Die Abgeordneten streiten besonders über die Frage, was der Verkauf für die Mieterinnen und Mieter bedeutet.

20. Juni

Das Gesetz über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen wird von CDU und FDP mit der Begründung verabschiedet, die Bündelung der Wahltermine könne eine stärkere Wahlbeteiligung erreichen. SPD und GRÜNE lehnen die Zusammenlegung ab.

Plenum des 1. Jugend-Landtags



2008



Festumzug beim NRW-Tag 2008 in Wuppertal

19. September

Die Enquetekommission für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen konstituiert sich. Kommissionsvorsitzende ist die CDU-Abgeordnete Gabriele Kordowski gewählt.

20./21. September

Auf ein gelungenes Wochenende blickt der Landtag zurück. Über 20.000 Besucherinnen und Besucher erkunden das Parlament. Gemeinsam mit den vier Landtagsfraktionen und der Landtagsverwaltung feiern sie mit einem bunten Bühnenprogramm „20 Jahre Landtag am Rhein“ und den Weltkindertag

1. September

NRW-Tag in Wuppertal – ein strahlendes Fest: Bewegt und bewegend feiert Nordrhein-Westfalen den 62. Geburtstag des Landes in Wuppertal. Bei strahlendem Sommerwetter schlendern 700.000 Menschen aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens durch die von zahllosen Zelten und Informationsständen gesäumten Gassen in den Fest-Stadteilen Wuppertals.

17. September

WestLB und Sparkassenwesen führen zum Schlagabtausch im Landtagsplenum. Gewollt oder durch die EU getrieben – für die rot-GRÜNE Opposition gefährdet die Regierung mit ihrer Politik nicht nur die Zukunft der WestLB, sondern gleich des gesamten Sparkassenwesens in der Bundesrepublik Deutschland. Das hält die Regierung für „unverantwortliche Panikmache“, die wirkliche Gefahr liegt in ebensolchen Aussagen.

18. September

Statistik zum Schulstunden-Ausfall entzweit die Fraktionen. Nach Schulministerin Barbara Sommer (CDU) hat sich der Unterrichtsausfall an den nordrhein-westfälischen Schulen seit dem Regierungswechsel 2005 mehr als halbiert. Der Anteil der ausgefallenen Stunden am gesamten Schulunterricht sei mit 2 % auf dem niedrigsten, jemals gemessenen Stand. Die Oppositionsfraktionen von SPD und GRÜNEN äußern Zweifel an der Aussagekraft der Statistik.

Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – für Vielfalt und Toleranz: Ein eindrucksvolles Bekenntnis zu einer pluralistischen, toleranten und freiheitlichen Gesellschaft legt der Landtag NRW mit einem gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor. Einstimmig weist das Landesparlament die Absicht von Rechtsextremisten zurück, aus der Diskussion um den geplanten Bau einer Moschee in Köln politisches Kapital zu schlagen.



Viel Publikum in der Bürgerhalle bei den Tagen der offenen Tür

2008: Was sonst noch geschah

2. Juli

Nach mehr als sechs Jahren wird die aus Frankreich stammende Politikerin Ingrid Betancourt mit weiteren 14 Geiseln aus der Gefangenschaft kolumbianischer Rebellen befreit.

21. Juli

In Belgrad wird der wegen Völkermords gesuchte ehemalige bosnische Serbenführer Radovan Karadzic verhaftet. Er wird für das Massaker von Srebrenica im Juli 1995 verantwortlich gemacht. Am 30. Juli wird er an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert.

8. August

Im Konflikt um die nach Unabhängigkeit von Georgien strebenden Provinzen Südossetien und Abchasien kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Georgien und Russland.

Der chinesische Präsident Hu Jintao eröffnet in Peking die XXIX. Olympischen Sommerspiele.

22. August

Die US-geführten Koalitionstruppen in Afghanistan töten bei einem Luftangriff 90 Zivilisten, darunter vor allem Frauen und Kinder. Nach offiziellen Angaben handelt es sich um ein Versehen.

7. September

Kurt Beck tritt von seinem Amt als SPD-Vorsitzender zurück.

15. September

Nach der Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehmann Brothers und dem Notverkauf der ebenfalls angeschlagenen Investmentbank Merrill Lynch an die Bank of America kommt es zu weltweiten Einbrüchen der Aktienmärkte.

18. September

In China erkrankten fast 100.000 Babys und Kleinkinder an Nieren- und Harnwegsinfektionen, die durch mit Melamin versetzte Milchprodukte verursacht wurden.

15. Oktober

Das geplante Rettungspaket des Bundes zur Stabilisierung der Finanzmärkte unterstützen die Fraktionen des Landtags. Auseinander gehen die Meinungen bei den Fragen nach den Lehren für die Zukunft sowie nach dem Verhältnis von Markt und Staat.

23. Oktober

Der Landtag verabschiedet das zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2008 und in Verbindung damit das Risikofondsgesetz, mit dem das Land künftige Belastungen des Landeshaushalts auffangen will, die aus der Garantie von 5 Milliarden Euro für die WestLB resultieren können. SPD und GRÜNE zeigen sich überrascht vom Risikofondsgesetz und stimmen dagegen.

24. Oktober

Nach zweieinhalbjähriger Arbeit legt die Enquetekommission „Chancen für Kinder“ ihre Ergebnisse dem Landtagsplenum vor. Der Bericht unterstreicht die Bedeutung der frühkindlichen Bildung. Die Erkenntnisse sollen Basis des parlamentarischen und des Regierungshandelns für die Rahmenbedingungen eines optimalen Bildungs- und Betreuungsangebots sein.

10. November

Gedenken voll Scham und Entsetzen – Landtag und Landeshauptstadt erinnern an die Pogromnacht vor 70 Jahren.



12. November

Der Landtag verabschiedet mit breiter Mehrheit Reformen im Heimrecht. Dieses soll älteren, behinderten und pflegebedürftigen Menschen ein Leben in Selbstbestimmung und Würde ermöglichen.

Einen Tag nach dem 90. Jahrestag der polnischen Unabhängigkeit veranstaltet der Landtag Nordrhein-Westfalen einen Parlamentarischen Abend „Polen“, mit dem die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen gewürdigt werden.

13. November

„Klimaschutz: Motor oder Bremsen wirtschaftlicher Entwicklung?“ lautet die Frage bezogen auf den Wirtschaftsstandort NRW. Einig im Ziel, dass der Ausstoß an Kohlendioxid (CO₂) verringert werden muss, streiten sich Regierung und Opposition über Wirtschaftlichkeit und Effizienz möglicher Maßnahmen.

3. Dezember

Schlagabtausch über den dritten Nachtragshaushalt 2008: SPD und GRÜNE werfen der Regierung vor, trotz hoher Steuereinnahmen nicht genug zu sparen und neue Schulden aufzunehmen. Die Regierung kontert, der überwiegende Teil werde zur Senkung der Neuverschuldung genutzt; 430 Millionen Euro würden eingesetzt, um Risiken abzusichern und 185 Millionen Euro würden dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes zugeführt.

4. Dezember

Gewalt gegen Frauen bekämpfen – Debatte über konkrete Maßnahmen im Plenum des Landtags.

17. Dezember

Die Landesregierung unterrichtet die Abgeordneten des NRW-Parlaments, wie der demografische Wandel das Land in den nächsten Jahren verändern werde und mit welchen landespolitischen Maßnahmen der Wandel gestaltet werden müsse.

2009

16. Januar

Sondersitzung des Landtags NRW: Die Fraktionen streiten über die Auswirkung des zweiten Konjunkturpakets für NRW, das die Bundesregierung für Beschäftigung und Stabilität beschlossen hat. Die Oppositionsfraktionen fordern eine schnelle Behandlung.

30. Januar

Aktuelle Stunde zur Zukunft der WestLB. Thema ist die geplante Neugliederung der Bank in eine „Fusionsbank“ mit Mittelstands-, Firmenkunden- und Kapitalmarktgeschäften und in eine „Konsolidierungsbank“ mit risikobehafteten Wertpapieren, Krediten und Staatsanleihen.

2008: Was sonst noch geschah

28. September

Bei den Landtagswahlen in Bayern verliert die CSU zum ersten Mal seit 1962 die absolute Mehrheit und kommt nur noch auf 43,4 %.

29. September

Der Zusammenbruch der Münchener Immobilienbank Hypo Real Estate wird durch ein 35 Milliarden Euro teures Hilfsprogramm der Bundesregierung und einiger anderer Banken verhindert.

3. Oktober

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück verkünden eine Staatsgarantie für alle privaten Spar- und Termingeldeinlagen sowie für Girokonten.

11. Oktober

Der österreichische Rechtspopulist Jörg Haider verunglückt bei einem Autounfall tödlich.

12. Oktober

Auf einem Gipfeltreffen in Paris beschließen die europäischen Staats- und Regierungschefs einen Schutzschirm für das gesamte Bankensystem.

4. November

Barack Obama wird zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

26. November

Islamistische Extremisten greifen in Bombay zehn Ziele an, darunter zwei Luxushotels, ein Geschäftshaus und ein jüdisches Gemeindezentrum. Sie nehmen zahlreiche Geiseln. Insgesamt kommen 170 Menschen ums Leben.



2009



11. März

Der Kulturausschuss des Landtags informiert sich über den Stand der Bergungsarbeiten in den Trümmern des eingestürzten Kölner Stadtarchivs: Zwei Menschen kamen ums Leben, bedeutende Kulturgüter gingen verloren.

4. Februar

Die Insolvenz der Warenhauskette Hertie bedeutet für Hunderte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine ungewisse Zukunft. Im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wird nicht nur gefragt, ob und wie das Land die Schließung der Hertie-Filialen hätte verhindern können, sondern auch, welche Folgen das Kaufhaussterben an Rhein und Ruhr für die Infrastruktur der Städte haben wird.

11. Februar

Generaldebatte zum Landeshaushalt 2009, der mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fractionen von SPD und GRÜNEN verabschiedet wird. „NRW stürzt ab“, „Regierungsverweigerung“, so die Opposition; „Nordrhein-Westfalen handelt bundesweit vorbildlich“, schallt es aus dem Regierungslager zurück.

12. Februar

464 Millionen für die Hochschulen: Erfreuen Vertreterinnen und Vertreter aller Fractionen den zusätzlichen Geldsegen aus dem Konjunkturförderprogramm II für den Hochschulbereich zur Kenntnis.

4. März

Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und FDP spricht sich der Landtag gegen eine Zusammenlegung der Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl und für einen separaten Wahltermin am 30. August 2009 aus. Nachdem der Verfassungsgerichtshof in Münster die Zusammenlegung der Kommunalwahlen mit der Europawahl auf den 7. Juni 2009 für verfassungswidrig erklärt hatte, liefern sich Regierungs- und Oppositionsfractionen in einer Sondersitzung des Landtags eine heftige Debatte. Keine Mehrheit findet der Vorschlag von SPD und GRÜNEN, die Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl am 27. September zu koppeln.

12. März

Über die Ziele der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 informiert sich der Hauptausschuss des Landtags in einem Gespräch mit Botschaftsrat Dr. Ales Macik. Damit setzt der Ausschuss seine Informationsreihe „Europa verstehen“ fort, in der Gäste aus dem europäischen Ausland regelmäßig mit Abgeordneten diskutieren.

19. März

Der Landtag NRW wählt die nordrhein-westfälischen Delegierten für die 13. Bundesversammlung. Nordrhein-Westfalen entsendet 131 von insgesamt 1.224 Delegierten in die Bundesversammlung, die am 23. Mai 2009 den Bundespräsidenten wählen wird.

1. April

Dem Nachtragshaushalt 2009, mit dem ein „Risikoschirm“ über der WestLB gespannt werden soll, stimmen die Fraktionen von CDU und FDP in 2. und 3. Lesung zu, dagegen votieren die Oppositionsfraktionen von SPD und GRÜNEN, die darin einen neuen Rekordwert an Schulden sehen. Eine deutliche Mehrheit findet der Gesetzentwurf zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes der Bundesregierung; ihm stimmen die Fraktionen von CDU, FDP und SPD zu. Damit kann das vom Bundesrat am 20. Februar 2009 beschlossene Konjunkturpaket in NRW umgesetzt werden. Dem Land steht ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 2,84 Milliarden Euro zur Verfügung

Der Landtag diskutiert über die Zukunft von Opel am Standort Bochum, nachdem die Firmenleitung Pläne für einen einschneidenden Stellenabbau im Werk offenbart hat.

2. April

Mit einem Parlamentarischen Abend „Mittel- und Südosteuropa“ setzt der Landtag NRW sein Engagement für Europa und die Europäische Union fort.

Eine deutliche Zunahme rechtsextremistischer Straftaten verzeichnet der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2008 in Nordrhein-Westfalen. Die Abgeordneten debattieren die Frage

wie der politische Extremismus wirksam bekämpft werden kann.

6. Mai

Als erstes deutsches Parlament spricht sich der Landtag NRW gegen die Legalisierung der Sterbehilfe und für eine menschenwürdige Behandlung unheilbar Kranker aus.

Die Abgeordneten debattieren über den Polizeieinsatz gegen rechtsextreme Gewalttäter am 1. Mai in Dortmund. Der Landtag spricht den verletzten Polizeibeamten seine Solidarität aus und fordert Maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer Gewalt.

2009: Was sonst noch geschah

8. Januar

Das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut „Commerzbank“ wird teilverstaatlicht, weil es erneut 10 Milliarden Euro Hilfe vom Bund benötigt. Die neue Milliardenhilfe stammt aus dem Banken-Rettungsfonds SoFFin.

15. Januar

Nach einem Zusammenstoß mit einem Vogelschwarm führt ein amerikanischer Pilot mit einem Airbus 320 eine Notwasserung auf dem Hudson-River durch, bei der keiner der 154 Menschen an Bord verletzt wird.

6. Februar

Nach wochenlangen Wald- und Buschbränden zerstört eine Feuerwalze im Süden Australiens eine Fläche von der Größe Berlins und des Saarlandes zusammen.

7. März

Die „Richtlinien zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen“ (Abwrackprämie) tritt in Kraft. Autobesitzer erhalten eine Prämie von 2.500 Euro, wenn sie ihren Wagen verschrotten lassen und einen neuen kaufen.

11. März

Ein 17-jähriger Schüler erschießt in der Albertville-Realschule in Winnenden (Baden-Württemberg) mit der Waffe seines Vaters insgesamt 15 Menschen.

1. April

Kroatien und Albanien treten der NATO bei, die damit auf 28 Mitglieder anwächst.

26. April

Der Schweinegrippeerreger Typ H1N1 wird nach den ersten Todesfällen von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Gesundheitsnotfall internationalen Ausmaßes bezeichnet. Innerhalb eines Jahres sterben daran weltweit 16.000 Menschen.

30. April

In Appeldoorn rast ein Autofahrer in eine Parade zum niederländischen Königinnentag. Sieben Menschen werden getötet.

12. Mai

Die USA liefert den mutmaßlichen NS-Verbrecher John Demjanuk nach langem gerichtlichen Tauziehen an Deutschland aus.

16. Mai

In Kuwait können zum ersten Mal Frauen ins Parlament gewählt werden.

21. Mai

Aus Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR geht hervor, dass der Student Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 von einem Polizisten erschossen worden ist, der inoffizieller Mitarbeiter der Stasi war.

7. Juni

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament liegt die Wahlbeteiligung europaweit bei 43,4 %. Die CDU/CSU erzielt 37,9 % der Stimmen, die SPD 20,8 %. Drittstärkste Kraft werden die GRÜNEN mit 12,1 %.

7. Mai

CDU und FDP verabschieden gegen die Opposition das Gesetz zur Reform der Lehrerbildung. Diese soll künftig größeres Gewicht auf den Praxisbezug legen sowie die künftigen Lehrkräfte stärker fachlich und pädagogisch profilieren.

9. Mai

Das Europafest und die Nacht der Museen erleben tausende Menschen im Düsseldorfer Landesparlament. Erstmals beteiligt sich der Landtag an der Düsseldorfer Nacht der Museen. Über 4.000 Gäste besuchen das Parlamentsgebäude, um bis weit nach Mitternacht Werke zeitgenössischer Künstler zu erleben.

27. Mai

Erneut ist Opel-Bochum das Thema im NRW-Parlament: Die Opposition wirft der Landesregierung vor, „tief gespalten und handlungsunfähig“ bei der Opel-Rettung zu sein.

9. Juni

Die Ausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ über die Staatssicherheit der DDR wird eröffnet.

22. Juni

Erstmals findet der Suchtselbsthilfetag im Landtag statt. Auf ihm werden Menschen, Zahlen und Fakten der ca. 1.700 Suchtselbsthilfegruppen in NRW vorgestellt. Etwa 30.000 Menschen kommen in diesen Gruppen zusammen, um gemeinsam über ihre Probleme zu sprechen.

25. Juni

Mit den Stimmen der Oppositionsfraktionen von SPD und GRÜNEN und bei Enthaltung von CDU und FDP setzt der Landtag einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein. Dieser soll die Vorgänge untersuchen, die zu der Entlassung eines Abteilungsleiters im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen ihn geführt haben. Es soll geklärt werden, wie es zur Verhaftung des ehemaligen Abteilungsleiters, zu einer großangelegten Durchsuchungsaktion sowie zu Telefon- und weiteren Überwachungsmaßnahmen kommen konnte und ob dabei politische Einflussnahme im Spiel gewesen ist.

26. Juni

Das Nichtraucherschutzgesetz wird als Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geändert. CDU und FDP regeln Ausnahmen vom Rauchverbot in Einraumgaststätten und Einraumkneipen. Die Opposition setzt sich für einen ausnahmslosen Gesundheitsschutz ein.

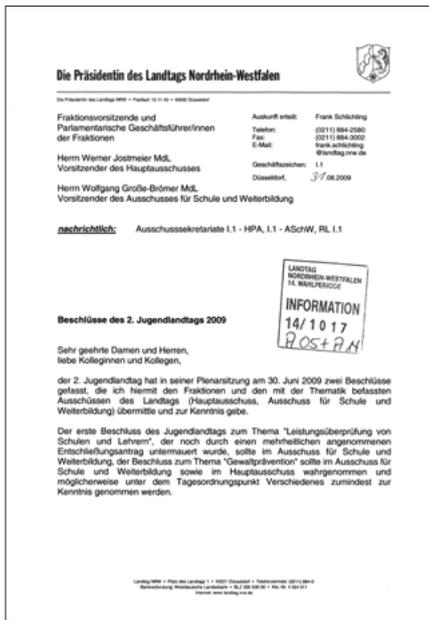


Auf der Bühne beim Europafest v.l. Minister Andreas Krautscheid, Abgeordneter Wolfram Kuschke, Schauspieler Joe Bausch, Dietlind Jering (Büro der EU-Kommission), Landtagspräsidentin Regina van Dinter

2009

30. Juni

2. Jugend-Landtag NRW: Die Jugendlichen sprechen sich für eine Bewertung von Lehrkräften aus. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP und gegen die Stimmen der GRÜNEN verabschiedeten sie im Düsseldorfer Landesparlament einen Antrag, die Unterrichtsqualität durch ein unabhängiges Fachgremium überprüfen zu lassen und Bonuszahlungen für Lehrerinnen und Lehrer zu ermöglichen. Darüber hinaus setzen sich die Jugendlichen für den Erhalt der Internetseite „spickmich.de“ und freie Meinungsäußerung im Internet ein.



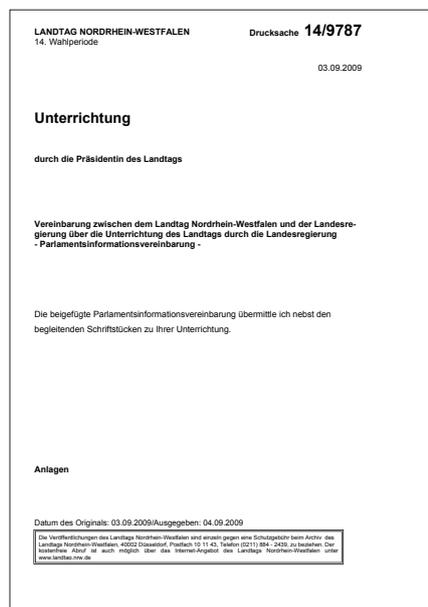
21. Juli

Tausende Besucherinnen und Besucher erleben beim NRW-Tag in Hamm, wie bunt und vielfältig Nordrhein-Westfalen ist. Auch der Landtag ist mit einem Stand vor Ort. Die Bürgerinnen und Bürger informieren sich über die Arbeit des Parlaments und sprechen mit Abgeordneten aller vier Fraktionen.

26. August

Der Auseinandersetzung mit dem Krieg widmen sich zum Anti-Kriegstag (1. September), mit dem an den deutschen Überfall auf Polen und den Beginn des Zweiten Weltkriegs erinnert wird, drei Ausstellungen im Landtag NRW.

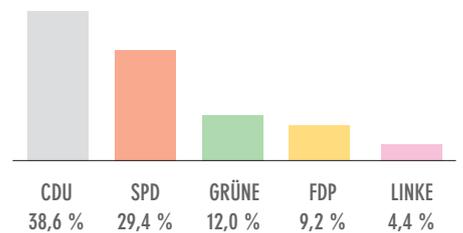
Eine Vereinbarung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung treffen Landtagspräsidentin Regina van Dinker und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Über die vorhandenen Frage- und Auskunftsrechte der Abgeordneten hinaus verpflichtet sich die Regierung damit zu einer weitergehenden Information des Parlaments.



30. August

NRW-Kommunalwahl 2009: Rund 14 Millionen Wahlberechtigte wählen in 23 kreisfreien Städten, in 373 kreisangehörigen Gemeinden sowie in 31 Kreisen die Mitglieder der kommunalen Vertretungen für die kommenden fünf Jahre. Zugleich finden bis auf wenige Ausnahmen die Direktwahlen von (Ober)Bürgermeisterinnen und -meistern sowie der Landrätinnen und Landräte statt.

Bei einer Wahlbeteiligung von 52,3 % erreicht die CDU 38,6 %, die SPD kommt auf 29,4 %, die GRÜNEN erzielen 12,0 %, die FDP erreicht 9,2 % und die LINKE 4,4 %.



9. September

Parlamentarischer Abend „Volksrepublik China“.

10. September

GRÜNE und SPD sind überzeugt davon, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen Anspruch auf Rückzahlung zuviel gezahlter Beiträge im Rahmen des Solidarpakts haben. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP weisen die Attacken zurück: Man sei in guten Gesprächen mit den Kommunen.

11. September

Das Dortmunder Haushaltsloch, am Tag nach der Kommunalwahl durch die Stadtspitze verkündet, ist Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag. Die Regierungsfractionen von CDU und FDP sehen die Dortmunder Wählerinnen und Wähler durch die sozialdemokratische Stadtspitze getäuscht und fordern Neuwahlen. Die SPD-Fraktion wirft den Regierungsfractionen im Gegenzug vor, die Dortmunder Situation aus parteipolitischen Gründen dramatisieren zu wollen.



Richtfest für den Landtagsanbau: Die Arbeiten liegen voll im Zeitplan.

20. September

In und vor dem Landtag feiern tausende kleine und große Gäste bei strahlendem Sonnenschein den Weltkindertag. Allein 4.000 Besucherinnen und Besucher nehmen an Aktionen im Düsseldorfer Landesparlament teil und erhalten so spannende Einblicke in die Arbeit der Politikerinnen und Politiker. 700 kleine Gäste strömen im Landtagsfoyer zum Fotostudio, um ein Bild mit dem Logo „Weltkindertag im Landtag“ mit nach Hause zu nehmen.

6. Oktober

Richtfest für den Landtagsanbau.

7. Oktober

Harte Auseinandersetzung im Landtagsplenum über das Landesplanungsrecht. An den aktuellen Beispielen „Einkaufszentrum Ochtrup“ und „Steinkohlekraftwerk Datteln“ kommt es zum Schlagabtausch. Von „Verrat an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ und „Absage an die bisherige Politik“ sprechen die Regierungsfractionen, von „schludrigem Regierungshandeln“ und der „Unfähigkeit, große Industrieprojekte zu verwirklichen“ SPD und GRÜNE.

2. Dezember

CDU und FDP heben die Zweckbindung des Wohnungsbauvermögens auf und integrieren es in das Stammkapital der NRW.Bank. Die Opposition befürchtet einen „Kahlschlag“ auf dem Wohnungsmarkt. Die Maßnahme solle gerade die Förderung des Wohnungsbaus sichern, argumentieren die Regierungsfractionen.

2009: Was sonst noch geschah

9. Juni

Mit der Insolvenzmeldung des Karstadt-Mutter-Konzerns beginnt die Zerschlagung des Unternehmens mit den Handelstöchtern Karstadt, Quelle und Primondo. Nach 82 Jahren wird der Versandhandel Quelle zum Jahresende 2009 geschlossen. 10.500 Mitarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz.

18. Juli

In Nachterstedt/Sachsen-Anhalt rutschen mit einem gewaltigen Erdbeben mehrere Häuser in den Concordiassee, einer ehemaligen Braunkohlgrube. Drei Menschen sterben.

2. August

Der Waffenlobbyist Karlheinz Schreiber wird nach jahrelangem juristischen Streit von Kanada nach Deutschland ausgeliefert. Er gilt als Schlüsselfigur in der CDU-Spendenaffäre 1999/2000.

15. August

Die insolvente Warenhauskette Hertie schließt die letzten 20 Filialen. 2.600 Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz.

4. September

Die Bundeswehr bombardiert in der Nähe von Kundus zwei von den Taliban entführte Tanklastwagen, wobei 142 Zivilisten getötet werden.

8. September

Der Bundestag rehabilitiert 64 Jahre nach Kriegsende die „Kriegsverräter“ der deutschen Wehrmacht und hebt die entsprechenden Urteile der NS-Militärjustiz auf

12. September

Auf einem U-Bahnsteig in München wird ein 50-jähriger Mann von zwei jungen Männern zu Tode geprügelt, weil er Jugendliche vor deren Angriffen schützen wollte.

27. September

Bei der Wahl zum Bundestag erreicht die Wahlbeteiligung mit 70,8 % ein Rekordtief. Bundeskanzlerin Merkel wird Chef einer Koalition aus CDU, CSU und FDP.

1. Dezember

Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft. Der EU-Reformvertrag soll die erweiterte EU demokratischer, transparenter und handlungsfähiger machen.

2010

15. Dezember

Gefängnisausbruch provoziert parlamentarische Auseinandersetzung: Der Ausbruch zweier Schwerverbrecher aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Aachen drei Wochen zuvor veranlasst die Abgeordneten, über die Situation in Justiz und Vollzug zu diskutieren.

16. Dezember

Alle vier Fraktionen begrüßen das Vorhaben, die öffentlichen Unternehmen zu verpflichten, die Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungen und Aufsichtsräten zu veröffentlichen, und verabschieden bei Enthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Sagel das Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

17. Dezember

Der Landeshaushalt 2010 ist mit den Stimmen der Regierungsfractionen CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN verabschiedet. In der Generaldebatte sieht die Opposition eine „Miserable Schlussbilanz von Schwarz-Gelb“. Die Hauptkritik bezieht sich auf die Politik der Regierung für Schulen, Hochschulen und Kommunen. SPD und GRÜNE behaupten, die besseren Konzepte und Lösungen zu haben.

Die Regierung hingegen verweist auf ihr solides Wirtschaften. Gerade die Krise zeige, dass die schwarz-gelbe „Politik der Erneuerung“ für Stabilität Sorge. Nordrhein-Westfalen müsse Industrie- und Exportland bleiben. Auch künftig müsse Leistung sich weiterhin lohnen und sozialer Aufstieg möglich sein. Die Koalition von CDU und FDP wolle auch in Zukunft für Sicherheit und Solidarität in NRW sorgen. Der Haushalt hat ein Volumen von 53,1 Milliarden Euro.

2010

1. Januar

Start in das Jahr der Europäischen Kulturhauptstadt im Ruhrgebiet. Der Landtag hat die Bewerbung des Ruhrgebiets von Anfang an unterstützt.

21. Januar

Spanien zu Gast im Landtag NRW: Der spanische Botschafter erläutert Ziele der EU-Ratspräsidentschaft.

21. Januar

„Die Einheit der Gesellschaft bewahren – Konzept Nordrhein-Westfalen 2025“ lautet der Titel der Regierungserklärung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). Auf der Basis der Arbeit der Zukunftskommission skizziert er die landespolitischen Ziele für die Zukunft. Das Konzept der Landesregierung gehe an der Wirklichkeit im Land vorbei, kritisieren SPD und GRÜNE.

26. Januar

Niemals vergessen, niemals verdrängen: An die in Auschwitz ermordeten Menschen erinnert Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers durch Soldaten der sowjetischen Armee vor 65 Jahren.



Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff und Europaminister Andreas Krautscheid empfangen den spanischen Botschafter Rafael Dezcallar (li.).

29. Januar

Mit dem Auftrag an unabhängige Gutachter haben Landtagspräsidentin Regina van Dintter und Landtagsvizepräsident Edgar Moron auf die Kritik an der Vergütung reagiert, die sie im Regionalbeirat NRW der RAG erhalten haben. Die Gutachter sollen prüfen, ob die drei dem Regionalbeirat NRW der RAG angehörenden Abgeordneten gegen geltende Regeln verstoßen haben.

4. Februar

Die Opposition greift wegen der „ermäßigten Steuersätze für Hotelübernachtungen“ die Landesregierung, die das Gesetz im Bundesrat mit verabschiedet habe, hart an. Die Regierungsfaktionen verteidigen das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ des Bundes, das diese Regelung vorsieht.

10. März

Schwere Vorwürfe erheben SPD und GRÜNE gegen die CDU und ihren Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers: Die CDU habe den Ministerpräsidenten „vermarktet“ und Gespräche mit ihm gegen Geld angeboten. FDP und CDU dagegen bezichtigen die Opposition der Scheinheiligkeit, auch diese würden sich Parteitage sponsern lassen. Die CDU bleibt außerdem dabei, dass es kein Geld für Gespräche gegeben habe.

11. März

CDU und FDP behaupten, SPD und GRÜNE würden insgeheim eine Koalition mit der LINKEN vorbereiten. Der Konsens, nicht mit extremistischen Parteien zu koalieren, sei weich geworden, so die CDU. Die FDP sieht NRW bereits in eine „sozialistische Staatswirtschaft abdriften“.

12. März

Die Enquetekommission „Zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen“ legt ihre Empfehlungen vor. Sie hat untersucht, warum Kinder und Jugendliche kriminell werden und wie dem wirksam entgegengesteuert werden kann.

23. März

Bilanz der Bildungspolitik für die 14. Wahlperiode: Während CDU und FDP auf erfüllte Wahlversprechen im „Bildungsland Nummer eins“ verweisen, klagt die Opposition, es gebe weder die versprochenen kleineren Klassen noch mehr Lehrkräfte oder weniger Unterrichtsausfall. Kritisiert werden außerdem die Schulzeitverkürzung und die Ganztagsangebote.

24. März

Atomvorfall in Gronau: Die GRÜNEN kritisieren, Wirtschaftsministerin Thoben habe den Wirtschaftsausschuss des Landtags nicht korrekt über einen Unfall in der Uran-Anreicherungsanlage Gronau vom 21. Januar 2010 informiert.

CDU und FDP möchten die Schuldenbremse in der Verfassung verankern. Die notwendige

Unterstützung durch eine Zweidrittelmehrheit bekommt die Landesregierung für ihren Vorschlag zur konkreten Ausgestaltung allerdings nicht. Die Opposition vermisst Instrumente, um in Krisenzeiten angemessen reagieren zu können.

17. April

Der Landtag lädt ein zur „Wahl-O-Mat“-Party mit Musik, Informationen und vor allem einem Parteien-Check für junge Wählerinnen und Wähler. Abgeordnete begleiten den Start des „Wahl-O-Mat“.

19. April

Girls-Day im Landtag: Mehr als 1.000 Mädchen schnuppern im Landtag in verschiedene technische, handwerkliche und naturwissenschaftliche Berufe hinein.



26. April

Wählen gehen! Das Landtagspräsidium ruft zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai 2010 auf.

5. Mai

Im Rampenlicht – die NRW-Wahl am 9. Mai 2010: Die Vorbereitungen für den Wahlsonntag am 9. Mai 2010 laufen auf Hochtouren. Die Studios von ARD, WDR und ZDF werden seit dieser Woche aufgebaut. Viele weitere Sender werden in den nächsten Tagen ihre Standorte im nordrhein-westfälischen Parlamentsgebäude platzieren. Die Wahl zum Landtag NRW trifft auf ein hohes Medieninteresse im In- wie im Ausland. Insgesamt haben sich über 1.300 Vertreterinnen und Vertreter der Medien für die Berichterstattung über die NRW-Wahl im Landtag akkreditiert. Insgesamt werden über 3.000 Personen am Sonntag im Parlamentsgebäude erwartet.



Die ersten Hochrechnungen liegen vor, aber es bleibt spannend. Diskussion mit den Spitzenkandidaten im ZDF-Wahlstudio, das in den Plenarsaal hineingebaut wurde

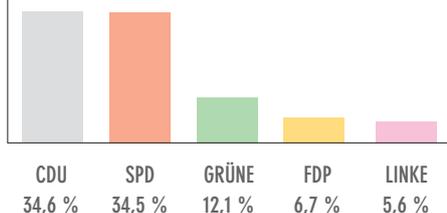


Übertragungswagen der Rundfunkanstalten am Landtag aufgereiht

9. Mai

Nordrhein-Westfalen wählt seine Volksvertretung.

13,3 Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger entscheiden am 9. Mai an den Wahlurnen, wie die Mehrheitsverhältnisse im Landesparlament aussehen. Rund 7,8 Millionen Menschen gehen am Sonntag zur Wahl. Die Wahlbeteiligung fällt mit 59,3 % geringer aus als bei den Landtagswahlen 2005 (63 %). Insgesamt 181 Abgeordnete (bisher: 187 Abgeordnete) werden dem neuen Landtag angehören. Es ist ein spannender Wahlabend mit einer Pattsituation der beiden größten Parteien. CDU und SPD liegen bei den Mandaten gleichauf, mit der Linken zieht eine fünfte Fraktion in den etwas kleineren Landtag ein.



Jeweils 67 Sitze entfallen auf CDU (bisher: 89 Sitze) und SPD (bisher: 74 Sitze). Die GRÜNEN sind mit 23 Sitzen (bisher: 11 Sitze) im Parlament vertreten, die FDP mit 13 Sitzen (bisher 12 Sitze). Erstmals kann die Linkspartei mit 11 Abgeordneten in den Landtag einziehen.

Mai/Juni

SPD und GRÜNE stellen fest, dass eine formale Zusammenarbeit mit der neuen Linksfraktion nicht infrage kommt. Auch Sondierungsgespräche zwischen SPD und CDU werden abgebrochen. Nach Sondierungsgesprächen zwischen SPD, FDP und GRÜNEN wird deutlich, dass es auch keine Ampelkonstellation geben wird.

2010

2010: Was sonst noch geschah

1. Januar

Der Belgier Herman van Rompuy übernimmt das Amt des ständigen Präsidenten des Europarats.

9. Januar

Auf der Essener Zeche „Zollverein“ wird mit einem großen Volksfest Essen als Kulturhauptstadt Europas 2010 gefeiert.

12. Januar

Ein Erdbeben der Stärke 7,0 erschüttert Haiti, was zu schweren Verwüstungen mit mehr als 250.000 Toten führt.

24. Februar

Margot Käßmann gibt nach nur vier Monaten Amtszeit ihr Amt als Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschland sowie ihr Amt als hannoversche Landesbischöfin ab. Sie hatte in alkoholisierten Zustand eine rote Ampel überfahren.

25. Februar

Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz Robert Zollitsch gibt die Einsetzung eines Beauftragten für Missbrauchsvorfälle bekannt.

2. März

Das Bundesverfassungsgericht gibt der Klage von 35.000 Bürgern statt und erklärt das „Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung“ für verfassungswidrig.

3. März

Der griechische Regierungschef Papandreu präsentiert auf Druck der EU ein drastisches Sparprogramm, welches das hochverschuldete Griechenland aus seiner finanziellen Krise führen soll.

9. Juni

Der 15. Landtag Nordrhein-Westfalen konstituiert sich. Er wählt die nordrhein-westfälischen Delegierten für die 14. Bundesversammlung. NRW entsendet 133 von

insgesamt 1.244 Delegierten in die Bundesversammlung, die am 30. Juni den Bundespräsidenten wählen wird.



Der neue Landtag konstituiert sich; die Abgeordneten haben sich von ihren Plätzen erhoben.



Juni

Weit vor der veranschlagten Zeit wird der Anbau des Landtags fertiggestellt. Nach und nach beziehen Fraktionsmitarbeiter und Landtagsbeschäftigte ihre neuen Büros. 50 Landtagsbeschäftigte sind nun wieder im Hauptgebäude statt in externen Liegenschaften untergebracht.

17. Juni

Die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft und die Fraktionschefin der GRÜNEN Sylvia Löhrmann teilen den Medien mit, dass sie die schwarz-gelbe Regierung ablösen und eine Minderheitsregierung bilden werden. Kraft begründet die Entscheidung mit Interviewäußerungen von FDP-Landeschef Andreas Pinkwart. Dieser habe die Koalition mit der CDU aufgekündigt. Damit gebe es in NRW keine handlungsfähige Regierung mehr. Rüttgers sei ein Regierungschef auf Abruf.

22. Juni

SPD und GRÜNE beginnen mit den Koalitionsverhandlungen. Drei Wochen später ist das Koalitionsabkommen ausgehandelt.

24. Juni

„Stuttgarter Erklärung“ der Parlamentspräsidenten: Mehr Einwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten auf der europäischen wie auch auf bundesstaatlicher Ebene fordert die Konferenz der 16 Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente auf ihrer Konferenz in Stuttgart.

13. Juli

Die Abgeordneten wählen Eckhard Uhlenberg (CDU) zum neuen Landtagspräsidenten. Dem Präsidium gehören außerdem an: Carina Gödecke (1. Vizepräsidentin, SPD), Oliver Keymis (2. Vizepräsident, GRÜNE), Angela Freimuth (3. Vizepräsidentin, FDP) sowie Gunhild Böth (4. Vizepräsidentin, LINKE).



Jürgen Rüttgers gratuliert seiner Nachfolgerin Hannelore Kraft.



Das neue Präsidium ist gewählt: v.l. 4. Vizepräsidentin Gunhild Böth (LINKE), Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU), 1. Vizepräsidentin Carina Gödecke (SPD), 2. Vizepräsident Oliver Keymis (GRÜNE), 3. Vizepräsidentin Angela Freimuth (FDP)

14. Juli

Hannelore Kraft ist Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Abgeordneten im Landtag wählen die Vorsitzende der SPD-Fraktion und SPD-Landesvorsitzende im zweiten Wahlgang mehrheitlich in das Amt der Regierungschefin. Damit ist die 49-jährige Sozialdemokratin die erste Frau an der Spitze einer nordrhein-westfälischen Landesregierung.

90 Abgeordnete geben der SPD-Kandidatin in geheimer Wahl ihre Stimme. 80 Abgeordnete stimmen gegen sie, 11 enthalten sich der Stimme. So kann Kraft im zweiten Wahlgang die laut Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreichen. Zuvor hatte sie im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit (91 Stimmen) um eine Stimme verfehlt und damit 90 Stimmen (bei 81 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen) erhalten.

15. Juli

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stellt dem Landtag Nordrhein-Westfalen ihr Kabinett vor. Der neuen Landesregierung gehören neben der Regierungschefin 11 Ministerinnen bzw. Minister und ein Parlamentarischer Staatssekretär an. Landtagspräsident Eckard Uhlenberg vereidigt die Mitglieder der Landesregierung.



Die Landesregierung im Plenarsaal nach der Vereidigung

16. Juli

„Rückabwicklung“ oder „Fortschritt“? Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN sowie die der Linken betonen in ihren Gesetzentwürfen die Notwendigkeit der Novellierung des Schulgesetzes. Sie sprechen sich für die Abschaffung der Kopfnoten sowie der verbindlichen Grundschulempfehlung, die Wiedereinführung der Grundschulbezirke sowie der Drittparität von Schülern in der Schulkonferenz aus. CDU und FDP werfen ihnen und der neuen Landesregierung eine rückwärtsgerwandte und unzeitgemäße Schulpolitik vor.

26. Juli

Landtag legt Kondolenzbuch aus. Mit tiefer Trauer und großer Bestürzung haben die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen auf das Unglück während der Großveranstaltung „Loveparade“ in Duisburg reagiert.



Die neue Ministerpräsidentin

2010



Der Duisburger OB Sauerland wird in einer Sondersitzung des Innenausschusses zur Loveparade-Katastrophe befragt.

4. August

In einer Sondersitzung fragen die Mitglieder des Innenausschusses nach Ursachen für die Katastrophe bei der Duisburger Loveparade am 24. Juli 2010. Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie der Polizei informieren die Abgeordneten über ihre aktuellen Kenntnisse zum Unglück mit 21 Toten und über 500 Verletzten.

24. August

Studie belegt Erfolg des Jugend-Landtags: Als Folge des Jugend-Landtags sind 27 % der Teilnehmer in eine Partei eingetreten und wollen dort aktiv politisch tätig sein. Des Weiteren gaben über 70 % an, dass sich ihr politisches Interesse durch ihre Teilnahme auch langfristig gesteigert habe. Zu diesen Erkenntnissen ist eine politikwissenschaftliche Arbeit gelangt.

15. September

Regierungserklärung: Einen „neuen Stil des Regierens“ kündigt Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in ihrer Regierungserklärung an. Zum ersten Mal habe NRW eine Minderheitsregierung; dies sei Herausforderung für Regierung und Opposition gleichermaßen: „Beide haben die Chance, bei den Bürgerinnen und Bürgern Respekt, Anerkennung und Zustimmung zu erwerben, wenn sie mit dieser Situation verantwortungsvoll umgehen.“ Fünf wesentliche Ziele nennt die Ministerpräsidentin: Kein Kind solle zurückgelassen werden. NRW solle zum ökologischen Vorreiter werden. Das Prinzip „gute Arbeit“ werde im Land und im Bund durchgesetzt. Um den Verkehrskollaps zu vermeiden, solle eine große Verkehrskonferenz Zukunftslösungen erarbeiten. Der soziale Zusammenhalt durch das Ehrenamt werde durch eine Woche des Ehrenamtes unterstrichen.



Die Ministerpräsidentin bei ihrer Regierungserklärung

2010: Was sonst noch geschah

21. März

In Island bricht ein Vulkan unter dem Eyjafjallajökull-Gletscher zum ersten Mal seit 1823 wieder aus und beeinträchtigt den europäischen Flugverkehr.

2. April

In Afghanistan gerät eine Bundeswehr-Patrouille in der Nähe von Kundus in einen Hinterhalt der Taliban. Drei deutsche Soldaten sterben, fünf weitere werden schwer verletzt. Einige Tage später werden erneut vier deutsche Soldaten getötet und fünf verletzt.

10. April

Der polnische Präsident Lech Kaczyński kommt bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe der russischen Stadt Smolensk mit 96 weiteren Menschen ums Leben.

20. April

Im Golf von Mexiko explodiert die Bohrinsel „Deepwater Horizon“, gerät in Brand und geht schließlich unter. Elf der 120 Arbeiter sterben, rund 800.000 Liter Rohöl laufen täglich aus. Das Schließen des Lecks gelingt erst im September endgültig.

6. Mai

Bei den Parlamentswahlen in Großbritannien erhalten die Konservativen die meisten Stimmen. Nachfolger von Premierminister Gordon Brown (Labour) wird David Cameron in einer Koalition aus Konservativen und Liberalen.

31. Mai

Bundespräsident Horst Köhler tritt mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurück. Als Grund führt er fehlenden Respekt vor dem Amt des Bundespräsidenten an.

31. Mai

Israelische Spezialeinheiten entern Schiffe der „Free-Gaza-Flotte“ in internationalen Gewässern, wobei es zu Auseinandersetzungen kommt. Neun türkische Staatsbürger werden getötet.

9. Juni

Der UN-Sicherheitsrat verschärft die wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Iran und drängt auf die Ratifizierung des Vertrags über das Verbot von Nuklearversuchen.

17. Juni

In Schweden wird mit knapper Mehrheit der 1980 beschlossene Atomausstieg aufgehoben.



In der Aussprache über die Regierungserklärung prallen die Meinungen aufeinander: (v.l.n.r.) CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann, Norbert Römer, Fraktionsvorsitzender der SPD, Reiner Priggen, der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Fraktionsvorsitzender Dr. Gerhard Papke (FDP) und der Fraktionsvorsitzende der Linken, Wolfgang Zimmermann.

16. September

Aussprache über die Regierungserklärung: „Ihrer Regierungserklärung fehlt die Substanz“, konstatiert der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann. NRW stehe vor großen Herausforderungen. Die Schulden aus der Weltwirtschaftskrise müssten zurückgefahren werden; der Sozialstaat müsse den demografischen Wandel meistern; der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft müsse weitergehen; NRW müsse sich zum ökologischen Industrieland wandeln; die Kommunen bräuchten wieder finanziellen Gestaltungsspielraum. Norbert Römer,

Vorsitzender der SPD-Fraktion, dagegen sieht Laumann in alten Ritualen. Die Landesregierung mit Hannelore Kraft werde den Regierungsauftrag erfüllen, den Menschen in den Mittelpunkt stellen und die anderen Fraktionen wie auch gesellschaftlichen Gruppen immer wieder dazu einladen, gemeinsam Lösungen zu finden. GRÜNEN-Fraktionschef Reiner Priggen fordert eine Debatte in der Schulpolitik „ohne ideologische Scheuklappen“. Mit Blick auf den Industriestandort NRW unterstreicht er die Notwendigkeit einer ökologischen, industriellen Revolu-

tion. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Gerhard Papke wirft der Ministerpräsidentin „schweren Wahlbetrug“ vor; sie sei mithilfe einer Tolerierung durch die Linksfraktion ins Amt gekommen. Die Regierung starte mit einer „Bankrotterklärung“ in die Haushalts- und Finanzpolitik. Die Fraktionschefin der Linken, Bärbel Beuermann, hofft, dass der von Kraft angekündigte neue Regierungsstil eine „echte Chance“ für die Menschen in NRW sein könnte. Von einer „tatsächlichen politischen Wende“ könne sie allerdings bisher noch nichts spüren.

30. Juni

Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff wird von der Bundesversammlung in Berlin im dritten Wahlgang zum Bundespräsidenten gewählt.

30. Juli

Anhaltende Hitze und Trockenheit lösen in Russland riesige Waldbrände aus. Moskau versinkt tagelang in dichtem Smog.

5. August

In Chile werden 33 Bergleute im Norden des Landes verschüttet. Erst nach 69 Tagen können die Bergleute aus 600 Metern Tiefe befreit werden.

19. August

Die letzte große US-Kampfbrigade verlässt den Irak. US-Präsident Obama erklärt den Krieg für beendet, der siebeneinhalb Jahre gedauert hat und bei dem 4.400 Amerikaner gefallen sind und 32.000 verwundet wurden.

25. August

Der erste Bürgermeister von Hamburg Ole von Beust legt sein Amt nieder.

31. August

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch zieht sich aus der Politik zurück.

5. September

Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP einigt sich auf eine längere Laufzeit von Atomkraftwerken.

16. September

Auf Einladung der britischen Königin besucht Papst Benedikt XVI. Großbritannien. Es ist der erste Staatsbesuch eines Papstes seit dem Bruch König Heinrichs VIII. mit Rom und der Gründung der anglikanischen Kirche im 16. Jahrhundert.

30. September

Die monatelangen Auseinandersetzungen um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ schlagen in Gewalt um. Die Polizei geht gegen tausende von Demonstranten vor, die den Schlosspark besetzen, um die Abholzung des alten Baumbestandes zu verhindern.

17. bis 19. September

NRW-Tag in Siegen.

29. September

Schulden spalten Landtag: Die neuen Schulden seien notwendig zum Stopfen der Löcher, die die Vorgängerregierung hinterlassen habe, begründet die neue rot-GRÜNE Landesregierung den im Parlament eingebrachten Nachtragshaushalt. „Aufgabe der Haushaltskonsolidierung“ und mangelnder Sparwille entgegnet die schwarz-gelbe Opposition. Die Linke fordert vor allem die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen.



Abstimmung in der Plenarsitzung des Jugend-Landtages

30. September

Turboabitur: Im Mittelpunkt der hitzigen Debatte stehen die Pläne der rot-GRÜNEN Landesregierung, die einzelnen Gymnasien in einem Schulversuch selbst zwischen G8 und G9 wählen zu lassen. Die CDU-Fraktion fordert das Kabinett auf, seinen „Zickzack-Kurs“ zu beenden.

Mit dem Parlamentarischen Abend „Landeshauptstadt Düsseldorf“ wird eine bewährte Tradition fortgeführt. Zum achten Mal kommen Landtag, Landesregierung, Rat und Verwaltung der Stadt Düsseldorf und viele weitere Personen des öffentlichen Lebens zusammen.

7. bis 9. Oktober

Drei Tage verwandelt sich der Landtag in eine große politische Probestühne für Jugendliche. Der 3. Jugend-Landtag NRW fordert Schuldenabbau und Ökopapier. Das Thema Europa soll verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen und Ehrenämter sollen gefördert werden.

27. Oktober

Auch in diesem Jahr sind die besuchsoffenen Sonntage im Parlamentsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer auf reges Interesse gestoßen: Seit Juni kamen rund 6.000 Bürgerinnen und Bürger, um sich ein Bild von der Arbeit der 181 Landtagsabgeordneten zu verschaffen und einen Blick hinter die Kulissen des Parlamentsgeschehens zu werfen.

29. Oktober

Sondersitzung des Landtags zur Finanzlage der Kommunen. Die Fraktionen sind sich einig im Ziel, den Kommunen zu helfen, jedoch uneinig über den Weg. Unterschiedliche Meinungen gibt es auch über die Ursachen der bedrohlichen Situation: Sind diese eher konjunkturell oder doch eher strukturell bedingt?

2. Dezember

U3-Betreuung: 150 Millionen Euro will die Landesregierung über den Nachtragshaushalt zusätzlich in den Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen (U3) stecken. Nur so lasse sich die von Schwarz-Gelb verursachte Deckungslücke schließen und 1.300 bereits begonnene Bauprojekte vor dem Ruin retten. Das Finanzierungsloch existiere überhaupt nicht, kritisiert hingegen die CDU-Fraktion und wirft Familienministerin Schäfer vor, den Finanzminister belogen zu haben.

Streitigkeiten über ein Abstimmungsergebnis (Antrag von CDU und FDP zum Polizei-

2010

2010: Was sonst noch geschah

12. Oktober

In Frankreich protestieren landesweit mehrere Millionen Menschen gegen die Anhebung des Rentenalters von 60 auf 62 Jahre.

23. Oktober

Auf der Internetplattform „Wikileaks“ werden Hunderttausende Akten der US-Armee zum Irakkrieg veröffentlicht. Wikileaks-Gründer Julian Assange wird kurz darauf mit internationalem Haftbefehl gesucht, da er in Schweden zwei Frauen sexuell missbraucht haben soll.

21. November

Irland beantragt einen Notfallkredit bei der EU und beansprucht damit als erstes Land den EU-Rettungsschirm, der nach der Griechenland-Krise eingerichtet wurde.

29. November

In Cancun/Mexiko beginnt der UN-Klimagipfel, bei dem 194 Staaten antreten, um ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu erreichen. Das Treffen geht ohne konkrete Ergebnisse zu Ende.

4. Dezember

Bei „Wetten dass...?“ verletzt sich ein junger Wettkandidat schwer.

17. Dezember

Die Gesellschaft für deutsche Sprache bestimmt „Wutbürger“ zum Wort des Jahres.

Einsatz bei den Castor-Transporten) führen zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder zum sogenannten Hammelsprung – die knappen und schwierigen Mehrheitsverhältnisse im Landtag NRW werden offenkundig.

3. Dezember

Landtag fordert Aufklärung zur Kostensteigerung beim geplanten Landesarchiv. Eine Kostensteigerung für Planung und Bau von 30 Millionen Euro auf das Dreifache oder sogar mehr, gibt Anlass zu Kritik.

15. Dezember

Mit dem vierten Schulrechtsänderungsgesetz nehmen SPD und GRÜNE bei Enthaltung der LINKEN und gegen CDU und FDP Vorschriften bei der Grundschulempfehlung und beim Prognoseunterricht zurück. Auch die

Kopfnoten werden wieder abgeschafft. Schülerinnen und Schüler sowie Eltern erhalten über eine Drittparität wieder mehr Mitspracherecht in der Schule.

16. Dezember

Kontroverse Debatte über den Nachtragshaushalt: Als Schlussbilanz der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung verstehen ihn die Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN. Er sei notwendig, um Finanzlücken zu schließen. Der Nachtragshaushalt weiche völlig vom bisherigen Kurs der Haushaltskonsolidierung ab, entgegnet CDU und FDP. Die Linken betonen die Notwendigkeit eines Politikwechsels, um die Spielräume für einen sozial-ökologischen Umbau zu erweitern.

16. Dezember

SPD, GRÜNE und LINKE nehmen mit dem Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefortschrittsrechts die Beschränkung wirtschaftlicher Betätigung für die Stadtwerke durch CDU und FDP aus der vergangenen Wahlperiode zurück. Die Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung wird in die Gemeindeordnung eingefügt.



Erstmals seit 1992 praktiziert: der Hammelsprung

2011

19. Januar

Nach Dioxinfunden in Futtermitteln wollen Bund und Länder in einem Aktionsplan die Produktionsabläufe für Industriestoffe und Lebensmitteln trennen. Umweltminister Remmel sieht darin einen „Wendepunkt“ und fordert mehr nachhaltige, tierfreundliche und ökologische Produktionsverfahren. CDU und FDP halten dagegen: Mit mehr „Öko“ seien 18 Millionen Menschen nicht zu ernähren.

Bei einem Antrag der FDP-Fraktion ist erneut das Abstimmungsergebnis durch einfaches Auszählen nicht feststellbar: Landtagspräsident Uhlenberg ordnet den Hammelsprung an.

1. Februar

Die Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ konstituiert sich. Vorsitzende wird Daniela Schneckenburger, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Bernhard Schemmer (CDU-Fraktion).

2. Februar

Der Streit um den Nachtragshaushalt 2010 geht weiter: Gut eine Woche, nachdem Finanzminister Norbert Walter-Borjans mitgeteilt hat, 1,3 Milliarden Euro weniger Schulden machen zu müssen, beschäftigt sich der Landtag erneut mit der rot-GRÜNEN Haushaltspolitik. Es sei unglaublich, dass die Regierung von der neuen Bilanzlage tatsächlich überrascht worden sei, kritisiert die FDP. Vielmehr habe sie Informationen bewusst zurückgehalten und so das Parlament getäuscht. Den Antrag, dieses Verhalten zu missbilligen, lehnt der Landtag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und Linken ab.

10. Februar

Zu Gast im Landtag NRW: der Bundesratspräsident der Republik Österreich Gottfried Kneifel und der Landeshauptmann des Bundeslandes Oberösterreich Dr. Josef Pühringer.



Gedenkfeier für den verstorbenen Landtagspräsidenten Karl Josef Denzer

16. Februar

Mit Trauer nehmen die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen die Nachricht vom Tode des früheren Parlamentspräsidenten Karl Josef Denzer (1985 – 1990) auf, der im Alter von 85 Jahren gestorben ist.

17. Februar

Der ungarische Botschafter Dr. Jozsef Czukur spricht im Europa-Ausschuss im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa erleben“ über die inhaltlichen Schwerpunkte der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2011.



Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg und die 1. Vizepräsidentin Carina Gödecke empfangen die österreichischen Gäste.

2011

23. Februar

Landeshaushalt 2011 – Vorsorge oder Etikettenschwindel? Bei der 1. Lesung des Landeshaushalts, der 55,8 Milliarden Euro umfasst, wirbt die Landesregierung für eine vorsorgende Sozialpolitik und nimmt dafür etwa 7,1 Milliarden Euro neue Schulden auf. Später, so argumentiert sie, zahlten sich Zukunftsinvestitionen nicht nur sozialpolitisch, sondern auch ökonomisch aus. CDU und FDP kritisieren die aus ihrer Sicht verheerende Verschuldungspolitik, die LINKE erkennt Schnittmengen mit der Regierungspolitik.

24. Februar

SPD, GRÜNE und LINKE schaffen die von CDU und FDP eingeführten Studienbeiträge wieder ab.

25. Februar

Die beiden Oppositionsfraktionen von CDU und FDP warnen die rot-GRÜNE Koalition vor einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 %. SPD und GRÜNE erinnern an die notwendige Haushaltskonsolidierung, die Linken unterstützen Steuererhöhungen.

15. März

Der Verfassungsgerichtshof gibt der Klage von CDU und FDP statt und erklärt den Nachtragshaushalt 2010 für verfassungswidrig und damit für nichtig.

15. März

Die tiefempfundene Anteilnahme mit der japanischen Bevölkerung bringt Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg gegenüber dem japanischen Generalkonsul Kiyosui Koinuma angesichts der furchtbaren Katastrophen in Japan zum Ausdruck.

22. März

Sondersitzung zum Haushalts-Urteil. Über Konsequenzen aus der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, den Nachtragshaushalt 2010 wegen zu vieler neuer Schulden für verfassungswidrig zu erklären, diskutiert der Landtag NRW.

30. März

Unter dem Eindruck der Katastrophe in Fukushima positionieren sich die Fraktionen zur Zukunft der Energieversorgung im Rahmen einer Aktuellen Stunde. SPD und GRÜNE wollen den Beweis antreten, dass im Industrieland NRW eine sichere Energieversorgung auch ohne Atomkraft möglich sei und sehen bei Energieeinsparung und Energieeffizienz den größten Handlungsbedarf. Die CDU verweist auf einen notwendigen europäischen Dialog, der alle Reaktoren in der Umgebung berücksichtigen müsse. Die FDP prognostiziert, ein schneller Ausstieg werde zu steigenden Strompreisen führen, einen Ausbau der Stromnetze erfordern und Kohlekraftwerke wieder attraktiver machen. Die LINKE fordert den sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft, auch aus Forschung und Export.

31. März

Der Landtag debattiert über die Integration von Muslimen in NRW. Zwischen 1,3 und 1,5 Millionen von ihnen leben derzeit im bevölkerungsreichsten Bundesland, teilt Integrationsminister Guntram Schneider die Ergebnisse einer vom Land in Auftrag gegebenen Studie mit.

2011: Was sonst noch geschah

1. Januar

Deutschland zieht als nichtständiges Mitglied für zwei Jahre in den UN-Sicherheitsrat ein.

3. Januar

In Deutschland treten die vorerst letzten Wehrpflichtigen ihren Dienst an.

13. Januar

Die Havarie des Tankmotorschiffs „Waldhof“ auf dem Rhein bringt den Schiffsverkehr für einige Wochen zum Erliegen.

14. Januar

In Tunesien siegt die Jasminrevolution. Der tunesische Staatspräsident Ben Ali verlässt nach einer vier Wochen anhaltenden Protestwelle gegen seine Herrschaft das Land.

21. Januar

Nach mehreren Vorfällen auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“ suspendiert Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg dessen Kommandanten.

11. Februar

Muhammad Husni Mubarak tritt nach langen und massiven Protesten der Bevölkerung als Staatspräsident Ägyptens zurück.

1. März

Karl-Theodor zu Guttenberg tritt wegen der „Plagiatsaffäre“ als Minister zurück.

11. März

In der Nähe der japanischen Ostküste erreicht ein Erdbeben die Stärke von 9,0 und löst einen Tsunami aus, der über 15.000 Tote fordert. Blöcke des Atomkraftwerks Fukushima zerbrechen und verseuchen die Region mit radioaktiven Strahlungen.

19. März

Legitimiert durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrats greifen Frankreich und andere Staaten mit Luftangriffen in den Bürgerkrieg in Libyen ein. Deutschland hatte sich enthalten.



Bei der Nacht der Museen ist der Landtag für die Kunstinteressierten ein gefragtes Ziel.

2011

10. Mai

Parlamentarischer Abend der Europa-Union im Landtag NRW: Europas Stärken deutlich machen.

11. Mai

Mobile Computer dürfen künftig von den Abgeordneten und den Mitgliedern der Landesregierung während der Plenarsitzungen des Landtags NRW genutzt werden. Dabei ist die Nutzung auf sogenannte Tablet-PC beschränkt, die geräuschlos ohne Lüfter oder mechanische Tastatur laufen und keinen aufklappbaren Bildschirm haben.

4. April

Über 3.400 Gäste bei der Nacht der Museen im Landtag NRW informieren sich bis zwei Uhr nachts über die dort ausgestellten Werke von Künstlern wie Günther Uecker, Jörg Immendorff, Emil Schumacher, Heinz Mack, Otto Piene, Ewald Mataré, über die Parlamentsarchitektur sowie die Kunst der Politik, spricht die Arbeit der Abgeordneten.

14. April

Eine hochrangige Delegation aus der chinesischen Provinz Shanxi mit dem Generalparteisekretär der Provinz, Chunqing Yuan, und mehreren Ministern spricht mit Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke über die Intensivierung der Beziehungen zwischen der chinesischen Provinz und NRW.

15. April

Die Stichwahl bei der Wahl der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und LINKE gegen die Stimmen der CDU wieder eingeführt.

Atomkugeln: Sorgfalt oder Manipulation? – CDU und FDP werfen der Regierung bewusste Täuschung vor in der Diskussion über den Verbleib von Brennelementkugeln des Forschungsreaktors Jülich. Die Wissenschaftsministerin habe die Öffentlichkeit falsch informiert und damit verängstigt. Auch die Fraktion der LINKEN sieht weiteren Aufklärungsbedarf über das Handeln der Landesregierung. Diese weist die geäußerten Vorwürfe zurück.

18. Mai

Der Landeshaushalt für das laufende Jahr 2011 ist mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der LINKEN und gegen die Stimmen von CDU und FDP beschlossen. Das Volumen beträgt rund 55,3 Milliarden Euro, davon rund 4,8 Milliarden Euro über neue Schulden.

Auf Antrag aller Fraktionen setzt der Landtag einen Untersuchungsausschuss in Sachen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) ein. Das parlamentarische Gremium soll Licht in die Vorgänge um vier Immobilien bringen, bei denen entweder die Kosten aus dem Ruder gelaufen oder die Abläufe nicht nachvollziehbar sind. Es geht um das Landesarchiv in Duisburg, Schloss Kellenberg, das Polizeipräsidium Köln-Kalk und die Fachhochschule Köln. Die Vorwürfe gegen den BLB lauten: unwirtschaftliche Einkäufe, mangelhafte Dokumentation und Korruption. →

2011: Was sonst noch geschah

27. März

Landtagswahlen in Baden-Württemberg: Die CDU muss in die Opposition. GRÜNE und SPD bilden die Koalitionsregierung mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

9. April

In einem Volksentscheid lehnen die Isländer Entschädigungszahlungen für ausländische Kunden der Internetbank Icesave ab.

1. Mai

Osama bin Laden wird bei einer US-Militäraktion getötet.

13. Mai

Die FDP versucht mit Philipp Rösler den Neustart. Guido Westerwelle kandidiert nach 10 Jahren nicht mehr für den FDP-Vorsitz.

14. Mai

Der Chef des Internationalen Währungsfonds Dominique Strauss-Kahn wird in New York wegen des Verdachts auf ein Sexualdelikt festgenommen.

31. Mai

Der Wettermoderator Jörg Kachelmann wird wegen begründeter Zweifel an seiner Schuld vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen.

6. Juni

Das Bundeskabinett einigt sich auf ein Gesetzespaket zum vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie. Am 30. Juni stimmt der Bundestag dem Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 mit breiter Mehrheit zu.

Das Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren verabschieden SPD, GRÜNE und LINKE gegen CDU bei Enthaltung der FDP. Damit wird die Abwahl erleichtert. Bis dato mussten die kommunalen Räte mit Zweidrittelmehrheit die Weichen für eine Abstimmung durch die Bürgerinnen und Bürger stellen.

19. Mai

Ein weiterer Untersuchungsausschuss soll die Informationspolitik unter die Lupe nehmen, die die Landesregierung bei angeblich verschwundenen Graphit-Brennelementekugeln aus dem Forschungsreaktor des Forschungszentrums Jülich gegenüber Landesparlament und Öffentlichkeit an den Tag gelegt hat.

1. Juni

Mit „Literatur im Landtag“ beginnt eine neue Veranstaltungsreihe im NRW-Parlament. Sie widmet sich gesellschaftspolitischen Fragen im Spiegel der Literatur und setzt sich zum Auftakt mit dem Werk von Heinrich Böll auseinander.

14. Juni

Das nordrhein-westfälische Landtagsgebäude ist bei einer „Störfall-Übung“ vollständig geräumt worden. Mit einer Durchsage über die Hausruf- und Alarmierungsanlage wurden um 10.30 Uhr alle sich im Gebäude aufhaltenden Personen aufgefordert, das Haus auf den dafür vorgesehenen Fluchtwegen zu verlassen und sich auf der Wiese vor dem Landtag zu versammeln.

29. Juni

Gegen die Stimmen von CDU und FDP ändert der Landtag das Personalvertretungsgesetz, führt damit frühere Mitbestimmungsregelungen wieder ein und verbessert darüber hinaus die Beteiligungsrechte der Personalräte.



Im Lesesaal der Landtagsbibliothek: „Literatur im Landtag“

30. Juni

Die WestLB ist Geschichte: Weder die Anträge von CDU, von FDP noch von SPD und GRÜNEN zum Restrukturierungsplan der WestLB finden zunächst eine Mehrheit. Schließlich einigen sich CDU, SPD und GRÜNE auf einen neuen gemeinsamen Antrag, der gegen die Stimmen von FDP und Linken angenommen wird. Finanzminister Norbert Walter-Borjans: „Wir besiegeln das Schicksal einer immer noch großen und einst auch sehr stolzen Bank.“

Das Kraftwerk Datteln spielt eine zentrale Rolle in den Diskussionen über die Wirtschafts- und Energiepolitik in NRW. Der unterbrochene Bau des Steinkohlekraftwerks steht für CDU und FDP für die industriefeindliche Position von SPD und GRÜNEN. Diese werfen wiederum Schwarz-Gelb bei Datteln Planungsversagen vor.



Im Empfangsraum begrüßt Landtagspräsident Uhlberg den Bundespräsidenten.

4. Juli

Mit der neuen Veranstaltungsreihe „Landtag unterwegs“ reist das fünfköpfige Präsidium des Parlaments nun regelmäßig in die Landschaften und Wirtschaftsräume des Landes. Den Anfang macht Südwestfalen.



Das Präsidium in Südwestfalen

13. Juli

Bundespräsident Christian Wulff besucht Nordrhein-Westfalen. Im Landtag sind seine Gesprächspartner nicht nur Landespolitiker, sondern auch Schülerinnen und Schüler, die am Informationsprogramm des NRW-Parlaments teilnehmen.



Im Plenarsaal absolvieren Schulklassen ein Besuchsprogramm; der Bundespräsident spricht im Beisein der Ministerpräsidentin und des Präsidiums kurz zu den Schülerinnen und Schülern.

14. Juli

4. Jugend-Landtag NRW: 181 Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen nehmen im nordrhein-westfälischen Parlamentsgebäude drei Tage lang die Plätze der Landtagsabgeordneten ein.

19. Juli

Landtag startet Bewegtbild-Angebot. Auf der Internetseite vermitteln Videos Eindrücke der parlamentarischen Arbeit, über Veranstaltungen im Landtag oder über das Parlamentsgebäude.

20. Juli

Nach jahrzehntelangem Meinungsstreit über die Ausgestaltung des Schulwesens verkünden CDU, SPD und GRÜNE gemeinsam einen Schulkonsens: Zu Gymnasium, Real-, Gesamt- und Hauptschule soll eine neue Schulform, die Sekundarschule, hinzukommen. Die Kinder sollen in der fünften und sechsten Klasse gemeinsam unterrichtet werden, danach liegt die Entscheidung beim Schulträger, ob die Jugendlichen gemeinsam, teilweise gemeinsam oder nach Bildungsgängen getrennt lernen.

SPD, GRÜNE und LINKE erhöhen die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 % und wollen damit die Finanzlage des Landes verbessern.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
15. Wahlperiode

Drucksache **15/3043**
19.10.2011

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Gesetz zur Weiterentwicklung der Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen (6.
Schulrechtsänderungsgesetz) Gesetzentwurf, Drucksache 15/2767 und Berichtigung,
Drucksache 15/2900 und
zum Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
Gesetzentwurf, Drucksache 15/2768

Schulkonsens für Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen

I. Der Landtag stellt fest:

Die Menschen, Schulen und Kommunen erwarten Klarheit über den landesgesetzlichen Rahmen der Schulentwicklung. Die Bildungskonferenz hat in einem bis dato nicht erreichten breiten Konsens die Landespolitik aufgefordert zu handeln und konkrete Empfehlungen hierzu gegeben.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, der CDU-Landesvorsitzende Dr. Norbert Röttgen, der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann sowie Schulinistern Sylvia Löhmann haben unter Einbeziehung der schulpolitischen Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker der Landtagsfraktionen Klaus Kaiser (CDU), Sören Link (SPD) und Sigrid Beer (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) folgende „Gemeinsame Leitlinien für die Gestaltung des Schulsystems in Nordrhein-Westfalen“ erarbeitet und am 19. Juli 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt:

*„Schulpolitische Konsens für Nordrhein-Westfalen
Gemeinsame Leitlinien von CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
für die Gestaltung des Schulsystems in Nordrhein-Westfalen“*

CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen vereinbaren folgende Leitlinien für die Gestaltung des Schulsystems in Nordrhein-Westfalen:

Datum des Originals: 19.10.2011/Ausgegeben: 20.10.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40100 Düsseldorf Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 894 - 2430, zu beziehen. Der Internetlink <http://www.landtag.nrw.de> ist auch möglich über das Internetangebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

22. Juli

Das KiBiz-Änderungsgesetz ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP in 3. Lesung verabschiedet worden. Mit dem Gesetz wird u.a. die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung eingeführt. Diese Regelung soll bereits für das Kindergartenjahr 2011/2012 in Kraft treten.

1. September

Lob und Anerkennung spricht Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg den in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrsoldaten und Polizisten aus. Uhlenberg informiert sich auf Einladung von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière im afghanischen Masar-e-Sharif über die Situation der deutschen Einsatzkräfte.

2011: Was sonst noch geschah

10. Juni

49 Menschen sterben durch den Darmkeim EHEC. Das gefährliche Bakterium hat sich über Sprossen verbreitet.

12. Juni

Türkei: klarer Wahlsieg für Erdogans AKP.

22. Juli

Bei einem Bombenanschlag im Osloer Regierungsviertel und einem Überfall auf ein Ferienlager der sozialdemokratischen Jugendorganisation sterben 77 Menschen. Die Polizei nimmt den Täter, den norwegischen Rechtsradikalen Andreas Breivik, fest.

6. August

Nach der Tötung eines 29-Jährigen durch die Polizei brechen in mehreren Londoner Stadtteilen schwere Krawalle aus.

1. September

In der Europäischen Union tritt ein Herstellungs- und Vertriebsverbot für herkömmliche 60-Watt-Glühlampen in Kraft.

23. September

Der palästinensische Präsident Abbas beantragt vor der UN-Vollversammlung in New York die Vollmitgliedschaft für Palästina in den Vereinten Nationen.

7. Oktober

Das türkische Parlament hebt den Rockzwang für weibliche Abgeordnete auf. Künftig dürfen Frauen dort Hosen tragen.

11. Oktober

Die ehemalige ukrainische Regierungschefin Julia Timoschenko wird wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt.

18. Oktober

Nach über fünf Jahren als Geisel der radikal-islamischen Hamas kommt der israelische Soldat Gilad Schalit frei. Israel lässt 1.027 palästinensische Häftlinge frei.

20. Oktober

Der libysche Staatschef Muammar al-Ghaddafi wird in Sirte getötet.

26. Oktober

31 Standorte der Bundeswehr werden geschlossen.

27. Oktober

Die Euroländer vereinbaren in Brüssel ein Maßnahmenpaket gegen die Schuldenkrise.

16. November

Der frühere EU-Kommissar Mario Monti wird als italienischer Ministerpräsident vereidigt.

9. September

Sondersitzung zum Schulkonsens: CDU, SPD und GRÜNE legen den Gesetzentwurf für die zusätzliche neue Schulform „Sekundarschule“ vor. Der zweite Gesetzentwurf hat zum Ziel, die in der Landesverfassung festgeschriebene Garantie für die Hauptschule aufzuheben.

28. September

SPD, GRÜNE und Linke kritisieren die Unterzeichnung des Steuerabkommens mit der Schweiz durch das Bundesfinanzministerium. NRW-Finanzminister Dr. Walter-Borjans fordert zügiges Nachverhandeln, mit dem Abkommen kämen Steuerbetrüger auch noch straffrei davon.

29. September

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur möglichen Korruption beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) konstituiert sich. Ausschussvorsitzender ist Peter Biesenbach (CDU). Er wird vertreten von Markus Töns (SPD). Der Auftrag lautet, die Sachverhalte „Neubau des Landesarchivs in Duisburg, Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums Köln-Kalk, Bauvorhaben Fachhochschule Köln, Schloss Kellenberg und weitere erkennbar werdende Sachverhalte, beispielsweise den Erwerb des Vodafone-Hochhauses, zeitlich und sachlich vollumfänglich aufzuklären und in diesem Zusammenhang die Strukturen des BLB NRW zu untersuchen“. Dabei soll u.a. auch die Rolle der Landesregierungen und der zuständigen Ministerien als Auftraggeber und Kontrollorgan des BLB untersucht und insbesondere geklärt werden, was die Landesregierungen unternommen haben, um Fehlentwicklungen beim BLB NRW entgegenzuwirken.

1. bis 3. Oktober

Hunderttausende besuchen den 6. NRW-Tag, der zusammen mit der Feier zum Tag der Deutschen Einheit in Bonn stattfindet. Dort präsentiert auch der Landtag sich und seine Arbeit.

17. Oktober

Landtag unterwegs: Nach seiner Reise durch Südwestfalen macht sich das Präsidium des Landtags erneut auf in die Region. Diesmal zum Niederrhein.

19. Oktober

Mit der einstimmigen Änderung der Gemeindeordnung wird den Städten, Gemeinden und Kreisen die Führung von Namenszusätzen zu ihren Namen ermöglicht.

20. Oktober

Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Schulstruktur, in 3. Lesung verabschiedet mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und DIE LINKE, verankert die Sekundarschule als weitere Schulform der Sekundarstufe I neben den heutigen Schulformen der Sekundarstufe (Hauptschule, Realschule) oder mit Sekundarstufe I und Sekundarstufe II (Gymnasium, Gesamtschule) im nordrhein-westfälischen Schulgesetz. In Verbindung damit ändern CDU, SPD und GRÜNE die Verfassung und streichen die institutionelle Garantie der Hauptschule. Stattdessen wird in die Landesverfassung aufgenommen, dass das Land ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen gewährleistet, das ein gegliedertes Schulsystem, integrierte Schulformen sowie weitere andere Schulformen ermöglicht. Auf diesen Konsens hatten sich die Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN bereits vor der Sommerpause verständigt und als Ende der jahrelangen schulpolitischen Auseinandersetzung gefeiert.



Tag der Deutschen Einheit und NRW-Tag in Bonn – Ministerpräsidentin Kraft, Schulministerin Löhrmann und Landtagspräsident Uhlenberg



Feierstunde im Plenarsaal anlässlich des vor 50 Jahren geschlossenen deutsch-türkischen Anwerbeabkommens

17. November

Die Aufdeckung der 13 Jahre lang in Deutschland mordenden und raubenden rechtsextremistischen Terroristen schockiert die Abgeordneten des Landtags NRW. CDU, SPD, GRÜNE und FDP hinterfragen dabei insbesondere die Rolle des Verfassungsschutzes in der Neonazi-Szene. Die Linksfraktion fordert dessen Auflösung und eine öffentliche Aufklärung, eventuell über einen Untersuchungsausschuss.

8. November

An das deutsch-türkische Anwerbeabkommen, das vor 50 Jahren geschlossen wurde, erinnern der Landtag und die Landesregierung NRW mit einer Feierstunde sowie einer Ausstellung mit dem Titel „50 Jahre Migration aus der Türkei: Geschichte, Gegenwart und Zukunft“.

10. November

Der Präsident der Tschechischen Republik Vaclav Klaus diskutiert mit dem Landtagspräsidentium über Fragen der europäischen Einigung. Er lehnt supranationale Einrichtungen und einen Integrationsprozess ab, der auf Gleichförmigkeit hinausläuft.

30. November

„Literatur im Landtag“: Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu liest aus seinem Roman „Ruß“. In der von Michael Serrer, Leiter des Literaturbüros NRW, moderierten Gesprächsrunde schildern Zaimoglu und die Journalistin Hatice Akyün das Arbeitermilieu, das beide mit ihren zugewanderten Familien vor allem in Duisburg kennengelernt haben.

2011



Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (li.) und Vaclav Klaus, Präsident der Tschechischen Republik

8. Dezember

In namentlicher Abstimmung verabschiedet der Landtag das Stärkungspaktgesetz, das Gemeinden mit besonders schwieriger Haushaltssituation durch Hilfen des Landes die Konsolidierung ermöglichen soll.

9. Dezember

Zum „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung“ unterzeichnen Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg, der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE, Geesken Wörmann, Daniel Kreutz, SoVD, sowie Robert Walter, Sozialverband VdK, eine Zielvereinbarung. Das NRW-Parlament wird sich mit Nachdruck für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung einsetzen.

Die Abgeordneten diskutieren über den Missbrauch von Antibiotika als Mastbeschleuniger in der Tiermast und fordern bundeseinheitliche Regelungen zu einer antibiotikafreien Mast. Die Einflussmöglichkeiten des Landes werden als gering eingeschätzt.

2011: Was sonst noch geschah

18. November

Als Konsequenz aus der Aufdeckung der Zwickauer Neonazi-Zelle einigen sich die Innenminister des Bundes und der Länder u.a. auf die Einrichtung eines sogenannten Abwehrzentrums Rechts.

27. November

Bei einem Volksentscheid votieren die Baden-Württemberger für das Bahnprojekt „Stuttgart 21“.



Der Raum der Stille im Landtag wird eröffnet: Prof. Gotthard Graubner, Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (rechts) und der Vorsitzende des Kulturausschusses, Dr. Fritz Behrens (SPD).

20. Dezember

Raum der Stille im Landtag Nordrhein-Westfalen: Dieser, künstlerisch gestaltet durch Prof. Gotthard Graubner, steht nicht nur den Abgeordneten und den Beschäftigten der

Fractionen und der Landtagsverwaltung, sondern auch Besucherinnen und Besuchern als Ort der Nachdenklichkeit und der Besinnung zur Verfügung.

21. Dezember

Das Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht, vorgelegt von den Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schafft die Grundlagen für einen islamischen Religionsunterricht für die über 320.000 Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften. Das Gesetz ist eine Übergangslösung, da die muslimische Religionsgemeinschaft bislang nicht nach den grundgesetzlichen Regelungen anerkannt ist. Die FDP enthält sich bei der Abstimmung; die LINKE lehnt das Gesetz ab.

Das Tarifreue- und Vergabegesetz verabschieden SPD, GRÜNE und LINKE gegen CDU und FDP. Das Gesetz legt soziale Standards fest, die bei der Durchführung öffentlicher Aufträge nicht unterschritten werden dürfen. In jeder Phase des Vergabeverfahrens sollen soziale,

13. Dezember

Bei einem Amoklauf in Lüttich werden sechs Menschen getötet und über 100 verletzt.

16. Dezember

Im Süden der Philippinen tobt ein Wüstenturm und fordert mehr als 1.000 Menschenleben.

24. Dezember

Der Schauspieler Johannes Heesters stirbt im Alter von 108 Jahren.

innovative, gleichstellungs- und integrationspolitische Aspekte sowie solche des Umweltschutzes und der Energieeffizienz berücksichtigt werden. Kernelement des Gesetzes ist die Verankerung einer an tariflichen Regelungen orientierten Mindestvergütung der in die Ausführung öffentlicher Aufträge einbezogenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Das Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren verabschieden SPD, GRÜNE und LINKE gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion. Das Sammeln der für die Rechtswirksamkeit eines Volksbegehrens nötigen Unterschriften soll erleichtert werden durch die Verlängerung der Eintragsfrist bei der amtlichen Unterschriftenliste von bisher acht auf 18 Wochen sowie durch Einführung der freien Unterschriftensammlung als Alternative zu der bisher ausschließlich vorgesehenen Eintragung in Rathäusern.

22. Dezember

In Zusammenhang mit den Morden des nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) unterrichtet die Landesregierung den Landtag über „Aufklärung und Bekämpfung rechtsterroristischer Straftaten“.

2011

2012: Was sonst noch geschah

3. Januar

Parlamentswahl in Ägypten: deutliche Mehrheit für Islamisten.

13. Januar

Das Kreuzfahrtschiff Costa Concordia sinkt vor der italienischen Küste: 32 Menschen verlieren ihr Leben. Erste Gutachten geben dem Kapitän die Hauptschuld an dem Unglück.

29. Januar

Das Hochdruckgebiet „Cooper“ vereist Europa. Während auf der zugefrorenen Alster und dem Bodensee Tausende feiern, fordert die Kälte auch ihre Opfer. Während der eisigen zwei Wochen sterben europaweit 600 Menschen.

2012

25. Januar

Trotz rückläufiger Schülerzahlen soll möglichst jede Kommune eine Grundschule haben. Alle Fraktionen tragen das Ziel und im Wesentlichen auch die Schritte dorthin mit und begrüßen die Erläuterungen der Schulministerin.

9. Februar

CDU und FDP werfen der Regierung Untätigkeit beim Trinkwasserschutz an der Ruhr vor. Die Regierung sieht ebenfalls Handlungsbedarf: Die Wasserwerke an der mittleren Ruhr müssten endlich die nötigen Ertüchtigungsmaßnahmen anpacken.

8. Februar

In einer Aktuellen Stunde verlangen SPD und GRÜNE, dass nach den Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern neu justiert wird. Die Zusammenarbeit der Ämter müsse optimiert werden.

Mit dem Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration, bei Enthaltung der LINKEN von den vier anderen Fraktionen verabschiedet, soll die integrationspolitische Infrastruktur in NRW gesichert und weiter optimiert werden.

In namentlicher Abstimmung ändert der Landtag mit 143 Stimmen gegen 32 Stimmen das Abgeordnetengesetz. Um eine Stabilisierung der Altersversorgung der Abgeordneten durch das Versorgungswerk zu erreichen, soll der Pflichtbeitrag zum Versorgungswerk zum 1. März 2012 von 1.614 auf 2.114 Euro erhöht werden.

Die Fraktionen von FDP und DIE LINKE stimmen geschlossen gegen den Gesetzentwurf, auch acht Abgeordnete der CDU-Fraktion stimmen mit Nein. Fünf Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben persönliche Erklärungen zu Protokoll.

24. Februar

Internationale Konferenz im Landtag: Über 140 Teilnehmer aus ganz Europa diskutieren über Minderheitenschutz. Die etwa 350 nationalen und ethnischen Minderheiten in den einzelnen Ländern Europas seien ein maßgeblicher Teil des kulturellen Reichtums, der als besonderer Vorzug Europas gelte.

28. Februar

Der Landtag NRW wählt die nordrhein-westfälischen Delegierten für die 15. Bundesversammlung. Nordrhein-Westfalen entsendet als bevölkerungsreichstes Bundesland 133 der insgesamt 1.240 Delegierten, die am 18. März den neuen Bundespräsidenten wählen werden.



Die Pressetribüne bei der Auflösung des Landtags

14. März

Der Landtag berät in 2. Lesung den Haushaltsentwurf 2012. CDU, FDP und LINKE stimmen gegen den Einzelplan des Innenministers und bringen damit den gesamten Etat zum Scheitern.



Konstituierende Sitzung des Ständigen Ausschusses

Danach löst sich der Landtag NRW auf Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN sowie auf Antrag der CDU-Fraktion auf. Für die Anträge auf Auflösung stimmen alle 181 Abgeordneten aus den fünf Fraktionen. Die Auflösung des Landtags ist in Artikel 35 der Landesverfassung geregelt. Innerhalb von 60 Tagen muss ein neuer Landtag gewählt werden.

21. März

Gemäß Artikel 40 der nordrhein-westfälischen Landesverfassung konstituiert sich im Landtag der Ständige Ausschuss. Den Vorsitz hat Landtagspräsident Uhlenberg. Nach der Auflösung des Landtags wahrt er die Rechte der Volksvertretung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags.

24. April

Das Präsidium des Landtags ruft die Bürgerinnen und Bürger in NRW dazu auf, am 13. Mai von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

30. April

Nacht der Museen: Mehr als 3.000 Gäste kommen ins NRW-Parlament und informieren sich über die Werke von Künstlern wie Günther Uecker, Jörg Immendorff oder Emil Schumacher.



Blick in den Plenarsaal nach dem Auflösungsbeschluss

2012



Das ARD-Wahlstudio in der Bürgerhalle

13. Mai

NRW geht wählen. Rund 13,2 Millionen Wählerinnen und Wähler entscheiden über die Zusammensetzung des neuen Landtags NRW. Über 3.000 geladene Gäste, darunter über 1.000 Journalistinnen und Journalisten aus

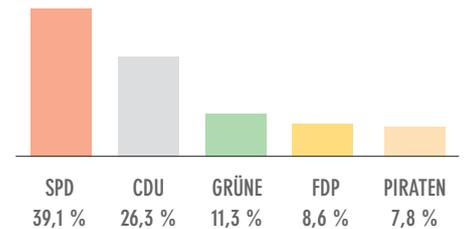
dem In- und Ausland, erwarten im Düsseldorfer Parlamentsgebäude das Ergebnis der Wahl:

Rund 7,8 Millionen Menschen machen von ihrem Wahlrecht Gebrauch und bestimmen die

Zusammensetzung des Landtags. Die SPD ist die stärkste Partei mit 39,1 % der Wählerstimmen. Das bedeutet, dass die SPD 99 Abgeordnete im neuen NRW-Parlament haben wird (bisher 67). Auf die CDU entfallen 26,3 %.



Die Siegerinnen stehen fest: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihre Stellvertreterin Sylvia Löhrmann (GRÜNE).



Das sind wie bisher 67 Abgeordnete. Bündnis 90/DIE GRÜNEN erzielen 11,3 % und sind künftig mit 29 Abgeordneten im Landtag NRW vertreten (bisher 23). Die FDP kommt auf 8,6 % und entsendet 22 Abgeordnete (bisher 13). Erstmals in den Landtag NRW zieht die Partei DIE PIRATEN mit 7,8 % und 20 Abgeordnete ein. Die Partei DIE LINKE (bisher 11 Abgeordnete) scheitert mit 2,5 % an der Fünf-%-Hürde und wird nicht mehr im Landtag vertreten sein. Insgesamt werden dem 16. Landtag NRW 237 Abgeordnete angehören. Das sind 56 mehr als bisher. Die Zahl kommt durch Überhang- bzw. Ausgleichsmandate zustande.

26. und 28. Mai

Rund 200.000 Besucherinnen und Besucher feiern den 66. Geburtstag Nordrhein-Westfalens in Detmold. Nicht wenige von ihnen besuchen die Landesmeile, in der auch der Landtag seine Zelte aufgeschlagen hat. Die Besucherinnen und Besucher können sich dort über die Arbeit der Volksvertretung informieren, Positionen der im Landtag vertretenen Fraktionen erfahren, mit Abgeordneten und auch Mitgliedern des Präsidiums ins Gespräch kommen.

31. Mai

Konstituierende Sitzung des 16. Landtags NRW: Die Abgeordneten wählen Carina Gödecke (SPD) zu ihrer neuen Landtagspräsidentin. Die Abgeordneten fordern sie auf, „an erster Stelle dafür zu sorgen, dass die parlamentarische Demokratie lebendig und lebhaft bleibt.“ Zu Vizepräsidenten wählen die Abgeordneten Eckhard Uhlenberg (CDU), Oliver Keymis (GRÜNE), Dr. Gerhard Papke (FDP) und Daniel Dünkel (PIRATEN).

5. Juni

Das Ende der WestLB wird teuer, darüber sind sich alle Fraktionen einig. Wer aber trägt dafür die Verantwortung? Und ist die Regierung ihrer Pflicht zu Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nachgekommen? Wie viel Transparenz ist in Sachen WestLB gegeben? Sind die Risiken noch bezifferbar? Wichtige Fragen, heftige Streitpunkte in der ersten Sitzung des neuen Landtags, in der die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Eckpunktevereinbarung vom Juni 2011 vorlegt.



Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nach der Vereidigung der Regierungschefin

20. Juni

Die Abgeordneten des Landtags NRW wählen erneut Hannelore Kraft zur NRW-Ministerpräsidentin. Die Sozialdemokratin erhält in geheimer Wahl bei 234 abgegebenen Stimmen die Stimmen von 137 Abgeordneten. 94 Abgeordnete stimmen gegen sie, drei enthalten sich. Von den 237 Abgeordneten des NRW-Parlaments fehlen zwei entschuldigt; ein Abgeordneter beteiligt sich nicht an der Wahl. Die Fraktionen von SPD (99) und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (29) verfügen zusammen über 128 Stimmen. Die Fraktionen von CDU (67), FDP (22) und PIRATEN (20) haben zusammen 109 Stimmen. Da in der heutigen Sitzung ein Abgeordneter der CDU-Fraktion sowie ein Abgeordneter der FDP-Fraktion fehlten, haben die Oppositionsfraktionen zusammen 107 Stimmen.



Das neue Präsidium: v. l. Dr. Gerhard Papke (FDP), Eckhard Uhlenberg (CDU), Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD), Oliver Keymis (GRÜNE), Daniel Dünkel (PIRATEN)

2012

21. Juni

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stellt dem Landtag ihr Kabinett vor. Der neuen Landesregierung gehören neben der Regierungschefin zwölf Ministerinnen und Minister sowie ein Parlamentarischer Staatssekretär an.

Das Gesetz zur Restrukturierung der WestLB wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN verabschiedet. Das Land NRW geht eine unmittelbare Verpflichtung gegenüber der WestLB AG zur Zahlung von 1 Milliarde Euro ein. Das Grundkapital der Gesellschaft wird erhöht oder eine stille Einlage in die Gesellschaft bis zum 30. Juni 2012 eingebracht. Die Bank wird in drei Teile

aufgespalten: Die Sparkassen übernehmen das Verbundbankgeschäft. Die restlichen Vermögenswerte gehen in die Erste Abwicklungsanstalt (EAA), die Land und Sparkassen zu gleichen Teilen gehört. An deren Haftung nimmt auch der Bund teil. Das Land NRW ist für die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für den künftigen Dienstleister Portigon zuständig.

Das Gesetz zum Staatsvertrag über die Gründung der Gemeinsamen Klassenlotterie der Länder schafft ein einheitliches Regelwerk in allen 16 Bundesländern. Mit der Errichtung der neuen Anstalt des öffentlichen Rechts werden die bisherigen Anstalten NKL und SKL aufgelöst. Die Gemeinsame Klassenlotterie (GKL) soll am 1. Juli 2012 gegründet werden.

Einstimmig passt der Landtag das Landesrecht über die Hilfen für Blinde und Gehörlose an das europäische Recht an. Künftig sind Ansprüche auf Leistungen der sozialen Sicherheit nicht mehr abhängig vom Wohn- oder Auf-

2012: Was sonst noch geschah

30. Januar

Auf einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs vereinbaren alle EU-Staaten außer Großbritannien und Tschechien einen sogenannten Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin.

3. Februar

Nach Angaben der syrischen Opposition und des TV-Senders Al-Arabija richten die syrischen Streitkräfte in der Stadt Homs ein Blutbad an.

15. Februar

Die Polizei räumt den Stuttgarter Schlossgarten, wo seit Monaten Gegner des Bahnprojekts „Stuttgart 21“ in Zelten, Hütten und Baumhäusern ausharren.

17. Februar

Bundespräsident Christian Wulff tritt zurück.

enthaltort. Die Zahlung von Landesblindengeld sowie Hilfen für hochgradig sehbehinderte und gehörlose Menschen setzen bisher den Wohnort in Nordrhein-Westfalen voraus.

5. Juli

Das Klimaschutzgesetz – ein „Rauchverbot für Schlotte“, wie es der Sprecher der CDU-Fraktion formuliert, oder ein Motor für den Industriestandort NRW von morgen? Letzteres ist jedenfalls die Auffassung von SPD und GRÜNEN, die die Wiedervorlage des Gesetzes aus der letzten Wahlperiode begrüßen.

10. Juli

Sanierung des Plenarsaals: Kaum haben die Abgeordneten den Plenarsaal verlassen, ziehen auch schon Möbelpacker und Handwerker ein. In nur zwei Monaten müssen sie den Raum komplett sanieren. 24 Jahre der Nutzung und mehr als 5.500 Stunden an Plenarsitzungen machen die Sanierung dringend notwendig.

19. Juli

In einer Sondersitzung mit hitziger Debatte beschäftigt sich der Umweltausschuss mit den durch Desinfektionsmittel verseuchten Bio-Kräutern. Die CDU-Fraktion wirft dem Umweltminister vor, die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig informiert zu haben.

31. August

Die Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ konstituiert sich neu. Der Landtag NRW hat die Kommission in der Plenarsitzung am 4. Juli 2012 auf Antrag der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN einstimmig wieder eingesetzt. Als Vorsitzende wird Daniela Schneckenburger, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bestätigt. Stellvertretender Vorsitzender ist Bernhard Schemmer (CDU-Fraktion).

11. September

Geschafft: Nach neun Wochen ist der Plenarsaal des Landtags saniert. Er ist nun barrierefrei und hat eine verbesserte Klimatisierung, indem die Raumluft nicht mehr über den Teppichboden, sondern über die neuen Abgeordnetentische geführt wird. Gesamtkosten: 4,5 Millionen Euro.

Die neue Landesregierung im Plenarsaal



Die Fraktionschefs debattieren über die Regierungserklärung



Norbert Römer (SPD)

Karl-Josef Laumann (CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Christian Lindner (FDP)

Dr. Joachim Paul (Piraten)

12. September

Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Für die kommende Legislaturperiode nimmt sich die rot-GRÜNE Landesregierung eine Politik vor, die Zukunftsfähigkeit gewinnen will, indem sie „vorbeugend, nachhaltig und gerecht ist“.

13. September

Debatte über die Regierungserklärung: Diese habe kein „stimmiges Bild“ aufgezeigt und keine Antwort auf wesentliche Fragen der kommenden Jahre geliefert. Zentraler Kritikpunkt des CDU-Fraktionsvorsitzenden Karl-Josef Laumann: Die Landesregierung weigere sich, den Haushalt in Ordnung zu bringen: „Das ist Diebstahl an der Zukunft.“ Die CDU solle sich nicht an der Koalition abarbeiten, sondern an den Problemen der Menschen, kritisiert der

SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer. Die SPD werde die Leitlinien der Ministerpräsidentin für eine vorbeugende, nachhaltige und gerechte Politik „solide, beharrlich und zielorientiert“ verfolgen. Auf die Wirtschafts- und Energiepolitik konzentriert sich der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen. Notwendig seien hier langfristige und verlässliche Ansätze, die die Erreichung der ehrgeizigen Klimaziele sowie den Ausbau der erneuerbaren Energie ermöglichen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner argumentiert, das Motto der Regierung Kraft „Verteilen vor Erwirtschaften“ könne nicht aufgehen, was nicht da sei, könne nicht verteilt werden. Lindner warnt auch vor einer „Überdehnung des Solidaritätsbegriffs“. Vieles in der Regierungserklärung sei lobenswert und zustimmungsfähig, erklärt Dr. Joachim Paul, Vorsitzender der

Piratenfraktion. Seine Fraktion werde sich mit eigenen Konzepten einbringen und darauf achten, dass den Ankündigungen auch Taten folgten. Für seine Fraktion sei Nachhaltigkeit eines der Leitbilder für gesellschaftliche Entwicklung.

Der Landtag verbessert die Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung des kommunalen Ehrenamtes.

14. September

Der Landeshaushalt 2012, die Einnahmen und Ausgaben und die dahinter liegenden politischen Konzepte stehen im Mittelpunkt der 1. Lesung des Haushalts 2012. Es ist der zweite Anlauf, nachdem der erste im März dieses Jahres im Landtag scheiterte, was dann zu Neuwahlen führte.

2012: Was sonst noch geschah

23. Februar

Mit einer Schweigeminute und einem Staatsakt gedenkt Deutschland im Konzerthaus am Gendarmenmarkt in Berlin der Opfer der Neonazi-Mordserie.

4. März

Wladimir Putin siegt bei der Direktwahl des russischen Präsidenten.

13. März

Ein belgischer Reisebus rast im Sierre-Tunnel gegen eine Mauer: 22 Kinder, ihr Lehrer und die beiden Busfahrer sterben. Die meist 12-jährigen Schüler waren auf der Rückreise von einem Skiausflug.

18. März

Die Bundesversammlung wählt Joachim Gauck zum neuen Bundespräsidenten.

3. April

Das Landgericht Berlin verurteilt einen 28-jährigen, der im Sommer 2011 insgesamt 102 Fahrzeuge angezündet und einen Millionenschaden angerichtet hatte, zu 7 Jahren Haft.

4. April

Mit einem israelkritischen Gedicht erntet Günter Grass im In- und Ausland heftigen Widerspruch.

16. April

Der Prozess gegen den norwegischen Massenmörder Anders Breivik beginnt.

22. April

Präsidentenwahl in Frankreich. Nach der Stichwahl im Mai löst der Sozialist Francois Hollande Nicolas Sarkozy ab.

8. Mai

Weil der Brandschutz Mängel aufweist, wird die Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg verschoben.

25. Mai

Der Kammerdiener des Papstes wird festgenommen. Im September wird er wegen des Diebstahls geheimer Dokumente, die er den Medien zuspielte, zu 18 Monaten Haft verurteilt.

17. September

Großes Kinderfest am Rhein: Der Landtag macht zusammen mit der Landeshauptstadt Düsseldorf und UNICEF mit beim Weltkindertag.



Eine spannende Diskussion über die Finanzkrise

20. September

Das Landtagspräsidium besucht die Eifel-Region: Die wirtschaftliche Entwicklung, das Miteinander im ländlichen Raum und die Zukunft von Burg Vogelsang stehen im Mittelpunkt der Gespräche.

5. Oktober

Mehrere Gebetsteppiche übergibt der türkische Generalkonsul Firat Sunel an Landtagspräsidentin Carina Gödecke, damit auch Angehörige des muslimischen Glaubens ihre Religion im Raum der Stille ausüben können.

7. November

Das achte Schulrechtsänderungsgesetz soll ein qualitativ hochwertiges und wohnungsnahes Grundschulangebot bei rückläufigen Schülerzahlen sichern. Die FDP-Fraktion stimmt dagegen, die anderen vier Fraktionen dafür.

Der Landtag verabschiedet mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP den Glücksspieländerungsstaatsvertrag, der u.a. bei Erhalt des staatlichen Lotterievertrags und Wettmonopols ein Konzessionsmodell für private Veranstalter und Vermittler von Sportwetten befristet erprobt.

25. September

„Partner im Dialog“: Über die tiefgreifende Finanzkrise in der gesamten westlichen Hemisphäre, aber auch über das deutsch-schweizer Steuerabkommen bzw. den Ankauf von Steuer-CDs diskutieren der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz, der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans, der Schweizer Botschafter Tim Guldemann sowie Dr. Thomas Held, Soziologe und Publizist aus Zürich.

4. Oktober

Der Sozialausschuss des Landtags erörtert die Sicherheit von Jobcentern nach der Ermordung einer Mitarbeiterin in einem Neusser Jobcenter sowie die schwierige Situation der Schlecker-Beschäftigten nach der Insolvenz der Drogeriekette.

27. Oktober

Bundeskongress der Europa-Union im Landtag NRW: Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz ist zu Gast im NRW-Parlament.

15. November

Brücken nach Brüssel schlagen: Landtagspräsidentin Carina Gödecke und ihre vier Stellvertreter erörtern in Brüssel mit hochrangigen Repräsentanten der europäischen Institutionen die bestehenden und zukünftigen Mitwirkungsmöglichkeiten des Landesparlaments an europäischer Politik.



Im Plenarsaal ist der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz zu Gast (rechts neben der Landtagspräsidentin).



„Literatur im Landtag“ im Lesesaal der Bibliothek

21. November

Ilija Trojanow liest aus seinem Roman „Eis-Tau“. Über den Klimawandel diskutieren bei „Literatur im Landtag“ der Schriftsteller und Claudia Kleinert.



Bundespräsident Joachim Gauck trägt sich in das Gästebuch des Landtags ein.

26. November

Bundespräsident Joachim Gauck ist im Rahmen seines offiziellen Antrittsbesuchs in Nordrhein-Westfalen im Landtag NRW zu Gast.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke eröffnet den „Tag der Medienkompetenz“.

2012: Was sonst noch geschah

2. Juni

Diamantenes Thronjubiläum von Königin Elizabeth II.

16. Juni

Mursi gewinnt die ersten freien Präsidentschaftswahlen in Ägypten.

25. Juni

Spanien beantragt bei den europäischen Partnern Finanzhilfen für seine angeschlagenen Banken.

26. Juni

Die religiöse Beschneidung von Jungen stellt eine rechtswidrige Körperverletzung dar, urteilt das Kölner Landgericht.

27. Juni

In einer historischen Geste der Versöhnung reichen sich die britische Königin Elisabeth II. und der frühere nordirische IRA-Befehlshaber Martin McGuinness die Hand.

28. Juni

Der Insolvenzverwalter verkündet das Ende der Drogeriekette Schlecker. Bis Ende August schließen alle Schleckermärkte.

4. Juli

Das Europaparlament verwirft endgültig das umstrittene Urheberrechtsabkommen ACTA.

16. Juli

Der Warenhauskonzern Karstadt kündigt an, dass er im Zuge eines Sanierungsplans bis Ende 2014 etwa 2.000 der 25.000 Mitarbeiter entlassen werde.

18. Juli

Das Versandhandelsunternehmen Neckermann geht in Konkurs.

18. Juli

Die Nürburgring GmbH, die an der Rennstrecke einen Freizeitpark betreibt, muss Insolvenz anmelden.

18. Juli

Bei einem Anschlag werden der syrische Verteidigungsminister und ein Schwager Assads getötet. Der Konflikt verschärft sich und betrifft durch Grenzverletzungen und einen Flüchtlingsstrom auch Nachbarländer Syriens.

20. Juli

In der Göttinger Universitätsklinik hat ein ehemaliger Chefarzt Laborwerte gefälscht, um schneller an Spenderorgane zu kommen.

2012



Landtagspräsidentin Gödecke und Landtagsvizepräsident Keymis am Tag der Medienkompetenz mit der WDR-Maus im Plenarsaal.

28. November

Der Landeshaushalt 2012 mit einem Volumen von 58,9 Milliarden Euro ist mit den Stimmen der rot-GRÜNEN Regierungsmehrheit verabschiedet. Damit ist die vorläufige Haushaltsführung beendet. Landesregierung und SPD und GRÜNE sehen im Haushalt ihre Politik des „Dreiklangs“ aus „Sparen, Investitionen und Einnahmeverbesserungen“ verwirklicht. Alle drei Oppositionsfraktionen kritisieren, teils mit unterschiedlicher Begründung, mangelnden Sparwillen. Anders als in den Vorjahren gestaltet sich die 3. Lesung nicht als Generaldebatte des Regierungshandelns, sondern als Schlagabtausch über die Grundzüge der Haushalts- und Finanzpolitik.

SPD, GRÜNE und FDP verabschieden das Stärkungspaktfondsgesetz. Für die Abwicklung von Konsolidierungshilfen für besonders belastete Gemeinden wird das Sondervermögen „Stärkungspaktfonds“ gegründet.

29. November

Am Nichtraucherschutz scheiden sich die Geister. Den einen reichen die heute geltenden Regeln, die anderen fordern neue. Am Ende beschließen SPD und GRÜNE in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen von CDU, FDP, PIRATEN mit 124 zu 101 Stimmen bei 3 Enthaltungen die von ihnen eingebrachten Neuregelungen. Danach ist das Rauchen in Gaststätten grundsätzlich verboten, einzige Ausnahme sind private Feiern. Die Ausnahmen für Brauchtumsveranstaltungen, Festzelte und Raucherclubs werden aufgehoben. Ein weiteres Verbot betrifft zum Beispiel das Rauchen auf Kinderspielflächen.

21. Juli

Ein 24-Jähriger erschießt bei der Premiere des Films Batman in Aurora/Colorado zwölf Menschen; mehr als 50 werden verletzt.

27. Juli bis 12. August

Olympische Spiele in London.

16. August

34 Menschen sterben, als die Polizei auf streikende Bergarbeiter einer südafrikanischen Platinmine das Feuer eröffnet.

17. August

Drei Musikerinnen von Pussy Riot werden zu Straflager verurteilt. Sie hatten mit einem „Punk-Gebet“ in einer orthodoxen Kirche gegen die russische Regierung protestiert.

24. August

Anders Breivik wird für zurechnungsfähig erklärt und für den Mord an 77 Menschen zu 21 Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt.

25. September

Mehr als 11.200 Kinder und Betreuer erkranken in Ostdeutschland an Brechdurchfall – und alle Kindergärten und Schulen wurden von einem Caterer beliefert. Der schuldige Erreger wird in tiefgefrorenen Erdbeeren aus China gefunden.

8. Oktober

Die 17 Euro-Finanzminister setzen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Kraft.

14. Oktober

Der Österreicher Felix Baumgartner springt aus 39 Kilometern Höhe und durchbricht als erster Mensch die Schallmauer.

22. Oktober

Der siebenfache Gewinner der Tour de France, Lance Armstrong, muss wegen Dopings seine Titel zurückgeben.

24. Oktober

Die Bundestagsfraktionen vereinbaren die Eckpunkte für ein neues Wahlrecht mit vollständigem Ausgleich der Überhangmandate.

2012

30. November

Der dritte Sozialbericht mit seinen „erschreckenden Befunden“ zu Armut und Reichtum in NRW wird im Landtag kontrovers diskutiert. Die Koalition weist darauf hin, dass im Unterschied zum Bund die Beschreibung der sozialen Situation in NRW nicht geglättet oder vertuscht werde. Die Opposition merkt an, dass „Umverteilungsrhetorik“ und „wilder Aktionismus“ das Problem nicht lösen. Einmütig herrscht aber die Auffassung, dass Bildung als Schutz vor Armut immens wichtig sei.

10. Dezember

Landtagspräsidentin Carina Gödecke gratuliert dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz zur Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union. Schulz nimmt stellvertretend für die 27 EU-Mitgliedstaaten und insgesamt über eine halbe Milliarde Menschen diesen bedeutenden Preis entgegen.

Zum Chanukka-Fest im Landtag erhält der Raum der Stille eine Menora. Mit dem Kreuz als Symbol des Christentums, den im Oktober übergebenen Gebetsteppichen für die Praktizierung des muslimischen Glaubens und nun der Menora sei auch das Judentum im Raum der Stille vertreten, so Landtagspräsidentin Carina Gödecke. So kämen in einer Zeit internationaler Anspannung und Konflikte hier die drei abrahamitischen Weltreligionen Islam, Juden- und Christentum zusammen. Dies sei ein Symbol der gegenseitigen Achtung und Anerkennung.

13. Dezember

Der Landtag ändert das Polizeigesetz mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN sowie Teilen der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der PIRATEN-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion. Das Gesetz ermöglicht der nordrhein-westfälischen Polizei die Teilnahme an der zentralen Datei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern zur Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus (Rechtsextremismus-Datei, RED).

SPD und GRÜNE verabschieden das Mittelstandsförderungsgesetz, mit dem die mittelständische Wirtschaft in NRW erhalten und ihre Vielfalt und Leistungskraft gestärkt werden soll.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft unterzeichnen im früheren Kabinettsaal in der Villa Horion die fortgeschriebene Parlamentsinformationsvereinbarung. Die Vereinbarung sieht vor, dass der Landtag nun regelmäßig Berichte der Landesregierung zu subsidiaritätsrelevanten EU-Vorhaben erhält und damit in der Europapolitik gestärkt wird.

2012: Was sonst noch geschah

28. Oktober

Der Hurrikan „Sandy“ trifft auf New York: 50 Menschen sterben allein in der Stadt, U-Bahnen werden geflutet, ein ganzer Stadtteil brennt nieder. Noch Wochen später warten viele New Yorker auf ein funktionierendes Stromnetz.

6. November

Barack Obama setzt sich gegen seinen republikanischen Herausforderer Mitt Romney durch und wird als US-Präsident wiedergewählt.

5. Dezember

Die Länder-Innenminister sprechen sich für ein neues NPD-Verbotsverfahren aus.

10. Dezember

Die Europäische Union erhält den Friedensnobelpreis.

14. Dezember

Der 20-jährige Adam Lanza ermordet in dem amerikanischen Städtchen Newtown 20 Kinder und sechs Erwachsene in einer Grundschule. Die Tragödie löst eine Debatte über strengere Waffengesetze aus.

29. Dezember

Eine indische Studentin erliegt nach mehrfacher Vergewaltigung ihren Verletzungen.

Debatte über die Lage bei Opel in Bochum nach der Ankündigung der Firmenleitung, die Endmontage von Fahrzeugen in Bochum 2016 zu beenden. Alle Fraktionen sind sich darin einig, dass es keine Entlassungen in die Arbeitslosigkeit geben dürfe und dass Opel dafür in die Verantwortung genommen werden müsse.

14. Dezember

Auf 3,5 Milliarden Euro werden die Sanierungskosten für Brücken auf Bundesfernstraßen geschätzt. Hinzu kommt der Sanierungsbedarf für Straßen von Land und Kommunen. Während sich die Regierungsfaktionen für eine Ausweitung der LKW-Maut aussprechen, kritisieren CDU und FDP, die Landesregierung wolle die Verantwortung nach Berlin abschieben. Die PIRATEN fordern einen neuen Ansatz in der Verkehrspolitik.



Noch nie dagewesen: Das Kölner Dreigestirn (Prinz, Bauer und Jungfrau) besucht den Landtag.

2013

17. Januar

Historischer Besuch: Das Kölner Dreigestirn 2013 kommt in den Landtag.

21. Januar

In der Debatte über die Strafverfolgungstatistik werfen CDU und FDP der Landes-

23. Januar

Der Landtag verabschiedet das Klimaschutzgesetz mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen CDU und FDP. Mit dem Gesetz sollen die Klimaschutzziele in NRW gesetzlich verankert und die rechtlichen Grundlagen für die Erarbeitung und Umsetzung von Emissionsminderungs- und Anpassungsmaßnahmen geschaffen werden.

24. Januar

An die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 und an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 erinnert Landtagspräsidentin Carina Gödecke vor der Plenarsitzung des NRW-Parlaments.

25. Januar

Mit dem einstimmig angenommenen Antrag aller fünf Fraktionen setzt sich der Landtag für den dauerhaften Erhalt des Bonn/Berlin-Gesetzes aus. Die Bundesregierung soll sich eindeutig zur bewährten Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin bekennen und deren Fortbestand garantieren.

Mit einem Festakt erinnert der Landtag an den Elysée-Vertrag, der am 22. Januar 1963 vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle und dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeichnet wurde. Die 50 Jahre deutsch-französischer Freundschaftsvertrag werden im Plenarsaal des NRW-Parlaments fröhlich gefeiert.

regierung vor, die Probleme bei der Kriminalitätsbekämpfung zu verharmlosen. SPD, GRÜNE und PIRATEN sind sich darin einig, dass Schwarz-Gelb ein Bedrohungsszenario für die innere Sicherheit aufbaue und Ängste in der Bevölkerung schüre.

Zu den „Möglichkeiten und Grenzen der Transparenzregeln für die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen“ beziehen Experten in einem öffentlichen Hearing des Hauptausschusses und des Ältestenrats Stellung. Der Expertenrat soll eine verfassungsrechtlich tragfähige Grundlage für den politischen Entscheidungsprozess zum Thema Nebentätigkeiten von Abgeordneten des Landtags NRW liefern.



Landtagspräsidentin Carina Gödecke eröffnet den Festakt „50 Jahre Elysée-Vertrag“.



Auftritt von Schülerinnen und Schülern des Dietrich-Bonhoefer-Gymnasiums, Bergisch Gladbach

20. Februar

Für ihre großen Verdienste und ihr jahrzehntelanges Engagement für die europäische Einigung erhält die frühere Präsidentin des Landtags NRW Ingeborg Friebe in Monheim die Europa-Medaille.

28. Februar

Dr. Ricarda Brandts wird als Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs NRW vor den Abgeordneten durch Landtagspräsidentin Carina Gödecke vereidigt.

7. März

In einer Anhörung über Randalere beim Fußball diskutieren Fachleute aus Wissenschaft und Praxis über Stadionverbote, Meldeauflagen und Fanarbeit. Gefordert wird auch ein ehrlicher Dialog mit den Fans.

11. März

Zum Internationalen Frauentag feiern mehrere hundert Frauen im Landtag 25 Jahre Gleichstellungspolitik in NRW.



Auftaktveranstaltung zu „25 Jahre Landtag am Rhein“ im Plenarsaal

19. März

In der Auftaktveranstaltung zu „25 Jahre Landtag am Rhein“ diskutieren im Plenarsaal des Landtags der Architekt des Parlamentsgebäudes Prof. Fritz Eller, der frühere Städtebauminister Christoph Zöpel, der Präsident der Architektenkammer NRW Hartmut Miksch, der Beigeordnete der Stadt Düsseldorf Dr. Gregor Bonin, der frühere Landtagsabgeordnete Heinz Hardt und Dipl.-Ing. Erasmus Eller über die positiven Impulse, die vom Landtagsneubau für die Düsseldorfer Stadtentwicklung ausgingen.

20. März

Der Landeshaushalt 2013 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN verabschiedet. Hauptstreitpunkt ist die Einhaltung der ab 2020 geltenden Schuldenbremse. Während SPD und GRÜNE „vorbeugende Investitionen“ verteidigen, halten CDU und FDP genau dies für eine Politik auf Kosten der Kinder. Die PIRATEN fordern mehr Politik gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.



Weltfrauentag im Landtag NRW – Podiumsdiskussion im Plenarsaal

Das „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie“, mit dem (Ober-)Bürgermeister- und Landratswahlen mit den allgemeinen Kommunalwahlen wieder zusammengelegt werden, wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion verabschiedet.

21. März

Die Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ legt ihren Abschlussbericht vor.

2013

22. März

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW konstituiert sich. Den Vorsitz übernimmt Sven Wolf (SPD).

Eindringlich appelliert der Wirtschaftsausschuss in einer Sondersitzung an alle Beteiligten, die Gespräche über die Zukunft von Opel in Bochum nicht abreißen zu lassen.

An das Ermächtigungsgesetz, das der NSDAP vor 80 Jahren die scheinlegale Grundlage für ihre Terrorherrschaft gab, erinnert Landtagspräsidentin Carina Gödecke zu Beginn der Plenarsitzung.

12. April

Die Ausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie – Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ präsentiert sich im Landtag.

23. April

Die Enquetekommission zur „Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf nachhaltige Rohstoffbasen, Produkte und Produktionsverfahren“ konstituiert sich. Den Vorsitz übernimmt Hans Christian Markert (GRÜNE).

24. April

Mit der Plenarsitzung an diesem Tag führt der Landtag NRW das Instrument der Kurzintervention ein.

Der Landtag NRW entspricht einem Antrag aller fünf Fraktionen und setzt einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur WestLB ein. Zum Vorsitzenden wird später der Abgeordnete Peter Biesenbach (CDU) gewählt.

Der Fall Hoeneß führt im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu einer Debatte über das gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz.

30. April

Schlagabtausch bei Opel-Sondersitzung: Nach einer Unterrichtung durch die Landesregierung prallen die unterschiedlichen Auffassungen über das politische Handeln bezüglich des Opel-Werks in Bochum aufeinander. Die Opposition wirft der Landesregierung vor, den Landtag während einer Aktuellen Stunde wenige Tage zuvor nicht vollständig informiert zu haben.

2013: Was sonst noch geschah

20. Januar

Mit einem Mandat Vorsprung von SPD und GRÜNEN gegenüber CDU und FDP endet die Landtagswahl in Niedersachsen. Der Spitzenkandidat der SPD, Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil, wird später zum Ministerpräsidenten gewählt.

24./25. Februar

Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Mario Monti kommt es zu vorgezogenen Parlamentswahlen in Italien. Im Senat blockieren sich die Mitte-Links-Koalition von Pier Luigi Bersani, die Mitte-Rechts-Koalition von Silvio Berlusconi und das Movimento 5 Stelle von Beppe Grillo. Am 28. April wird schließlich Enrico Letta von der Partito Democratico zum italienischen Ministerpräsidenten gewählt.

28. Februar

Papst Benedikt XVI verzichtet auf sein Amt. Franziskus I heißt der neue Papst, der am 13. März gewählt wird.

15. April

Durch einen Anschlag während des Boston-Marathons werden drei Menschen getötet und mehr als 260 verletzt.

25. Mai

Champions-League-Finale in London zwischen Bayern München und Borussia Dortmund.

31. Mai

In der Türkei beginnen die Proteste gegen die Regierung Erdogan.

1. Juli

Kroatien wird 28. Mitglied der Europäischen Union.

3. Juli

Nach Demonstrationen gegen den ägyptischen Präsidenten Mursi wird dieser durch einen Militärputsch abgesetzt und inhaftiert.

8. Mai

Die Landesregierung bleibt auch nach Klagen mehrerer Schülerinnen und Schüler über mangelnde Verständlichkeit der Mathematik-Abituraufgabe 2013 und nach erfolgter Prüfung bei ihrer Haltung: Es gibt keine Nachschreibmöglichkeit.

An den „barbarischen Akt“ der Bücherverbrennung durch die NSDAP vor 80 Jahren erinnert Landtagspräsidentin Carina Gödecke.

Bürgerdialog im Landtag: 300 Menschen diskutieren in Anwesenheit von EU-Kommissar Günther Oettinger über Europa.

16. Mai

An den Brandanschlag auf das Haus der Familie Genc in Solingen am 29. Mai 1993, bei dem fünf Menschen umkamen und drei weitere lebensgefährlich verletzt wurden, erinnert Landtagspräsidentin Carina Gödecke zu Beginn der Plenarsitzung.

Zukunftsforum „Digitale Bürgerbeteiligung“: Mit den neuen Möglichkeiten für Information und Beteiligung beschäftigt sich ein Zukunftsforum von Landtag und Landesregierung. Es geht dabei um die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten, vor allem aber um ein Umdenken und einen Kulturwandel hinsichtlich der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

6. Juni

Zweitägige Landtagsanhörung zum Thema Inklusion, dem gemeinsamen Lernen behinderter und nicht-behinderter Kinder. Über 100 Sachverständige, 600 Seiten Stellungnahmen und mehr als zwölf Stunden Diskussion vor gleich vier Landtagsausschüssen werfen zahlreiche Fragen und Kritik an dem Gesetzentwurf der Landesregierung auf.

11. Juni

Die Abgeordneten des Landtags NRW verzichten auf die Erhöhung ihrer Bezüge für die Jahre 2013 und 2014. Das Abgeordnetengesetz wird in der Plenarsitzung am 21. Juni 2013 entsprechend geändert.

Die Gemeinsame Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags, des Bundesrats und des Südtiroler Landtags beschließt die „Kremser Erklärung“ zum Thema „Parlamentarismus und Bürgerbeteiligung in der modernen Informationsgesellschaft“.

17. Juni

Beim Einbürgerungsempfang von Landtag und Landesregierung begrüßt Landtagspräsidentin Carina Gödecke hundert Neubürgerinnen und Neubürger.



Empfang im Landtag für die Familie Genc

18. Juni

In einer Anhörung des Unterausschusses Personal sprechen sich fast alle Experten gegen den Entwurf des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes 2013/2014 der Landesregierung aus.

19. Juni

Der Landtag verabschiedet das Verfassungsschutzgesetz, das einen umfassend kontrollierten, modernen und effektiven Verfassungsschutz anstrebt, sowie das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine.

In einer Pressekonferenz stellen Landtagspräsidentin Carina Gödecke und der Chef des Meinungsforschungsinstituts forsa Prof. Dr. Manfred Güllner die Ergebnisse einer Umfrage über Landtag und Landespolitik vor. Sorge macht das mangelnde Interesse Jugendlicher. Erfreulich ist die hohe Identifikation mit NRW und der parlamentarischen Demokratie.



Kronprinzessin Mary von Dänemark und die Ministerin für Unternehmen und Wachstum Vilhelmsen zu Besuch im Landtag

20. Juni

Hochwasser in Deutschland: NRW hilft den Flutopfern mit 44 Millionen Euro.

Der Landtag verabschiedet das Polizeigesetz und verlängert u.a. die Videobeobachtung als technisches Hilfsmittel der polizeilichen Gefahrenabwehr um weitere fünf Jahre.

Festveranstaltung im Landtag NRW: 150 Jahre DRK.

21. Juni

Streit über die Auswirkungen des Nichttraucherschutzgesetzes: Gegen eine Bevormundung durch das Gesetz wenden sich in einer Aktuellen Stunde die Sprecher der Oppositionsfractionen. SPD und GRÜNE dagegen betonen, das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verpflichte den Staat zum Handeln.

24. Juni

Hoher Besuch im Landtag NRW: Kronprinzessin Mary von Dänemark trägt sich in das Gästebuch des NRW-Parlaments ein.

6. und 7. Juli

Zwei Tage der offenen Tür: Über 10.000 Bürgerinnen und Bürger informieren sich im Rahmen des Jubiläums „25 Jahre Landtag am Rhein“ über die Arbeit des NRW-Parlaments.

DAS LANDTAGSGEBÄUDE IM WANDEL VON 25 JAHREN PARLAMENTSBETRIEB

IN DEN LETZTEN 25 JAHREN HAT DIE LANDTAGSVERWALTUNG DIE AUFGABE ANGENOMMEN, DAS GEBÄUDE UND SEINE TECHNISCHE ANLAGEN EINERSEITS IM SINNE DER GRÜNDER WEITERZUENTWICKELN, ANDERERSEITS DEN ERFORDERNISSEN EINES SICH WANDELNDEN PARLAMENTSBETRIEBS ANZUPASSEN.

In den letzten 25 Jahren hat die Landtagsverwaltung die Aufgabe angenommen, das Gebäude und seine technischen Anlagen einerseits im Sinne der Gründer weiterzuentwickeln, andererseits den Erfordernissen eines sich wandelnden Parlamentsbetriebs anzupassen. So hatten die Architekten und Ingenieure bereits bei der Planung und Ausführung des Gebäudes vor 25 Jahren Wert auf einen optimierten Energieverbrauch der gebäudetechnischen Anlagen wie Heizung und Klimatisierung gelegt, ohne dass es dabei Einschränkungen im Betrieb und Nutzerkomfort geben sollte. In den letzten zehn Jahren stiegen die Anforderungen des Parlaments an den Gebäudebetrieb und auch Sanierungen am Gebäude und seinen technischen Anlagen wurden fällig.

Faktoren für die Notwendigkeiten zu Veränderungen waren besonders:

- Weitere Öffnung des Gebäudes für Bürgerinnen und Bürger;
- Nutzung des Gebäudes für Veranstaltungen des Parlaments und der Fraktionen;
- Fünf Fraktionen als Folge der Veränderung der Parteienlandschaft;
- Sanierung und Anpassung der gebäudetechnischen Anlagen an den technischen Wandel.

Bürgerhalle – 2003 bis 2006

Seit Bezug des Landtagsgebäudes haben sich die Anforderungen und das Verständnis zur Präsentation des Landtags gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gewandelt. Der



Altes Foto Eingangsbereich

Landtag möchte sich jederzeit als offenes Haus präsentieren, das die Bürgerinnen und Bürger freundlich und einladend empfängt. Die Kunst besteht darin, dieses zu tun, ohne die Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer des Gebäudes und seiner Besucher zu gefährden. Das Haus soll jederzeit, auch am Wochenende, für Einzelbesucher geöffnet sein.

Diese neuen Anforderungen führten ab dem Jahr 2000 zu Überlegungen, die Eingangshalle umzugestalten. Die Eingangshalle war seit 1988 bis zu ihrer Umgestaltung eher eine Warte- und Durchgangshalle ohne Zentrum, in der es gerade an Plenartagen oft durcheinander ging, schon deshalb, weil sich die Wege der Gäste gleich mehrfach kreuzten: Vom Eingang zur Garderobe, die schmale Treppe hinunter



Aktuelles Foto Eingangsbereich

zur Toilette, dann zum Vortragssaal, zum gläsernen Aufzug oder ins Restaurant und wieder zurück.

In den Jahren 2003 bis 2006 wurde die Eingangshalle in mehreren Schritten modernisiert und zu einer Bürgerhalle unter folgenden Leitlinien umgestaltet:

- Bessere Ausnutzung der Großzügigkeit der Eingangshalle als Zentrum des Gebäudes in der Eingangsebene;

- Begegnungsstätte für Bürgerinnen und Bürger mit ihren Abgeordneten in einladender Atmosphäre mit freiem Rheinblick (Lobby-Atmosphäre);
- Multimediales Kommunikationszentrum für alle Nutzerinnen und Nutzer des Landtagsgebäudes;
- Freundlicher Empfang an einem offenen Empfangstresen;
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den Empfangs- und Sicherheitsdienst.

In der ersten Realisierungsstufe von 2003 bis 2004 wurden im laufenden Betrieb anstelle der alten Besuchergarderoben und Informationstresen im Zentrum der Eingangshalle eine Café-Bar mit Andenken-Shop und in bisherigen Sitzungsräumen und Teilen des Foyers E1A neue Garderoben- und Toilettenanlagen für Besuchergruppen eingerichtet.

Damit ließen sich die funktionalen Abläufe für Besuchergruppen erheblich optimieren.



Der ehemalige Besuchertresen und die Abgeordnetengarderobe versperrten den Durchblick zum Rhein.



Modell zur Umgestaltung der Bürgerhalle



Die Decke der Bürgerhalle nach der Umgestaltung

Die Besuchergruppen brauchen nun nicht mehr die Eingangshalle mehrfach zu durchqueren, um ihren ersten Anlaufpunkt wie Vortragsaal, Restaurant oder den Aufzug zur Besuchertribüne des Plenarsaals zu erreichen. Die neue Besuchergruppengarderobe wurde ausschließlich mit mobilen Elementen ausgestattet, so dass sie bei unterschiedlichen Veranstaltungen, je nach Erfordernis, mit und ohne personelle Betreuung genutzt werden kann. Eine Servicezeile mit Bank-, Briefmarken-Automaten sowie Briefkasten wurde ebenfalls eingerichtet.

Die Architekten haben das Landtagsgebäude bewusst so angelegt, dass alle, Nutzer, Besucher und Besuchergruppen durch einen gemeinsamen Eingangsbereich eintreten. In der zweiten Umbaustufe im Jahr 2006 wurde dieser Eingangsbereich komplett umgestaltet und auch die Beleuchtung im Zuge der notwendigen Sanierung der Sprinkleranlage im Deckenbereich erneuert.

Das Konzept des gemeinsamen Eingangs wurde zwar beibehalten. Die Besucher werden nun an einem offenen Tresen empfangen.

Anbau - 2008 bis 2010

Die Auswirkungen des Verzichts auf eine Büroetage bekam besonders die Landtagsverwaltung in der Zeit ab dem Jahr 2000 immer stärker zu spüren. Die Büroräume im Landtagsgebäude reichten nicht aus und die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung waren inzwischen auf drei Liegenschaften verteilt. Das führte zu erheblichen Kosten und Effizienzverlusten. Anfang 2008 erteilten die Fraktionen den Auftrag, Konzepte für eine Büroraumerweiterung des Landtagsgebäudes zu entwickeln. In den Folgemonaten wurden eine Aufstockung des Gebäudes und die Variante Lückenschluss mit Anbau untersucht. Nach eingehender Untersuchung unter Einbeziehung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung schied die Variante Aufstockung aus Kostengründen und wegen der damit verbundenen Beeinträchtigungen der Parlamentarischen Arbeit während der Bauphase aus.

Schließlich beschloss der Ältestenrat am 11. Juni 2008 mit den Stimmen aller vier im Landtag vertretenen Fraktionen, das Konzept Lückenschluss mit Anbau zu realisieren mit der Zielsetzung, dass die geplanten 80 Büroräume nach



Originalansicht

Die Besuchereingangsschleuse wurde vergrößert, damit eine ganze Gruppe Platz findet und so vor Witterungseinflüssen geschützt wird, bis sie durch die Sicherheitsschleuse geleitet worden ist.

Die Umgestaltungen haben nach einer kurzen Eingewöhnungszeit insgesamt auch die Arbeitsabläufe des Besucher-Empfangsdienstes begünstigt. Heute arbeiten die Hostessen, die Garderobenkräfte und Pförtner Hand in Hand und unterstützen sich gegenseitig, damit die Besuchergruppen freundlich empfangen und betreut werden.

Die umgestaltete Bürgerhalle ist heute eine Begegnungsstätte für Bürgerinnen und Bürger mit ihren Abgeordneten und dient als multimediales Kommunikationszentrum für alle Nutzerinnen und Nutzer des Landtagsgebäudes sowie als Veranstaltungsstätte. Sie bietet allen Nutzern des Gebäudes die Möglichkeit, bei einer Tasse Kaffee interessante Gespräche zu führen oder auch nur den Ausblick über den Lesesaal der Bibliothek auf den Rhein zu genießen. Die während der Umbauphasen vielseitig geäußerten Zweifel an der Notwendigkeit der Investitionen sind inzwischen in Anerkennung für den Mut der damaligen Entscheidungsträger umgeschlagen. Wer heute die Bürgerhalle betritt, kann sich gar nicht mehr vorstellen, dass es jemals anders war.

der Landtagswahl bis Ende 2010 bezugsfertig sein sollten. Die Fotomontage zeigt, dass sich der Anbau mit 1.850 m² Nettofläche als Unterbauung eines zweigeschossigen Achteckkreises und einer Verlängerung dieses Traktes um ei-



Fotomontage mit Anbau

nen viergeschossigen Achtelkreis harmonisch in die Bestandsarchitektur einfügen wird.

Die Landtagsverwaltung übernahm selbst die Projektsteuerung und wurde durch eine Baukommission mit Abgeordneten der vier im Landtag vertretenen Fraktionen begleitet. Gemeinsam mit dem Architektenbüro Eller + Eller und zahlreichen Fachplanern gelang es in kurzer Zeit, die ausschreibungsfähigen Detailplanungen mit folgenden Festlegungen zu erstellen:

- Anpassung der Außengestaltung mit Fassade an den Bestand;
- Grundausrüstung der Büroräume wie im Bestand;
- Verbesserte Wärmedämmung und Fenster nach Energieeinsparverordnung 2009;
- Doppelboden in Büroräumen und Fluren für eine flexible Verkabelung;
- Einsatz modernster, energieeffizienter Technik bei optimalem Nutzerkomfort:
 - Einbau von Kühldecken und Klimatisierung in allen Büroräumen zur Erhöhung des Benutzerkomforts und der Behaglichkeit; dabei kann der Büronutzer selbst die Klimaanlage ein- und ausschalten;
 - automatische Abschaltung der Lüftungs- und der Heizungsanlage bei Öffnung der Fenster;
 - außen liegender Sonnenschutz mit automatischer Steuerung und Tageslichtlenkung;
 - Warmwasserversorgung mit Durchlauferhitzer;
 - außenhelligkeitsgesteuerte Beleuchtung;
 - Daten- und Elektroanschlüsse in frei platzierbaren Bodentanks und im Brüstungskanal.

Um die Flexibilität des Zuschnitts von Büroräumen bei verändertem Flächenbedarf zu erhöhen, wurde das Prinzip des Achsenbezugs mit Rasterung umgesetzt. Die Trennwände können jederzeit mit relativ geringem Aufwand um Fensterachsen verschoben werden. Dementsprechend wurden die Heizkörper nicht radial, sondern gerade achsenbezogen installiert.

Die Bauleistungen wurden nicht an einen Generalunternehmer vergeben, sondern in Fachgewerken jeweils europaweit ausgeschrieben.

Am 6. Oktober 2009 wurde Richtfest gefeiert, unmittelbar nach der Landtagswahl im Mai 2010 bezogen die Nutzer ihre Büroräume. Besonders erfreulich ist, dass der geplante Kostenrahmen von 11,6 Millionen Euro eingehalten werden konnte. Inzwischen ist von außen kaum noch erkennbar, dass der Gebäudeteil nachträglich erstellt wurde.





Plenarsaal alt

Sanierung Plenarsaal – 2002 bis 2013

- 2002: Erneuerung der Diskussionsanlage
- 2010: Erneuerung der Beleuchtung
- 2011: Installation eines außen liegenden Sonnenschutzes
- 2012: Herstellung der Barrierefreiheit und Erneuerung der Klimatisierung sowie Austausch des Mobiliars
- 2013: Erneuerung der Beschallungsanlage

Der Plenarsaal als öffentliches Zentrum des Landtagsgebäudes wurde in den Jahren 2002 bis 2013 technisch und baulich in mehreren Stufen modernisiert.

Im Jahr 2002 musste die Diskussionsanlage erneuert werden. Die alten Elektronikbauteile und Mikrofone hatten das Ende ihres Lebenszyklus erreicht und fielen zunehmend aus, was zu Störungen des Plenumsbetriebs führte. Durch den Einbau moderner Elektroakustik und Steuerungstechnik sowie neuer Standardmikrofone veränderte sich das Erscheinungsbild nur wenig.

Im Jahr 2010 wurde im Plenarsaal die Deckenbeleuchtung durch neue, auf LED-Technik basierende Beleuchtung ersetzt. Die Anschluss-

leistung der Beleuchtung und damit der Energiebedarf konnte um 80 % reduziert werden. Durch den Wegfall der Lärmemissionen der Vorschaltgeräte der alten Beleuchtung in Verbindung mit einer angenehmen Lichtfarbe der neuen Beleuchtung erhöhte sich das Wohlbefinden für die Saalnutzer spürbar.

Die Halterungen des alten, innen liegenden Blendschutzes lösten sich ab dem Jahr 2009. Zur Reduktion des Wärmeeintrags durch Sonnenstrahlung in den Saal schlug die Landtagsverwaltung einen außen liegenden Sonnenschutz aus Metalllamellen vor. Dieser wurde im Jahr 2011 auf das Plenarsaaldach montiert. Die Lamellen werden im Automatikbetrieb gefahren und bewegen sich nach dem Sonnenstand. Damit wird erreicht, dass nur der not-



Plenarsaal neu

wendige Lamellenschluss und maximal möglicher Lichteinfall gewährleistet werden.

Als positiver Nebeneffekt ist zu vermerken, dass der Einsatz der LED-Beleuchtung und des außen liegenden Sonnenschutzes die Stromkosten zum Betrieb des Plenarsaals um rund 35.000 Euro pro Jahr reduziert hat.

Im Jahr 2012 wurde der Plenarsaal im Inneren grundlegend saniert. Seit 2008 erarbeitete die Landtagsverwaltung mehrere Varianten, um die neben der notwendigen Renovierung wichtigsten Ziele

- Herstellung der Barrierefreiheit und
- Verbesserung der Klimatisierung unter Wahrung des Charakters des Plenarsaals zu realisieren. Ab Herbst 2010 wurden die

einzelnen Planungsschritte durch eine parlamentarische Kommission begleitet. Neben den beiden Hauptgründen für die Sanierung des Plenarsaals hat sich der Landtag auch dafür entschieden, ergonomische Tische und Stühle anzuschaffen. Die frühere Bestuhlung war zwar optisch durchaus gelungen, aber als Sitzmöbel für die sich verändernde Arbeit der Abgeordneten im Plenarsaal mit Tablet-PCs nicht mehr geeignet, davon abgesehen, dass die Sessel nach einem Vierteljahrhundert auch durchgelesen waren.

Der Plenarsaal war nicht barrierefrei. Kein Rollstuhlfahrer konnte am Redepult sprechen; Rollstuhlfahrer konnten das Redepult erst gar nicht erreichen. Davon waren einzelne Abgeordnete betroffen, aber auch Behinderte bei

Ausschusssitzungen (Experten-Anhörungen) oder bei anderen Veranstaltungen wie z.B. beim Jugend-Landtag.

Zur Realisierung der Barrierefreiheit wurde der Parkettmittellkreis um 15 cm angehoben, um das Höhenniveau der ersten Sitzreihe zu erreichen. Der Standort des Redepults wurde ebenfalls um 15 cm angehoben. Rechts und links vom Präsidium wurden zwei Rollstuhlfahrerrampen eingebaut. Rollstuhlfahrer können nun die letzte und die erste Reihe sowie die Ministerplätze und das Redepult selbstständig erreichen, ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Das neue Redepult ist ebenfalls behindertengerecht, indem es in der Höhe verstellbar ist und zwar in der Form, dass auch Rollstuhlfahrer die Ablagefläche benutzen können und gleichzeitig vom

Publikum gesehen werden. Die Ablagefläche des Redepults ist für Rollstuhlfahrer unterfahrbar.

Der Plenarsaal hatte von Anfang an ein Klimaproblem. Die gesamte Zuluft kam durch den Teppichboden. Auch wenn die Messwerte immer in Ordnung waren, vermissten die Sitzungsteilnehmer das Frischluftgefühl. Die Klimatisierung im Plenarsaal wurde im Zuge der Sanierung im Jahr 2012 verbessert, indem die Raumluft nicht mehr über den Teppichboden, sondern über die Frontplatten der neuen Abgeordnetentische mit geringer Geschwindigkeit in den Saal geleitet wird. Das Quellluftprinzip wurde somit grundsätzlich beibehalten. Durch die über die ganze Raumfläche verteilte hohe Anzahl von Zuluftöffnungen

bildet sich ein „Frischluffsee“ um die an den Tischen sitzenden Personen. Zusätzlich gibt es entlang der Steinfassade einen ebenfalls kanalgeführten Luftauslass, damit auch die hintere Sitzreihe mit Frischluft versorgt wird.

Das Erscheinungsbild des Plenarsaals ist weitestgehend erhalten geblieben. Die Größe des Innenkreises und dessen Belag mit Parkett sind gleich geblieben, ebenso die Stufentiefe der Sitzreihen und deren Höhe mit 15 cm. Auch die Platzierung des Redepults, der Ministerplätze und des Präsidiums wurden nicht verändert.

Durch die Entscheidung für ein Stuhlschienensystem mussten die Sitzreihen in ein festes

Raster mit der maximal möglichen Anzahl von Tisch- und Sitzpositionen eingeteilt werden. Sämtliche dieser Positionen sind im Boden mit einer Stuhlschiene vorgerüstet. Nach Landtagswahlen werden die Sitzordnungen der Fraktionen dann an diesem Raster ausgerichtet. Eine rasterlose Verschiebung von Tischpositionen ist nicht möglich.

Im Jahr 2013 schließlich wurden die Sanierungsarbeiten durch die Installation einer neuen Beschallungsanlage abgeschlossen. Zwei von der Decke abgehängter „LineArrays“ und sechs Zeilenlautsprecher im Bereich der umlaufenden Holzbrüstung optimieren die Sprachverständlichkeit und das Klangbild im Plenarsaal.

Außenterrasse Restaurant - 2009

Seit längerem bestand der Wunsch, den Nutzern des Landtagsrestaurants auch eine Außengastronomie anbieten zu können. Die Landtagsverwaltung hat im Jahr 2009 ein Konzept für die Errichtung einer Außenterrasse entlang der Fensterfront des Besuchergruppenbereichs des Landtagsrestaurants entwickelt. Nach Zustimmung durch das Landtagspräsidium wurde diese während der parlamentarischen Sommer-

pause errichtet. Sie bietet 80 Gästen Sitzgelegenheit und ist mit einer Windfangumzäunung aus Glas versehen, die gleichzeitig Sicherheit vor ungebeten Gästen bietet.

Vom ersten Tag der Eröffnung an fand die Terrasse bei den Gästen des Landtagsrestaurants großen Zuspruch, besonders während der Mittagszeit.

Die Terrasse wird auch gerne für Veranstaltungen des Landtags und der Fraktionen genutzt. Bei Großveranstaltungen wird eine Türanlage Richtung Rasengittersteinfläche geöffnet, so dass bis zu 500 Personen im Außenbereich die herrliche Lage des Landtagsgebäudes am Rhein genießen können.





Raum der Stille - 2011

Momente der Stille sind selten in einem Parlament. Ein Parlament lebt durch Debatten, durch Argumente, Pro und Kontra, durch verbalen Schlagabtausch. Die Arbeit der Abgeordneten ist gekennzeichnet durch zahllose Gespräche, Beratungen und Telefonate, durch eine wahre Flut von Informationen, durch Sitzungen in den Fraktionen, Arbeitskreisen, Ausschüssen und im Plenum, in denen Meinungen gebildet, Anträge und Gesetzentwürfe formuliert, Fragen gestellt und beantwortet, Positionen und Standpunkte bezogen, eigene Ansichten verteidigt und die des politischen Gegners attackiert werden. Abgeordnete haben einen kommunikativen Beruf und ihre Arbeit vollzieht sich fast immer in Hektik, in Eile und in Zeitnot.

Stille ist dem Parlamentsbetrieb eher fremd. Gerade ihr Fehlen aber war im Landtag Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Grund für das wachsende Bedürfnis nach einem Kontrapunkt zum hektischen Parlamentsbetrieb. Zahlreiche Abgeordnete brachten bereits vor einigen Jahren den Wunsch nach einem Raum vor, der das Sich-Zurückziehen, das Zur-Ruhe-kommen, das Gebet erlaubt, und drängten mit Nachdruck auf eine entsprechende Konzeption. Ihr Wunsch traf sich dabei mit einem Anliegen der evangelischen und katholischen Kirche, die für ihre Landtagsandachten einen angemessenen und würdigen Rahmen wünschten. Und es herrschte die einvernehmliche Auffassung, dass sich dies nur in einem Raum verwirklichen ließ,

der ausschließlich dem Zweck der Besinnung und Nachdenklichkeit gewidmet ist. Ein Sitzungsraum, der zwar zwischenzeitlich für Andachten genutzt wird, in dem dann aber wieder in der Hauptsache das profane politische Geschäft abläuft und politische Strategien und Taktiken entwickelt werden, entsprach nicht mehr den Vorstellungen der Abgeordneten noch denen der Kirchen. Der Raum sollte aus der Betriebsamkeit des Landtags herausgelöst sein.

Die frühere Landtagspräsidentin Regina van Dinter (2005 bis 2010) und danach ab Sommer 2010 Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg stimmten das Konzept in engem Einvernehmen mit den beiden Kirchen ab. Sehr bald



schälte sich auch in den Diskussionen mit den Fraktionen heraus, dass im Landtagsgebäude keine Kapelle eingerichtet, sondern ein religionsneutraler Raum, der selbstverständlich auch für Andachten genutzt werden sollte. So einigten sich das Landtagspräsidium und die Beauftragten der beiden christlichen Kirchen auf einen „Raum der Stille“, so wie er bereits im Deutschen Bundestag oder in den Landtagen von Bayern, Sachsen oder Schleswig-Holstein vorhanden war.

Die Verwirklichung scheiterte zunächst an der allgemeinen Raumknappheit im Landtagsgebäude. Erst im Zuge der Planungen rund um den Landtagsanbau gelang es der Landtagsverwaltung, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Chancen für die Einrichtung eines Raumes der Stille wuchsen. Es war schwer, im Landtagsbetrieb mit 181 Abgeordneten und fünf Fraktionen einen geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen. Schließlich bot sich einer der Besprechungsräume im Erdgeschoss des Landtagsgebäudes an. Durch seinen Grundriss und seine Größe wies dieser Raum ausreichend Gestaltungsmöglichkeiten auf; durch seine zentrale Lage in der Bürgerhalle des Landtags ist er für sämtliche Nutzergruppen gut erreichbar.

Im Ältestenrat des Landtags und mit den Vertretern der christlichen Kirchen wurde Einverständnis darüber erzielt, dass die Innenarchitektur des Raumes so gestaltet werden

müsse, dass sich auch Gläubige anderer Religionen angesprochen fühlen. Menschen aller Glaubensrichtungen, aber auch Nichtgläubigen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich von der Hektik des politischen Betriebs in eine Atmosphäre der Ruhe zurückziehen zu können. Ein Refugium für religiöse Andachten und für Momente der Besinnung abseits des parlamentarischen Alltags – offen für die Abgeordneten, für die Parlamentsbeschäftigten und für Besucherinnen und Besucher – sollte geschaffen werden. Nachfragen von Journalisten und von Bürgerinnen und Bürgern zeigten, dass ein Raum der Stille im Landtag Nordrhein-Westfalen auch außerhalb des Parlamentsgebäudes auf hohes Interesse stieß.

Für die Gestaltung des 45 Quadratmeter großen Raumes konnte mit Professor Gotthard Graubner ein international anerkannter Künstler gewonnen werden. Graubner (verstorben im Mai 2013) lebte und arbeitete in Düsseldorf und auf der Museumsinsel Hombroich. Farbe und Licht bestimmen sein Werk. Seine Farbraumkörper sind beispielsweise in Schloss Bellevue und auch im Deutschen Bundestag zu sehen. Im Landtagsgebäude hat er die Tür zu dem Raum versetzen lassen. Die ungewöhnliche Höhe der Tür unterstreicht die besondere Bedeutung des Raumes und lädt zum Betreten ein. Dort konnte Graubner seine Vorstellungen umsetzen. Die Menschen sollen zur Ruhe kommen, sie sollen medi-

tieren und mit offenen Augen in sich gehen, so der Künstler. Ruhe sei auch eine Empfindung. Und Graubner zitiert einen Satz von Leonardo da Vinci: „Jede unserer Erkenntnisse beginnt bei den Empfindungen.“ Dies könnte auch ein Motto für den Raum der Stille sein.

Der Raum der Stille ist ein Ort des Nachdenkens, ein Raum der Meditation, der Sammlung und des Rückzugs. Der im Erscheinungsbild religiös neutrale Raum steht auch Religionsgemeinschaften zur Verfügung. Hier finden zudem die Landtagsandachten jeweils donnerstags während einer Plenarsitzungswoche statt. Kirchenrat Krebs vom Büro der Evangelischen Kirche in der Landeshauptstadt und Prälat Hülskamp, Leiter des Katholischen Büros, wirkten daher an der Eröffnungsfeier ebenso mit wie der Vorsitzende des Kulturausschusses im Landtag und Präsident der Kunststiftung NRW Dr. Fritz Behrens, der die Kunst von Professor Gotthard Graubner würdigte. Jugendliche aus dem Diakoniewerk Duisburg haben für den Raum der Stille das zurückhaltende Mobiliar aus naturbelassenem Holz angefertigt.

Kurz vor Weihnachten, am 20. Dezember 2011, konnte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg die geladenen Gäste begrüßen und nach der kurzen, feierlichen Veranstaltung mit dem Künstler den Raum der Stille im Landtag Nordrhein-Westfalen öffnen.

